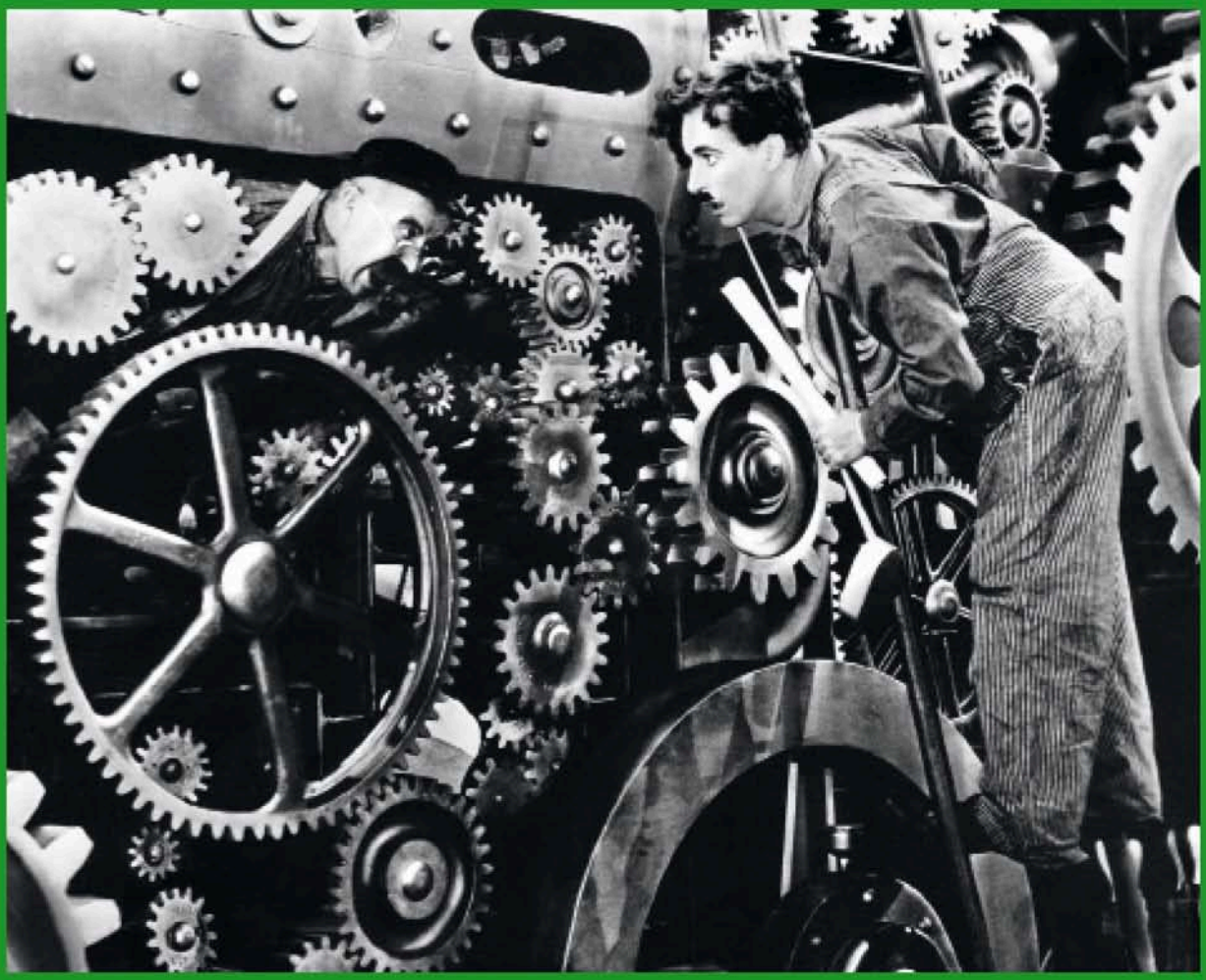
IP

Juli/August 2013 Nr. 4 68. Jahr €14,90 Österr. €17,00 2728

IP
INTERNATIONALE POLITIK

Wachsen, aber wie?



Wachsen, aber wie?

4
2013

Syrien

MARKUS BICKEL schildert, warum das Eingreifen der Hisbollah den Handlungsdruck des Westens erhöht

Populismus

THOMAS SCHMID über ein Phänomen, das derzeit in fast allen europäischen Ländern grassiert

Wertedebatte

HEINRICH AUGUST WINKLER erklärt, warum der Westen sich aufgäbe, träte er nicht für seine Werte ein

Wachsen, aber wie?

Niemand dürfte behaupten, dass sich tragfähiges Wachstum allein mit Sparmaßnahmen oder allein mit Konjunkturprogrammen erzielen ließe. Und niemand dürfte ernsthaft daran zweifeln, dass Wachstum dringend notwendig ist, um der Schuldenkrise in Europa und einer Jugendarbeitslosigkeit beizukommen, die in manchen Ländern bei über 50 Prozent liegt. Wenn in Europa nicht eine verlorene Generation heranwachsen soll, wenn Europa als Gestaltungsfaktor der Globalisierung relevant bleiben will, dann muss es die Maschinerie wieder zum Laufen bringen, die seit Beginn „Moderner Zeiten" unsere Entwicklung antreibt. Dann muss es wachsen. Aber wie?

IP hat führende Ökonomen gefragt: Sind Sparen und Wachsen wirklich unvereinbare Konzepte? Welche Mischung aus Einsparungen, Reformen und Investitionen wäre Erfolg versprechend? Gibt es ein Rezept für alle oder wenigstens einige allgemeingültige Wachstumselemente? Oder braucht jedes einzelne europäische Land aufgrund spezifischer ökonomischer, politischer und historischer Gegebenheiten ein ganz eigenes Modell? Auch wollten wir wissen, in welchen entwickelten Industriestaaten – wie den USA, Japan, Südkorea, Südafrika oder auch Israel – Wachstum denn schon wieder (oder immer noch) generiert wird und welche Lehren wir daraus für Europa ziehen könnten.

Die Fragen nach dem „Wie" und „Wo" aber blieben unvollständig ohne eine gewisse Selbstversicherung, eine Wiedergewinnung des Vertrauens in das eigene System mithilfe einer Antwort auf die Frage nach dem „Warum." Warum ist es nicht nur notwendig, sondern erstrebenswert, einen ständigen und bisweilen ermüdenden Prozess von Versuch, Irrtum und Korrektur, von „kreativer Zerstörung" und Erneuerung in Gang zu halten?

Vielleicht muss sich diese Antwort nicht so sehr an den Lehrmeinungen der Ökonomen orientieren, sondern eher philosophisch ausfallen. Der Mensch mag immer wieder an den Wachstumsansprüchen der modernen Welt verzagen. Aber das immerwährende Streben nach Neuem liegt doch in seiner Natur.

DR. SYLKE TEMPEL
Chefredakteurin

Inhalt

Bild nur in Printausgabe verfügbar

8 **Abschwung**
Warum die europäische Wirtschaft stagniert

iStockphoto, unten: © Maria Alosi/iStockphoto; Seite 3: UN Photo/

Bild nur in Printausgabe verfügbar

52 **Aufwind**
Europas Populisten wittern Morgenluft

Foto Titel: © picture alliance/Mary Evans Picture Library
Fotos Inhalt: Seite 2 oben: © luna4/
Jean-Marc Ferré

4 IP-Forsa-Frage: Umgang mit Syrien

SCHWERPUNKT
Wachsen, aber wie?

8 Wege aus Europas Wachstumskrise
Vorschläge zur Blüte
Sir Howard Davies, Thomas Straubhaar, Yannos Papantoniou, Rémi Lallement, Guntram B. Wolff, Maria João Rodriguez, Bernd Ziesemer, Mark Blyth

28 Erfahrungsberichte aus fünf Ländern
Das Wachsen der Anderen
Patrick Welter (USA), Christoph Neidhart (Japan), Bernhard Bartsch (Südkorea), Hans Brandt (Südafrika), Pierre Heumann (Israel)

38 Karl-Heinz Paqué
Ohne Wachstum ist alles nichts
Ein Plädoyer für das Prinzip der schöpferischen Zerstörung

42 Dieter Schnaas
Aufstieg und Fall des Kapitalismus
… und wie er sich aus den Geldkrisen der Gegenwart befreien könnte

Populismus

52 Florian Hartleb
Illusion einer intakten Welt
Europas Populisten profitieren von der Krise der etablierten Politik

58 Keno Verseck
Scharf nach rechts
Wie Viktor Orbán Ungarn polarisiert

65 Thomas Schmid
Das Rufen der Ratlosen
Populisten sind nicht das Unglück selbst, sondern dessen reitende Boten

Bild nur in Printausgabe verfügbar

116 **Abwägung**
Steht das Beharren auf Werten einer effizienten Außenpolitik im Weg? Oder droht andernfalls eine unwürdige „Diktatorenknutscherei“?

Gegen den Strich

72 Stormy A. Mildner & Claudia Schmucker
Transatlantisches Handelsabkommen
Sechs Thesen auf dem Prüfstand

Türkei

78 Interview mit Sinan Ülgen
„Das wird nicht einfach verschwinden“
Der Istanbuler Politologe über die landesweiten Proteste und ihre Folgen

Syrien

82 Markus Bickel
Zögerliche Interventionisten
Das Eingreifen der Hisbollah in Syrien erhöht den Handlungsdruck des Westens

Tunesien

88 Isabel Schäfer
Ein gespaltenes Land
Die Suche nach einer neuen Verfassung zeigt die Probleme des Übergangs

Ägypten

95 Amr Adly
Das letzte Kapitel des alten Regimes
Die ägyptische Muslimbruderschaft hat keine wirtschaftspolitischen Rezepte

Deutsch-französische Beziehungen

102 Claire Demesmay
Kollektive Obsession
Frankreichs Deutschland-Komplex und die Zukunft der Achse Paris – Berlin

106 Susanne Nies
Europa sucht sein Energie-Silicon Valley
Was die deutsch-französische Zusammenarbeit bewirken könnte

Wirtschaftsmetropolen

110 Anja Bengelstorff
Giraffen vor Bürotürmen
Nairobi entwickelt sich zum regionalen Wirtschafts- und Finanzzentrum

Essay

116 Heinrich August Winkler
Macht, Moral und Menschenrechte
Werte und Interessen in der Außenpolitik

128 Brief aus … Riad | Susanne Koelbl
Ungeregelte Rechtsräume

130 Internationale Presse | Ulrich Wacker
Mexiko: Neue Kultur des Kompromisses

134 Buchkritik | U. Speck, W. Inosemzew
Erklärt Merkel

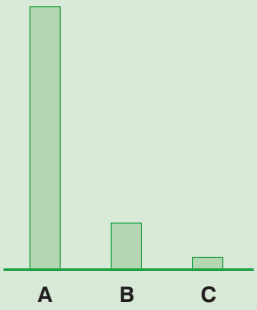
144 Schlusspunkt | Jochen Bittner
Erschütterndes von der Drohne

142 Impressum

Wie mit dem Syrien-Konflikt umgehen?

IP | 07/08 | 13

Deutschland sollte sich im Umgang mit dem Syrien-Konflikt bei den anderen EU-Staaten in erster Linie einsetzen für …



A Verhandlungen 76 %
B ein militärisches Eingreifen 10 %
C Waffenlieferungen an die Rebellen bzw. die Opposition 4 %

	A	B	C
CDU/CSU	80	16	1
SPD	76	9	6
FDP	70	14	8
Grüne	80	11	5
Linke	82	6	8

Datenbasis: 1003 Befragte in Deutschland. Erhebungszeitraum: 5. bis 7. Juni 2013.
An 100 % fehlende Angaben: „weiß nicht". Statistische Fehlertoleranz: + / – 3 Prozentpunkte. Quelle: Forsa.

Eine deutliche Mehrheit von 76 Prozent der Deutschen ist der Ansicht, dass Berlin sich im Syrien-Konflikt für Verhandlungen einsetzen sollte. Nur jeder Zehnte befürwortet dagegen ein militärisches Eingreifen, etwa im Rahmen einer Flugverbotszone. Ganz deutlich ist die Abneigung gegen Waffenlieferungen an syrische Oppositionsgruppen: Gerade einmal 4 Prozent der Befragten sprechen sich insgesamt dafür aus, im Osten Deutschlands sind es gar 0 Prozent. Deutlich über dem Schnitt liegen hier mit jeweils 8 Prozent die Anhänger der FDP und der Linken. Die Option für ein militärisches Eingreifen erhält aus den Reihen von CDU- (16 Prozent), FDP- (14 Prozent) und Grünen-Wählern (11 Prozent) überdurchschnittliche Unterstützung.

Bereits im Mai/Juni 2012 hatte die IP eine ähnliche Umfrage in Auftrag gegeben. Damals waren jedoch auch Mehrfachnennungen möglich. Es fällt auf, dass die Zustimmungsquote für eine militärische Option im vergangenen Jahr spürbar gesunken ist. Seinerzeit hatten sich 16 Prozent für ein Eingreifen ohne deutsche Beteiligung und immerhin 12 Prozent für eine Militärintervention mit deutscher Beteiligung ausgesprochen. 13 Prozent der Befragten hatten sich außerdem für eine „Unterstützung der Oppositionsgruppen durch Waffen und Geld" ausgesprochen. Die Zustimmung zu dieser – auf Waffenlieferungen reduzierten – Antwortoption ist heute deutlich geringer.

© Paul Cowan/iStockphoto

Zahlen

157

Das Camp Za'atari in Jordanien, das etwa 120 000 syrische Flüchtlinge beherbergt, benötigt täglich eine Million Liter Wasser – 157 Lastwagenladungen jeden Tag. Die Wasserversorgung stellt Jordanien, eines der wasserärmsten Länder der Welt, vor immense Probleme. Die Wasservorkommen in den Brunnen der nahen Städte Ramtha und Mafraq neigen sich dem Ende entgegen, die Nachfrage ist drei Mal so hoch wie die Grundwasserneubildung, berichtet die Hilfsorganisation Oxfam. Die Hälfte gehe durch Lecks und illegale Abschöpfung verloren. Hinzu kommt der tägliche Verbrauch der Flüchtlinge selbst, die das wasserreiche Syrien gewöhnt sind: Im Durchschnitt verbraucht ein Flüchtling 51,2 Liter, ein Jordanier nur 40 Liter am Tag.

20,7

Am 1. Juli 2013 tritt Kroatien der Europäischen Union bei und entsendet zwölf Abgeordnete in das Europaparlament. Hierzu fanden am 14. April 2013 Wahlen statt; die neuen Parlamentarier werden Kroatien bis zur offiziellen Europawahl 2014 vertreten. Nahmen am Beitrittsreferendum 2012 noch 43,6 Prozent der rund 3,7 Millionen wahlberechtigten Kroaten teil (was dem EU-Durchschnitt bei Wahlen zum Europäischen Parlament entspricht; zwei Drittel stimmten für die EU-Mitgliedschaft), waren es bei diesen außerordentlichen Wahlen nur noch 20,7 Prozent.

61 000

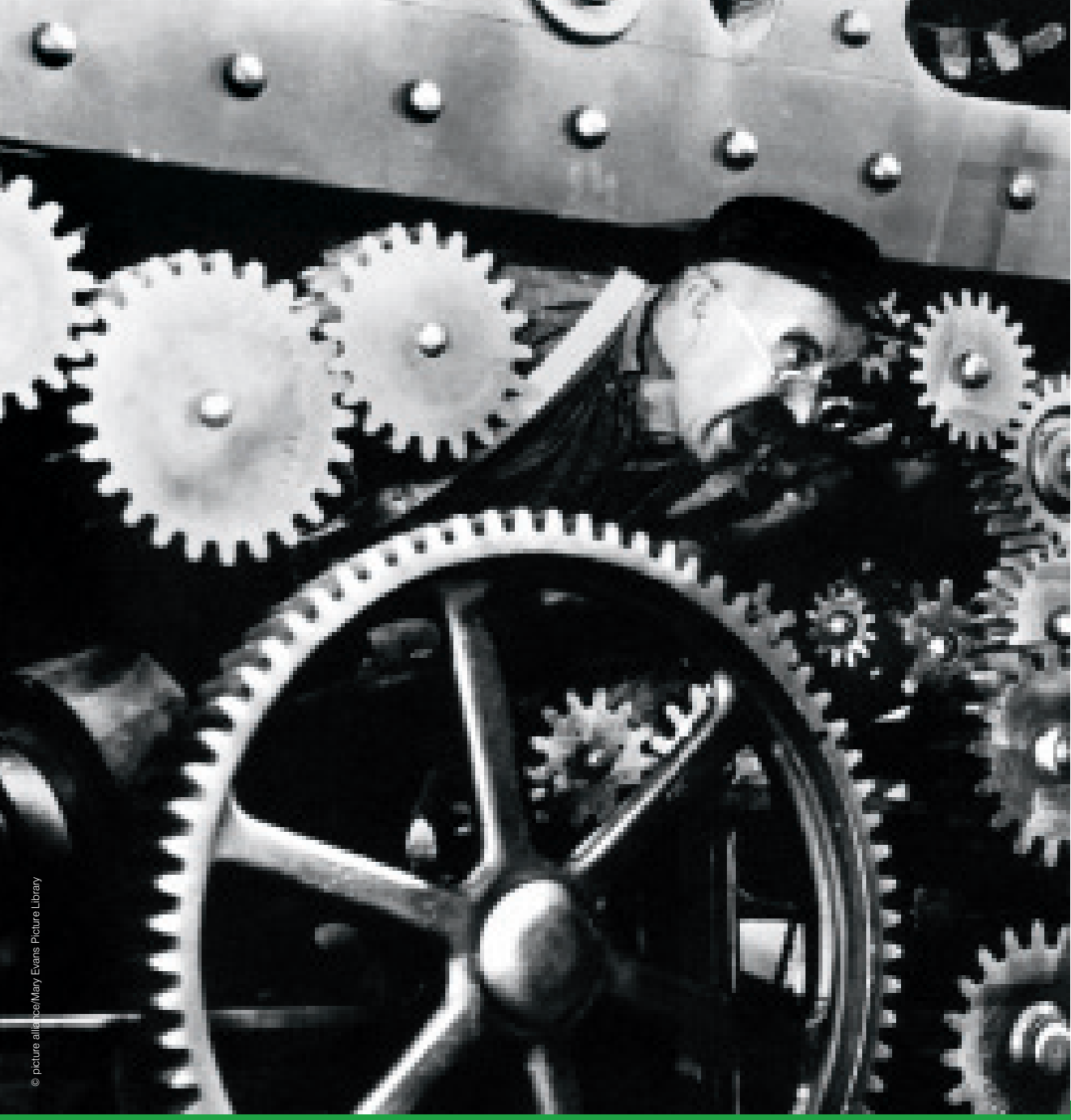
Mehr als 61 000 Hacker-Angriffe soll der US-Geheimdienst National Security Agency (NSA) seit 2009 unternommen haben, darunter hunderte gegen China. Dies geht aus Enthüllungen des amerikanischen IT-Spezialisten Edward Snowden von Anfang Juni hervor. Der 29-Jährige hatte zeitweilig für die NSA gearbeitet hat. Snowden deckte auch die Existenz des gigantischen Überwachungsprogramms „Prism" der NSA auf.

2,75

Mit einer knappen Mehrheit von 19 Stimmen erteilte das EU-Parlament Mitte April 2013 Reformplänen zum Europäischen Emissionshandel eine Absage. Klimakommissarin Connie Hedegaard hatte vorgesehen, vorläufig 900 Millionen CO_2-Zertifikate vom Markt zu nehmen, um damit den Preis für Emissionsrechte zu stabilisieren. Das Votum des EU-Parlaments führte stattdessen zu einem Kurssturz: Um mehr als 40 Prozent brachen CO_2-Zertifikate an der Leipziger Energiebörse EEX ein. Nur 2,75 Euro kostete zeitweise das Recht, eine Tonne Kohlendioxid in die Luft zu stoßen. Experten schätzen, dass der Preis für ein CO_2-Zertifikat bei 20 bis 30 Euro liegen müsste, um Unternehmen zur Senkung ihrer Emissionen zu bewegen.

Bild nur in Printausgabe verfügbar

2022 soll Katar als erstes arabisches Land die Fußballweltmeisterschaft ausrichten. Dafür sind enorme Infrastrukturprojekte geplant, die hauptsächlich Arbeitsmigranten ausführen werden: 1,2 Millionen ausländische Arbeiter, überwiegend aus Südasien, stehen 1,7 Millionen Einwohnern gegenüber. Damit weist der Golf-Staat weltweit den höchsten Anteil von Arbeitsmigranten auf. Human Rights Watch berichtet, dass ihre Lebens- und Arbeitsbedingungen sowohl gegen internationales als auch katarisches Recht verstoßen; ihre Situation, fürchtet HRW, dürfte sich im Vorfeld der WM noch verschlimmern.



© picture alliance/Mary Evans Picture Library

Wachsen, aber wie?

Die Volkswirtschaften der Euro-Zone kommen nicht vom Fleck, die Krisenstaaten rutschen immer tiefer in die Depression. Wie lässt sich Europas Wachstum wieder ankurbeln? Welche Erfahrungen machen andere Länder? Und funktioniert das kapitalistische System noch?

Vorschläge zur Blüte

Acht Ökonomen weisen Wege aus der Wachstumskrise

Europas Wachstum stagniert. Wie ließe es sich wieder ankurbeln? Wer hat Recht im Streit „austerity versus growth"? Gibt es ein Rezept für alle, oder müssen wir Lösungen finden, die auf einzelne Länder zugeschnitten sind? Führende Wirtschaftsexperten aus Großbritannien, Frankreich, Griechenland, Portugal und Deutschland erklären, was jetzt zu tun ist.

Europas verlorenes Jahrzehnt

Was wir jetzt bräuchten – und vorerst nicht bekommen werden

Sir Howard Davies | Es wäre töricht, so zu tun, als ob die wirtschaftliche Situation in Europa nicht ernst wäre. Kurz gesagt: Sie ist schlecht. Wenn zwei beschreibende Worte erlaubt sind, könnte man auch sagen: sehr schlecht. Nachdem sich die Welt von dem Schock von 2008 erholt hatte, war eine Zeit lang viel vom „globalen Aufschwung der zwei Geschwindigkeiten" die Rede. Die Entwicklungsländer erholten sich schnell und kehrten zu Wachstumsraten zurück, die mit jenen vor der Krise in etwa vergleichbar waren, während die entwickelten Volkswirtschaften auf einen Wachstumspfad zurückstolperten, der unter dem Durchschnitt lag.

Diese Beschreibung stimmt nicht mehr. Wir werden derzeit Zeuge eines Aufschwungs der drei Geschwindigkeiten. Chinas Wirtschaft etwa läuft noch nicht auf Hochtouren, wächst aber immerhin mit Raten von 7 bis 8 Prozent; und die USA scheinen ein wenig von ihrem früheren Elan wiedergefunden zu haben. Ein Wachstum von 2 Prozent ist zwar noch weit von den fetten „Go-go"-Greenspan-Jahren entfernt, aber amerikanische Konsumenten haben im großen Stil ihre Schulden abgezahlt, die Banken sind stark kapitalisiert, und die Volkwirtschaft insgesamt befindet sich in einem gesünderen Zustand. Die Unternehmen und Konsumenten haben Vertrauen zurückgewonnen. Es ist zwar noch schwach, aber bereits so stark, dass Notenbankchef Ben Bernanke ein vorgezogenes Ende der Politik der „monetären Lockerung" in Erwägung zieht.

Auf dem Alten Kontinent sind vergleichbare Anzeichen der Erholung kaum erkennbar, und viele Ökonomen ermuntern Mario Draghi, Gas zu geben und die Geldpolitik weiter zu lockern. Doch wenn man versucht, die europäische Wirtschaft zu beschreiben, stößt man schnell auf eine unbequeme Wahrheit – nämlich dass sie eigentlich gar nicht existiert. Es ist schon kaum möglich, das auf einen Nenner zu bringen, was in Zypern, Spanien, Deutschland und in Großbritannien geschieht – um nur vier der 27 EU-Mitgliedstaaten zu nennen.

Zyperns Wirtschaft ist weiter im Taumeln begriffen; Experten prognostizieren für die kommenden zwei Jahre einen Einbruch des Bruttoinlandsprodukts um rund 20 Prozent. Spanien kämpft darum, seine öffentliche Verschuldung unter Kontrolle zu bekommen, muss sich aber gleichzeitig mit dramatisch sinkenden Immobilienpreisen und einer Jugendarbeitslosigkeit epidemischen Ausmaßes auseinandersetzen. Natürlich beobachten wir auch in Deutschland ein schwächer gewordenes Wachstum, aber im Gegensatz zu seinen Nachbarn kann das Land einen nahezu ausgeglichenen Haushalt vorweisen, die Immobilienpreise sind stabil und die Einkommen steigen. Und in Großbritannien sind immerhin einige Anzeichen wirtschaftlicher Stabilisierung erkennbar, auch wenn diese mindestens teilweise auf die Wiederbelebung des Wohnungsmarkts – und damit eines kleinen und eher spekulativen Segments der Volkswirtschaft – zurückzuführen sind.

So etwas wie eine europäische Wirtschaft existiert nicht

Daher kann es keine allgemeingültige Antwort auf die Frage geben, wie Wachstum generiert werden soll. Patienten mit so unterschiedlichen Krankheitssymptomen ein- und dasselbe Rezept auszustellen, wäre unseriös. Der Versuch der Europäischen Kommission, so zu tun, als gäbe es eine gemeinsame europäische oder zumindest Euro-Zonen-Wirtschaft, ist zum Scheitern verurteilt und richtet mehr Schaden als Nutzen an.

Maßgeschneiderte Maßnahmen

Beispiel Arbeitsmarkt: Es ist klar, dass Spanien seine Lohnbildungsmechanismen und sein Arbeitsrecht reformieren muss. Der Arbeitsmarkt ist an zu vielen Stellen verkrustet. Zypern müsste es Spanien wohl gleich tun. Deutschland erntet gerade die Früchte der Schröder-Reformen, und im Falle Großbritanniens könnte man argumentieren, dass dem Arbeitsmarkt wichtige Strukturen zum gemeinschaftlichen Handeln fehlen. Unsichere Beschäftigungsverhältnisse könnten die Ursache dafür sein, dass sich der Konsum nur langsam erholt. Die notwendigen politischen Maßnahmen unterscheiden sich also von Fall zu Fall erheblich.

Oder nehmen wir die öffentlichen Finanzen: Großbritannien hat ein beträchtliches strukturelles Defizit. Die Ökonomen sind sich uneins über die nötige Geschwindigkeit der Konsolidierung, aber sie sind sich einig, dass eine Korrektur im Laufe der kommenden Jahre notwendig ist. Im Falle Deutschlands dagegen kann man mit einigem Recht argumentieren, dass eine weitere fiskale Konsolidierung nicht notwendig sei, im Gegenteil: Sie würde die EU-Wirtschaft als Ganzes schädigen, da sie die bereits existierende Teilung der Euro-Zone in Gläubiger und Schuldner noch weiter vertiefen würde.

Somit ist der erste Schritt zu einer klugen Lösung bei der Ausarbeitung einer Strategie für die Erholung Europas die Einsicht, dass es keine einheitliche EU-Volkswirtschaft gibt. Tatsächlich hat der Euro weder dazu beigetragen, die staatenübergreifende wirtschaftliche Integration bedeutend voranzutreiben, noch hat er die Konjunkturzyklen der einzelnen Mitgliedstaaten aneinander angepasst. Alles andere zu behaupten, wäre reine Zeitverschwendung.

Was wir daher brauchen, ist nicht eine EU- oder selbst eine eurozonenweite Wachstumsstrategie. Wir brauchen vielmehr ein Set verschiedener Ansätze, die auf die individuellen Bedürfnisse der einzelnen Länder zugeschnitten sind, zusammengenommen aber ein kohärentes Ganzes bilden. Idealerweise würde diese Kohärenz zusätzlich durch eine europäische Fiskalpolitik abgesichert, die flexibel genug wäre, um asymmetrischen Schocks zu begegnen und gleichzeitig stark genug, um Staaten Zeit für Reformen und Anpassung zu verschaffen. So wäre es etwa sinnvoll, Sozialleistungen in Spanien im Gegenzug für radikale Reformen von anderen Ländern finanzieren zu lassen. Diese Reformen wären kurzfristig mit Opfern verbunden, langfristig würde das Land jedoch von einem flexiblen Arbeitsmarkt profitieren. Und die gering verschuldeten Überschussländer würden langfristig die Gewinne ihrer Investition ernten.

Gesucht: individuelle Ansätze, die ein stimmiges Ganzes bilden

Vor den deutschen Bundestagswahlen scheint ein solches rationales, kooperatives Vorgehen unwahrscheinlich. Fürs Erste wird Europa also weiter durch die Gegend stolpern. Zwar sehe ich derzeit keinen unmittelbar bevorstehenden, drastischen Abschwung auf uns zukommen, aber wir sind auf dem Weg zu einem verlorenen Jahrzehnt, wie es Japan erlebt hat. Und dessen Konsequenzen werden für die heutige junge Generation künftiger Erwerbstätiger langfristig sehr schädlich sein. Die Europäische Zentralbank kann etwas Trost spenden, indem sie für Liquidität zu sehr niedrigen Zinssätzen sorgt. Doch Geldpolitik alleine wird nicht alle Gebrechen Europas heilen können.

Sir Howard Davies ist Professor an der Sciences Po in Paris.

Das Wachsen können wir uns nicht sparen

Eine Doppelstrategie für Europas Wirtschaftsaufschwung

Thomas Straubhaar | Der makroökonomische Zustand des Euro-Raums außerhalb Deutschlands ist und bleibt miserabel. Die OECD geht in ihrem aktuellen Ausblick von Ende Mai davon aus, dass das Bruttoinlandsprodukt (BIP) weiter schrumpft (um 0,6 Prozent im Jahr 2013) und die Arbeitslosigkeit weiter steigt (um 0,9 Prozent von 11,2 Prozent für 2012 auf 12,1 Prozent für 2013). Vor allem in Südeuropa ist die Beschäftigungssituation verheerend: Die ohnehin bereits hohe Arbeitslosigkeit soll in den kommenden Monaten ungebrochen

weiter anschwellen: in Griechenland von 24,2 (2012) auf 28,4 Prozent (2014), in Spanien von 25,0 (2012) auf 28,0 Prozent (2014) und in Portugal von 15,6 (2012) auf 18,6 Prozent (2014).

Die dramatischen Entwicklungen im Euro-Raum machen eines deutlich: Die bisher verfolgte Spardoktrin ist gescheitert. „Erst sparen, dann wachsen" hat nicht funktioniert. Allen Anstrengungen zum Trotz wird die Staatsverschuldung nicht geringer, sondern höher. Gemessen am BIP (nach den Definitionen der Maastrichter Kriterien) steigt die Staatsverschuldung in Spanien von 69 (2011) auf 91 Prozent (2013), in Portugal von 108 (2011) auf 128 Prozent (2013), in Italien von 120 (2011) auf 132 Prozent (2013) und in Griechenland von 170 (2011) auf 175 Prozent (2013). In Deutschland hingegen mit seiner vergleichsweise stabilen Wirtschaftlage bleibt die Staatsverschuldung unverändert bei leicht über 80 Prozent.

Die Strategie des „Erst sparen, dann wachsen" hat nicht funktioniert

Ursache des Versagens der bisherigen Doktrin ist der Echoeffekt einer Sanierungspolitik mittels Sparens. Die Strategie, in einer tiefen makroökonomischen Krise auf die Bremse zu treten, trägt für die strukturschwachen, nicht wettbewerbsfähigen und hoch überschuldeten Volkswirtschaften Südeuropas den Keim einer schleichenden und am Ende tödlichen Krankheit in sich.

In Verbindung mit strukturellen Verwerfungen und konjunkturellen Schwierigkeiten haben die staatlichen Sparprogramme und die Steuer- und Abgabenerhöhungen die Arbeitslosigkeit dramatisch eskalieren lassen. Wenn aber mehr Erwerbsfähige ohne Beschäftigung bleiben, zahlen weniger Menschen Einkommenssteuern und mehr Arbeitslose bedürfen stärkerer staatlicher Transfers. Zusammengenommen steigen die Staatsausgaben und fallen die Steuerereinnahmen. Das laufende Defizit wird größer – nicht kleiner.

Den Teufelskreis der Überschuldung durchbrechen

In Südeuropa wird offensichtlich, dass es nur eine Lösung gibt, um den eigendynamischen Teufelskreis einer Staatsüberschuldung zu durchbrechen. Es braucht eine Doppelstrategie, die beides – Wachstum und Sanierung – gleichermaßen, aber zeitlich abgestuft verfolgt und zwar gerade in umgekehrter Abfolge als bisher. Also: „erst wachsen, dann sparen". Was wir brauchen, ist kein Entweder-oder, sondern ein Sowohl-als-auch; beides mit Verstand und Vernunft: eine Wachstumsstrategie und eine Sparpolitik.

Für die kurze Frist bedarf es einer erfolgreichen Beschäftigungspolitik. Sie ist Voraussetzung, um über eine bessere wirtschaftliche Entwicklung aus den Staatsschulden wachsen zu können. Ohne eine Makroökonomie, in der die Menschen Jobs finden, sind keine nachhaltige Sanierung defizitärer Staatshaushalte und ein Schuldenabbau möglich. Nur wenn die Bevölkerung Einkommen erzielt, das der Staat direkt in der Lohntüte und indirekt beim Konsum besteuern kann, ist eine Besserung möglich.

Gleichzeitig müssen die Weichen für strukturelle Reformen gestellt werden. Sie müssen jedem Land ermöglichen, seinen eigenen Weg der Haushaltssanierung einzuschlagen. In Griechenland bedarf es institutioneller Reformen, um

feudalistische, aristokratische Verkrustungen zu beseitigen; einer politischen Elite, die das Gemeinwohl und nicht ihr Eigeninteresse verfolgt; einer funktionierenden Verwaltung. Nötig ist eine Steuerbehörde, die Steuergelder einzieht und Steuerhinterziehung bestraft. Ohne eine bessere Staatlichkeit gibt es für Griechenland keine Hoffnung auf eine nachhaltige Gesundung der Wirtschaft und damit eine Grundsanierung der Staatshaushalte.

In Spanien geht es um die Zukunft der Banken. Dank des Euro sanken zunächst die Risikoprämien bei Kreditgeschäften. Dadurch wurde es für Staat wie Private deutlich billiger, sich zu verschulden. Das wurde insbesondere für den Erwerb von Grundstücken und Immobilien genutzt.

Als Folge stieg die Binnennachfrage. Ein Boom heizte Lohnsteigerungen und damit Kosten an. Das ging so lange gut, bis die Blase platzte, Spekulanten Pleite gingen, Baufirmen insolvent wurden und Beschäftigte massenweise ihre Jobs verloren. Nun steckte die private Überschuldung erst die Finanzinstitute, dann die öffentlichen Haushalte an. Weil der Staat als Retter auftrat, der Konjunktur und Banken stützte sowie zusätzliches Arbeitslosengeld ausschüttete, wurden die staatlichen Schuldenlöcher rasch tiefer.

Vor Ausbruch der Finanzmarktkrise 2008 lag die spanische Staatsverschuldung deutlich unterhalb von 50 Prozent des BIP und damit bei Weitem innerhalb der Maastrichter Stabilitätskriterien. Erst in den vergangenen Jahren ist sie auf über 70 Prozent gestiegen. Dazu trugen auch die finanziell relativ autonomen spanischen Regionen bei, auf die rund die Hälfte aller öffentlichen Ausgaben entfällt. Das Staatsdefizit stieg seit 2010 auf rund 100 Milliarden Euro pro Jahr heute. Das sind rund 10 Prozent des spanischen BIP. Zur Erinnerung: Nach den längst zur Illusion gewordenen Maastrichter Stabilitätskriterien der Euro-Vereinbarungen dürfte der Fehlbetrag nicht über 3 Prozent des BIP liegen.

Erst implodiert die Wirtschaft, dann Gesellschaft und Staatlichkeit

Bei der spanischen Grippe zeigt sich eindrücklich, dass alte Heilmittel nicht wirken können. So wichtig die insbesondere von Deutschland geforderte Grundsanierung der öffentlichen Haushalte langfristig ist, so tödlich wirkt eine entbehrungsreiche Austeritätspolitik der Budgetkürzungen und Steuererhöhungen kurzfristig. Das gilt im Übrigen auch für das südeuropäische Kostenproblem.

Ursache für die fehlende südeuropäische Wettbewerbsfähigkeit sind die unterschiedliche Produktivitätsentwicklung auf der einen und die starren Wechselkurse innerhalb der Euro-Zone auf der anderen Seite. Zusammen haben sie die südeuropäische Attraktivität insbesondere gegenüber Deutschland im letzten Jahrzehnt massiv verschlechtert. Das lässt sich durch keine Sparpolitik beseitigen, schon gar nicht kurzfristig.

Nobelpreisträger Joseph Stiglitz hat Recht, wenn er fordert, „etwas Neues zu probieren“. Austerität ist keine Wachstumsstrategie. Budgetkürzungen und Steuererhöhungen zum jetzigen Zeitpunkt strangulieren die südeuropäischen Wirtschaften. Die Rezession dauert an. Nichts wird besser, nur alles schlechter. Erst implodiert die Wirtschaft, dann die Gesellschaft und schließlich die Staatlichkeit.

Deshalb kann es – gerade aus deutscher Sicht – nicht darum gehen, zum x-ten Mal das Unmögliche zu fordern und von den Südeuropäern zu verlangen, was sie nicht leisten können. Es bringt nichts, darauf zu pochen, dass kurzfristig die Steuereinnahmen erhöht und die Staatsausgaben reduziert werden, wenn nicht zuallererst die elementarsten Voraussetzungen für eine langfristige Gesundung der Wirtschaft und ein starkes Wachstum geschaffen werden. Oder, wie es Stiglitz formuliert: „Es braucht vor allem Wachstum, um aus der Krise zu kommen."

Prof. Dr. Thomas Straubhaar ist Direktor des Hamburgischen WeltWirtschaftsInstituts (HWWI) und lehrt Volkswirtschaft an der Universität Hamburg.

Der Glaube schwindet

Rezession und Stagnation gefährden das europäische Projekt

Yannos Papantoniou | Sparen oder wachsen? Die Debatte um diese Frage nimmt Fahrt auf – insbesondere seit kürzlich die These der Austeritätsbefürworter widerlegt wurde, es gebe eine negative Korrelation zwischen öffentlicher Verschuldung und Wirtschaftswachstum. Hauptimpulse der Debatte sind die Ergebnisse der Spar- und Reformagenda, mit der man in den vergangenen Jahren versucht hat, die Euro-Zonen-Krise zu überwinden.

Die Rezession beherrscht die Krisenländer nun das sechste Quartal in Folge und breitet sich mittlerweile auf die europäischen Kernländer aus. Trotz strenger Sparmaßnahmen bleiben die Staatsdefizite hoch, Banken bleiben unterkapitalisiert und unfähig, eine nachhaltige Erholung der Wirtschaft zu unterstützen. Was ist schief gelaufen? Nun, man wird wohl gleichermaßen Wirtschaft und Politik verantwortlich machen müssen.

Landläufigen Theorien zufolge kann ein Land durch Ausgabenkürzungen und Steuererhöhungen seine Finanzen konsolidieren. Wenn jedoch alle Länder gleichzeitig auf einen solchen Sparkurs einschwenken, werden alle scheitern. Denn wenn ein Land spart, mindert es die Nachfrage für die Produkte anderer Länder, wodurch binnen- und außenwirtschaftliche Ungleichgewichte gefestigt werden. Das kann zu einer „Beggar-thy-neighbour"-Politik führen, mit der man sich auf Kosten des Nachbarn Vorteile zu verschaffen versucht. Eine solche Dynamik, gegen die John Maynard Keynes kämpfte, war es, die die große Depression in den dreißiger Jahren zu einer so bitteren Erfahrung werden ließ.

Wenn alle Länder gleichzeitig sparen, werden alle scheitern

Das Gegenargument der Sparkursbefürworter lautet, dass strukturelle Reformen es überschuldeten Ländern erlaubten, die Rezession zu überwinden und auf den Wachstumspfad zurückzukehren. Indem man die Wettbewerbsfähigkeit stärke, steigere man das Vertrauen der Konsumenten und In-

vestoren. Auf dieser Grundlage könnten höhere Ausgaben und eine verstärkte Produktion angeregt werden.

Reformen sind ein notwendiger Bestandteil jeglicher Rettungsstrategie. Sie erhöhen das Produktionspotenzial, mindern das Inflationsrisiko und verbessern die Aussichten des Landes. Kurzfristig zeigen sich ihre Folgen jedoch nur sehr begrenzt, denn sie brauchen Zeit, um ihre Wirkung zu entfalten. Und, wichtiger noch, der Faktor Vertrauen greift in einer mangelhaft funktionierenden Währungsunion nicht unbedingt. Immer wieder zeigen sich systemische Schwachstellen und untergraben das Vertrauen. Unter solchen Umständen wird es eher zu Kapitalabflüssen und Hamsterreaktionen kommen als zu erhöhten Ausgaben. So ist es auch manchen der überschuldeten Länder der Euro-Zone ergangen, als sie Reformen in Angriff nahmen.

Eine Währungsunion à la USA wird man wohl nicht hinbekommen

Der gemeinsamen Währung fehlt eine übergeordnete Instanz. Steuerpolitik und Bankwesen sind in 17 getrennte Einheiten fragmentiert; die Europäische Zentralbank (EZB) hat keine umfassenden Befugnisse, die nötig wären, um die Währung zu schützen. Die Schwachstellen der Euro-Zone spiegeln die konzeptionelle Distanz zu den Vereinigten Staaten wider, dem einzigen Modell für eine gut funktionierende Währungsunion.

Natürlich wird es mit Blick auf Europas Geschichte wohl unmöglich sein, das amerikanische Modell 1:1 abzubilden. Damit die Euro-Zone jedoch in Zukunft ihre Schwierigkeiten überwinden kann, muss die Währungsunion auf steuerliche und finanzielle Felder ausgeweitet und somit eine integrierte wirtschaftliche Union geschaffen werden. Öffentliche Schulden sollten schrittweise und partiell gemeinsam verwaltet werden.

Das Bankensystem sollte vereint werden, um die Verbindung zwischen den Banken und den Mächtigen im Staat zu kappen. Zentralisierte Beaufsichtigungs- und Abwicklungsbehörden würden zusammen mit einem Einlagensicherungssystem den Kern dieser Bankenunion bilden.

Um Fiskal- und Wirtschaftspolitiken zu koordinieren, werden starke zentrale Institutionen gebraucht, die direkt einem gewählten Parlament unterstehen. Der Einigungsprozess könnte außerdem dadurch unterstützt werden, dass die Märkte, insbesondere bei den Dienstleistungen, weiter geöffnet und Freihandelsabkommen mit wichtigen Partnern wie etwa den USA geschlossen werden.

Im Windschatten des Wirtschaftsbooms

Wie die deutsche Erfahrung des vergangenen Jahrzehnts gezeigt hat, lassen sich Reformen leichter im Windschatten von stabiler Wirtschaftslage und steigender Beschäftigung anpacken – Umstände, die wir derzeit in Südeuropa nicht vorfinden.

Ohnehin gelingt es Regierungen nur selten, ihre Bürger davon zu überzeugen, dass kurzfristiger Verzicht langfristig eine bessere Zukunft sichern wird. Privatisierung, Marktliberalisierung, die Öffnung geschützter Berufszweige und Personalabbau im öffentlichen Dienst bergen Konfliktstoff in Verhandlun-

gen mit wichtigen Interessengruppen wie etwa Unternehmen in geschützten Industriezweigen, den Gewerkschaften des öffentlichen Sektors oder einflussreichen Lobbygruppen. Um einen solchen Konflikt zu lösen, bedarf es sozialer Allianzen, die jedoch ausnahmslos durch Unzufriedenheit, soziale Unruhen und politische Instabilität unterminiert werden.

Es gibt keine Universallösung, mit der die Krise überwunden und alle europäischen Ökonomien wieder auf den Wachstumspfad zurückgeführt werden können. Doch die Punkte, in denen man sich weitgehend einig ist, sollten benannt und vertieft werden, damit die Rettungsstrategie funktioniert.

Zunächst einmal müssen wir den Sparkurs in den fiskalisch stärkeren Mitgliedstaaten der Euro-Zone lockern – oder den Trend sogar umkehren –, um die Nachfrageverluste in überschuldeten Ökonomien zu kompensieren. Die EZB sollte von der durchschnittlich niedrigeren Inflation profitieren und die Geldpolitik lockern, um so zu ermöglichen, dass die Preise in den Kernstaaten schneller steigen und sich damit der Abstand der Wettbewerbsfähigkeit zwischen diesen Ländern und der Peripherie verringert. Außerdem sollten die Kreditvergabekapazitäten der Europäischen Investitionsbank erheblich ausgeweitet und die Strukturfonds der Europäischen Union mobilisiert werden, um Projekte in den Ökonomien der Peripherie finanzieren zu können. Besonderes Augenmerk sollte darauf liegen, die Jugendbeschäftigung und Investitionen von kleinen und mittleren Unternehmen zu fördern.

Ablehnung durch die Bevölkerung könnte zum Zerfall der EU führen

Zweitens sollte der fiskale und finanzielle Einigungsprozess schneller vorangetrieben werden. Je länger die europäischen Behörden die Einführung von Euro-Bonds, eine effektive Banken- und Fiskalunion und eine Installierung der EZB als Kreditgeber letzter Instanz hinauszögern, desto länger wird die Krise anhalten. Neue zentralisierte Institutionen sollten demokratische Legitimität erwerben, indem ihnen Rechenschaftspflicht gegenüber dem Europäischen Parlament auferlegt wird.

Der Glaube an das europäische Projekt schwindet. Und während es der Euro-Zone an Zusammenhalt fehlt, könnten Stagnation und Rezession zu einer gefährlichen Ablehnung durch die Bevölkerung und somit vielleicht zu einem Zerfall der einen oder anderen Art führen. Entweder wird schrittweise Zermürbung – ergänzt dadurch, dass schwächere Staaten mit ihren Zahlungen in Verzug geraten – dazu führen, dass ein kleinerer, von Deutschland angeführter Club von „vorbildlichen“ Euro-Ländern entsteht. Oder Deutschland wird sich dafür entscheiden, die gemeinsame Währungsunion zu verlassen, um einen minimalen fiskalischen Vorteil zu erlangen. Die Alternative zu einer demokratisch geeinten Währungsunion ist eine deutsche Wirtschaftshegemonie, die langfristig das europäische Projekt zerstören und auch die ökonomische und strategische Sicherheit Deutschlands unterminieren würde. Die bevorstehende Bundestagswahl und das Vorgehen der kommenden Bundesregierung werden entscheidend sein für den künftigen Kurs in Europa.

Yannos Papantoniou war von 1994 bis 2001 Wirtschafts- und Finanzminister Griechenlands. Derzeit ist er Vorsitzender des Think-Tanks „Centre for Progressive Policy Research“ in Athen.

Notwendige Lockerungsübungen

Europa steuert finanzpolitisch um – richtig so

Rémi Lallement | Noch bis vor kurzer Zeit galt die Fiskalkonsolidierung als wichtigste politische Priorität für die Bewältigung der Euro-Krise: Sie sollte die Glaubwürdigkeit der Finanzpolitik wiederherstellen. Doch nicht nur die Protagonisten der Finanzmärkte äußern Bedenken gegen eine allzu starre Austeritätspolitik. Ein Reformprozess, der sich praktisch ausschließlich aufs Sparen konzentriert, lässt die Inlandsnachfrage schrumpfen, verunsichert Investoren, zerstört Arbeitsplätze und schmälert die verfügbaren Einkommen. Das führt letztlich, so sagt es die Ratingagentur Standard and Poor's, zu erhöhten sozialen Ausgaben und erodierenden Steuereinnahmen.

Zwar könnte man, folgt man insbesondere David Ricardo, davon ausgehen, dass eine Verringerung des Haushaltsdefizits mehr Spielraum für private Initiative schafft und dadurch das Wirtschaftswachstum ankurbelt. Doch das funktioniert zurzeit nicht. Nun zeigt ein Blick auf das Ausmaß der angehäuften Staatsschulden ohne Zweifel, dass eine finanzielle Konsolidierung grundsätzlich notwendig ist. Die Debatte, die wir führen müssen, betrifft eher ihr Tempo und ihr Ausmaß. Damit aber eine solche Sparpolitik das Wachstum nicht bremst, müssen wir stets abwägen, ob wir es mit laufenden Ausgaben zu tun haben oder mit Investitionsausgaben – also mit solchen Ausgaben, die wir mit Rücksicht auf langfristiges Wachstum nicht bedenkenlos kürzen können. Ähnlich sorgfältig müssen wir bei der Verteilung der Konsolidierungslast zwischen Ausgabenkürzungen und Steuererhöhungen abwägen.

Investitionsausgaben lassen sich nicht bedenkenlos kürzen

Spielraum im Euro-Raum

Und dann sind da noch die wirtschaftlichen Abhängigkeiten. Dass es seit 20 Jahren einigen Ländern wie Schweden, Kanada oder Deutschland gelungen ist, ihre Wirtschaft ohne größere negative Folgen für die Konjunktur zu konsolidieren, hat eben auch damit zu tun, dass seinerzeit wirtschaftlicher Aufschwung in den Nachbarländern herrschte. Auf nationaler Ebene sind Staatskonsolidierung und Wachstum also nicht unbedingt unvereinbar. Anders auf der Ebene des Euro-Raums: Der Versuch, die Maastricht-Grenze dort frühzeitig und gleichzeitig in fast allen Ländern einzuhalten, war zum Scheitern verurteilt und hat die Länder in die Rezession geführt.

Dabei besteht zurzeit durchaus ein gewisser Spielraum für eine weniger restriktive Wirtschaftspolitik im Euro-Raum. Die öffentliche und private Verschuldung ist hier allen Verwerfungen der Krise zum Trotz spürbar geringer geblieben als etwa in den USA. Und die Geldwertstabilität ist im Euro-Raum nicht gefährdet, im Gegenteil. Die durchschnittliche Inflationsrate (1,4 Prozent im Mai 2013) liegt nennenswert unter dem Inflationsziel (2 Prozent) der Euro-

päischen Zentralbank. Und auch um die Wettbewerbsfähigkeit des Euro-Raums steht es nicht so schlecht, verzeichnet er doch einen Überschuss in seiner Leistungsbilanz – 1,2 Prozent des BIP im Jahre 2012.

Die bisherige Mischung aus lockerer Geld- und restriktiver Fiskalpolitik mag dabei helfen, Zeit zu gewinnen – zur Förderung eines echten Wirtschaftsaufschwungs in den meisten Ländern des Euro-Raums ist sie nicht geeignet. Immerhin haben einige dieser Länder inzwischen grünes Licht dafür erhalten, ihre nationalen Sparpläne zeitlich zu strecken.

Zwar wird weiterhin die Maastrichter Defizitobergrenze von 3 Prozent des BIP angestrebt, aber mittlerweile werden auch die Höhe und Entwicklung des strukturellen Defizits (abzüglich des konjunkturellen Defizits) in Rechnung gestellt, was bei der Evaluierung der Fiskalpolitik durch die Europäische Kommission mehr Flexibilität ermöglicht. Politisch verständlich und ökonomisch vernünftig ist auch, daran die Forderung nach Strukturreformen zu knüpfen, um die Vertrauenskrise wirksamer zu bekämpfen.

Wettbewerbsfähigkeit verbessern, Nachfrage steigern

Konjunkturpakete allein wären nur ein Strohfeuer. Notwendig sind langfristig orientierte Strukturreformen, die freilich kurzfristig ihren Preis haben – auch politisch – und daher ein wachstumsträchtiges Umfeld brauchen. Doch ohne eine Behandlung der zahlreichen Strukturschwächen, insbesondere der exorbitant gewachsenen Privatschulden und des miserablen Zustands der Banken, wird es keine dauerhafte Lösung der Krise geben. Und die nationalen Instrumente der Krisenbekämpfung müssen durch strukturpolitische Maßnahmen auf europäischer Ebene (gezielte Förderung durch die EIB, zweckgebundene Projektbonds etc.) ergänzt werden.

Kurzfristig Konjunkturpakete zu schnüren, wird nicht ausreichen

Es gibt kein Patentrezept für die Ankurbelung des Wirtschaftswachstums, kein „one size fits all“. Die bisherige Strategie der europaweiten Fiskalkonsolidierung ist gerade deswegen an ihre Grenzen gestoßen, weil sie unzureichend differenziert war. Glücklicherweise hat man in den vergangenen Wochen begonnen, hier umzusteuern.

Daneben müssen wir uns dringend daran machen, die außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte innerhalb des Euro-Raums schneller und wirksamer zu verringern. Es gilt, in den strukturschwachen Mitgliedsländern die Wettbewerbsfähigkeit durch eine angemessene Angebotspolitik und Strukturreformen zu stärken. In den strukturstarken Mitgliedsländern bedarf es dagegen einer Belebung der Binnennachfrage – etwa indem wir durch weniger Lohnzurückhaltung den privaten Konsum abkurbeln oder indem wir private und öffentliche Investitionen fördern, zum Beispiel durch höhere Ausgaben für Energieinfrastruktur oder für Forschung und Bildung. Was wir brauchen, sind keine kurzfristigen Konjunkturpakete, sondern Investitionen in die Zukunft.

Dr. Rémi Lallement arbeitet in der Abteilung für wirtschaftliche und finanzielle Angelegenheiten der dem französischen Premierminister unterstellten Beratungsinstitution Commissariat général à la stratégie et à la prospective in Paris.

Die fatalen Vier

Europas Strukturprobleme und wie man sie lösen könnte

Guntram B. Wolff | Es sind im Wesentlichen vier Probleme, unter denen Europa aus meiner Sicht leidet: mangelnde Produktivitätsgewinne, ein schwaches Bankensystem, langwieriger Schuldenabbau und ineffiziente Kapitalverwendung. Diese vier Probleme verstärken sich gegenseitig und bedrohen Europas Wachstum langfristig.

War Europas Wirtschaftswachstum schon vor der globalen Finanzkrise 2007 unbefriedigend, so sind die Wachstumsraten in den vergangenen Jahren zusehends stagniert, besonders, wenn man sie mit denen der USA vergleicht. Schon vor der Krise hemmten strukturelle Schwächen Wirtschaftswachstum und Produktivitätsgewinne. Dieser Produktivitätseinbruch dauert an und erfordert dringende Strukturreformen. Insbesondere müssen der öffentliche Sektor effizienter, das Ausbildungssystem reformiert und die Regulierungslast abgebaut werden.

Es ist aber unwahrscheinlich, dass solche Reformen akzeptiert werden, solange es an Investitionen, Krediten und Wachstum mangelt. Ein gut funktionierendes Banken- und Finanzsystem ist unerlässlich. Dass ausgerechnet das europäische Bankensystem schwächelt, zeigt sich auch am geringen Kreditwachstum der vergangenen Jahre. Doch der Rückgang des Kreditvolumens wird nicht nur auf der Angebots-, sondern auch auf der Nachfrageseite sichtbar. Einerseits sind die Kreditbedingungen restriktiv und das Angebot bleibt begrenzt, andererseits spiegelt die schwache Nachfrage die gedämpften Wirtschaftsaussichten wider.

Man sollte weitere Schuldenschnitte nicht allzu lange aufschieben

Das dritte dringend zu lösende Problem ist der stockende Schuldenabbau insbesondere in Südeuropa. Im Vorfeld der Krise stiegen die Schulden des privaten Sektors stark an, während die Schulden des öffentlichen Sektors stabil blieben oder sogar leicht zurückgingen. Dennoch legte die Europäische Union ihren Schwerpunkt auf Lösungen bei den öffentlichen Finanzen und übersah dabei die durch Schulden des privaten Sektors verursachten Probleme.

Mittlerweile versuchen die betroffenen Länder, Schulden abzubauen, doch der Prozess kommt aufgrund mehrerer Faktoren nur langsam voran. Zum einen behindern die Haushaltskonsolidierungen in noch schwach entwickelten Marktwirtschaften das nominale BIP-Wachstum. Zum anderen führt das geringe Wirtschaftswachstum dazu, dass der Unternehmenssektor seine Schuldenlast nur schwer reduzieren kann. Auch der Haushaltssektor ist mit der Schuldentilgung nicht so gut wie Haushalte in den USA vorangekommen.

Doch statt Forderungen abzuschreiben, werden die Kredite von Banken verlängert, um Verluste zu vermeiden. Und der Haushaltssektor kann in Europa – anders als in den USA – seine Schulden nicht durch Hypothekenrückgaben reduzieren und hemmt so das Wachstum weiter. Weitere Schuldenschnitte scheinen unvermeidlich. Man sollte sie nicht allzu sehr auf die lange Bank schieben.

Und dann sind da noch die starken Preisverzerrungen und die ineffiziente Kapitalverwendung zwischen den stärkeren und schwächeren Marktwirtschaften Europas. Der ehemals überhitzte Immobilienmarkt hat Preise und Löhne stark verzerrt. Die Lohn- und Preisanpassung hat begonnen, aber sie geschieht nicht schnell genug. Um die Wettbewerbsunterschiede innerhalb des Euro-Raums anzugleichen, müssen Löhne und Preise sowohl im Norden als auch im Süden weiter ausbalanciert werden, und die durchschnittliche Inflationsrate darf nicht unter 2 Prozent fallen. Dies erfordert arithmetisch zwingend, dass die Inflation in Nordeuropa über 2 Prozent liegen muss; im Süden Europas muss sie umgekehrt unter 2 Prozent liegen.

Löhne und Preise müssen weiter ausbalanciert werden

Prioritäten setzen

Um Europa vor einer verlorenen Dekade zu bewahren, ist es unerlässlich, mutige Entscheidungen zu treffen und Prioritäten zu setzen. Die höchste Priorität muss der Finanzsektor genießen. Die Einführung einer gemeinsamen Bankenaufsicht bietet eine einmalige Gelegenheit, das europäische Bankenwesen deutlich zu stärken. Die Europäische Zentralbank als neue Aufsicht ist verpflichtet, die Banken zu prüfen, bevor sie ihre Arbeit aufnimmt. Sie sollte diese Gelegenheit nutzen, um den notwendigen Bereinigungsprozess einzuleiten. Wenn nötig, sollten unterkapitalisierte Banken kapitalisiert und insolvente Banken geschlossen werden.

Noch besteht keine Einigkeit, wer für die Bankenabwicklung zuständig sein wird und wie der Restrukturierungsprozess gestaltet werden soll. De facto werden nationale Institutionen hierbei eine wichtige Rolle spielen. Es wäre aber falsch zu denken, dass dies auf rein nationaler Basis geschehen kann.

Zum einen wird die Europäische Kommission eine wichtige Rolle dabei spielen, da sie im Zuge der Staatsbeihilfen eine vertragliche Rolle wahrzunehmen hat. Zum anderen werden einige Länder sowohl finanziell als auch administrativ mit der Aufgabe, die Probleme alleine zu lösen, überfordert sein. Eine enge Koordinierung, begrenzte Lastenverteilung und eine klare Perspektive für ein stärker zentralisiertes System sind notwendig. Das wird letztlich auch Wachstum wieder möglich machen.

Mutige Handlungen sind auch in der Struktur-, Geld- und Fiskalpolitik erforderlich. Es wird unmöglich sein, strukturelle Reformen ohne eine anziehende Konjunktur durchzusetzen. Die Geschwindigkeit der Defizitreduzierung muss deshalb den Umständen einzelner Marktwirtschaften angepasst werden. In Ländern mit starkem privatem Schuldenabbau muss anders agiert werden als in denen mit einer geringeren Schuldenlast. Zahlungen aus EU-Fonds an Länder in tiefen Rezessionen sollten vorgezogen werden, um die aus dem Schuldenabbau entstehenden Nachfrageschwächen zu überwinden und die wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen zu verbessern.

Dr. Guntram B. Wolff ist stellvertretender Direktor des Think-Tanks „Bruegel“ in Brüssel.

Stoppt die EU-Jobvernichtungsmaschine!

Rezepte gegen das europäische Auseinanderdriften

Maria João Rodrigues | Dass wir in Europa Strukturreformen brauchen, um Wachstum zu schaffen, dürfte sich herumgesprochen haben. Dass solche Reformen in einer Periode wirtschaftlichen Wachtums leichter in Angriff zu nehmen sind als während einer Rezession, ebenfalls. Doch sollten sich diese Reformen nicht auf Arbeitsmarkt und Renten beschränken, sondern auch Bildung, Forschung und Entwicklung, Innovationen, Finanzsysteme und öffentliche Verwaltung in den Blick nehmen. Außerdem sollten sie mit Investitionen verbunden sein. Eine weitere Voraussetzung für Wachstum sind vernünftige Finanzierungsbedingungen. Bis zu einem gewissen Grad sind hier die innereuropäischen Unterschiede dem üblichen Länderrisiko geschuldet, also den speziellen Verlustrisiken im Außenwirtschaftsverkehr. Doch zurzeit haben wir es mit Unterschieden zu tun, die wir nicht mehr ohne Weiteres unter solchen Risiken abbuchen können. Wenn etwa der Zinssatz für private Investitionen bei 10 Prozent liegt und der für Staatsanleihen bei 6 Prozent, fällt es schwer, das Wachstum anzukurbeln und Haushaltsdefizite zu reduzieren. Eine wirksame Kombination aus Konsolidierungskurs und Wachstum wird dadurch für einige Länder komplett unmöglich. Von fairen Wettbewerbsregeln für den Binnenmarkt ganz zu schweigen.

Konsolidierung und Wachstum zu kombinieren, wird unmöglich

In der Rezessionsspirale

In den wirtschaftlich schwächsten Ländern Europas, und gerade in jenen, die den Troika-Programmen ausgesetzt sind, ist eine „Jobvernichtungsmaschine“ unterwegs, die zu einer Jugendarbeitslosenquote von 50 Prozent und 25 Prozent genereller Arbeitslosigkeit führt. Diese Maschinerie hat sich als sehr effektiv darin erwiesen, viele rentable Jobs und Firmen zu zerstören. Die Zugangsmöglichkeit zu Krediten schwindet, während gleichzeitig die Binnennachfrage unter der Dreifachbelastung aus Lohn- und Sozialleistungskürzungen sowie Steuererhöhungen sinkt.

All das hat eine Rezessionsspirale ausgelöst, die nicht nur Investitionen, Wachstum, Beschäftigung und sozialen Zusammenhalt schwächt, sondern alle bisherigen Bemühungen in Sachen Konsolidierung. Der Schuldenstand steigt und steigt – was beweist, dass allzu harte Sparmaßnahmen kontraproduktiv sind, auch und gerade wenn es um wirtschaftliche Konsolidierung geht.

Kein Wunder, dass sich die Mitgliedstaaten der Euro-Zone bei einer ganzen Reihe von Indikatoren – Investitionsquote, Wachstumsraten, der Arbeitsplatzschaffung und Armutsquote – rasant auseinanderentwickeln. Ein Prozess, der die gesamte Euro-Zone in die Rezession zieht, einschließlich ihrer wohlhabendsten und wettbewerbsfähigsten Länder. Wenn wir ihm entgegenwirken wollen, müssen wir die Maßnahmen auf europäischer Ebene ausweiten: den

Europäischen Stabilitätsmechanismus, die Europäische Zentralbank, die Europäische Investitionsbank oder die geplante Bankenunion.

Makroökonomischer Masterplan

Alle EU-Mitgliedstaaten sollten die gleichen Voraussetzungen haben, um die EU-Strategie für ein neues und zukunftsfähigeres Wachstumsmodell umzusetzen, das „grüner", intelligenter und inklusiv ist. Das erfordert eine spezielle Kombination aus Investitionen und Reformen, die auf europäischer Ebene im Rahmen der Konsultationen des „Europäischen Semesters für die Koordinierung der Wirtschaftspolitik" zentral gesteuert werden sollten. Das bedeutet, dass stets zunächst auf europäischer Ebene geprüft werden sollte, ob geplante Politikmaßnahmen einzelner Staaten mit der EU-Strategie kompatibel sind, bevor es zu einem endgültigen Beschluss durch die nationalen Regierungen und Parlamente kommt.

Dasselbe gilt für den Kampf gegen makroökonomische Ungleichgewichte innerhalb der Euro-Zone. Im Falle von „asymmetrischen Schocks" wie etwa einer massiven Verteuerung von Rohstoffen sollten die Maßnahmen der nationalen Regierungen durch Gelder aus den Töpfen der Euro-Zone kofinanziert werden.

Außerdem müssen wir unsere nationalen Wirtschaftsstrukturen und Investitionsvorhaben auf europäischer Ebene besser miteinander vernetzen. Diese Vernetzung sollte durch den Gemeinschaftshaushalt der EU finanziert werden, beispielsweise über die Programme der Gemeinschaft oder die Strukturfonds, und mit der europäischen Wachstumsstrategie „Europa 2020" abgestimmt werden. Ein weiteres Finanzierungsmodell für die Lösung von spezifischen Wachstumsproblemen der Euro-Zone könnten neben neuen Euro-Zonen-Steuern Anleihen an den Märkten durch die Emission von Euro-Bonds sein. Dabei sollten wir allerdings jegliche finanzielle Zuwendung aus EU-Mitteln an bestimmte Bedingungen koppeln, die an den Prioritäten der EU ausgerichtet sind.

Zuwendungen aus EU-Mitteln sollten wir an Bedingungen koppeln

Derweil sollte sich der Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM) darauf konzentrieren, souveräne Staaten zu retten. Sofern ein Mitgliedstaat der Euro-Zone dies anfragt, sollte der ESM seine Kompetenzen nutzen und Euro-Bonds ausgeben – auch hier sollten wir uns vom Prinzip der Konditionalität leiten lassen. Der Europäische Rat, der Ministerrat, die Europäische Kommission und das Europäische Parlament müssen sich intern besser organisieren, um die Angelegenheiten der Euro-Zone effektiver regeln zu können; und auch die nationalen Parlamente sollten stärker miteinbezogen werden.

Und dann sind da noch die Bemühungen zur Schaffung einer Bankenunion. Dieser Prozess, an dessen Ende ein zentrales Aufsichtssystem, ein europäischer Mechanismus zur Abwicklung von Banken und ein harmonisiertes Einlagensicherungssystem stehen sollten, dürfte bald abgeschlossen sein. Er ist einer der wichtigsten Schritte, um die Euro-Zonen-Krise zu überwinden. Im Laufe dieses Prozesses wird die EZB eine neue Rolle einnehmen, in der sie sich spezifischer mit finanzieller Stabilität befassen muss.

Natürlich sollte eine solche Entwicklung der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion auf einem „New Deal“ fußen. Wenn die Bankenunion erst einmal Wirklichkeit ist, sollten die Mitgliedstaaten eine verstärkte europäische Kontrolle ihrer Banken akzeptieren. Ähnliches gilt für eine stärkere Koordination ihrer wirtschaftlichen und sozialen Maßnahmen – wenn denn einmal eine entsprechende Institution geschaffen ist – und eine stärkere Abtretung von Souveränität auf europäischer Ebene, wenn Entscheidungen demokratischer getroffen werden. Dies sollten die Themen sein, die sich der kürzlich ins Leben gerufene Euro-Zonen-Gipfel auf die Fahnen schreibt. Nur so können wir dem europäischen Auseinanderdriften wirksam begegnen und nachhaltiges Wachstum in Europa schaffen.

Die EU-Mitglieder müssen eine Kontrolle ihrer Banken akzeptieren

Prof. Maria João Rodrigues ist Politikberaterin und lehrt Europäische Wirtschaftspolitik an der Université Libre de Bruxelles.

Schröder-Effekt und Merkel-Mythos

Als Kronzeuge für Sparpolitik taugt Deutschland nur bedingt

Bernd Ziesemer | Angela Merkel als „Terminator“ – halb Mensch, halb Roboter – wie einst Arnold Schwarzenegger in seinem gleichnamigen Film: So präsentierte die britische Zeitschrift *New Statesman* Angela Merkel schon vor einem Jahr auf ihrem Titelbild. Dazu die polemische Schlagzeile: „Europe’s most dangerous leader“.

Und noch immer entzweit die Bundeskanzlerin die öffentliche Meinung in Europa wie niemand sonst. Für die einen ist sie die einzige ernst zu nehmende Kämpferin gegen die verheerende Schuldenpolitik in weiten Teilen der Europäischen Union, vor allem in den Südländern. Für die anderen Brünings Widergängerin, die einen ganzen Kontinent in eine wirtschaftliche Abwärtsspirale stürzt.

Auf jeden Fall hört Merkel nicht auf, den Europäern immer die gleiche Rezeptur vorzusetzen: Ohne beinharte Konsolidierung der Staatsfinanzen kein Ende der Euro-Krise und keine Rückkehr zu Wirtschaftswachstum und mehr Beschäftigung – so lautet das Credo der Kanzlerin. Merkwürdig daran aber ist vor allem eines: Deutschland selbst kann gar nicht als Kronzeuge für dieses Glaubensbekenntnis herhalten.

Am Anfang des kleinen Wirtschaftswunders in Deutschland, das uns bisher weitgehend von den ökonomischen Katastrophen in Südeuropa abschirmt, stand eben nicht die Haushaltskonsolidierung. Wenn man die deutschen Erfahrungen der vergangenen zehn Jahre auf eine kurze Formel für Europa bringt, dann kann sie nur so lauten: Strukturreformen bringen mehr Wachstum, mehr Wachstum ermöglicht eine schnelle Haushaltskonsolidierung. Wobei man

gleich hinzusetzen sollte: Mehr Wachstum ist die notwendige Voraussetzung für eine Verringerung der Etatdefizite, aber keineswegs eine hinreichende. Der eiserne politische Wille muss hinzukommen.

Das falsche Bild der eisernen Kanzlerin, der Mythos Merkel, verzerrt die ganze europäische Debatte. Es geht im Kern eben nicht um „Haushaltskonsolidierung oder Wachstum", sondern um die richtigen Strukturreformen, die erst Wachstum und dann anschließend einen schnellen Defizitabbau ermöglichen. Die deutsche Wirtschaft profitiert bis heute von dem Schröder-Effekt: Die Senkung der Einkommens- und Unternehmersteuern, die Liberalisierung des Arbeitsmarkts und die niedrigen Tarifabschlüsse über viele Jahre hinweg machten das kleine Wirtschaftswunder der vergangenen Jahre in Deutschland überhaupt erst möglich.

Deutschlands Wiederabstieg hat bereits begonnen

Es war ein Sozialdemokrat, Gerhard Schröder, der mit klassischer wirtschaftsliberaler Politik in den Jahren 2003 bis 2005 die Bedingungen für mehr Wachstum heute geschaffen hat. Leider brachte Schröder durch seine Politik erst die eigene Partei, dann die Wähler gegen sich auf. Je länger seine Reformen zurückliegen, umso eindrucksvoller erscheint aber seine damalige Bilanz. Daraus ergibt sich auch bereits eine Antwort auf die Frage, was man denn den gebeutelten Südeuropäern empfehlen sollte: nicht Merkel, sondern Schröder. Wie die Reformen in den einzelnen Ländern aussehen müssen, können nur die dortigen Regierungen bestimmen. Ein deutsches Universalrezept für alle gibt es nicht.

Das falsche Bild der eisernen Kanzlerin verzerrt die Debatte

Wir sollten auch allen Versuchungen widerstehen, uns wie Wilhelm II. zu gebärden. Im Endeffekt geht es aber zumindest um die gleichen Werte wie einst unter Schröder: mehr Flexibilität und niedrigere Belastungen für die Unternehmen.

Und in Deutschland? Da ist ausgerechnet Angela Merkel dabei, die Erfahrungen der Schröder-Jahre Stück für Stück zu negieren. Die Belastungen der deutschen Unternehmen steigen, die Lohnabschlüsse liegen deutlich über den Produktivitätsgewinnen. Explodierende Energiepreise nach der verfehlten Atomwende, höhere Steuerbelastungen und eine immer stärkere Regulierung der Volkswirtschaft drücken die Wettbewerbsfähigkeit.

Oder mit einem Wort: Während der Rest Europas dabei ist, notgedrungen etwas deutscher zu werden, stellt die deutsche Politik die Weichen dafür, dass unsere Wirtschaft etwas südeuropäischer wird. Man kann das im Sinne der Harmonisierung in der Union begrüßen oder im Sinne eigener nationaler Interessen strikt ablehnen. Aber es ist ein Fakt: Deutschland bleibt wahrscheinlich noch eine ganze Weile wirtschaftlich stark, aber der Wiederabstieg hat bereits begonnen.

Bernd Ziesemer ist Publizist und war lange Jahre Chefredakteur des *Handelsblatts*.

Du sollst nicht schaden

Wie Europa den hippokratischen Eid der Ökonomie verletzt

Mark Blyth | Wieder Wachstum in Europa zu generieren, ist vergleichsweise simpel: einfach mit dem aufhören, was man die vergangenen vier Jahre gemacht hat – denn das entsprach ökonomisch dem Aderlass in der mittelalterlichen Medizin.

Im Grunde genommen haben die Industriestaaten zuletzt ein naturwissenschaftliches Experiment am eigenen Leibe durchgeführt, und dessen Ergebnisse sind nun deutlich erkennbar. Als Beweis für den Irrsinn dieses Vorgehens sollte man sich Folgendes vor Augen führen: Die Vereinigten Staaten hatten Glück im Unglück. Nur aufgrund ihrer obskuren, aus dem 18. Jahrhundert stammenden Kompetenzverteilung, die letztlich zu politischen Blockaden führt, war die US-Regierung nicht in der Lage, die massiven Ausgabenkürzungen zu beschließen, mit denen man der angeblichen „Krise" der Staatsausgaben in den Industriestaaten begegnen wollte. Die Folge? Derzeit erlebt Amerika einen Wirtschaftsaufschwung, die Arbeitslosenquote sinkt, das Defizit am Jahresende 2013 wird 3 Prozent betragen, und die Schulden werden ab 2014 real abgebaut.

Einsparungen ohne Einnahmen sind schlicht ein Verlust für das BIP

Großbritannien dagegen – mit den gleichen Vorteilen wie die USA ausgestattet, nämlich mit einer eigenen Währung und einer echten Zentralbank (im Unterschied zur Europäischen Zentralbank EZB, die in Wahrheit eine Währungsbehörde mit einer Liquiditätspumpe und einem Inflationsziel ist) – hat inmitten einer Rezession seine Ausgaben gekürzt. Als Resultat wird das britische Staatsdefizit dieses Jahr etwa 7 Prozent betragen, und Großbritannien ist nun höher verschuldet als vor den Haushaltseinsparungen.

Volkswirtschaft für Anfänger

Die Peripherie der Euro-Zone hat unter dem Diktat der Troika aus EU-Kommission, Internationalem Währungsfonds (IWF) und EZB massive Ausgabenkürzungen vorgenommen. Das Ergebnis war, dass, je nach Altersgruppen, zwischen 20 und 60 Prozent der Erwerbstätigen arbeitslos wurden, während 20 bis 30 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) vernichtet wurden. Und wofür? Alle diese peripheren Staaten stecken tief in der Wirtschaftskrise. Sie haben immer wieder ihre Defizitziele verfehlt, denn ihre Volkswirtschaften schrumpfen, ihre Facharbeiter wandern aus, ihre Steueraufkommen sinken.

Der Denkfehler, der diesem Desaster zugrunde liegt, ist ganz einfach rechnerischer Natur. Er hat nichts damit zu tun, dass entweder eine keynesianische Politik der Anreize oder neoklassische Austerität „den Weg aus der Krise" wiesen. Wenn der öffentliche und der private Sektor einer Volkswirtschaft gleichzeitig schrumpfen, werden keine Einnahmen generiert, die Kürzungen erlauben könnten. Einnahmen sind aber notwendig, denn sonst sind Einsparungen schlicht und ergreifend ein Verlust für das BIP.

In der Praxis heißt das: Wenn die Ausgaben im öffentlichen Sektor gekürzt werden, während der private Sektor zur gleichen Zeit einen Rückschlag erleidet, schrumpft der Nenner der Volkswirtschaft (BIP), und der Zähler – der konstante Bestand an Schulden, die bedient werden müssen – wird eher größer als kleiner. Im Ergebnis steht man am Ende mit mehr statt mit weniger Schulden da – allen Ausgabenkürzungen zum Trotz.

Versucht man dieses Experiment in einem eng verknüpften regionalen Wirtschaftraum mit gemeinsamer Währung und hoch kreditbelasteten Banken voller toxischer Vermögenswerte (sprich: der Euro-Zone), kann man leicht vorhersagen, dass es böse enden wird. Man braucht nicht erst darauf zu warten, dass der IWF die negativen Multiplikatoren, die mit einem solchen Prozess verbunden sind, berechnet und benennt, wie er es schließlich im Oktober 2012 getan hat.

Außerirdisches Außenhandelsdefizit

Dass dies passieren würde, war offensichtlich – und wurde bereits 2010 von vielen Ökonomen vorhergesagt. Warum verfolgte die Troika dann eine solch katastrophale Politik? Die Antwort auf diese Frage verweist auf zwei miteinander verbundene Komplexe: die Weisheit von Universallösungen und jene fantastischen „Strukturreformen“, von denen so viel die Rede ist.

Die Einheitslösung, auf die man in der Euro-Zone bisher gesetzt hat, beruht, wie Martin Wolf von der *Financial Times* und Simon Tilford vom Center for European Reform wiederholt erklärt haben, auf einem Trugschluss der Verallgemeinerung: nämlich auf der Idee, dass das Ganze etwas anderes sei als die Summe seiner Teile.

Der Irrtum besteht darin, dass man davon ausgeht, eine Volkswirtschaft würde durch drastische Ausgabenkürzungen und gleichzeitige strukturelle Reformen wettbewerbsfähiger und könnte sich durch erhöhten Export von ihren Problemen befreien. Das Paradebeispiel für dieses Vorgehen ist natürlich „Exportweltmeister“ Deutschland.

Allerdings ist Deutschland natürlich deshalb das weltweit führende Exportland, weil andere Länder ebenso meisterlich importieren. Damit also Deutschland Deutschland sein kann, müssen alle anderen Länder anders handeln als Deutschland. Es können nicht alle gleichzeitig Deutschland sein. Für jedes Land mit einem Exportüberschuss muss es anderswo ein Land geben, das ein Handelsdefizit aufweist. Die Idee, Wachstum zu generieren, indem die Euro-Zone als Ganzes ein Exportplus fährt, ist ein konzeptioneller Irrglaube von kontinentalem Ausmaß. Völlig zu Recht fragt Martin Wolf: Wer soll denn dann das entsprechende Defizit einfahren? Außerirdische?

Deutschland kann nur Deutschland sein, wenn die anderen anders sind

Vielleicht ist der eigentliche Grund, dass die Euro-Zone diese Einheitslösung verfolgt hat, gerade der, dass sie unmöglich funktionieren kann: So konnte sich Deutschland aus dem Klammergriff eines Problems lösen, das es weder geschaffen hat noch lösen kann, für das es aber verantwortlich gemacht wird: nämlich für den Zustand des europäischen Bankensystems.

Das europäische Bankensystem ist, gemessen am Verhältnis Einlagen zu BIP, drei Mal so groß und doppelt so stark kreditbelastet wie sein amerikanisches Gegenstück, das angeblich „zu groß ist, um zu scheitern". Die großen Banken, aus denen es sich zusammensetzt, sind in den vergangenen 15 Jahren enorm gewachsen, indem sie in rücksichtsloser Leichtfertigkeit ein Spiel gegen den Euro getrieben haben. Denn sie haben darauf gesetzt, dass sie, wenn sie so viele Schulden der europäischen Peripheriestaaten aufkauften wie möglich, zu groß würden, als dass man sie scheitern lassen könnte, und dass die EZB sie retten würde. 2008 stellte sich allerdings heraus, dass dies eine schlechte Geschäftsentscheidung war, denn die EZB wird letztlich von den deutschen Steuerzahlern gedeckt, und Deutschland ist nicht groß genug, um eine solche Menge toxischer Vermögenswerte aus dem System zu spülen.

Europas Bankensystem ist drei Mal so groß wie das amerikanische

Die Lösung bestand bislang darin, die Ausgaben zu drosseln (Austerität in der Peripherie), die Liquidität zu steigern (durch längerfristige Refinanzierungsgeschäfte oder durch so genannte „Emergency Liquidity Assistance"-Programme) und das Problem von Gipfeltreffen zu Gipfeltreffen vor sich her zu schieben. Als Beispiel dafür mag das fortlaufende Scheitern der „Bankenunion" dienen, eine Lösung für die so genannten „toxischen Altlasten" zu finden; und das, obgleich das bei der Bankenunion der entscheidende Punkt ist.

Wichtiger, und als politisches Problem gravierender: Es wird ausgesprochen schwierig sein, der deutschen Öffentlichkeit zu erklären, dass hinter der Krise tatsächlich ein kontinentweites Bankenproblem steht – umso mehr, als man die Schuld bislang allein auf die „faulen" Südländer und ihren verschwenderischen Lebensstil geschoben hat. Um dieses Problem zu umgehen, wurden einfach noch ein paar „Strukturreformen" in den Maßnahmenmix geworfen – mit den Ergebnissen, die zu erwarten waren.

Mit Reformen und Redlichkeit ins Desaster

Der Begriff „Strukturreformen" wurde in den neunziger Jahren populär, als das Strukturanpassungsprogramm des IWF und der Weltbank sich fächerartig über die Welt ausbreitete – mit der gleichen Kur von Ausgabenkürzungen, Liberalisierung, Privatisierung und Öffnung, die derzeit auch die peripheren Euro-Zonen-Länder trifft. Die Folgen waren desaströs. Von allen „strukturell angepassten" Volkswirtschaften dieser Periode blieb keine einzige dauerhaft erfolgreich. Tatsächlich sind die Erfolgsfälle aus dieser Zeit, namentlich China und Brasilien, eher solche Länder gewesen, die entweder die Vorgaben des IWF ignorierten oder genau das Gegenteil taten. Wieso also sollte man in Europa nun das Gleiche tun, wenn man doch bislang solch negative Erfahrungen damit gemacht hat?

Zwei Antworten liegen nahe. Die erste lautet, dass die südlichen Volkswirtschaften schon seit Jahren bankrott sind und die Krise es den Brüsseler Technokraten nun erlaubt, das zu tun, was getan werden muss, um „Europa zu verbessern". Diese Antwort ist in zweierlei Hinsicht problematisch. Zunächst einmal sind beispielsweise das Baskenland und Norditalien wirtschaftlich erfolgreicher als Belgien und die Niederlande – egal, welchen Maßstab man anlegt. Warum also

hacken wir auf den Ländern der Peripherie herum und lassen die anderen in Ruhe? Zweitens betrifft sie die Frage der Demokratie. Wer hat die Kommission gewählt und ihr den Auftrag gegeben, dies zu tun? Ohne ein demokratisches Mandat sind solche Reformen zum Scheitern verurteilt. Dessen ungeachtet lassen sich so die Probleme natürlich weiter auf die lange Bank schieben.

Aus diesem Blickwinkel betrachtet, bietet sich auch noch eine eher zynische Antwort an. Was, wenn die EZB, die Kommission und ihre Verbündeten die Bankenkrise nutzen wollen, um die Kerninstitutionen des europäischen Wohlfahrtstaats zu schwächen? Wenn man diese Möglichkeit in Betracht zieht, sind strukturelle Reformen vielleicht am ehesten als Klassenkampf der anderen Art zu begreifen: Irgendjemand muss ja das Chaos im Bankensystem aufräumen, und es sollen verdammt noch mal nicht die Banker sein.

Heute sehen wir, wie die Stimmanteile für die Parteien der Mitte in der Peripherie einbrechen. Europa hat sich bereits sehr stark selber geschadet. Es hat sein BIP dauerhaft geschrumpft, die Kurve seiner langfristigen Wachstumsentwicklung gesenkt, eine Generation ohne Arbeit und Hoffnung geschaffen und den Norden gegen den Süden in Stellung gebracht.

Vor diesem Hintergrund sollte man sich vielleicht einfach an Hippokrates erinnern, den berühmten Arzt des Altertums, statt in Kategorien wie „Anreiz“ und „Austerität“ zu denken: Hört einfach auf, ohne guten Grund Kürzungen zu beschließen! Oder wie Hippokrates gesagt hat: „Zuerst einmal nicht schaden (primum non nocere)“. Nur dann kann Europa sich darauf besinnen, wo es derzeit steht, und vielleicht den desaströsen Weg verlassen, auf den es sich im Namen von „fiskaler Redlichkeit“ und „strukturellen Reformen“ begeben hat.

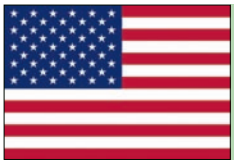
Mark Blyth ist Professor of International Political Economy an der Brown University und Autor von „Austerity: The History of a Dangerous Idea“ (2013).

Bild nur in Printausgabe verfügbar

Das Wachsen der Anderen

Wachstumskonzepte der USA, Japans, Südkoreas, Südafrikas und Israels

Nicht nur Europa sucht Wege aus der Wachstumskrise. Auch andere Industrie- und Schwellenländer ringen um die richtigen Konzepte, um ihre Volkswirtschaften stärker anzukurbeln. Konsolidieren, Geld drucken, reformieren, auf Hightech setzen: Welche Erfahrungen macht man in Amerika und Ostasien, in Afrika und Nahost?



Lähmende Unsicherheit

Die Wirtschaft der USA wächst wieder – aber nicht ausreichend

Wachstumsrate
2,1 %

BIP pro Kopf
51.525 $

Inflationsrate
2,1 %

Arbeitslosenquote
7,5 %

Haushaltsbilanz
(% BIP)
- 6,6

Patrick Welter | Die Finanz- und Wirtschaftskrise nahm zwar 2007/08 in den Vereinigten Staaten ihren Anfang, doch der Einbruch fiel nicht so tief aus wie in Europa. Schon im Sommer 2009 war die Rezession überwunden. Seither wächst die US-Wirtschaft recht konstant mit etwas mehr als 2 Prozent – stärker als im Euro-Raum, aber für amerikanische Verhältnisse, wo rund 3 Prozent das Normalmaß sind, doch eher bescheiden. Für die USA mit ihren wachsenden Bevölkerungszahlen sind 2 Prozent zu wenig, um für eine deutliche Entspannung am Arbeitsmarkt zu sorgen. In den vergangenen Jahren wurden netto zwar mehr als 6,1 Millionen neue Stellen geschaffen; das gleicht aber die Verluste von rund 8,7 Millionen Arbeitsplätzen noch nicht aus. Mit zuletzt 7,5 Prozent liegt die Arbeitslosenquote offiziell immer noch auf einem für Amerika ungewöhnlich hohen Niveau (5 bis 6 Prozent gelten als normal). Der jüngste Rückgang ist nicht zuletzt jenen Beschäftigungslosen geschuldet, die sich ganz vom Arbeitsmarkt zurückgezogen haben. Nach breiter gefasster, realistischerer Berechnung lag die tatsächliche Quote zuletzt bei 13,9 Prozent, der Anteil der Langzeitarbeitslosen bei rund 40 Prozent.

Der Aufschwung ist drei Jahre nach Beginn der Erholung bei vielen noch nicht angekommen; die USA laborieren weiter an den Spätfolgen der Finanzkrise. Am Immobilienmarkt macht sich mit steigenden Hauspreisen und mehr

Bautätigkeit zwar eine Erholung bemerkbar. Der Weg zu einer Normalisierung aber ist noch weit. Finanzinstitute und private Haushalte haben ihre Verschuldung deutlich reduziert. Aber die Zahl überschuldeter Hausbesitzer, die ihre Hypotheken nicht bedienen können, wird noch auf mehrere Millionen geschätzt. Der private Konsum, aber auch die privaten Bruttoanlageinvestitionen haben noch nicht zu gesunden Zuwachsraten zurückgefunden.

Präsident Barack Obama hatte 2009 seine Amtszeit mit einem schuldenfinanzierten Nachfrageimpuls begonnen, dessen Kosten zunächst auf 787 Milliarden Dollar und später auf 831 Milliarden Dollar (über zehn Jahre) beziffert wurden. Die staatlichen Mehrausgaben für Infrastruktur, temporäre Abgabensenkungen und verlängerte Arbeitslosenzahlungen haben auf dem Höhepunkt der Wirtschaftskrise geholfen, den privaten Nachfrageausfall etwas auszugleichen. Die Hoffnungen der Regierung, damit auch die Basis für einen soliden Aufschwung gelegt zu haben, trogen aber: Die Krise erwies sich als dauerhafter als erwartet, denn der „Crash“ von 2008 war eben kein regulärer Konjunktureinbruch, sondern eine Finanzkrise, die durch eine Kreditblase ausgelöst wurde. Es dauert, bis nach solchen Krisen mit einer Bereinigung der Bilanzen von privaten Haushalten und Unternehmen wieder der Grundstock für einen sich selbst tragenden Aufschwung gelegt ist. Die extrem lockere Geldpolitik der Federal Reserve ist dabei weniger als Mittel der Nachfragestimulierung, sondern eher als Versuch zu lesen, die Bilanzsanierung überschuldeter Haushalte zu erleichtern. Die Finanzhäuser und Unternehmen haben diese Anpassung zu großen Teilen hinter sich gebracht.

Die Zahl überschuldeter Hausbesitzer liegt noch bei mehreren Millionen

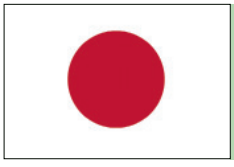
Nach dem Verlust der demokratischen Mehrheit im Repräsentantenhaus 2010 und aufgrund der Blockade im Kongress hat Obama keine nennenswerten neuen gesamtwirtschaftlichen Impulse mehr durchgebracht. Seine Pläne für weitere keynesianische Konjunkturprogramme scheiterten am Widerstand der Republikaner, die auf mehr Haushaltsdisziplin und eine geringere Neuverschuldung dringen. Die Regierung wird so gezwungen, die Neuverschuldung stärker zu begrenzen als von ihr gewollt. Im Vergleich zu Europa allerdings gehen die Staatsschulden deutlich langsamer zurück. Das Defizit der Regierung ist von 10,1 Prozent im Jahr 2009 auf 7 Prozent im vergangenen Fiskaljahr gesunken und dürfte in diesem Fiskaljahr auch dank größerer Steuereinnahmen bei deutlich weniger als 6 Prozent enden. Rechnerisch belasten die real schrumpfenden Staatsausgaben etwa seit Mitte 2010 über die Nachfrageseite das amerikanische Wachstum.

Im vierten Jahr nach der Rezession aber fällt es immer schwerer, die Krise allein mit fehlender gesamtwirtschaftlicher Nachfrage zu begründen. Es ist weniger Obamas zögerliche und weitgehend erzwungene Sparpolitik, die einen kräftigen Aufschwung verhindert, sondern eher seine Forderungen, die Reichen und Wohlhabenden sowie Kapitaleinkünfte mit höheren Steuern zu belegen. Zu Recht kritisieren die Republikaner, dass damit weniger die Reichen, sondern Unternehmer und Investitionen getroffen werden. Eine dringend benötigte Körperschaftssteuersatz, um den im OECD-Vergleich rekordhohen Unternehmens-

steuersatz auf ein wettbewerbsfähiges Niveau zu senken, gehört nicht zu Obamas Prioritäten. All das hemmt die wirtschaftliche Erholung. So sind die Investitionen trotz guter Unternehmensgewinne vergleichsmäßig schwach.

Einige wesentliche Unsicherheiten umtreiben die amerikanische Wirtschaft: wie es mit der hohen und noch steigenden Staatsverschuldung weitergeht und ob weitere Herabstufungen des Schuldners USA durch Ratingagenturen drohen; ob das geldpolitische Experiment der Nullzinspolitik und der quantitativen Lockerung gut ausgehen wird; wie hoch die Kosten der Gesundheitsreform „Obamacare“ ausfallen, die von kommendem Jahr an voll greifen wird, und wie hoch mögliche Kosten weiterer Umweltregulierungen in Obamas zweiter Amtszeit veranschlagt werden müssten. All das hat nichts mit dem Nachfrageeinbruch als Folge der Krise zu tun. Aber Unsicherheiten blockieren einen kräftigeren Wirtschaftsaufschwung.

Patrick Welter ist Wirtschaftskorrespondent der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* in Washington.



Strohfeuer statt Strukturreformen

Der Begriff ist neu, die Politik der Abenomics in Japan leider nicht

Wachstumsrate
1,2 %

BIP pro Kopf
45.680 $

Inflationsrate
-0,1 %

Arbeitslosenquote
4,4 %

Haushaltsbilanz
(% BIP)
-8,2

Christoph Neidhart | Wenn Finanzstrategen von einer Revolution sprechen, sollten alle Alarmglocken läuten. Das haben die Dot.com-Blase gezeigt, bei der das Internet alle bisherigen Gesetze des Aktienmarkts revolutionierte, und die Subprime-Hypotheken, bei der die Wall Street Tricks erfand, mit denen man faule Darlehen zu „erstklassigen“ Investitionsvehikeln erklärte und dabei verschleierte, dass kaum eine Chance zur Rückzahlung bestand. Nun kommt ein finanzielles „Perpetuum mobile“ aus Japan: Abenomics.

Dem flüchtigen Beobachter präsentieren sich Abenomics als durchaus vernünftige japanische Variante lockerer Geldpolitik, wie sie besonders in den USA betrieben wird; als Versuch, die Industrie mit billigen Krediten zu Investitionen und die Verbraucher zum Kaufen zu veranlassen. Wenn die Stimmung sich nicht zuletzt dank steigenden Börsenkursen verbessere, so Etsuro Honda, einer der Väter des Programms, dann konsumierten die Leute wieder mehr. Da als Begleiterscheinung von Abenomics der Wechselkurs des Yen nachgelassen habe, verbesserten sich die Bilanzen der Exportfirmen. Sie würden investieren und höhere Löhne zahlen. Dadurch nähme der Staat mehr Steuern ein und man könne den dramatisch überschuldeten Staatshaushalt sanieren. Eigentlich sei alles Psychologie. Auch um der Psychologie willen redet Wirtschaftsminister Akira Amari seit Monaten die Börsenkurse stark; die Medien geben sich als Abenomics-Groupies. Kritiker kommen kaum mehr zu Wort. Die Propaganda wirkte, noch bevor Notenbank oder Regierung irgendetwas Neues unternommen hatten und sogar schon vor Abes Wahl zum Premier im Dezember 2012. So groß waren die Erwartungen vor allem bei ausländischen Investoren.

Seit April pumpt die Notenbank mit beispielloser Wucht zusätzliches Geld in die Wirtschaft; in zwei Jahren soll die Geldmenge verdoppelt werden. Honda rechtfertigt das damit, Japan habe nach dem Schock infolge der Pleite von Lehman Brothers seine Geldpolitik weniger radikal gelockert als andere Staaten. Abe selbst bezeichnet die quantitative Lockerung als „ersten Pfeil" in seinem Köcher, den „zweiten Pfeil" bilden Konjunkturprogramme, mit denen Abe vor allem die Bauindustrie beschäftigen will. Als „dritten Pfeil" hat er Strukturreformen angekündigt, die er bisher noch nicht näher umschrieben hat.

Für seinen ziemlich orthodoxen Keynesianismus erhält Abe, der sich bisher gerne als Neoliberaler gab, viel Applaus. So lobte Wirtschaftsnobelpreisträger Paul Krugman Abes „Mut", der sich wohltuend von der „Ängstlichkeit" der Europäer unterscheide. Je weiter weg von Japan und je oberflächlicher die Kenntnisse, umso lauter der Beifall. Der schwoll Ende Mai noch einmal an, als die Regierung erste Zahlen so präsentierte, dass man aus ihnen einen Erfolg von Abenomics ablesen konnte. Die Deflation sei von 0,5 Prozent auf 0,4 Prozent zurückgegangen. Die Begeisterung der Anleger an der Börse hatte sich da allerdings schon abgenutzt, zumindest vorübergehend. Die Kurse, die in fünf Monaten um 50 Prozent gestiegen waren, gaben in wenigen Tagen die Hälfte ihrer Gewinne wieder ab.

Je oberflächlicher die Kenntnisse, desto größer der Beifall für Abenomics

Einige Branchen wie die Autoindustrie meldeten in der Tat gute Quartalsergebnisse, ihre Exporte sind gestiegen. Das lässt sich allerdings eher mit einer leichten Erholung der Weltwirtschaft erklären als mit Abenomics. Im Alltag spüren die Japaner nichts von der Wirtschaftspolitik ihres Premiers, und wenn, dann Nachteiliges: Benzin und manche Einfuhren sind teurer geworden, die Löhne dagegen gleich geblieben.

Warum kann Abenomics nicht funktionieren? Der Begriff ist erst fünf Monate alt, aber als Wirtschafts- und Finanzpolitik betreibt Japan seit mehr als einem Jahrzehnt eine solche Politik – Abe hat diese Politik bloß akzentuiert. Alle seine Vorgänger haben massive Konjunkturpakete geschnürt; dafür hat der Staat sich immer tiefer, auf nun 240 Prozent der Jahreswirtschaftsleistung und damit mehr als das Doppelte Griechenlands verschuldet. Die Notenbank hat die Staatsdefizite schon bisher finanziert, sie kaufte auch bisher schon Wertpapiere, sogar Aktien am Finanzmarkt.

Japan steckt in einer Liquiditätsfalle, die Wirtschaft reagiert nicht auf Geldinjektionen. Viele Unternehmen und manche Privatleute, vor allem ältere Menschen, hocken auf viel Bargeld und wissen nicht, wohin damit. Mehr konsumieren wollen sie nicht, an die Börse gehen sie nicht mehr. Die meisten Jüngeren hingegen haben nicht genügend Geld, um sich mehr Konsum zu leisten. Ein Drittel von ihnen findet nur Jobs als Zeitarbeiter; dabei verdienen sie Minimallöhne und haben keine Weiterbildungs- und Aufstiegsmöglichkeiten. Als Leistungsträger sind sie für die Zukunft der japanischen Wirtschaft verloren.

Auch die Frauen, obwohl besser ausgebildet als die Männer, spielen im Wirtschaftsprozess nur marginale Rollen: sie dürfen Tee kochen, lächeln und

den Herren zuarbeiten. In den Teppichetagen hocken nur Männer, alle etwa gleich alt, alle besuchten die gleichen Universitäten und arbeiten seither in den gleichen Firmen; Widerspruch ist nicht üblich, man fürchtet um seine Privilegien. Solange sich diese Gesellschaft nicht radikal ändert, hat die Ökonomie keine Chance auf Wiederbelebung. Die „Japan AG“ braucht Pluralismus, sie muss sich öffnen, nach außen und gegenüber den Jungen und Frauen im eigenen Land. Der konservative Abe ist nicht der Mann, der eine solche Revolution durchsetzen kann – oder will.

Bereits heute geht ein Viertel des Staatsbudgets in den Schuldendienst. Sollten die Zinsen steigen, werden diese Schulden teurer. Vielleicht nicht so teuer, dass es zum Kollaps kommt, aber sicher so teuer, dass alle Hoffnungen auf den Erfolg von Abenomics schwinden. Und Japan in seine Stagnation zurückfällt.

Christoph Neidhart ist Korrespondent der *Süddeutschen Zeitung* in Tokio.

Wirtschaftliche Demokratisierung

Südkorea müsste endlich die Macht der Konglomerate einschränken

Wachstumsrate
3,7 %

BIP pro Kopf
24.590 $

Inflationsrate
2,9 %

Arbeitslosenquote
3,2 %

Haushaltsbilanz
(% BIP)
2,6

Bernhard Bartsch | Redet man mit Südkoreanern über die Schuldenkrise in Europa und den USA, kommt das Gespräch schnell auf die Goldsammlung von 1997. Damals bedrohte die Asien-Krise das „Wirtschaftswunder am Han-Fluss“, das Land stand kurz vor dem Bankrott. In einem Verzweiflungsakt rief die Regierung die Bevölkerung auf, ihren Goldschmuck abzuliefern und die Welt damit zu überzeugen, dass Südkorea seine Schulden zurückzahlen werde. Tatsächlich standen die Südkoreaner Schlange, um mit ihren Familienschätzen das Land zu retten. Die kollektive Aufopferung verfehlte ihre Wirkung nicht. Das Vertrauen in die südkoreanische Wirtschaft war bald wiederhergestellt. Derartige Solidarität sei typisch für Südkorea, sagen die Koreaner stolz und empfehlen den heutigen Krisenstaaten eher ironisch die gleiche Medizin, wohl wissend, dass kaum ein anderes Volk dazu bereit wäre.

In der gegenwärtigen Krise hat das Land keine neue Goldkollekte ausrufen müssen. Auch darauf ist man in Südkorea stolz. Wenige Staaten haben den globalen Turbulenzen nach der Lehman-Pleite besser getrotzt. 2012 wuchs das Bruttoinlandsprodukt um 2 Prozent. Für dieses Jahr erwartet die Regierung 2,6 Prozent. Das ist zwar deutlich weniger als in Vorkrisenzeiten, aber besser als in vielen anderen Industrienationen.

Dennoch ist man ist Südkorea kaum weniger nervös als im Rest der Welt, denn die Statistiken sind so eindeutig positiv nicht. Für die Exportindustrie, die rund die Hälfte der südkoreanischen Wirtschaftskraft ausmacht, ist jede Erschütterung der internationalen Konjunktur ein neuer Test ihrer Flexibilität und Widerstandskraft. Und die im Februar angetretene Präsidentin Park Geunhye muss erst noch zeigen, ob sie eine grundlegende Reform des Wirtschafts-

systems tatsächlich durchsetzen kann, von dessen Notwendigkeit man in Südkorea weitgehend überzeugt ist. Optimisten und Pessimisten finden in den aktuellen Wirtschaftskennzahlen gleichermaßen Bestätigung. Zu den positiven Daten gehört die Entwicklung der Industrieproduktion, die im April zum ersten Mal seit vier Monaten wieder ein Wachstum verzeichnete. Die Exporte steigen ebenfalls leicht an und lagen im Mai immerhin 3,2 Prozent über Vorjahresniveau. Auch die Verbraucher zeigen sich noch zuversichtlicher. Das Stimmungsbarometer der Bank of Korea stieg von 102 im April auf 104 im Mai (Werte oberhalb von 100 bedeuten eine optimistische Grundhaltung).

Pessimistischer stimmt dagegen der Einkaufsmanagerindex. Der wichtige Indikator für die mittelfristige Entwicklung der Industrie zeigt, dass die Auftragseingänge in koreanischen Fabriken im Mai leicht rückgängig waren. Ein Grund könnten Währungsverwerfungen sein: Südkoreas Exporteure klagen über den Kursverfall des japanischen Yen, der seit Ende vergangenen Jahres gegenüber dem Dollar rund 20 Prozent an Wert verloren hat. Der Won hat seinerseits gegenüber dem Yen um fast ein Drittel zugelegt. Da koreanische und japanische Unternehmen in vielen Branchen direkte Konkurrenten sind, bringt die Kursveränderung den Koreanern deutliche Wettbewerbsnachteile.

Sorgen verursachen Südkoreas fallende Immobilienpreise

Sorgen verursachen auch Südkoreas fallende Immobilienpreise. In Seoul ist der Preis für Wohnungen seit 2008 um rund 15 Prozent gefallen und sinkt weiter. Viele Familien sind dadurch in eine Schuldenfalle geraten. Kurzfristig versucht die Regierung, die Negativtrends mit einem Konjunkturprogramm aufzufangen. Präsidentin Park brachte als eine ihrer ersten Amtshandlungen einen 5,3 Billionen Won (3,6 Milliarden Euro) schweren Sonderhaushalt auf den Weg. Drei Viertel des Stimulus sollen bis Ende Juni ausgegeben werden.

Damit versucht Park, sich Zeit zu verschaffen, um ihr wichtigstes Wahlversprechen anzugehen: die „wirtschaftliche Demokratisierung“, ein Slogan, mit dem auch ihre Konkurrenten auf Stimmenfang gegangen waren. Gemeint ist damit die Einschränkung der Macht von Koreas mächtigen Industriegruppen, den „Chaebol“. Die zehn größten Konglomerate erzeugen rund 70 Prozent der koreanischen Wirtschaftsleistung. Zwar erkennen die Koreaner an, dass Unternehmen wie Samsung oder Hyundai die Träger des Aufschwungs sind, die das Land in den vergangen Jahrzehnten von einem der ärmsten Länder der Welt zu einer wohlhabenden Industrienation machten. Doch inzwischen werden sie auch für die wachsende Kluft zwischen Arm und Reich verantwortlich gemacht. Zahlreiche Korruptionsskandale haben den Koreanern vor Augen geführt, dass ihre Unternehmen nicht nur die Interessen der Allgemeinheit verfolgen.

Park hat versprochen, die Konglomerate zu „mehr sozialer Verantwortung“ zu zwingen; wie sie das erreichen will, bleibt unklar, schließlich ist sie mit den Chaebol eng verbunden. In den sechziger und siebziger Jahren war es ihr Vater, der Militärherrscher Park Chung-hee, der dem Aufstieg der Konglomerate den Weg ebnete. Bis heute ist Parks konservative Partei eng mit den Chaebol vernetzt. Das weckt Zweifel, ob die Präsidentin den mächtigen Unternehmerclans

tatsächlich die Stirn bieten kann. Bisher fordert sie von diesen nur vorsichtig „Selbstbeschränkung“. Ob das den Koreanern genug ist, scheint ungewiss. Als sie in der Asien-Krise ihr Gold abgaben, taten sie dies in der Überzeugung, dass ihre politische Führung sich für das Land nicht weniger aufopferte als sie. Heute ahnen viele Koreaner, dass die Realität komplizierter ist.

Bernhard Bartsch berichtet aus Peking u.a. für die *Frankfurter Rundschau*, die *NZZ* und *brand eins*.

Staatliche Anreize sind ausgeschöpft

Um Wachstum zu generieren, will Südafrika neue Märkte erschließen

Wachstumsrate
3,0 %

BIP pro Kopf
7580 $

Inflationsrate
4,2 %

Arbeitslosenquote
25 %

Haushaltsbilanz
(% BIP)
-5,0

Hans Brandt | Fast 20 Jahre nach dem Ende des Apartheid-Systems der Rassendiskriminierung bleibt Südafrika geprägt von krassen Einkommensunterschieden zwischen einer kleinen, meist weißen Oberschicht und einer großen, fast ausschließlich schwarzen Unterschicht. Um die über Jahrhunderte benachteiligte schwarze Mehrheit zu fördern und eine gerechtere Einkommensverteilung zu erzielen, setzt der regierende Afrikanische Nationalkongress (ANC) auf umfangreiche staatliche Interventionen und möglichst schnelles Wirtschaftswachstum. „Um die Zahl der Arbeitsplätze dauerhaft zu erhöhen, ist eine schneller wachsende Wirtschaft notwendig“, heißt es dazu im Nationalen Entwicklungsplan (NDP) der Regierung von 2012.

Nelson Mandela, der erste Präsident nach dem Ende der Apartheid 1994, und dessen Nachfolger Thabo Mbeki hatten sich noch ein Wachstum von 6 Prozent zum Ziel gesetzt; heute peilt die Regierung von Präsident Jacob Zuma 5 Prozent an. Keine dieser Vorgaben konnte bisher erreicht werden. Von 1994 bis 2008 war die Wirtschaft durchschnittlich mit 3,2 Prozent jährlich gewachsen. Die weltweite Finanzkrise 2008 drückte Südafrika in eine Rezession: Zum ersten Mal seit 17 Jahren ging die Wirtschaftsleistung 2009 zurück. Doch schon 2010 konnte man wieder ein positives Wachstum vermelden; es lag 2012 bei 2,5 Prozent. Die stärkste Volkswirtschaft in Afrika hat die globale Finanzkrise bisher ohne schwere Schäden bewältigen können – zum Teil profitierte sie sogar davon.

Drei Faktoren spielten eine wichtige Rolle: Unterstützt durch eine äußerst erfolgreiche Steigerung des Steueraufkommens konnte die ANC-Regierung massiv in Infrastruktur- und Sozialprojekte investieren; Südafrikas Zentralbank, die South African Reserve Bank (SARB), senkte schrittweise die Zinsen; und die niedrigen Zinsen für Staatsanleihen in Industrieländern lenkten große Summen in die Schwellenländer, in denen Obligationen noch deutlich höhere Erträge versprachen – ein Geldstrom, der auch Südafrika erreichte.

„Auf einer soliden Grundlage fiskalischer Zurückhaltung konnte Südafrika auf die Finanzkrise 2008 mit einer aggressiven antizyklischen Politik reagieren“, heißt es in einem Südafrika-Bericht der Weltbank. Die Regierung schüt-

tete Milliarden aus für Sozialversicherungen, Straßen-, Strom- und Wasserleitungsbau, Schulen und Krankenhäuser. Heute geht es Millionen von Südafrikanern deutlich besser als vor 20 Jahren; ganze Familien, vor allem in ländlichen Regionen, leben von einer Kombination aus staatlicher Altersrente und Kindergeld, die ein Mindesteinkommen garantiert.

Dennoch ist die Unzufriedenheit in der Bevölkerung in letzter Zeit gewachsen. Man nimmt Politiker wieder verstärkt als korrupte Kaste wahr, die nur nach Bereicherung strebt. Das Einkommensgefälle gehört immer noch zu den steilsten der Welt: Eine große Mehrheit der Menschen mag zwar über das Existenzminimum verfügen, lebt aber nach wie vor in bitterer Armut. Die Arbeitslosigkeit liegt offiziell bei 25 Prozent, tatsächlich aber vor allem unter Jugendlichen viel höher.

„Eine Million junge Leute verlassen jedes Jahr vor ihrem Abschluss unsere Schulen", sagte Finanzminister Pravin Gordhan im Februar bei der Präsentation des Haushalts im Parlament. „Wir müssen ihre Ausbildung und ihre Arbeitsmöglichkeiten verbessern." Staatliche finanzielle Anreize sollen Unternehmen dazu bringen, mehr junge Leute einzustellen. Gleichzeitig fordert Gordhan zusätzliche Investitionen im Privatsektor, um Arbeitsplätze zu schaffen. Allerdings sind Südafrikas Firmen traditionell stark abhängig vom europäischen Markt, auf dem die Nachfrage zuletzt nachgelassen hat.

Südafrika reagiert mit dem Versuch, neue Märkte zu erschließen, vor allem in Afrika, dessen Wirtschaft trotz der Krise überdurchschnittlich gewachsen ist. „2007 gingen 38 Prozent unserer Exporte von Fertigwaren nach Europa, 25 Prozent nach Afrika", führte SARB-Präsidentin Gill Marcus im März aus. „2012 hatte sich das Bild umgekehrt: 25 gehen nach Europa, 38 Prozent nach Afrika."

Neue Impulse erwartet das Land auch von einer engen Kooperation mit den BRIC-Staaten Brasilien, Russland, Indien und China, zu deren Verbund sich Südafrika als afrikanischer Vertreter gesellt hat. Dort hofft Südafrika einen verlässlichen Markt für seine Rohstoffe zu finden, die den Export noch immer dominieren – besonders wichtig sind Platin und Gold. Allerdings hat eine Serie von militanten Bergarbeiterstreiks 2012 und 2013 zu einiger Verunsicherung geführt. Dabei sind neue Gewerkschaften aufgetreten, die nicht zur traditionellen Allianz mit dem regierenden ANC gehören, also weniger berechenbar sind.

Ein großer Teil der Bevölkerung lebt noch immer in bitterer Armut

Auch andere Warnsignale deuten darauf hin, dass die kommenden Jahre für Südafrika schwieriger werden könnten. Steigerungen im Steuereinkommen sind nur noch zu erwarten, wenn die Wirtschaft wächst, nicht mehr, indem neue Steuerzahler erfasst oder Schlupflöcher geschlossen werden. Und die Schuldenquote soll nicht über 40 Prozent des BIP steigen. „Der Spielraum für weitere staatliche Anreize ist ausgeschöpft", meint Gill Marcus.

Das gilt auch für die Zinspolitik der Zentralbank. Der Leitzins von derzeit 5 Prozent kann bei einer Inflationsrate von knapp 6 Prozent kaum noch gesenkt werden. Auf der Jagd nach Wachstum will Finanzminister Gordhan sich daher durch noch effizientere Ausgabenkontrolle, gezieltere Fördermaßnah-

men und den Kampf gegen Korruption Luft verschaffen. Trotz aller Engpässe soll das soziale Netz weiter ausgebaut werden. Eine Sparpolitik, wie sie in südeuropäischen Ländern praktiziert wird, schließt er aus. „Wir sind nicht dazu bereit, den Südafrikanern eine Sparpolitik zuzumuten“, sagte Gordhan in einem Interview. „Wer sich auf der Welt umsieht, erkennt, dass Sparen für den sozialen Zusammenhalt ein Desaster war und wirtschaftlich nicht das erhoffte Wachstum und die erhoffte Erleichterung gebracht hat.“

Heinz Brandt ist Redakteur des *Tages-Anzeigers* in Zürich.

Silicon Wadi

Israel ist erfolgreiche Hightech-Nation. Aber zu wenige profitieren davon

Wachstumsrate
3,0 %
BIP pro Kopf
29.760 $
Inflationsrate
1,8 %
Arbeitslosenquote
6,3 %
Haushaltsbilanz
(% BIP)
-3,3

Pierre Heumann | Bevor Boaz Avidan in Tel Aviv sein Startup-Unternehmen gründete, stellte er seiner Lebenspartnerin die Gretchenfrage: „Bist du bereit, nach Amerika auszuwandern?“ Denn er wusste, dass vor allem US-Firmen wie Nielsen oder Gartner als Interessenten für seine Marketingplattform in Frage kommen, an der er derzeit mit sechs Kollegen arbeitet. „Investoren bestehen in der Regel darauf, dass die Jungunternehmen nach Vertragsabschluss ins Hauptquartier wechseln,“ sagt Avidan.

Die Startup-Nation Israel gehört zwar zu den beliebtesten Forschungsplätzen weltweit. In Sachen Innovation und Kreativität komme das Land gleich nach dem Silicon Valley an zweiter Stelle, lobte Ende 2012 Microsoft-Chef Steve Ballmer Israels Hightech-Industrie. Firmen wie Intel, Cisco, Google, Apple oder SAP unterhalten in Tel Aviv, Haifa oder Jerusalem Forschungszentren, um Zugang zu vielversprechenden Ideen zu gewinnen. Cisco holte sich für 475 Millionen Dollar die israelische Softwarefirma Intucell, die selbstoptimierende Netzwerksoftware (SON) entwickelt, Apple zahlte für den Flash-Spezialisten Anobit 500 Millionen Dollar, Google schnappte sich für mehr als eine Milliarde Dollar Waze. In den vergangenen fünf Jahren wurden 300 israelische Startups für insgesamt 17 Milliarden Dollar verkauft.

Aber der Erfolg habe seine Schattenseiten, mahnen Experten. Statt Innovationen als Basis für den Aufbau israelischer Unternehmen zu verwenden, werden sie ans Ausland verkauft. Noch sorgen aber stets neue Ideen für das Funktionieren von „Israels Hightech-Pipeline in die USA“ (*Wall Street Journal*). Der Erfolg werde durch die im Vergleich zu anderen Ländern hohe Risikoakzeptanz der Israelis ermöglicht, sagt Jon Medved, der seit 30 Jahren in rund 120 israelische Hightech-Firmen investiert hat. Der gebürtige Amerikaner managt den nach eigenen Angaben weltweit größten Crowdfunding-Fonds; mit diesem seit einem halben Jahr operierenden Finanzierungskanal habe er bereits 20 Jungfirmen geholfen, ihre Projekte zur Marktreife zu entwickeln. „Weil der israelische Markt zu klein ist, denken wir vom ersten Tag an global“, sagt Medved.

Die Chuzpe vieler Israelis erleichtere es ihnen, unkonventionelle Gedanken in einem organisierten Chaos kreativ umzusetzen. Wichtig sei auch, dass ein Flop in der israelischen Gesellschaft nicht stigmatisiert werde.

Ein wichtiger Erfolgsfaktor ist vor allem auch der Dienst in der technologiestarken Armee. Dort lernt man bereits in jungen Jahren nicht nur, Verantwortung zu tragen, sondern auch den Umgang mit der Spitzentechnologie, sagt jemand, der vier Jahre im Computerzentrum des Militärs gedient hat. Denn um überleben zu können, müsse Israel den Nachbarn in Sachen Technologie immer zwei bis drei Schritte voraus sein. Sobald sie die Uniform abgelegt haben, wenden die Wehrdienstleistenden der Hochtechnologieeinheiten ihr Wissen oft im zivilen Bereich an.

Die Attraktivität des Forschungsstandortes erklärt Eyal Niv von Giza Venture Capital, einem der fünf größten Risikokapital-Fonds des Landes, mit der guten Position israelischer Universitäten im Bereich Algorithmen, dem Herz der Rechner, denn heute sei das Beherrschen der intelligenten Mensch-Maschine-Interaktion zentral. Die starke Position bei den selbstlernenden Verfahren verdankt das Land auch der Einwanderung von Russen in den neunziger Jahren, die fortgeschrittene Mathematikkenntnisse mitbrachten.

Der Hightech-Boom kann indessen nicht vertuschen, dass Israel zu den schwächsten OECD-Ländern gehört. Der Modernisierungsschub geht an großen Teilen des Landes vorbei. Nur 8 Prozent der Arbeitnehmer haben einen Job in der Hightech-Branche, die Produktivität ist niedriger als im OECD-Durchschnitt. Israels Ökonomie bestehe aus zwei Teilen, sagt Dan Ben-David, der das Taub Center for Social Policy Studies in Jerusalem leitet und an der Universität Tel Aviv Wirtschaft lehrt. Während die Beschäftigten im innovativen Sektor über die Werkzeuge verfügten, um im globalen Konkurrenzkampf bestehen zu können, verfüge ein großer Teil der Arbeitnehmer weder über die notwendigen Instrumente noch über adäquate Bedingungen, um für den effizienten Einsatz in der modernen Wirtschaft gewappnet zu sein. Investitionsbedarf macht Ben-David vor allem in den Schulen und im Transportwesen aus. So gibt die Regierung pro Schüler heute weniger aus als der Durchschnitt der OECD-Länder; 1998 waren die Ausgaben noch gleich hoch. Die Produktivität leidet auch unter dem ungenügenden Ausbau der Infrastruktur. Obwohl pro Person nur halb so viele Autos wie im OECD-Durchschnitt registriert sind, verbrächten die Israelis doppelt so viel Zeit im Stau – eine der Ursachen für die geringe Produktivität. Um beim Lebensstandard mit den reicheren OECD-Ländern gleichziehen zu können, müsste Israel massiv in Schulen und in Transportinfrastruktur investieren.

Investitionsbedarf gibt es vor allem im Bereich Schulen und Infrastruktur

Mittlerweile interessieren sich auch asiatische Investoren für den Forschungsstandort Israel. So hat Samsung eine Filiale seines internationalen Innovations- und Strategiezentrums in einem Tel Aviver Vorort eröffnet. LG ist ebenfalls auf der Suche nach israelischen Startups. Gut möglich also, dass für Jungunternehmer vom Kaliber eines Boaz Avidan künftig nicht nur die USA, sondern auch asiatische Nationen als Auswanderungsland in Frage kommen.

Pierre Heumann ist Nahost-Korrespondent des *Handelsblatts*. Er lebt in Tel Aviv.

Ohne Wachstum ist alles nichts

Ein Plädoyer für das Prinzip der schöpferischen Zerstörung

Karl-Heinz Paqué | **Die Wachstumskritiker wollen dem Wachstum abschwören – und kommen doch selbst nicht ohne es aus. So verlockend die Vorstellung ist, das Hamsterrad des Kapitalismus anzuhalten: In entwickelten Volkswirtschaften geht es um qualitatives Wachstum; eine Gesellschaft, die darauf verzichtet, produziert keine marktfähigen Ideen mehr.**

Es ist merkwürdig: Immer mehr Intellektuelle in Deutschland sind besorgt über das Wirtschaftswachstum. Wohlgemerkt: über das Wachstum selbst, nicht über sein Ausbleiben. Sie sehen weder die Möglichkeit noch die Notwendigkeit, eine sehr langfristige historische Entwicklung fortzusetzen. Im Gegenteil, sie plädieren nachdrücklich für ein Ende der Ära des Wachstums.

Eine Ära ist es in der Tat. Denn seit der Industrialisierung Deutschlands vor fast 200 Jahren wächst unsere Wirtschaft – mal ungewöhnlich schnell, wie in den ersten beiden Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg, mal langsamer, wie in den vergangenen beiden Dekaden, und gelegentlich auch ganz normal im langjährigen Durchschnitt. Damit steht Deutschland nicht allein. Die gesamte westliche Welt hat seit Mitte des 19. Jahrhunderts ein Wachstum des Pro-Kopf-Einkommens irgendwo zwischen 1,5 und 2 Prozent pro Jahr erlebt. Über die Zeit addierte sich dies zu einem enormen Sprung des Wohlstands von der Massenarmut zum Massenwohlstand, oder genauer: aus einer Welt, in der es wenigen gut und vielen schlecht ging, in eine Welt, in der es umgekehrt ist.

Dieser Weg soll nun, geht es nach den Wachstumskritikern, nicht fortgesetzt werden. Der Grund: Die Menschen in der westlichen Welt haben genug an materiellem Wohlstand, und da große Entwicklungs- und Schwellenländer noch dabei sind, im Lebensstandard nachzuziehen, droht der Kollaps unseres Planeten – durch Übernutzung von Ressourcen und anthropogen verursachten Wandel des Klimas. Beliebt ist dabei folgendes Bild: Würden alle so wohlhabend wie wir, bräuchten wir an Ressourcen nicht eine Erde, sondern gleich mehrere. Also, Schluss mit dem Wachstum im heute schon reichen Teil der Welt und radikale Umlenkung unserer Leistungskraft in Richtung Ressourcenschonung.

Soweit die Empfehlung vieler Intellektueller. Sie findet inzwischen breite Resonanz in der Öffentlichkeit. Wir leben dabei in einem merkwürdig schizo-

phrenen Zustand. Die Feuilletons sind voll von Rufen nach dem Ende des Wirtschaftswachstums, während in den Politik- und Wirtschaftsteilen oft desselben Mediums unverdrossen Empfehlungen ausgesprochen werden, wie das Wachstum zu erhalten oder zu verstärken sei. Ähnlich ist es in der Politik. Flammende grundsätzliche Bekenntnisse zu Maßhalten und Umkehr stehen neben Rezepturen für mehr Wachstum – und kommen dabei gelegentlich vom selben Politiker. Ganz offensichtlich ist dies in der derzeitigen Schuldenkrise: Fast alle wünschen sich mehr langfristiges Wachstum für Griechenland, Portugal und Spanien, und viele fordern gleichzeitig das Ende des Wachstums für Europa.

Der Widerspruch hat viele Ursachen. Eine zentrale ist das Verständnis davon, was Wachstum überhaupt ist – für eine Wirtschaft und eine Gesellschaft. Bei den Wachstumskritikern herrscht fast unisono die Vorstellung, Wachstum sei im Wesentlichen ein quantitatives Phänomen. Die Wirtschaft produziert immer mehr Waren und Dienstleistungen, die sich zu einem gewaltigen Güterberg auftürmen, der die materiellen Bedürfnisse der Menschen befriedigt, aber enorme Ressourcen verschlingt. In diesem Bild ist es durchaus naheliegend, ein Stoppsignal zu setzen, denn – so die Sicht – die dringlichen menschlichen Bedürfnisse nehmen ja nicht immer weiter zu. Der Preis des Verzichts auf zusätzliches Wachstum ist deshalb gering, schlimmstenfalls ein gewisses Maß an Selbstbescheidung. Es entsteht dabei ein fast idyllisches Bild: Alle reduzieren das Tempo und bescheiden sich mit dem Erreichten. Das Ergebnis mag sogar ein neues Glücksgefühl sein, denn so manche Untersuchung der modernen „happiness"-Forschung deutet in die Richtung, dass zusätzliches Einkommen in hoch entwickelten Ländern keine zusätzliche Zufriedenheit schafft.

In Sachen Wachstum leben wir in einem schizophrenen Zustand

Von der Entdeckungsfreude des Marktes

Diese Sichtweise ist verführerisch. Sie weckt die Hoffnung auf ein Anhalten des Hamsterrads, in dem sich viele Menschen in der kapitalistischen Marktwirtschaft gefangen sehen. Sie verliert allerdings sehr schnell ihre Attraktivität, wenn man sich klarmacht, dass eine ihrer zentralen Prämissen nicht stimmt: Wachstum in hoch entwickelten Volkswirtschaften ist in hohem Maße nicht quantitativ, sondern qualitativ. In einem Land mit stagnierender Bevölkerung entsteht Wirtschaftswachstum nur mehr durch die Umsetzung neuer Ideen in marktfähige Waren und Dienstleistungen – „schöpferische Zerstörung", wie Joseph Schumpeter dies nannte: Der Wettbewerb sorgt für immer vielfältigere, bessere und auch umweltfreundlichere Güter. Geht es in bitter armen Ländern vor allem noch um *mehr* von allem, steht in Deutschland der Wandel technischer Charakteristika der Produktwelt im Vordergrund. Autos, Fernseher und Waschmaschinen werden verbessert, bedienungsfreundlicher und ökologischer; Computer, Smartphones und iPads erweitern die Welt der Kommunikation. Die Entdeckungsfreude des Marktes erlaubt erst das Wachstum.

Damit verschiebt sich das Bild grundlegend. Denn eine Gesellschaft ohne Wachstum ist dann eigentlich nichts anderes als eine Gesellschaft ohne markt-

fähige Ideen. Wahrlich keine attraktive Vorstellung, ganz im Gegenteil. Und tatsächlich hat bisher niemand dafür explizit geworben. So plädieren die Wachstumskritiker auch nicht für das Ende der Ideen, sondern für deren Umlenkung: weg von der traditionellen Wertschöpfung am Markt hin zu einer ökologischen Wertschöpfung, die angeblich den wahren Bedürfnissen der Menschen – und nicht denen des Marktes – entspricht. Dann allerdings stellt sich die grundlegendste aller Fragen: Was sind die wahren Bedürfnisse, wenn sie sich nicht in irgendeiner Form in marktwirtschaftlicher Wertschöpfung widerspiegeln?

Mit dieser Frage nähert man sich tatsächlich dem Kern der ganzen Wachstumsdebatte. Es gibt nämlich nur zwei politische Wege, um ein vorgegebenes ökologisches Ziel zu erreichen – entweder man erzieht die Menschen zu der nötigen Wertschätzung ökologischer Produktion oder man sorgt für eine dauerhafte Subventionierung gegen die Marktkräfte. Das erste könnte man als „harte Erziehung" bezeichnen, das zweite als „harte Lenkung". Leider sind beide keine wirklich attraktiven Gesellschaftsmodelle, jedenfalls dann nicht, wenn sich die Menschen in ihren Konsumgewohnheiten als störrisch erweisen. Dann entstehen nämlich Probleme, wie sie aus Plan- und Kommandowirtschaften hinreichend bekannt sind: Unzufriedenheit der Bürger und Ineffizienz der staatlichen Lenkung bis hin zum grotesken Fall, dass die Wertschöpfung ohne Subventionen zu Weltmarktbedingungen extrem gering oder gar negativ ausfällt, weil Wettbewerber weit günstiger produzieren können. Die inländische protegierte Wertschöpfung ist dann nichts anderes als eine Blase, die platzt, sobald echter Wettbewerb herrscht.

Protegierte Wertschöpfung wäre eine Blase, die leicht platzte

Keine Beispiele glücklicher Selbstbescheidung

Schlimmer noch. Beschreiten andere Länder nicht den gleichen Weg des Wachstumsverzichts durch ökologische Lenkung, so droht ein schleichender Verlust der internationalen Wettbewerbsfähigkeit und damit zumindest die relative, wenn nicht gar absolute Verarmung. Andere Länder wachsen, und zwar nach ganz normalen marktwirtschaftlichen Kriterien, das Land des Wachstumsverzichts aber nicht. Es ist klar, dass sich dadurch nach einigen Jahren oder Jahrzehnten ein internationales Einkommensgefälle einstellt. Die Folge: Abwanderung von Leistungsträgern, weitere Schwächung der Innovationskraft bis hin zu krisenhafter Zuspitzung der Lage. Es gibt genügend historische Beispiele für den Niedergang von Nationen und Regionen in der großräumigen Arbeitsteilung, so etwa die Krise der norditalienischen Städte im 18. Jahrhundert oder Großbritanniens bis in die achtziger Jahre des 20. Jahrhunderts. Sie liefern alles andere als Vorbilder der glücklichen Selbstbescheidung.

Zu diesen ökonomischen Schieflagen gesellen sich soziale Probleme. Denn es ist wohl eine Illusion zu glauben, dass sich wirtschaftliche und gesellschaftliche Innovationskraft fein säuberlich trennen lassen. Immerhin werden weite Bereiche von Kunst, Kultur und Sozialstaat aus den marktwirtschaftlichen Erträgen des Kapitalismus finanziert – über Steuern, Abgaben und Beiträge. Hinzu kommt, dass gerade auch die urbane Welt der Kreativität in einer moder-

nen Gesellschaft aufs Engste verzahnt ist mit kommerziellen Anwendungen. Fehlt es dort an echten marktwirtschaftlichen Anreizen, überträgt sich die Müdigkeit der Wirtschaft auf den Kreativbereich der gesamten Zivilisation bis hin zur Subkultur der Aussteiger, die als explizites Gegenbild zumeist aus dem Kapitalismus selbst ihre Originalität und geistige Schlagkraft zieht. Denn Innovationen werden bald nicht mehr monetär, sondern nur mehr moralisch belohnt – über einen Staat, der für die nötige Erziehung und Lenkung sorgt. Zu Ende gedacht ist es eine zutiefst paternalistische Welt. Nicht mehr die anonymen Marktkräfte setzen die Anreize, sondern „Vater" Staat. Es fällt schwer zu glauben, dass sich dies nicht auf Dauer auf die innere Dynamik einer Gesellschaft auswirkt, und zwar weit über das rein Kommerzielle hinaus.

Es ist bemerkenswert, wie wenig die Verfechter des Wachstumsverzichts diese Konsequenzen ihrer weitreichenden politischen Empfehlung ins Auge fassen. Der Grund dafür liegt in einem Sicherheitsnetz, das sie – oft nur implizit – in ihre Argumentation einziehen. Denn während sie einerseits vehement gegen das Wachstum zu Felde ziehen, taucht es an anderer Stelle in neuem Gewande wieder auf: ökologisch geläutert als „green growth" (im Unterschied zum „brown growth" der traditionellen Art). Tatsächlich unterstellen viele Wachstumskritiker, dass die „Große Transformation" hin zur ökologischen Marktwirtschaft aus sich heraus neues, „sauberes" Wachstum generiert. Dies gelingt dadurch, dass sie in Computersimulationen den Strukturwandel der Wirtschaft so modellieren, dass er von „brown" zu „green" enorme Lerneffekte generiert, die sich dann in entsprechenden Zunahmen der Produktivität niederschlagen. Ökonomisch begründet wird dies in aller Regel dadurch, dass den Technologien erneuerbarer Energien im Wesentlichen die gleichen produktivitätssteigernden Kräfte zugetraut werden wie vormals den Informationstechnologien. Dass dies tatsächlich so sein wird, ist allerdings höchst fraglich; dafür gibt es keine empirischen Belege. Im Gegenteil, viele Indizien sprechen dagegen, denn der Wandel der Energieversorgung von „brown" zu „green" schafft keine neue „general purpose technology", die sich durch die gesamte Wirtschaft zieht, wie dies bei der Einführung der Mikroelektronik (und früher des elektrischen Stroms und der Dampfkraft) zu beobachten war.

Ob „green growth" die Produktivkräfte stark steigert, bleibt zweifelhaft

Aber darüber lässt sich wenigstens ergebnisoffen diskutieren und streiten. Tatsache ist dann allerdings, dass auch die Wachstumskritiker nicht ganz ohne Wachstum auskommen. Dies zeigt deutlich genug, wie schwierig es ist, sich eine Welt der Selbstbescheidung und Stagnation vorzustellen. Dies gilt jedenfalls dann, wenn Wachstum als das interpretiert wird, was es in einer modernen Industriegesellschaft ist: das Ergebnis der Innovationskraft und Originalität der Menschen sowie das Mittel zum Zweck, um viele andere Ziele der Gesellschaft zu erreichen.

Prof. Dr. Karl-Heinz Paqué ist Dekan der Fakultät für Wirtschaftswissenschaft der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg.

Aufstieg und Fall des Kapitalismus

…und wie er sich aus den Geldkrisen der Gegenwart befreien könnte

Dieter Schnaas | **Kapitalismus heißt Entwicklung ohne Endpunkt, Fortschritt ohne Ziel. Was aber, wenn sich das Wachstum von seiner Substanz nährt, bis ihm zuletzt die Grundlagen fehlen? Dann stehen wir vor einer neuen Epoche, in der Geld nicht mehr kulturell beschwört, sondern mit ihm verantwortlich gearbeitet wird.**

Geht es nach John Maynard Keynes (1883–1946), dem großen Melancholiker unter den Wirtschaftswissenschaftlern, ist es in exakt 15 Jahren so weit: 1928 schrieb der britische Ökonom, „dass das wirtschaftliche Problem innerhalb von hundert Jahren gelöst" sein werde. Der Kapitalismus habe uns dann in paradiesische Wohlbefindlichkeitsweiten expediert, wir könnten seinen ratternden Fortschrittsmotor abstellen, uns unter den Baum der Prosperität legen und die Früchte unseres Reichtums genießen. Eine Epoche der Fülle werde anbrechen mit einem Drei-Stunden-Tag und einem Lebensstandard, der „vier- bis achtmal so hoch sein wird wie heute".

Joseph Schumpeter (1883–1950), der große Tragiker unter den Wirtschaftswissenschaftlern, hielt die Thesen des Kollegen für kompletten Unsinn. Für ihn war Kapitalismus eine evolutionäre Entwicklung ohne Endpunkt, ein Fortschritt ohne Ziel – ein dynamischer, unabschließbarer Prozess, der uns nicht in einen stationären Idealzustand, sondern in eine Art dauernde Zukunft katapultiert. Schumpeters Kapitalismus verheißt uns niemals Ankunft, schon gar nicht in Arkadien, sondern beständige Unruhe. Er zwinge uns zum Aufenthalt in einer Welt, die von Innovationen laufend umgepflügt wird, in der das Neue ständig wird und wächst und wuchert.

Was aber, wenn der kapitalistischen Maschine die Antriebsstoffe ausgehen, wenn sich Wachstum von seiner Substanz nährt, bis ihm zuletzt die Grundlagen fehlen? Hat sich der Kapitalismus als expandierendes System nicht längst überlebt, weil seine konstitutive Grenzenlosigkeit nicht mehr zusammenpasst mit der Endlichkeit globaler Ressourcen? Und zeigen nicht die Geldkrisen der Gegenwart, dass Wachstum in Industriestaaten heute von gestern ist, weil dieses Wachstum die Quellen unserer Zukunft erschöpft? Deutschland ist in den vergangenen zehn Jahren um 1 Prozent jährlich gewachsen, gewiss, aber es hat

sich dafür mehr als 310 Milliarden Euro aus der Zukunft geliehen („Neuverschuldung"). Das ist kein Wachstum mehr, sondern die kreditfinanzierte Aufrechterhaltung einer Wachstumsillusion; eines, das keine Spielräume mehr eröffnet, sondern unsere Perspektiven einschränkt.

Expansion und Wandel

Hat sich das Wachstumsgesetz des Kapitalismus also überlebt? Oder sind wir, siehe Spanien und Griechenland, zum Wachstum verdammt? Nun – vielleicht ist beides zugleich der Fall. Niemand hat das früher und besser verstanden als Benjamin Franklin (1706–1790), das amerikanische Universalgenie. Denn Geld, so Franklin, will im Kapitalismus angelegt sein und investiert werden, es will „arbeiten" und sich vermehren; es ist, eingesetzt oder nicht, verwendet oder verschwendet, nie das, was es ist, sondern immer sein mögliches Mehr: Produkt, Potenz und Projekt seiner selbst, bewegende und bewegte Substanz, zugleich Modus, Motor und Ziel des kapitalistischen Wirtschaftens: „Geld kann Geld erzeugen und die Sprösslinge können noch mehr erzeugen und so fort." Ein Kapitalist hat es daher immer mit mobilisiertem Geld, mit seiner Anreicherung und mit seiner Wiederaufbereitung zu tun – mit der Folge, dass kapitalistisches Geld nicht nur laufend mehr Geld und Güter produziert, sondern gleichsam mitlaufend auch den Sachzwang, sich und die Güter im Dauermodus der Vermehrung bearbeiten, also immer mehr Geld und Güter produzieren zu müssen.

Kapitalismus ist, so Joseph Schumpeter, Kreditismus

Seit der Industriellen Revolution ist Kapital der Dünger von Fortschritt und Wachstum – und Fortschritt und Wachstum sind der Dünger des Kapitals. Gewiss, zum Merkmal dieses Wachstums gehört, dass es kein immanentes Ziel mehr kennt. Aber der Mangel des Wachstums ist zugleich sein eminenter Vorzug: Eine buchstäblich angereicherte Zukunft kommt ganz ohne Sinnstiftung aus – solange sie morgen ein „Mehr" enthält. Schumpeter war es, der den Gedanken Franklins dann vor 100 Jahren zu Ende gedacht hat. Er warf nicht nur die Marktharmonielehre der Klassiker (Adam Smiths „unsichtbare Hand") auf den Müllhaufen der Wirtschaftsgeschichte, weil er von der unerschöpflichen Energie der „kapitalistischen Maschine" überzeugt war und vom „ewigen Sturm" des wirtschaftlichen Wandels. Sondern er machte auch darauf aufmerksam, dass sich der Prozess der „kreativen Zerstörung" beschleunigen lässt, wenn man dabei nicht auf akkumuliertes Vermögen (Kapital), sondern auf geschöpfte Versprechen (Kredit) zurückgreift. Kapitalismus ist, so Schumpeter, Kreditismus. Neue Firmen schaffen neue Werte mit neuem Geld – die kapitalistische Revolution besteht für Schumpeter auch darin, dass sie das Morgen schon heute mit Geld erreicht, das sie der Zukunft entlehnt. Der Unternehmer schafft Produkte, der Bankier produziert Kaufkraft, so ist die Arbeitsteilung – und beide zusammen schaffen eine Dynamik, Instabilität, fortschreitende Umwälzung, dauernde Innovation.

Von welchem Geld aber sprechen wir im Zeitalter des Kreditismus? Offenbar nicht von Geld, das sich – wie uns die ökonomische Lehre noch immer

weismachen will – als Warenäquivalent bezeichnen ließe, um uns den friedlichen Austausch von Gütern zu erleichtern. Auch nicht von Kapital als einem erwirtschafteten Mehrwert. Sondern um stoffloses, grenzenlos herstellbares Geld, das sich aus der heißen Luft einer Schuldverschreibung destilllieren lässt – Geld aus der Illusion von Geld, mit dem man Kriege führen, Städte bauen, das Genom erforschen und zum Mars fliegen kann.

Der Clou dieses „Als-ob"-Geldes, das die Zentralbanken den Geschäftsbanken und die Geschäftsbanken ihren Kunden (also Staaten und Unternehmen) zur Verfügung stellen, besteht darin, dass es sich bei ihm nicht um verliehenes Geld, also vorhandenes Geld handelt, das „tatsächlich" in der Welt, durch Gold hinterlegt oder von Ersparnissen auf Girokonten gedeckt wäre, sondern um neues, frisches Geld, das zwar einerseits als Geld in der Welt ist, aber andererseits eine Schuld repräsentiert. Entsprechend sind die Banken keine Zwischenhändler, die Kreditnehmern Geld vermitteln würden, das andere überzählig haben, sondern Schuldfabriken, in denen wie am Fließband (Anti-)Geld produziert wird.

Kredite sind nicht länger Wachstumsbeschleuniger

Bis zur Erfindung dieses stofflosen Geldes waren Kredite Wachstumsbeschleuniger und Wohlstandsmotoren. Im Unterschied zum Kapital, das die Geldquellen der Gegenwart anzapfte, ließen sie Kaufkraft aus einer imaginierten Zukunft fließen. Mit der Investition von Geld, das sie noch nicht besaß und morgen zurückzahlen würde, begründete die Menschheit das Hier und Heute. Das ging so lange gut, wie die Emission des Geldes gedeckt war – und Darlehen nicht nur eine verheißungsvolle Zukunft versprachen, sondern auch das Versprechen der Schuldner einschlossen, die vergegenwärtigte Zukunft mit der Tilgung der Schuld beizeiten einzuholen.

Damit aber ist es längst vorbei. Seit die Zentralbanken den Geschäftsbanken unbegrenzt viel (Anti-)Geld zur Verfügung stellen und die Geschäftsbanken immer weniger Eigenkapital vorhalten müssen, um ihrerseits frisches (Anti-) Geld zu schöpfen, dreht sich die Schuldenspirale mit beängstigender Zwangsläufigkeit ins Unendliche. Die Kredite werden nicht mehr bezahlt, sondern refinanziert. Seither beruht die moderne Geldwirtschaft auf der infiniten Fabrikation von (Anti-)Geld und auf seiner permanenten Verzeitlichung, auf der ständigen Vermehrung ins Unendliche verlängerbarer, ewiger Schulden – und auf der immer heikleren Stabilisierung dieses unerlösbaren Schuldzusammenhangs.

Gewollte „Entkopplung" der Finanzmärkte

Es leuchtet ein, dass den Finanzmärkten dabei eine besonders große Verantwortung zuwächst. Ihre Aufgabe besteht nicht wie ehedem im Kapitalismus der Vergangenheit darin, der Wirtschaft als ihr Seismograf über sich selbst Auskunft zu geben; im Kreditismus der Gegenwart sorgen sie dafür, dass das Geld sich in ihnen möglichst unbegrenzt vermehren kann. Die Börsen sind kein Markt der Märkte mehr, in denen die Wirtschaft sich selbst den Puls fühlt, sondern eine Geldmaschine, die darauf programmiert ist, alle Verbindungsreste zur schwach wachsenden Realwirtschaft zu kappen. Die „Entkopplung" der

Bild nur in Printausgabe verfügbar

Finanzmärkte von der so genannten Realwirtschaft ist Voraussetzung dafür, dass das Wohlstandsversprechen überhaupt noch einigermaßen aufrechterhalten werden kann. Lebensversicherer, die ihren Anlegern in wachstumsreligiösen Niedrigzinsländern 4 Prozent Rendite garantieren und mit Tagesgeldern und Schatzbriefen notwendig Verluste erwirtschaften würden, müssen sich mit Papieren mäßig beleumundeter Verschuldungsstaaten – beispielsweise griechischen Staatsanleihen – eindecken oder aber gleich auf Kreditausfälle, Währungsschwankungen und Staatsbankrotte wetten. Gleichzeitig sind die nominell „unabhängigen" Notenbanken zur Durchführungsagentur einer in Berlin, Paris und Brüssel abgemischten Währungsrettungspolitik verkommen. Sie sind dazu verdonnert, immer neues Geld in den Wirtschaftskreislauf zu pumpen, um die Refinanzierbarkeit von Banken und Staaten sicherzustellen – und die Wachstumsillusion über den nächsten Tag zu retten.

Der Triumph der Finanzmärkte ist vor allem eine Folge des politischen Willens, uns die Rechnung für den Sozialstaat und für die chronische Wachstumsschwäche unserer Volkswirtschaft zu ersparen. Wenn schon das Sozialprodukt nicht mehr zweistellig wächst, warum sollte dies nicht wenigstens dem Geld gelingen? Wenn die Nation trotz verkürzter Innovationszyklen, technologischer Dauerrevolutionen und ausgetüftelter Marketinganstrengungen an Spannkraft und Fertilität verliert: Was liegt da näher als die Erfindung eines Marktes, in dem das Geld keinen menschlichen Trägheiten ausgesetzt ist? Drei Jahrzehnte lang hat eine ostentativ unbeaufsichtigte Branche der Finanzindustrie den natürlichen Weg des Geldes vom investierten Kapital hin zu seinem Mehrwert abgekürzt – und dabei sich (dem Geld und uns) den Umweg über Arbeit, Produktion und Warentausch erspart. Das monetäre Perpetuum mobile hat die Marx'sche Grundformel „G-W-G'" außer Kraft gesetzt, nach der man eine Summe („G")

einsetzt, mit ihr eine Ware („W“) kauft und sie teurer verkauft, um dafür mehr Geld („G'“) zu kassieren. Die Börsen haben vorgemacht, wie man das „W“ aus der Marx'schen Formel streicht und ohne Abstecher zum Profit gelangt: „G-G'“ – das war's! Haben wir in diesen Jahren nicht alle wieder gelernt zu glauben, dass Geld nichts als Geld braucht, um unseren Reichtum zu mehren?

Glaubens- und Schuldenkrisen

Damit ist es heute vorbei. Seit den Banken- und Staatsschuldenkrisen wissen auch die frömmsten Geldgläubigen, dass sich die Wirklichkeit durch Finanzmarktzaubereien eine Zeitlang schönen, nicht aber bannen lässt. Diese Krisen sind Geldkrisen, genauer: Kreditkrisen, im doppelten Sinne des Wortes, Schulden- und Glaubenskrisen (credo, lat.: ich glaube). Sie sind daher kein Ausdruck von Marktversagen, keine Krise des Kapitalismus, kein Resultat der Gier und kein Argument gegen das Gespensterkapital, sondern Ergebnis eines politisch induzierten Systemversagens. Man kann sie nur verstehen, wenn man akzeptiert, dass der Gegensatz von Markt- und Staatswirtschaft in der modernen Geldwirtschaft aufgehoben ist. Wenn Staaten heute Banken kapitalisieren, dann handelt es sich dabei um verschuldete Staaten, die von Banken kapitalisiert werden – und die genau deshalb angezählt sind, weil die Banken ihnen bereits viel zu viel Geld geliehen haben. Wir Steuerzahler haben das jahrzehntelang goutiert. Wir haben den Staaten und Märkten das Mandat zur Stabilisierung unserer kreditfinanzierten Prosperität erteilt – und stets die Partei gewählt, die vorgab, Schuldengeld besonders reichlich reproduzieren zu können. Wenn man es genau nimmt, handelt es sich bei dieser Krise daher nicht um eine Pathologie des Pumpkapitalismus, sondern um seine Heilung: Die allmähliche Realisierung der Kreditillusionen, auf die wir seit vier Jahrzehnten unsere Zukunft gebaut haben, bringt uns der tatsächlichen Kaufkraft der Gegenwart wieder ein kleines Stückchen näher.

Der Gegensatz von Markt- und Staatswirtschaft ist aufgehoben

Weil aber die Billionen, mit denen die Staaten ihren Banken und sich selbst zu Hilfe eilen, keine Zukunft mehr bewirtschaften, sondern Vergangenheit, hat das moderne Kreditgeld heute nicht nur seine Funktion, sondern auch seine Legitimation eingebüßt. Jeder weiß, dass das frisch geschöpfte Geld der Europäischen Zentralbank (EZB) nicht mehr fruchtbar ist, weil sich an seinen Einsatz die Erwartung seiner Vermehrung knüpfen würde, sondern dass dieses Kreditgeld ans Gestern verschwendet und zeugungsunfähig ist. Die Schulden, die wir heute machen, zaubern keine Zukunft mehr ins Heute, sondern tischen uns die verpassten Chancen der Vergangenheit auf. Das frische Geld stottert eine Gegenwart ab, die ihre künftigen Potenziale schon verbraucht hat.

Was also tun? Die „Occupy“-Bewegung weist zu Recht auf die Oligarchisierung des Geldes hin, schlägt aber zu Unrecht dessen Politisierung vor. Das Gegenteil wäre richtig. Nur eine möglichst weitgehende Entpolitisierung des Geldes verheißt einen Ausweg. Denn wenn es drei Urgründe der Geldkrise gibt, die ihren vielen Ursachen vorausgehen, dann sind es, kurz zusammengefasst: die Wachstumsdelle der Industrienationen in den sechziger Jahren, die

Kreditexplosion nach Aufgabe des Bretton-Woods-Systems 1971 und die Entstehung eines finanzmarktliberalen Staatsschuldenkapitalismus, dessen Gedeih (und Verderb) auf der infiniten Produktion von Schulden beruht. Bereits 1957 hat der deutsche Ökonom Wilhelm Röpke (1889–1966) alles Nötige zum Thema gesagt: „Den Regierenden diese Herrschaft [über das Geld] zu nehmen und das Geldwesen von ihrer Willkür, Einsichtslosigkeit oder Schwäche unabhängig zu machen – darauf kommt es heute an." Von den Märkten, die „kein Herz und kein Hirn haben", wie Wirtschafts-Nobelpreisträger Paul Samuelson einmal sagte, die einfach „tun, was sie tun", ist keine Antwort auf die Geldkrise zu erwarten. Wohl aber von den Regierungen der Staaten, die Emissionäre des Geldes sind, Hüter seines Wertes – und letzte Instanz unserer Vermögen. Sie könnten und müssten den Mythos von der „Herrschaft des Geldes" beenden: mit ordnungspolitischer Gesetzesschärfe und mit Selbstbescheidung. Aber haben sie daran ein Interesse?

Eine neue Epoche des Kapitalismus

Kulturhistorisch betrachtet, wird sich die Geldkrise als Säkularisierungsschock für den Geldglauben erweisen, als unumkehrbarer Wendepunkt in der Geschichte des monetären Ausdehnungswillens. Wir leben in einer Übergangszeit, an der Schwelle zu einer neuen Epoche des Kapitalismus, in der wir es (wieder) mit profanem Geld zu tun haben werden, mit Geld, das nicht kultisch beschwört, sondern verantwortlich bearbeitet wird. Die Bewirtschaftung seiner selbst hat das Geld in seine dynamische Selbsterschöpfung getrieben; nun ist es an uns, ihm einerseits seine Grenzen aufzuzeigen und ihm andererseits jenseits des bankrotten Finanzmarktkapitalismus neue Zugriffsmöglichkeiten zu eröffnen. Dabei geht es um nichts weniger als einen Systemwechsel, oder, um es mit Schumpeter zu sagen: um die kreative Zerstörung alter Denkmuster. Noch genauer: Es geht um einen erweiterten Eigentums-, Freiheits- und Wirtschaftsbegriff.

Zunächst – erstens – zum Eigentum: Entwickelt wurde der moderne Eigentumsbegriff im 17. Jahrhundert, als sich die bürgerliche Marktgesellschaft formierte und immer mehr Kaufleute und Händler an der Sicherung ihrer Besitzstände interessiert waren. Im Gegensatz zum parasitären Adel, der vom Ertrag seiner Ländereien zehrte, entstand das bürgerliche Eigentum aus Arbeit und Eigenleistung – eine Idee von epochaler Bedeutung. Klassisch formuliert hat sie John Locke im Jahre 1690: „Obwohl die Erde … allen Menschen gemeinsam gehört, so hat doch jeder Mensch ein Eigentum an seiner Person. … Die Arbeit seines Körpers und das Werk seiner Hände sind … im eigentlichen Sinn sein Eigentum." Und weiter: „Was immer er also dem Zustand entrückt, den die Natur vorgesehen und in dem sie es belassen hat", ist „das unbestreitbare Eigentum des Arbeiters" – solange „ebenso gutes den anderen gemeinsam verbleibt".

Märkte, die „kein Herz und kein Hirn" haben, geben keine Antworten

Lockes Eigentumsbegriff aber erzählt noch nichts von einem lohnabhängigen Proletariat, das kein Eigentum am Ertrag seiner Arbeit hat. Vor allem aber geht er von unbegrenzten Ressourcen aus. Davon kann heute keine Rede mehr

sein – und der Wirtschaftsliberalismus hat lange Zeit nicht einmal ansatzweise angedeutet, dass er auf die brennende Frage der Nutzung endlicher oder gefährdeter Gemeingüter (Wald, Klima, Wasser, Öl) eine plausible Antwort wüsste.

Erst seit auch Länder wie China und Indien Besitzansprüche auf die Erdengüter anmelden und beherzt auf Rohstoffe zugreifen, reift die Einsicht, die Erde selbst sei der „Menschheit" Eigentum – und nicht nur der Menschheit hier und heute, sondern auch derer, die sie von der Gegenwartsgeneration erben. Der Signalapparat der Marktwirtschaft leistet dabei wertvolle Unterstützungsarbeit: Die immer knapperen Ressourcen verteuern sich. Und auch der besitzindividualistisch trivialisierte Eigentumsbegriff der Liberalen gewinnt wieder an Gehalt: Das ihm innewohnende Prinzip der Sorge und Verantwortung wird allmählich rehabilitiert.

Es reift die Einsicht, die Erde sei der ganzen Menschheit Eigentum

Segensreiche Folgen hat das – zweiter Punkt – vor allem für den Freiheitsbegriff der Wirtschaftsliberalen. Seine klassische Definition stammt von John Stuart Mill (1859): „Der einzige Zweck, um dessentwillen man Zwang gegen den Willen eines Mitglieds einer zivilisierten Gemeinschaft rechtmäßig ausüben darf, der ist: die Schädigung anderer zu verhüten." Mill war bestrebt, jeder noch so wohlgemeinten Fürsorge einer Regierung möglichst enge Grenzen zu setzen. Er fürchtete um die Freiheitsfähigkeit mündiger Bürger im Schoße eines „nanny state". Freiheit, so Mill, bestehe ganz einfach darin, zu tun, was man wolle.

Freiheit und Verantwortung

Aber wie lässt sich Mills Freiheitsbegriff mit dem Prinzip der Bestandspflege vereinbaren, von dem das Eigentum neuerdings erzählt? Offenbar besteht die Aufgabe darin, eine qualitative Bestimmung der Freiheit vorzunehmen: Welche Freiheiten schaden wirklich, welche sollen geduldet, welche unantastbar sein? Der kanadische Philosoph Charles Taylor hat zu Recht darauf aufmerksam gemacht, dass der „negative" Freiheitsbegriff nicht aufrechtzuerhalten ist. Freiheit, so Taylor, sei „eine Praxis steuernder Kontrolle über das eigene Leben". Sie ist nicht gleichsam frei verfügbar, sondern eine „Fähigkeit, die wir zu verwirklichen haben". Sie besteht eben nicht in der Abwesenheit äußerer Hindernisse, sondern darin, dass wir bestimmten Zielen, auf die hin sie ausgerichtet ist, eine größere Bedeutung beimessen als anderen. Echte Freiheit ist Wahlfreiheit. Sie setzt nicht nur Optionen voraus, sondern die dreifache Fertigkeit, sie zu ergreifen, ihren Wert einzuschätzen und der Entscheidung für die eine oder andere Option einen Sinn zu verleihen.

Dieser Sinn aber ergibt sich wie von selbst, wenn man bedenkt, dass sich – drittens – die Bedingungen des Wirtschaftens verändert haben. Wenn Wirtschaften heißt, sich mit der Herstellung und Distribution von Gütern unter der Bedingung von Knappheit zu beschäftigen, dann konvergieren Ökonomie und Ökologie, wenn die Grundbedingungen des Wirtschaftens selbst knapp werden, die Bodenschätze, das Öl, das Wasser, das Klima, die Luft. Entsprechend fällt Kapitalismus-Theoretikern heute die Aufgabe zu, das Prinzip des Eigentums global und generationenübergreifend unter der Prämisse von Knappheitsverhältnissen

zu bedenken. Nicht mehr das Prinzip Wachstum ist für den Kapitalismus heute die Grundbedingung seiner Überlebensfähigkeit, sondern das Prinzip Sorge.

Zu vorsichtiger Zuversicht besteht durchaus Anlass. Weil mit der Erschöpfung der natürlichen Ressourcen die Zahl der knappen Güter wächst, für die gilt, dass sie sich entweder kooperativ oder gar nicht nutzen lassen, laufen das neutrale Ausdehnungsinteresse des unternehmerischen Kapitals mit den (Selbst-) Interessen einer stetig steigenden Zahl Beteiligter zwangsläufig zusammen. Globalisierung bedeutet Zuwachs an Rückkopplung und internationalem Diskursgewinn: Immer mehr Fremde drängen uns ihre Erfahrungen und Interessen auf – Inselbewohner, die vom Anstieg des Meeresspiegels bedroht sind; Nomaden, die an versandeten Weiden verzweifeln. Ihre neue Präsenz bleibt nicht folgenlos. Erst seit die Weltwohlstandssphäre sich auch auf China, Indien, Südostasien, Südamerika und Teile der arabischen und afrikanischen Welt erstreckt; erst seit Kapital global expandiert und von einem zivilisatorischen Fortschritt kündet, der immer mehr Menschen, unabhängig von ihrer Religion und Kultur, für seine missionsunbedürftigen Vorzüge einnimmt – erst seither beginnt das Geld im Verwöhnraum dies- und jenseits des Atlantiks, den Preis für seine Expansionen zu bewirtschaften und ehemalige Kostenfaktoren in Einkunftsquellen zu verwandeln. Das, was dem Zugriff des Kapitals bisher entzogen war und in keiner Rechnung der Ökonomen aufgetaucht ist, das „Umsonst“ der Sonne, der Luft und des Wassers, aber auch das „Billige“ der afrikanischen Ressourcen, der asiatischen Lohnarbeiter und des arabischen Öls – das alles gewinnt seit einigen Jahren an Wert und steigert seinen Preis. Plötzlich interessiert sich das kapitalistische Geld für alle globalen Knappheiten – und für die Nebenkosten des wirtschaftlichen Wachstums; plötzlich entschädigt es für die Benutzung der Natur, bearbeitet es den Klimawandel, prämiert es einen schonenden Umgang mit Mensch, Tier und Umwelt.

Plötzlich interessiert sich kapitalistisches Geld für globale Knappheiten

Kurzum, das Kapital ist dabei, sich mit imperialer Geste neue Betätigungsfelder zu eröffnen. Wir sollten gar nicht erst den Versuch unternehmen, es daran zu hindern, sondern seinem inhärenten Maximierungsinteresse immer mehr knappe Güter anbieten, die seiner Verfügung bisher entzogen waren. Zivilisatorischer Fortschritt erwächst aus dem Vermögen, die Welt mit Hilfe des Geldes selbstinteressiert einzurichten.

Und das Vermögen, den Wert des Geldes selbstinteressiert einzuschätzen, erwächst aus dem zivilisatorischen Fortschritt. Geld herrscht nicht – solange wir es regieren (lassen), solange wir seinen Preis bedenken, seine Nebenkosten einrechnen, seine Zugriffsmöglichkeiten steuern. Eine intakte Natur, sauberes Wasser, Gesundheit, gute Arbeitsbedingungen und ein selbstbestimmtes Leben – das alles bedarf keiner Überzeugungsarbeit. Es bedarf nur ausreichenden Kapitals.

Dieter Schnaas
ist Chefreporter der *WirtschaftsWoche* und Autor des Buches „Kleine Kulturgeschichte des Geldes“.

© Donatella Giagnori/Demotix/Corbis

„Schickt sie alle nach Hause!“: Beppe Grillo im Wahlkampf, Februar 2013.
Bei den italienischen Parlamentswahlen gewann er ein Viertel der Stimmen.

Populismus

Finnland, Schweden, Italien, Ungarn, Deutschland: Rechts- wie linkspopulistische Parteien sind in Europa im Aufwind. Droht eine „populistische Internationale“, ein neuer Faschismus? Oder haben wir es schlicht mit „reitenden Boten des Unglücks“ zu tun, die Missstände und Apathie anprangern?

Illusion einer intakten Welt

Europas Populisten profitieren von der Krise etablierter Politik

Florian Hartleb | **Finnland, Schweden, Italien, Ungarn oder auch Deutschland: In zahlreichen europäischen Ländern verbuchen rechts und linkspopulistische Parteien derzeit Erfolge. Warum erleben wir einen „Moment des Populismus"? Wird es eine „populistische Internationale" in Europa geben? Und wer oder was genau sind überhaupt Populisten?**

Europas Rechtspopulisten sind im Aufwind, was vor allem bei den europäischen Eliten für Unruhe sorgt. José Manuel Barroso, Präsident der EU-Kommission, sprach das Problem in einer Grundsatzrede vor dem Europäischen Parlament Ende September 2011 direkt an: „Populistische Bewegungen stellen die größten Errungenschaften der Europäischen Union in Frage – den Euro, den Binnenmarkt, ja sogar den freien Personenverkehr."[1]

Man sorgt sich, dass vor allem rechts- und inzwischen auch linkspopulistische Parteien die Krisengewinnler sind: Sie erringen immer wieder Wahlerfolge auf nationaler Ebene;[2] mit den „Schwedendemokraten" und den „Wahren Finnen" zogen neue Herausfordererparteien in das schwedische bzw. finnische Parlament ein.

Populistische Züge weisen die mit einer satten Zweidrittelmehrheit ausgestattete Fidesz-Partei von Viktor Orbán in Ungarn sowie in Polen die ebenfalls nationalkonservative Partei „Recht und Gerechtigkeit" auf. Bei der Parlamentswahl in Polen im Oktober 2011 kam die nach ihrem Vorsitzenden benannte antikonservative „Palikota" auf 10,1 Prozent. In der Slowakei errang im März vergangenen Jahres die antielitäre „Partei der gewöhnlichen Leute und unabhängigen Personen" einen Stimmenanteil von 8,6 Prozent. In Litauen kam die Partei „Ordnung und Gerechtigkeit" von Rolandas Paksas im Oktober 2012 auf 7,8 Prozent. Sie ist als Juniorpartnerin an der sozialdemokratisch geführten Regierung beteiligt. In Deutschland zog die eher linksalternative Piratenpartei, die einen Neuan-

[1] Auf Deutsch zu finden unter: http://europa.eu/rapid/press-release_SPEECH-11-607_de.htm.
[2] Florian Hartleb: Rechtspopulisten als Krisengewinnler in West- und Osteuropa?, Gesellschaft – Wirtschaft – Politik, 1/2013, S. 69–80.

satz von „digitalisierter Politik in Echtzeit“ verfolgt, in zahlreiche Landesparlamente ein.

Keine populistische Internationale

Schillernde Figuren wie in Italien der Komiker Beppe Grillo drängen in die Politik und haben zumindest kurzzeitig Erfolg. Weil diese Herausforderer aber so heterogen in ihren Persönlichkeiten sind, wird es wohl nicht zu einer populistischen Internationalen, nach den Wahlen 2014 wohl aber zum Einzug zahlreicher populistischer und oft antieuropäischer Parteien in das Europäische Parlament kommen.[3]

Neben dem Rechtspopulismus, der sich besonders auf eine vermeintliche kulturelle „Zersetzung“ durch die Globalisierung konzentriert, ist in vielen Ländern auch eine linkspopulistische Variante entstanden: Sie zielt auf die durch die Globalisierung entstandenen sozialen Ungerechtigkeiten ab.[4] Beide verbindet die Frontstellung gegen Eliten, beide geben vor, eine „schmutzige Wahrheit“ ans Licht zu holen.

Beim Rechtspopulismus kommt neben dem vertikalen Moment („wir“ gegen „die da oben“) das horizontale Moment hinzu, nämlich das „wir“ gegen „die da draußen“, also Immigranten oder andere Gruppierungen, die nicht als „zugehörig“ betrachtet werden. Linkspopulisten wie die Occupy-Bewegung richten sich häufig gegen „die“ Kapitalisten, ihr Slogan: „Wir sind 99 gegen 1 Prozent.“

Die Gemeinsamkeit von Rechts- und Linkspopulismus liegt nicht auf der rational-programmatischen, sondern auf der emotionalen Ebene. Was die globalisierungskritische Bewegung verbindet, sind Angst vor Identitätsverlust und Empörung über soziale Ungerechtigkeiten. Linkspopulistische Bewegungen nutzen sozioökonomische, nicht ethnisch-kulturelle Definitionsmerkmale, um das „Eigene“ vom „Anderen“ zu trennen. Beide Formen des Populismus eint jedoch die rigide Ausschließung der verschiedenen definierten „anderen“ von der Wir-Gruppe, also vom „Volk“. Rechts- wie Linkspopulisten schüren die Illusion einer intakten Welt, die vor globalen Wirtschaftszyklen geschützt werden kann.

Beide Formen eint die rigide Ausschließung der „anderen“

Populismus als Geschäftsmodell

Es fällt auf, dass die Köpfe populistischer Bewegungen wie Mogens Glistrup in Dänemark, Silvio Berlusconi in Italien, Christoph Blocher in der Schweiz, einst Jörg Haider und nun Frank Stronach in Österreich oder Janusz Palikot in Polen oft über ein beträchtliches Vermögen verfügen. Populismus wird als vermeintliche Politik für den „kleinen Mann“ so auch zum Geschäftsmodell. Eigentlich ist es ein Kennzeichen wenig konsolidierter Demokratien bzw. autoritärer Systeme, dass sich schwerreiche Geschäftsmänner den Zugang

[3] Florian Hartleb: A Thorn in the Side of European Elites. The New Euroscepticism, Centre for European Studies, Brüssel 2011.
[4] René Cuperus: Der populistische Dammbruch. Die niederländischen Volksparteien unter Druck, in: Friso Wielenga und Florian Hartleb (Hrsg.): Populismus in den Niederlanden und in Deutschland im Vergleich, Münster 2011, S. 163–178.

Bild nur in Printausgabe verfügbar

zur Politik „erkaufen“. Besonders in den postsowjetischen Staaten wurden Oligarchen in der Transformationsphase zu Profiteuren des Übergangs von der Plan- zu einer Marktwirtschaft. In Georgien gründete der eigentlich eher öffentlichkeitsscheue Milliardär Bidsina Iwanischwili im Dezember 2011 eine Allianz namens „Georgischer Traum“ und wurde nicht einmal ein Jahr später, im Oktober 2012, Regierungschef – wenig überraschend mit dem Versprechen, die Wünsche der Bürger an die da oben zu erfüllen.

Unternehmerpopulismus findet offenbar immer mehr Anklang, weil die Beliebtheit und die Reputation der „Unternehmerpolitiker“ nicht auf persönlicher Integrität, sondern auf ihrer Lebensleistung basiert; nicht auf dem Charakter, wie bei Politikern, sondern auf herausragenden Fähigkeiten.[5] Das erklärt auch, warum Unternehmer als Quer- und Seiteneinsteiger dann erfolgreich sein können, wenn der herkömmliche Politikertypus in die Kritik geraten ist (etwa in Italien mit Silvio Berlusconi). Das positive Image erleichtert es, auf Schlagworte statt auf detaillierte Programme zu setzen. Der Unternehmer selbst wird zu einer Marke.

Unternehmer können eine Vertrauensbeziehung aufbauen, die ihren Erfolg in der Geschäftswelt in den Mittelpunkt stellt und dadurch auch Sehnsüchte des „kleinen Mannes“ weckt. Er wirkt durch den Nimbus, „es geschafft“ und sich hoch gearbeitet zu haben. Der „Chef“ muss keine hohen Sympathiewerte aufweisen, denn der Geschäftserfolg stärkt den Mythos, er sei anders als die Politiker. Das begründet sein Charisma unter seinen Anhängern.

[5] Catherine Fieschi und Paul Heywood: Trust, Cynicism and Populist Anti-politics, Journal of Political Ideologies, 3/2004, S. 289–309, hier S. 302–304.

Populismus ist in Europa überwiegend negativ konnotiert, schließlich erinnern vor allem rechts- oder nationalpopulistische Parteien an autoritäre Strukturen, die man überwunden glaubte. Den rechts- und nationalpopulistischen Parteien in West- und Osteuropa sind folgende Charakteristika gemein:

- Sie üben harsche Kritik am Modus des Regierens, insbesondere an „Kartellparteien", die angeblich den Interessen eines als homogen betrachteten „Volkes" zuwiderhandelten.[6]
- Sie fordern das konsensuale Demokratiemodell heraus wie in Österreich, den Niederlanden, Skandinavien und Polen.
- Sie brechen den proeuropäischen Konsens auf, wie in Finnland, Frankreich, den Niederlanden oder Polen.
- Sie führen einen Antiislamdiskurs, etwa in Frankreich, Belgien und den Niederlanden (nicht aber in Osteuropa).
- Sie zeigen eine feindliche Haltung gegenüber Minderheiten im eigenen Land (in der Slowakei, Tschechien, Ungarn und Südosteuropa vor allem gegenüber den Roma).
- Sie stilisieren sich als Außenseiter, weil sich etablierte Parteien wie in Frankreich und Belgien mit einem „Cordon sanitaire" abschotten.
- Sie verschärfen innerstaatliche Konflikte wie in Belgien zwischen Flamen und Wallonen.

In ihrem Anspruch, im Besitz der Wahrheit zu sein, trennen Populisten zwischen „Freund" und „Feind" – dieser Anspruch dient nicht der Integration, sondern der Exklusion bestimmter Gruppierungen. Nun beruhen offene Gesellschaften darauf, dass ein friedlicher Ausgleich der Interessen hergestellt wird – Populisten setzen da an, wo dieser Interessensausgleich als künstlicher, undurchdringbarer Konsens wahrgenommen wird. Das mag auch positive Wirkungen erzeugen, denn populistische Bewegungen fordern den Gleichklang etablierter Parteien heraus und können, vor allem in Ländern mit strukturellen Krisensymptomen, einen gewissen „Reinigungseffekt" erzielen.

Ein Funken Wahres

Populisten kommt also auch der Verdienst zu, Missstände anzuprangern, etwa die Korruptionsanfälligkeit der Politik in Italien oder Griechenland. Einen Nährboden findet ein Beppe Grillo ja, weil seine Diagnose – systemimmanente Korruption – richtig ist und er dafür zahlreiche Belege anführen kann. Die Euro-Krise und die Kürzungen haben in zahlreichen Ländern erheblichen Zorn in der Bevölkerung ausgelöst, den populistische Parteien bündeln und kanalisieren. Mitunter sorgen sie damit für eine gewisse Stabilität im jeweiligen Land.

Sicherlich kommen demokratische Parteien in der Mediendemokratie ohne eine gezielte populistische Ansprache an die Wähler nicht aus. Die Frage nach der Grenze zwischen demokratischer und demagogischer Mobilisierung wird immer umstritten

[6] Klaus von Beyme: Representative Democracy and the Populist Temptation, in: Sonia Alonso, John Keane und Wolfgang Merkel (Hrsg.): The Future of Representative Democracy, Cambridge 2011, S. 50–73, hier S. 59.

bleiben. Gefährlich wird Populismus aber, wenn er undifferenziert eine direkte Demokratie als Allheilmittel propagiert. Schließlich eröffnen Volksentscheide auch die Möglichkeit, latente Vorurteile demagogisch aufzuheizen und durch demokratischen Mehrheitsbeschluss scheinbar legitimieren zu lassen. Das kann leicht und unbemerkt zu einer Missachtung oder Unterdrückung abweichender Meinungen führen.

Gemeinwohl versus Eigenwohl

Populismus gibt vor, einen konstruierten homogenen Volkswillen zu repräsentieren, und er wirft den etablierten Parteien oder gesellschaftlichen Akteuren vor, diesen zu missachten. So polarisiert die Occupy-Bewegung zwischen der Bevölkerungsmasse als In-Group und einer Out-Group. Populismus setzt einem Kollektiv der Wenigen ein Kollektiv der Vielen entgegen.

Häufig geben Populisten auch vor, für eine „saubere" Politik zu stehen. Doch Populismus befördert Nepotismus und Klientelismus nach dem „Eine Hand wäscht die andere"-Prinzip, wie die Beispiele von Jörg Haider bis Silvio Berlusconi zeigen. Diesen Politikern geht es nicht vorrangig um die Anliegen einer Bevölkerungsgruppe, geschweige denn um das Allgemeinwohl, sondern um ihren persönlichen Erfolg. Die Frage, welchem Adressaten sie überzeugende Rechenschaft erstatten, müssen sie erst noch beantworten. Die simple Berufung auf das „Volk" reicht jedenfalls nicht aus.

Populisten geben vor, für eine „saubere" Politik zu stehen

Im Unterschied zu Rechtsextremen lehnen Rechtspopulisten den europäischen Einigungsprozess nicht rundheraus ab. Vorrangig kritisieren sie das „Wie", nicht das „Ob". Populisten zielen auf die Widersprüchlichkeiten der EU, wie deren Schwierigkeit, gemeinsame Positionen zu wichtigen außenpolitischen Themen zu finden. Dies zeigte sich in der Debatte um einen Beitritt der Türkei, als Populisten die EU als „christlich-abendländische Festung gegen den Islam" propagierten. Oder sie machen den freien Warenverkehr im Binnenmarkt für die organisierte Kriminalität verantwortlich. Sie bauen darauf, dass es ein gewaltiges, im Zuge der Euro-Krise noch gestiegenes Potenzial an antieuropäischen Ressentiments gibt, das politisch nutzbar ist. Manche rechtspopulistischen Parteien verhalten sich dabei durchaus ambivalent. In Fragen der Immigrationspolitik wollen sie ein einiges Europa, das Zuwanderern aber verschlossen bleibt. Populisten, die längerfristig „überleben" wollen, werden sich einer Integration grundsätzlich nicht entgegenstellen. Aber die EU soll für sie nicht Teil der Globalisierung, sondern Bollwerk gegen die Globalisierung sein.

Populismus ist weder ein bloßer Kommunikationsstil (im Sinne von populär) noch eine starre Ideologie (im Sinne von Sozialismus, Liberalismus, Konservatismus oder auch Faschismus). Seine Natur ist mehrschichtig: technisch, als Politikstil im antielitären Gestus; inhaltlich, mit seiner Konzentration auf bestimmte Themen; medial, was Resonanz und Interaktion betrifft, und personell (Bedeutung des Charismas). Er kann eher inklusiv oder exklusiv sein, von

„unten“ oder „oben“ getragen und forciert werden. Dass hier eine „Politik des kleinen Mannes“ gemacht würde, behaupten häufig paradoxerweise Repräsentanten des Big Business. Immer intensiver steht Populismus im Zusammenhang mit demokratietheoretischen Debatten über Gegenwart und Zukunft von (repräsentativen) Demokratien.

Weil Populisten Emotionen schüren, Manipulationen nicht scheuen oder auch Ressentiments bemühen, wirken sie nicht nur auf Modernisierungsverlierer. Sie sprechen durch den Rekurs auf ein angeblich homogenes „Volk“ oder durch Personalisierung auch entpolitisierte Bevölkerungsschichten, eine sich ausgeschlossen fühlende große Minderheit oder gar Mehrheit an. Sie wecken Illusionen – wie durch das Versprechen, eine „neue“ Republik errichten zu wollen. Jörg Haider sprach von der Errichtung einer „Dritten Republik“; eine Dritte Republik forderte auch Rolandas Paksas in Litauen; Jarosław Kaczyński in Polen wollte eine „Vierte Republik“. Hier geht es um eine Art „New Deal“, der den Weg in eine korruptionsfreie Republik mit neuen Eliten und größerer Partizipation ebnen soll. Dabei beruhte das System Haider auf Patronage und Nepotismus, und Rolandas Paksas war während seiner Amtszeit als Staatspräsident einem Amtsenthebungsverfahren ausgesetzt.

Nicht nur Demokratiefeinde

Mit Fug und Recht lässt sich derzeit von einem populistischen Moment sprechen. Das muss aber nicht heißen, dass wir ein postdemokratisches Zeitalter erleben. Populismus wie Autoritarismus oder Extremismus werden eine beständige Herausforderung der Demokratie bleiben. Ihm zu begegnen erfordert mehr Kreativität, als sie ausschließlich zur Bedrohung aufzuwerten und der Demokratiefeindschaft zu bezichtigen. In einer multipolaren Welt kommt es offenbar zu neuen Politikformen. Gerade das Verhältnis zwischen Gesellschaft und Elite scheint sich neu auszutarieren; die eigentlich als stabil geltenden westlichen repräsentativen Systeme sind unter Druck gesetzt.

Das Gegenrezept: neue Formen von Partizipation entwerfen und umsetzen

Populismus speist sich aus dem geringen Ansehen von Regierungen, Parteien und Berufspolitikern in der Bevölkerung, was nicht nur in fragilen oder defekten Demokratien, etwa in Lateinamerika oder Südostasien, sondern auch in Europa zur zentralen Herausforderung wird. Sich auf eine angebliche postdemokratische Alternativlosigkeit oder Sachzwänge zu berufen, schafft erst einen Nährboden für Populismus. Wer den Populismus entlarven will, muss dessen Fiktion, Politik mit dem „Volk“ unter das „Volk“ zu bringen, ernst nehmen, über neue Partizipationsformen nachdenken und sie behutsam implementieren, ohne dabei die Grundfesten des repräsentativen Systems zu erschüttern oder gar einzureißen.

Dr. Florian Hartleb
lehrt Politikwissenschaft an der Universität Bonn und an der Hochschule für Politik in München. Er ist Research Associate am Centre for European Studies.

Scharf nach rechts

Viktor Orbán polarisiert Ungarn seit zwei Jahrzehnten

Keno Verseck | **Der Übergang von der Diktatur zur Demokratie verlief doch nicht so mustergültig wie es Anfang der Neunziger schien. Heute ist Ungarn tief gespalten, und der machtbesessene Ministerpräsident bemüht die ganz großen Kategorien: Gut und Böse, Licht und Dunkel, Sieg oder Untergang. Nationalismus und Ungarozentrismus sind bereits Staatsideologie.**

Es war ein strahlend schöner Samstag, eine Woche nach Herbstbeginn. Warm, aber nicht heiß, mäßiger Wind, am Himmel leichte Wolken. Nur die Worte des Festredners klangen wie Sturm und Stahlgewitter.

Beschwörend sprach er vom Blutsbund der sieben ungarischen Stämme, vom tausendeinhundertjährigen ungarischen Reich und von der Weltnation der Ungarn, deren Grenzen nicht die heutigen Landesgrenzen seien. Er erinnerte die Zuhörer an die Symbolik des Turul-Vogels, des mythischen Tieres, das die ungarischen Stämme auf ihrer Wanderung vom Ural einst ins Karpatenbecken geführt hatte. „Das Urbild des Turul-Vogels ist das Urbild der Ungarn. Es gehört zum Blut und zur Heimat. Der Turul-Vogel ist das Sinnbild der nationalen Identität aller jetzt lebenden, aller toten und aller künftig geborenen Ungarn. Jeder Ungar ist jedem Ungarn Rechenschaft schuldig. Wir, die Ungarn des nationalen Zusammenhalts, müssen mit unserer Liebe, unserem Dienst und unserem Frohsinn alles Schlechte und alle Uneinigkeit aus dem ungarischen Leben herausdrängen. Eine neue Welt zieht über dem europäischen Kontinent herauf. Das erste Gebot dieser neuen Welt lautet: Die starken Nationen halten zusammen, die schwachen zersplittern."

Der „Nationale Geschichtliche Gedenkpark" im südungarischen Dorf Ópusztaszer am 29. September 2012. Eingeweiht wird das „Denkmal des nationalen Zusammenhalts" – verkörpert in einem Turul-Vogel, der ein Schwert in den Krallen hält. Die Festrede dazu hält nicht irgendjemand, sondern Ministerpräsident Viktor Orbán höchstselbst.

Die „Blut-und-Heimat"-Rede von Ópusztaszer erregte in Ungarn, aber auch im Ausland einiges Aufsehen. Obwohl ihr Anlass auf der Rangliste politisch-kultureller Ereignisse vergleichsweise unbedeutend war, zählt sie mit ihrem Bekenntnis zu völkisch-

volksgemeinschaftlichem Gedankengut zu den brisantesten Reden, die Orbán in seiner bald 30-jährigen politischen Karriere gehalten hat. Der Regierungschef selbst bekräftigte kürzlich, wie ernst er seine Worte meinte. Mitte April sagte er in einem gemeinsamen Interview der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*, der *Welt* und des österreichischen *Kurier*: „Das war eine hervorragende Rede. Was ist das Problem damit?"

Religion, Familie, Blut und Heimat

Ungarn drei Jahre nach dem Machtantritt von Viktor Orbán und seiner Partei „Bund Junger Demokraten" (Fidesz): Der magyarische Regierungschef und seine führenden Ideologen haben dem Land eine Staatsdoktrin verordnet, die mit dem Geist von 1989/90, einschließlich des Prozesses der europäischen Einigung, radikal aufräumt und merkwürdig aus der Zeit gefallen wirkt.

Viele Politiker und Ideologen im Regierungsbündnis aus Fidesz und der kleinen Partei der Christdemokraten (KDNP), einschließlich des Regierungschefs Orbán selbst, glauben, die liberale Demokratie und die soziale Marktwirtschaft seien grundsätzlich gescheitert. Immer wieder warnen sie in regelrechten Endzeitfantasien vor dem Untergang des europäischen Abendlands. Sie sind überzeugt, dass in Ungarn erst seit dem Zweidrittelwahlsieg ihrer Partei im April 2010 eine wirkliche Wende stattgefunden habe, eine „nationale, christliche, konservative Revolution".

Ihre wesentlichen Ziele, wie sie auch Viktor Orbán immer wieder propagiert, lauten: eine „Arbeitsgesellschaft statt Sozialstaat", eine „Ordnung der nationalen Zusammenarbeit", die sich vor allem auf die starken ungarischen Minderheiten in der Slowakei, Serbien, Rumänien und der Ukraine erstreckt, ein starker Obrigkeitsstaat und schließlich eine starke Volksgemeinschaft aller Ungarn, in der neben „Blut und Heimat" die christliche Religion und die Familie die verbindenden Werte sind. Eingang gefunden hat diese Ideologie auch in die Anfang 2012 in Kraft getretene Verfassung. In ihrer Präambel, dem „Nationalen Glaubensbekenntnis", beschwört sie das vor tausend Jahren gegründete Ungarn-Reich, den Kult um die Heilige Stephanskrone und den Geist der autoritären Horthy-Ordnung der Zwischenkriegszeit.

Ungarns neue Ideologie hat eine antieuropäische Komponente

Ungarns neue Staatsideologie hat auch eine spezifisch antieuropäische Komponente: Viktor Orbán zieht immer wieder Parallelen zwischen der EU und den einstigen sowjetischen Besatzern („Brüssel = Moskau"), warnt vor einer Kolonisierung Ungarns durch die EU und allgemein vor der Gefahr des Souveränitätsverlusts der Nationalstaaten in der Union. Das alte Europa und die EU sind in seinen Augen „aggressiv, internationalistisch, säkular und familienfeindlich". Einer der neben ihm einflussreichsten Fidesz-Politiker, Parlamentspräsident László Kövér, glaubt, das „internationale Kapital", die EU und die USA hätten Ungarn zum „symbolischen Ort eines Kalten Krieges auserwählt", weil die Budapester Regierung eine „ernsthafte Abkehr vom liberalen Zwangsweg" betreibe.

Als Abkehr von diesem Weg sehen Orbán und seine Regierungsmehrheit dabei auch ihre – nach einem Wort des früheren Wirtschaftsministers György Matolcsy – „unorthodoxe" Wirtschaftspolitik, ein Begriff, der sich auf Maßnahmen bezieht, mit denen Ungarns marode Staatsfinanzen saniert und das hohe Haushaltsdefizit gesenkt werden sollten. Die Regierung verstaatlichte beispielsweise private Rentenkassen und führte eine Sondersteuer für ausländische Handels- und Dienstleistungsunternehmen ein. Daneben erließ sie Gesetze und Regelungen, mit denen sie sich trotz ihrer ausgesprochen armenfeindlichen Wirtschaftspolitik vor der Öffentlichkeit gut darstellen konnte: So können private Schuldner ihre Fremdwährungskredite zu einem staatlich festgelegten Wechselkurs und zu Vorzugskonditionen zurückzahlen, wobei die Regelung jedoch so gestaltet wurde, dass in erster Linie Bessergestellte profitieren und nicht die wirklich überschuldeten Bedürftigen.

In Verwaltung und Wirtschaft fand kein Wechsel der Eliten statt

In diesem Jahr ordnete die Regierung eine Senkung von Mietnebenkosten, also unter anderem der Gas-, Strom- und Wasserpreise an. Viktor Orbán wird nicht müde zu verkünden, dass er damit die Interessen des ungarischen Volkes gegen die Profitgier ausländischer Konzerne (beispielsweise die Stromerzeuger) verteidigt habe. Die Beschneidung ihrer Profite, so Orbán, sei im Übrigen auch der einzige Grund für die permanente Kritik der EU an Ungarn, weshalb sie sich letztlich erübrige – eben, weil sie nur ein Vorwand sei.

Zwischen einem Ungarn, in dem die Staatsführung nahezu täglich solche Botschaften unter das Volk bringt, und dem Ungarn der Wendezeit liegen Welten. Zu Beginn der neunziger Jahre galt Ungarn als das Musterreformland in Osteuropa, sein Systemwechsel, sein Übergang von der Diktatur zur Demokratie, von der staatssozialistischen zur Marktwirtschaft schienen vorbildlich.

In Wirklichkeit jedoch wirkt das heutige Orbán-Modell wie eine verzweifelte Antwort auf eine Transformation, die keineswegs mustergültig verlief, sondern in vielerlei Hinsicht gescheitert ist. So bereitwillig die ungarischen Kommunisten 1989/90 ihre Macht abgaben, so wenig fand ein Elitenwechsel in Verwaltung und Wirtschaft statt. Angehörige der früheren Nomenklatura bereicherten sich im Zuge eines betrügerischen Privatisierungsprozesses am ehemaligen Volkseigentum, während die Bevölkerung unter Massenarbeitslosigkeit und Austeritätsprogrammen litt.

Keines der drastischen Sparprogramme, die seit 1990 Ungarns riesigen Schuldenberg abbauen und die Staatsfinanzen sanieren sollten und für die die Bevölkerung anfangs noch Geduld aufbrachte, wurde konsequent zu Ende geführt. Auch notwendige Reformen des Bildungswesens, des öffentlichen Dienstes, der öffentlich-rechtlichen Medien scheiterten oder wurden gar nicht erst in Angriff genommen. Keine politische Kraft wagte die Ausarbeitung einer neuen Verfassung, welche die provisorisch ergänzte kommunistische Verfassung hätte ersetzen müssen.

Besonders die Jahre 2002 bis 2010, in denen die wendekommunistischen

Bild nur in Printausgabe verfügbar

Sozialisten zusammen mit den aus der ehemaligen Bürgerrechtsopposition hervorgegangenen Liberalen regierten, waren eine Zeit quälenden politisch-ökonomischen Stillstands und zugleich zahlreicher Korruptionsaffären. Währenddessen waren große Teile der Bevölkerung mit den Folgen der Globalisierung und des EU-Beitritts konfrontiert. In Ungarn sind bis heute vor allem kleine Landwirte die Leidtragenden der EU-Erweiterung; zugleich verschwanden unter dem Druck der ungebremsten Konkurrenz westlicher Unternehmen nach der Marktöffnung manche ungarische Industriezweige nahezu völlig, so etwa ein beträchtlicher Teil der Lebensmittelindustrie.

Todfeindschaft ohne Ausweg

Die prekäre soziale und wirtschaftliche Situation im postkommunistischen Ungarn war schon früh ein ideales Umfeld für die tiefe politische Spaltung des Landes in ein linksliberales und ein rechtsnationales Lager – eine Spaltung, die in Osteuropa ihresgleichen sucht. Sie begann Anfang der neunziger Jahre als Konflikt zwischen Staatspräsident und Regierungschef und verselbstständigte sich schnell zu einer Todfeindschaft, aus der bis heute kein Ausweg erkennbar ist und die Ungarns politische Zukunft lähmt.

Völlig aus dem Ruder lief die Entwicklung ab dem Herbst 2006. Seinerzeit führte eine an die Öffentlichkeit gelangte Geheimrede des damaligen sozialistischen Regierungschefs Ferenc Gyurcsány, in der dieser betrügerische Wahlversprechen zugab, zu einer wochenlangen Belagerung des Parlaments durch Demonstranten und schließlich zu schweren Unruhen in Budapest. Gleichzeitig erschütterte ein grausamer Lynchmord an einem ungarischen Lehrer, begangen von einer Gruppe Roma, das Land und führte dazu, dass die Stimmung gegenüber den Roma kippte.

Damals hätte ein rechtzeitiger Rücktritt der sozialliberalen Koalition Ungarn wohl vieles erspart: Jahre eines verbal ausgetragenen Bürgerkriegs zwischen Regierung und Opposition, den Aufstieg der rechtsextremen Jobbik („Bewegung für ein besseres und rechteres Ungarn") zu einer 20-Prozent-Partei und die Akzeptanz rechtsextremistischen Gedankenguts in einem nicht unerheblichen Teil der ungarischen Mittelschicht, eine rechtsterroristische Mordserie an Roma und schließlich den Zweidrittelwahlsieg Orbáns.

Orbán sieht sich als zentrale Figur in Ungarns moderner Geschichte

Freilich ist in dieser Entwicklung die Rolle von Viktor Orbán selbst kaum zu unterschätzen. Ein unbedingter Machtwillen treibt ihn um. Er polarisiert Ungarn seit nahezu zwei Jahrzehnten so sehr wie kein anderer Politiker des Landes. Er liebt politische Kämpfe und langweilt sich, wenn es um verantwortungsvolles, nachhaltiges Regieren geht. Er sieht sich zweifellos als eine der zentralen Figuren in der modernen Geschichte Ungarns, seine Kategorien sind die ganz großen: Gut und Böse, Licht und Dunkel, Sieg oder Untergang. In seiner Rede von Ópusztaszer zog Orbán eine Parallele zwischen dem Kampf des Erzengels Michael und der himmlischen Heerscharen gegen den Teufel und den „Ungarn der nationalen Zusammenarbeit", die „alles Schlechte aus dem ungarischen Leben herausdrängen" müssten. Als er Ende Mai 2013 nach dreijährigem Regieren Bilanz zog, fiel diese so aus: „Wir haben Ungarn wieder ans Tageslicht gebracht."

Während Macht- und Sendungsbewusstsein von jeher charakteristisch waren für Viktor Orbán, hat er inhaltlich einen bemerkenswert weiten Weg zurückgelegt. Fidesz wurde 1988 als radikalliberale Jugendorganisation gegründet und war einige Jahre lang eine bunte, pluralistische Partei, die im Ungarn der Jahre 1988 bis 1992 Wandel, Generationswechsel und Modernität verkörperte. Viktor Orbán hatte früh auf sich aufmerksam gemacht. Am 16. Juni 1989 forderte er auf einer Großkundgebung zur Wiederbestattung der Märtyrer der Revolution von 1956, darunter des hingerichteten Ministerpräsidenten Imre Nagy, den Abzug der russischen Truppen aus Ungarn und erregte damit auch über Ungarn hinaus Aufsehen.

„Heimat kann nicht Opposition sein"

Mit eher mäßigem Erfolg versuchte Orbán nach der Wende, seiner Partei ein Profil zwischen dem streng konservativen „Ungarischen Demokratischen Forum" (MDF) und dem linksliberalen „Bund Freier Demokraten" (SZDSZ), der Partei der ehemaligen antikommunistischen Oppositionellen und Bürgerrechtler, zu geben. Als dieses Vorhaben bei den Wahlen 1994 mit einem Misserfolg endete, wozu im Übrigen auch eine große Korruptionsaffäre in seiner Partei beigetragen hatte (die Parteihaus-Affäre: Fidesz hatte eine vom Staat als Parteizentrale erhaltene, wertvolle Immobilie mit hohem Gewinn verkauft), verordnete Orbán seiner Partei eine abrupte, scharfe Wende nach rechts. Der Hintergrund: Nach dem Wahldebakel des MDF war der Platz rechts der Mitte weitgehend frei geworden, eine Partei

musste ihn besetzen, und Orbán spekulierte darauf, das gesamte Spektrum von der Mitte bis nach rechtsaußen für sich zu vereinnahmen.

Diese Strategie war erfolgreich und hat sich seitdem mehr und mehr verselbstständigt. Die Rhetorik Orbáns und seiner Partei war schon ab der zweiten Hälfte der neunziger Jahre von immer stärkerem Nationalismus und Ungarozentrismus geprägt. Bereits im Wahlkampf 1998 erzeugte Orbán eine Atmosphäre verbalen Bürgerkriegs. Nach seiner ersten, im Vergleich zu heute durchaus moderaten Regierungszeit 1998 bis 2002 kommentierte Orbán seine Wahlniederlage im Frühjahr 2002 mit den Worten: „Die Heimat kann nicht in der Opposition sein." Es war das erste Mal, dass er sich und seine Partei als deckungsgleich mit der ungarischen Nation und ihren Interessen deklarierte, während er die demokratischen Wahlsieger, die Sozialisten und Liberalen, als „Vaterlandsverräter" und „Fremdherzige" titulierte.

Nach dem Zweidrittelwahlsieg von Orbán und Fidesz im April 2010 ging es rhetorisch noch einmal weiter in Richtung rechtsaußen, wofür Reden wie die von Ópusztaszer stehen. Grund ist die Konkurrenz zwischen Fidesz und der rechtsextremen Oppositionspartei Jobbik, die bei den Wahlen 2010 immerhin 17 Prozent der Stimmen erhielt.

Verbale Attacken auf die Nachbarn

In welchem Maße Viktor Orbán und Fidesz-Ideologen dabei Emotionen und Ressentiments mobilisieren, zeigt seine Wiederbelebung des Themas „Schandvertrag von Trianon". Nach dem Ersten Weltkrieg hatte Ungarn durch den Friedensvertrag von Trianon (1920) zwei Drittel seines Territoriums verloren; ein Drittel der ethnischen Ungarn, von denen die meisten in kompakten Gebieten lebten, wurden über Nacht zu Bürgern anderer Staaten. Im Horthy-Ungarn der Zwischenkriegszeit war die Revision des Vertrags von Trianon oberstes politisches Ziel und das bestimmende gesellschaftliche Thema. Heute, ganze 93 Jahre später, ist die „Tragödie von Trianon" wieder eines der bestimmenden Themen in der Rhetorik der Regierungsmehrheit. (Einhergehend damit wird der einstige Reichsverweser Miklós Horthy verherrlicht, obwohl er 1944 mitverantwortlich für die Deportation von rund 437 000 Juden in deutsche Vernichtungslager war.)

Sozialisten und Liberale bezeichnete Orbán als „Vaterlandsverräter"

Das Diktum des ersten postkommunistischen Ministerpräsidenten Ungarns, József Antalls, wonach er im Geiste auch Ministerpräsident der Ungarn jenseits der Landesgrenzen sei, ist seit 1990 eine Doktrin der ungarischen Außenpolitik. Doch damit einher ging auch unter der ersten Orbán-Regierung 1998 bis 2002 immer das klare Bekenntnis zu den existierenden Grenzen. Die werden zwar auch heute von der Orbán-Regierung nicht in Frage gestellt. Doch die offizielle Trianon-Rhetorik von führenden Fidesz-Politikern hat mit ihren antieuropäischen Tiraden und ihren verbalen Attacken auf die Nachbarländer Ungarns inzwischen ein unverantwortliches, geradezu hysterisches Stadium erreicht.

Kein seriöser Historiker außerhalb Ungarns bestreitet heute den ungerechten Charakter des Trianon-Vertrags. Doch zugleich hat es in Ungarn selbst nahezu ein Jahrhundert nach Trianon noch keine breite gesellschaftliche Debatte darüber gegeben, welche Umstände zu dem Vertrag führten: Dazu gehört vor allem die aggressive Magyarisierungspolitik gegen nichtungarische Nationalitäten, die 1867 mit der innenpolitischen Unabhängigkeit der ungarischen Länder von Habsburg begann und bis zum Ende des Habsburgerreiches 1918 dauerte.

Eine Diktatur wird Ungarn in absehbarer Zeit nicht werden

Diese Debatte ist vorerst auch nicht zu erwarten. Die heutige ungarische Außenpolitik beschränkt sich nicht mehr nur darauf, für bessere Minderheitenrechte der Ungarn in der Slowakei, der Ukraine, Serbien und Rumänien einzutreten. Nach dem Zweidrittelwahlsieg Orbáns und seiner Partei im Frühjahr 2010 erklärte die neue Parlamentsmehrheit in Erinnerung an den Tag des Vertragsschlusses von Trianon im Jahr 1920 den 4. Juni unter dem Namen „Tag des nationalen Zusammenhalts“ zum gesetzlichen Gedenktag.

Die Regierungsmehrheit hielte es auch für wünschenswert, wenn ein staatliches europäisches Gremium unabhängig von einer Grenzrevision die Unrechtmäßigkeit von Trianon erklären würde. Anders als noch vor einigen Jahren, als sich nur wenige Ungarn für das Thema Trianon interessierten, ist es heute zu einem wichtigen Thema in Politik und Gesellschaft geworden.

Schwer zu sagen, wohin Ungarn unter Orbán und seiner Regierungsmehrheit noch steuern wird. Staat und Verwaltung sind inzwischen so umgestaltet, dass Orbán auch dann großen Einfluss behält, wenn seine Partei einmal nicht mehr an der Macht ist. Eine lupenreine Diktatur wird das Land in absehbarer Zeit nicht werden. Obwohl Orbán das Land in autoritärem Stil regiert, wäre es übertrieben, Ungarn einen autoritären Staat zu nennen. Allerdings gibt es viele Spielräume zwischen Demokratie und Diktatur.

Die Opposition spielt in Ungarn derzeit praktisch kaum eine Rolle. Verfassungsrechtliche Kontrollmechanismen sind entweder per Gesetz oder durch das Einsetzen von Orbán-Getreuen an die Hebel der Macht abgeschafft. Rassismus, latenter Antisemitismus und offener Antiziganismus werden unter der herrschenden Elite immer salonfähiger, Nationalismus und Ungarozentrismus sind bereits Staatsideologie. Ungarn möchte, so hat es Viktor Orbán unlängst gesagt, EU-Mitglied bleiben und „von innen an Diskussionen teilnehmen“. Er wird der Europäischen Union weiterhin vorführen, wieviel Spielraum noch für seinen Sonderweg besteht.

Keno Verseck
arbeitet als freier Journalist in mittel- und südosteuropäischen Ländern mit Schwerpunkt Ungarn und Rumänien.

Das Rufen der Ratlosen

Nicht das Unglück selbst, sondern dessen reitende Boten: Geschichte und Zukunft des Populismus

Thomas Schmid | **Ein Blick auf die europäische Historie seit dem Zweiten Weltkrieg zeigt, dass das populistische Sentiment immer am Werk war. Italien ist dafür ein gutes Beispiel, nicht erst seit Beppe Grillo. Viele Bürger sind unzufrieden mit politischem Stillstand, suchen einen Ausweg. So auch die „Alternative für Deutschland", die Antwort auf Merkels Schweigen.**

Sie sind in ihrer Mehrheit zweifellos Bürger, eher steifleinene zudem. Auch wenn sie in diesen Monaten ab und an etwas lauter werden, ändert das nichts daran, dass sie eigentlich den Kammerton und das gepflegte Gespräch im kleinen Kreis vorziehen. Schaut man sich Versammlungen der „Alternative für Deutschland" (AfD) an, dann blickt man in die Gesichter vieler Männer und etlicher Damen, denen das Versammlungswesen – schon gar, wenn es den Ruch der antiinstitutionellen Zusammenrottung hat – ziemlich fremd ist. Man sieht ihnen an, dass sie lieber alleine und daheim wären. In der Öffentlichkeit bewegen sie sich eher scheu. Das kommt auch daher, dass sie fast alle aus einer Tradition stammen, in der jeder für sich zu stehen hat und in der das Kollektiv entweder Furcht einflößte oder für den verzweifelten, schwachen Gestaltungswillen von Menschen stand, die defizitär sind, die sich nicht zu helfen wissen. Der Schwung, zu dem die AfD ansetzt, ist auch ein defensiver.

Und doch hat sie schon großen Schrecken verbreitet. Ihr Treiben wird je nachdem verschwiegen oder dämonisiert – in beiden Fällen gilt sie als Störung, der ein Ende gemacht werden muss. Bitte zum alten Parteiensystem zurückkehren! Give populism no chance! Die Kommentatoren lassen ihre bangen Blicke dann weit über Europa schweifen. Denn ihnen schwant, dass die AfD Teil einer gesamteuropäischen Krankheit sein könnte, deren Symptom eine angeblich wachsende Bereitschaft der Völker des Kontinents sei, sich von der segensreichen Europäischen Union abzuwenden, für die fast alle Parteien über Jahrzehnte hinweg doch so hingebungsvoll, man könnte auch sagen: unnachgiebig gepredigt und geworben haben. Allüberall, so die Furcht, erhebt der Populismus sein böses Haupt, und es stellt sich die paradoxe Frage, ob es bald eine nationalistisch moti-

vierte Internationale der EU-Verächter geben wird.

Man sollte wohl etwas ganz Grundsätzliches zu bedenken geben: Populistische Bewegungen oder Parteien sind, wenn man so will, meist an sich selbst nicht schuld. Sie sind erst einmal nicht das Unglück selbst, sondern dessen reitende Boten. Auch wenn in jedem Bürger ein Raufbold, Querulant und Wüterich schlummern mag, Volkscharaktere gibt es ebenso wenig wie ein in allen Menschen schlummerndes populistisches Gen. In aller Regel kommt es dann zu populistischen Ausbuchtungen und Erhebungen in der politischen Landschaft, wenn das herkömmlicherweise für die Politik zuständige Personal Probleme übersehen oder missachtet hat. Passiert das über längere Strecken hinweg, dann setzt da und dort die Zornesgärung ein und es braucht nur einen geschickten, attraktiven Rhetor, um dem Unmut eine politische Gestalt zu geben. Dieser Rhetor kann – wie einst Jörg Haider in Österreich oder Pim Fortuyn in den Niederlanden – als jugendlicher Held, als Kopie von Leinwandgrößen daherkommen. Er kann aber auch – wie Beppe Grillo in Italien – in Gestalt eines alternden Schreihalses auftreten, dem der wütende Aufschrei wie in den Körper eingeschrieben ist. Beide Typen mögen finstere Kräfte anziehen.

Populistische Parteien sind meist an sich selbst nicht schuld

Im Kern muss das vom Populismus bewegte oder gar von ihm aggregierte Milieu aber keineswegs aus einem geschlossenen Block bestehen. Der Populismus kann zwar immer einmal wieder auf eine große Kundschaft zählen. Es handelt sich aber in aller Regel um Laufkundschaft, die bei der nächsten Gelegenheit gerne das Pferd wieder wechselt oder zur vorigen Apathie zurückkehrt. Der gemeineuropäische Populismus ist nicht jenes Böse, das mancher Theorie zufolge auf die Mitte der Gesellschaft zielt oder sie gar schon besetzt hat. Er ist so etwas wie ein Gespenst, das in unterschiedliche Gewänder gehüllt das politische Geschehen begleitet, in aller Regel nicht aber bestimmt. Er ist eine mehr oder minder bizarre und gewissermaßen zeitlose Garnierung, nicht das Menü selbst.

„Schwarze Schatten über Europa“

Dies festzustellen, scheint manchem zu langweilig zu sein. Und so wird das Bild eines fast unaufhaltsam auf dem Vormarsch befindlichen Populismus gezeichnet. „Schwarze Schatten über Europa“: So hat *La Repubblica*, Italiens größte Tageszeitung, am 20. Mai 2013 ein Dossier überschrieben, das der populistischen Gefahr gewidmet wurde. Um unübersehbar zu verdeutlichen, wie groß die Gefahr sei und wohin sie ziele, zierte die erste Seite ein düsterer Scherenschnitt: zu sehen war eine hochkant stehende Ein-Euro-Münze, die still vor sich hin bröckelte; daneben ein Mann, der die Reste wegfegt. Der dazu gehörende Essay von Bernardo Valli suggeriert, in Europa gehe ein immer mächtiger werdendes Gespenst des Populismus um.

Damit das keinem Leser entgehe, wird das Ganze noch mit einer Karte Europas versehen, in die die Prozentanteile eingezeichnet sind, die populistische Parteien bei nationalen Wahlen gewonnen haben. In den 14 aufgeführten Staaten, die von Finnland

Bild nur in Printausgabe verfügbar

über Österreich und Italien bis nach Ungarn und Griechenland reichen, ergibt sich so ein imposanter Durchschnitt: 20,01 Prozent der Wähler, also immerhin ein Fünftel, haben dem Autor zufolge populistisch und antieuropäisch gewählt.

Das dramatische Bild wird schon dann etwas harmloser, wenn man einige der genannten Länder genauer anschaut. Für die Niederlande wird Geert Wilders' „Partei für die Freiheit" angeführt – deren Lack indessen längst schon blättert: Zwar kam sie 2012 bei der Parlamentswahl auf stolze 10,1 Prozent – das sind aber über 5 Prozent weniger als bei der vorausgegangenen Wahl. Alles weist darauf hin, dass die Partei nicht die Kraft hat, ein stabiler politischer Faktor zu werden. Es ist wie oft schon: Populisten laufen Gefahr, sich tot zu siegen. Oder: Finnlands „Wahre Finnen" (hier mit 19 Prozent angeführt) haben womöglich ihren Zenit schon hinter sich. Ähnliches gilt für Österreichs FPÖ und das neue „Team Stronach", das hier zusammengenommen mit 29 Prozent gelistet ist. Die Aufzählung ließe sich fortsetzen. Das Manko der Warngrafik besteht darin, dass sie jeweils die letzten Großerfolge populistischer Parteibewegungen abbildet, nicht aber den in der Regel folgenden Prozess der Selbstzerlegung, Erlahmung und der damit verbundenen Enttäuschung des Publikums.

Ganz abgesehen davon, dass hier Äpfel mit Birnen verglichen werden. Sicher ist Christoph Blochers SVP in der Schweiz eine Partei, die mit Ressentiments arbeitet (was übrigens, recht erinnert, auch CDU, CSU, SPD, FDP und gar die Grünen schon getan haben sollen!) und die, im Einklang mit vielen Schweizern, den Euro ablehnt – es ist aber sehr die Frage, ob sie wirklich eine Partei ist, die allein vom Hass und vom antiinstitutionellen Furor getragen ist. Eher sieht es so aus, dass sie ein begründbares Anliegen vorträgt, das aber laut, marktschreie-

risch und rabulistisch tut. Das mag zwar den Ohren weh tun, ist aber noch nicht der Untergang der Demokratie.

Ein anderes in *La Repubblica* aufgeführtes Beispiel ist Ungarn. Hier werden Viktor Orbáns mit absoluter Mehrheit regierende Partei „Fidesz" und die offen rechtsradikale Partei „Jobbik", die bei der Parlamentswahl 2010 auf 16,7 Prozent der abgegebenen Stimmen kam, flugs zusammengezählt. Das Ergebnis: In Ungarn entfielen knapp 70 Prozent der Stimmen auf hetzerische Populisten. Die These, die hier insinuiert wird, ist ziemlich steil. Keine Frage: Viktor Orbán verfolgt einen nationalkonservativen Kurs, er springt ruppig mit Widerspruch um, hält Opposition für weniger als ein notwendiges Übel und regiert insgesamt recht autokratisch. Ist er – der schon als liberaler Antikommunist im Jahre 1989 populistisches Talent an den Tag legte – deswegen ein Politiker, der nur auf Populismus setzt und der sein Land aus dem Verbund der Staaten mit funktionierender Gewaltenteilung herauslösen will? Die Schlussfolgerung wäre vorschnell.

Orbán spielt mit den Institutionen der EU Katz und Maus

Ein Prozess der Selbstzerlegung

Es ist mehr als kühn, die 52,7 Prozent Wähler, die Orbáns Partei gewählt haben, samt und sonders dem dunklen Reich des Populismus zuzuschlagen. Es finden sich unter ihnen viele bürgerliche Wähler, die Fidesz nicht aus glühender Überzeugung, sondern mangels einer tragfähigen liberal-bürgerlichen Partei gewählt haben. Und viele auch, die aus Gewohnheit für Fidesz gestimmt haben, die ja einmal als libertäre Partei begonnen hatte. Ein genauerer Blick auf dieses Elektorat würde noch weitere Ausdifferenzierungen ermitteln. Kurzum, es hilft nicht viel, populistische Tendenzen voreilig zu einer klumpenhaften und mächtigen Wirklichkeit zu vereindeutigen. Ungarn ist auf einem eigentümlichen Weg zwischen Demokratie und Autokratie – ein Weg, der in den politologischen Lehrbüchern nicht verzeichnet ist. Wo das enden wird, weiß niemand. Wie auch niemand weiß, ob nicht der Souverän bei der Parlamentswahl im kommenden Jahr die Zustimmung zu Orbáns Politik drastisch reduziert. Ganz abgesehen übrigens davon, dass Orbán mit den Institutionen der Europäischen Union zwar Katz und Maus spielt (was ihn daheim zum Helden werden lässt), dass er aber keineswegs bereit ist, die Mitgliedschaft seines Landes in der EU aufs Spiel zu setzen: der materiellen Vorteile wegen nicht, welche die EU-Zugehörigkeit mit sich bringt; aber auch, weil er vermutlich das Wertefirmament nicht missen will, das über der EU steht. Die Europäische Union wirkt wirklich.

Bernardo Valli schreibt: „Heute gibt es 27 Parteien populistischer Art, vielleicht sogar noch mehr, denn sie schießen wie Pilze aus dem Boden. In 18 europäischen Staaten üben sie einen beträchtlichen Einfluss aus. Zum Vergleich: In den siebziger Jahren gab es in Europa nur vier solcher Parteien." Ein bisschen problematisch ist dieses Tremolo schon. Erstens, weil der Autor einen vielleicht nicht ganz unwichtigen Umstand nicht in Betracht zieht: In den siebziger Jahren gab es in Europa einige Staaten, deren Bevölkerung schwerlich eine populis-

tische Partei hätte wählen können, weil es diese Parteien erstens nicht gab und weil zweitens in diesen Ländern gar keine Wahlen stattfanden, die den Namen verdient hätten. Die Rede ist von den Staaten des Warschauer Paktes, die in Herrn Vallis Schreckensszenario zwar nur mit zwei Ländern – Ungarn und Bulgarien – vertreten sind. Man könnte aber mühelos Jarosław Kaczyński Partei „Recht und Gerechtigkeit" in Polen oder die sozialdemokratische Partei SMER-SD des slowakischen Ministerpräsidenten Robert Fico oder auch so manche politische Gruppierung in Rumänien hinzuzählen.

Nichts Neues unter der Sonne

Wer den Populismus als ein neu-europäisches Phänomen darstellt, liegt aber vor allem deswegen schief, weil der Populismus in Europa ein altes und vertrautes Phänomen ist. Der Groll gegenüber dem komplizierten System von Rechtsstaat, Demokratie, Gewaltenteilung war immer eine große europäische Kraft – schon deswegen, weil die Demokratie ein vergleichsweise junges Phänomen ist und weil ihr Weg nicht nur mit Erfolgen gepflastert ist. Es wäre ja ein Wunder, wenn die demokratische Sittsamkeit allen Bürgern Europas in die Wiege gelegt, wenn sie gewissermaßen angeboren wäre. Aber davon kann ja keine Rede sein. Die Demokratie ist etwas, das dem alten Adam und der Übermacht der autokratischen Traditionen der Geschichte abgetrotzt werden muss, immer wieder. Deswegen sollte man eigentlich darüber erstaunt sein, wie gut doch gemeinhin das filigrane Gebilde zivilisierter Staatlichkeit funktioniert, das sich ja nicht in erster und auch nicht in zweiter Linie auf die Macht der Gewehrläufe stützt, das vielmehr auf die scheinbar schwachen Mächte von Diskurs, Konsens und Zustimmung setzt. Kann es da verwundern, dass das Volk immer mal wieder ausbrechen will, dass es immer mal wieder versucht, möglichst theatralisch auf die Sahne zu hauen?

Ein flüchtiger Blick auf die europäische Geschichte nach dem Zweiten Weltkrieg zeigt sofort, dass das populistische Sentiment immer am Werk war. Ein besonders schönes Beispiel gibt Italien ab, wo heute viele meinen, mit dem Komiker Beppe Grillo und seinem „MoVimento 5 Stelle" sei das Land zum ersten Mal mit dem Populismus geschlagen. Als sich 1944 das Ende des Faschismus abzeichnete, kam dem erfolgreichen Journalisten und Filmregisseur Guglielmo Giannini, der viele populäre Unterhaltungsbücher geschrieben hatte, eine Idee. Er hasste schon lange den Faschismus, weil in ihm die große Phrase herrschte und zielstrebig die Politisierung des gesamten Alltagslebens betrieben wurde. Er sehnte sich nach einem Staat, der seine Bürger in Ruhe lässt. Und der 1891 Geborene, der noch das instabile politische System vor der Machtusurpation Mussolinis 1922 gekannt hatte, fürchtete, nach dem Ende des „Duce" werde das Land wieder einem Parteiensystem ausgeliefert, in dem die Funktionäre herrschen und der Bürger nichts zu sagen hat. Um das zu verhindern, gründete er 1944 eine Zeitschrift mit dem programmatischen Titel *L'Uomo qualunque*. Auf Deutsch würde man sagen: Jedermann.

Populismus ist in Europa ein altes und vertrautes Phänomen

Unter gleichem Namen gründete er wenig später eine Partei. Sie sollte jedermanns Sprachrohr werden, sie sollte – im Grunde ein Paradox – im Parteiensystem dessen Ablehnung einnisten und heimisch machen. Giannini wollte einen Staat, der sich zurücknimmt, der seine Bürger in Ruhe lässt, sie weder mit rechten noch linken Ideologien behelligt und auf ein kompliziertes Institutionengefüge verzichtet. Dahinter stand der nostalgische Wunsch, aus den Wirren der Geschichte entlassen zu werden und in die überschaubare Auenlandschaft der Eigentlichkeit zurückkehren zu dürfen.

Herkömmliche Parteien sind langweilig, aber sie halten erfolgreich durch

Großer und dauerhafter Erfolg war dem „Fronte dell'Uomo Qualunque" aber nicht beschieden. Bei der Parlamentswahl von 1946 kam er auf 5,3 Prozent der Stimmen und stellte in der verfassunggebenden Versammlung 30 Abgeordnete. Später versuchte er, sich mal an die christlich-demokratische Partei, mal an die faschistische Partei MSI, mal aber auch an den Kommunistenführer Palmiro Togliatti anzuschmiegen. Doch es half alles nichts, die Antiparteien-Partei löste sich 1949 auf. Im Bewusstsein der Italiener ist sie aber nie untergegangen. Die Wendung „Qualunquismo" ist bis heute im öffentlichen Diskurs noch immer eines der wirksamsten Schimpfworte, um volksnahes Schwadronieren – etwa Grillos oder davor der „Lega Nord" Umberto Bossis – als hochgefährliches Politgift zu ächten.

Merkels großes Schweigen

Seitdem ist der Populismus in ganz Europa immer wieder aufgeflackert. In den fünfziger Jahren etwa in Gestalt einiger Parteien in der Bundesrepublik Deutschland, die – wie der „Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten" (BHE) – das Gefühl der Flüchtlinge, in dieser neuen und fremden Republik nicht willkommen zu sein, politisch auszuschlachten suchten. Oder die – wie die KPD – bemüht waren, die antiwestlichen und antimarktwirtschaftlichen Stimmungen in der Bevölkerung auszunutzen. Beide erzielten anfangs ansehnliche Erfolge. Während die KPD verboten wurde, zerbrach der BHE am Erfolg des bundesrepublikanischen Modells.

Mogens Glistrups „Fortschrittspartei", 1972 in Dänemark gegründet, brachte es im Jahr darauf zur zweitstärkten Fraktion im dänischen Parlament. Die Antisteuer-Partei trat rabiat auf, bediente durchaus trübe Instinkte und propagierte später einen radikalen Antiislamismus. Auch sie verging. Das liegt daran, dass der Populismus zu mächtigen Eruptionen fähig ist, aber nicht das Talent besitzt, sein Anliegen auf Dauer zu stellen. Dem ist eine gute Botschaft zu entnehmen: Herkömmliche Parteien, die auf die repräsentative Demokratie setzen, sind langweilig, bringen oft ein wenig attraktives Personal hervor, neigen zur geistigen und personellen Selbstabschottung. Aber sie sind erfolgreich, sie halten durch und sie sind in der Lage, populistischen Anstürmen zu widerstehen, ohne sich das populistische Anliegen allzu sehr anzuverwandeln.

Das gilt auch für Italien. Es war für viele ein Schock, dass bei der Parlamentswahl im Februar 2013 Beppe Grillo mit einem Frontalangriff auf die

politische Klasse („Schickt sie alle nach Hause!“) aus dem Nichts heraus und ohne jeglichen politischen Apparat ein Viertel der Stimmen auf sich vereinen konnte. Die Furcht ging um, der Plebs in seiner dunkelsten Gestalt könne sein Haupt erheben, ja ein neuer Faschismus drohe womöglich. Schon bei den Regionalwahlen im April und den Bürgermeisterwahlen im Mai und Juni 2013 waren die Stimmen mindestens halbiert.

Vor allem aber: Grillo ist nur das Thermometer, das eine sehr tief sitzende Unzufriedenheit mit dem Stillstand der herkömmlichen Politik Italiens anzeigt. Schaut man sich die inzwischen kräftig bröckelnde Zahl der Grillo-Wähler genauer an, dann sieht man schnell, dass sie aus allen politischen Lagern kommen und dass die Motive vieler durchaus lauter sind. Sie suchen einen Ausweg aus dem Stillstand der italienischen Politik. Sie sind Ratlose, die laut rufen. Dass sie ratlos sind, ist nicht Grillos Schuld, sondern die Schuld derer, denen es in 20 Jahren nicht gelungen ist, nach dem Zerfall der alten Parteienlandschaft ein politisches System zu schaffen, das erstens funktioniert und zweitens nicht mehr Beute einer unverantwortlichen politischen Klasse ist. Wäre dieses Problem gelöst, würde Grillo ziemlich allein auf den Marktplätzen des Landes herumschreien. Solange das aber nicht geschehen ist, hat er allen Grund, sein antiinstitutionelles Gift zu verspritzen.

Und unsere heimische „Alternative für Deutschland“? Groll und Zorn gehen auch in ihr um. Es werden sich – wie immer, wenn Parteien sich um ein großes Nein herum gruppieren – etliche einfinden, denen die ganze Richtung nicht passt, die den Eliten ziemlich grundsätzlich misstrauen und die einen nicht näher benennbaren U-Turn im Sinn haben. Diese Leute neigen nicht zum sorgsamen Umgang mit dem, was sie vorfinden. Wie einst bei der radikalen Linken überwiegt das „Weg mit!“. Sie ähneln denen, die dem liegen gebliebenen Auto gegen die Kotflügel treten, statt dafür Sorge zu tragen, dass es wieder repariert wird.

Aber das ist vermutlich nicht die Mehrheit der AfD-Unterstützer. Die Mehrheit setzt sich vielmehr aus durch und durch vernünftigen Leuten zusammen, denen nur an einem Punkt der Hut hochgegangen ist. Irgendwann konnten sie es einfach nicht mehr ertragen, dass Angela Merkel zu fast allem, was sie tut, insbesondere aber zu ihrer Europa- und Euro-Politik sagt, sie sei alternativlos. Merkel sendet nicht, Merkel antwortet nicht: Das finden diese Bürger, deren Herz oft für die CDU schlägt, auf Dauer ungut, ja frech. Wer nicht hören will, muss fühlen – also haben sie sich parteipolitisch neben (und damit gegen) Angela Merkel in Stellung gebracht. Auch sie sind Boten. An der Wiege der „Alternative für Deutschland“ aber steht das große Schweigen der Angela Merkel.

Die Furcht ging um, es drohe womöglich ein neuer Faschismus

Thomas Schmid
ist Herausgeber der Welt-Gruppe.

Transatlantisches Handelsabkommen

Stormy-Annika Mildner und Claudia Schmucker | **Es wird lebhaft debattiert über eine Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP): Befürworter versprechen sich hohe Wachstumseffekte durch einen Abbau der Handelsbarrieren; Gegner warnen, dass der Welthandelsorganisation damit der Todesstoß versetzt werde. Was bringt die TTIP wirklich?**

TTIP ist nicht notwendig, um die transatlantische Integration voranzutreiben

Doch! Eine engere transatlantische Integration ist wünschenswert, da sie zu steigenden Handels- und Investitionsströmen führt und hohe Wohlfahrtsgewinne verspricht. Zusätzlich würde sie die Wettbewerbsfähigkeit der transatlantischen Partner gegenüber den aufstrebenden Schwellenländern wie China, Brasilien und Indien stärken. Der Grund hierfür liegt unter anderem in steigenden Skalenerträgen, die Unternehmen durch einen besseren Zugang zu den Märkten des Partnerlands und seinen Konsumenten realisieren können.

Seit den neunziger Jahren gab es bereits mehrere Ansätze, die transatlantische Integration durch ein Freihandelsabkommen voranzutreiben. Deutschland lancierte 1995 die Idee einer transatlantischen Freihandelszone (TAFTA). Diese fand jedoch nur wenig Unterstützung; in der Folge wurden dann die „Neue Transatlantische Agenda“ und der „Transatlantische Business Dialogue“ gegründet. Die Ergebnisse waren jedoch bescheiden. Dies gilt auch für die 2005 ins Leben gerufene EU-US-Wirtschaftsinitiative, die den Abbau von nichttarifären Handelshemmnissen (NTBs) zum Ziel hatte.

2006/07 schlug Deutschland im Rahmen seiner EU-Ratspräsidentschaft erneut eine transatlantische Freihandelszone vor. Auch dieser Vorstoß wurde in Brüssel und den USA jedoch sehr kritisch aufgenommen. Als Konsequenz der deutschen Bemühungen wurde 2007 der „Transatlantic Economic Council“ (TEC) gegründet mit dem Ziel, NTBs abzubauen. Durch dieses Forum sollten politische Ziele gesetzt und den bestehenden Dialogen eine neue Dynamik gegeben werden. Doch auch die Ergebnisse des TEC waren überschaubar.

Bild nur in Printausgabe verfügbar

Diese vorangegangenen transatlantischen Initiativen machen deutlich, dass eine wirtschaftliche Integration, die eine Harmonisierung, gegenseitige Anerkennung oder Entwicklung von Regelwerken vorsieht, komplexe gesetzliche und regulatorische Änderungen auf beiden Seiten des Atlantiks verlangt, die sich ohne Engagement auf höchster politischer Ebene kaum durchsetzen lassen. Aus diesem Grund ist es entscheidend, dass eine transatlantische Integration nicht auf Arbeitsebene, sondern von höchster Stelle in einem Handelsabkommen vorangetrieben wird. Gleichzeitig muss die Integration mehr als nur einzelne Sektoren umfassen. Dies wurde auch von der 2011 eingesetzten EU-US High Level Working Group on Jobs and Growth bestätigt: In ihrem Bericht vom Februar 2013 empfahl sie ein umfassendes Handels- und Investitionsabkommen, die TTIP. Dies wurde schließlich auch von Präsident Barack Obama in seiner Rede zur Lage der Nation am 12. Februar 2013 unterstützt.

USA und EU brauchen die WTO nicht mehr

Stimmt nicht! Aufgrund der wirtschaftlichen Größe der beiden Handelspartner besteht die Sorge, dass die EU und die USA durch die Gründung einer TTIP die WTO als Institution nicht mehr brauchen und sich entsprechend von ihr abwenden könnten. Doch auch in Zukunft werden die USA zur Liberalisierung des Welthandels und Schlichtung von Streitfällen auf die WTO angewiesen sein.

Die USA wickelten 2011 laut IWF-Daten rund 18 Prozent ihrer Güterexporte mit der EU ab; knapp 16 Prozent der europäischen Exporte gingen in die USA. Während die EU und USA somit bedeutende Handelspartner füreinander sind, heißt dies auch, dass sie mehr als 80 Prozent ihres Handels mit Drittlän-

dern abwickeln. Gerade der Handel mit den Schwellenländern ist jedoch durch vergleichsweise hohe Handelsbarrieren belastet. In Indien beträgt der angewandte Durchschnittszoll etwa 10 Prozent auf Industriegüter, bei Agrargütern liegt dieser bei fast 32 Prozent. Brasilien erhebt im Durchschnitt einen Zoll von rund 14 Prozent auf Industrie- und 10 Prozent auf Agrargüter. In China liegen die Durchschnittsraten bei knapp 9 beziehungsweise knapp 16 Prozent. Ähnlich sieht es in Russland aus, das erst 2011 der WTO beigetreten ist: Der angewandte Durchschnittszoll auf Industriegüter liegt bei knapp 9 Prozent, der auf Agrargüter bei etwa 14 Prozent. Beim gegenseitigen Dienstleistungshandel liegt der Anteil am gesamten Dienstleistungsverkehr der beiden Partner zwar bei rund 24 (EU) und 38 Prozent (USA) und ist somit höher als beim Güterhandel. Doch auch hier zeigt sich die große Bedeutung von Drittländern, und der Zugang zu den Dienstleistungsmärkten gerade der Schwellen- und Entwicklungsländer ist nach wie vor stark eingeschränkt.

Der Abbau dieser Zölle und die Liberalisierungen im Dienstleistungsbereich in den Wachstumsmärkten der Schwellenländer können nur durch multilaterale Verhandlungen auf Ebene der WTO gelingen. EU und USA haben zwar zahlreiche bilaterale und regionale Abkommen mit Schwellenländern geschlossen. Allerdings gibt es mit den großen BRICS-Staaten keine Liberalisierungsvereinbarungen. Die USA haben keinerlei Bestrebungen in diese Richtung; die EU verhandelt gerade ein Abkommen mit Indien und mit Brasilien, letzteres im Rahmen von Mercosur. Beide Verhandlungen gestalten sich jedoch sehr zäh und sind bislang wenig erfolgversprechend.

Zusätzlich gibt es eine steigende Zahl von Handelskonflikten mit den immer selbstbewusster agierenden Schwellenländern. Die EU und die USA klagen zunehmend gegen die unfairen Handelspraktiken in den Schwellenländern – insbesondere in China – vor dem WTO-Streitschlichtungsmechanismus. Die USA haben zurzeit 29 Klagen gegen Drittstaaten vor der WTO; China ist in knapp der Hälfte aller Fälle der Adressat. Die EU hat zurzeit 55 Klagen gegen Drittstaaten vor der WTO; darunter fallen jeweils sechs Klagen gegen Argentinien, China und Indien. Die EU und die USA sind somit auf einen effektiven und durchsetzungsstarken Streitschlichtungsmechanismus unter der WTO angewiesen.

TTIP und WTO sind nicht kompatibel

Kommt darauf an, wie die TTIP aussehen wird. Die EU und die USA decken einen großen Teil der weltweiten Handels- und Investitionsströme ab und haben daher eine besondere Verantwortung, dass die TTIP mit WTO-Regeln kompatibel ist. Die WTO legt in Artikel XXIV GATT und Artikel V GATS fest, unter welchen Bedingungen präferenzielle Handelsabkommen mit WTO-Regeln übereinstimmen. Dazu zählt, dass in Zollunionen die Außenzölle gegenüber Drittstaaten nach dem Abschluss in ihrer Gesamtheit nicht höher sein dürfen als die durchschnittliche Zollbelastung vor Gründung des Präferenz-

raums. Daneben verlangt die WTO vor allem, dass die Zölle für annähernd den gesamten Handel abgebaut werden müssen. In Artikel V GATS sind die Bedingungen für eine wirtschaftliche Integration im Dienstleistungsbereich nicht ganz so streng gefasst. Entsprechend muss das Abkommen nur „einen beträchtlichen sektoralen Geltungsbereich haben“ und nicht alle Sektoren umfassen. Diese WTO-Regeln müssen von der TTIP eingehalten werden. Ganze Gütersektoren können somit nicht aus den Verhandlungen ausgenommen werden. Dies gilt auch für die Landwirtschaft, wenngleich es hier aufgrund zahlreicher sensibler Bereiche (wie gentechnisch veränderte Nahrungsmittel oder Gesundheits- und Hygienestandards) zu vielen Konflikten kommen wird. Die TTIP sollte jedoch nicht nur alle WTO-Themen umfassen, sondern auch neue Regulierungsbereiche beinhalten. Dazu gehören die „Handels-Plus“-Themen wie öffentliche Auftragsvergabe, Investitionen, Schutz geistigen Eigentums und Wettbewerb, Datenschutz, Umwelt und Soziales. Hierdurch können EU und USA sicherstellen, dass die TTIP nicht nur WTO-kompatibel ist, sondern auch als Sprungbrett für neue Liberalisierungen auf multilateraler Ebene dient. Dies würde auch die WTO in Zukunft stärken.

TTIP wird eine Festung Atlantik

Muss und darf nicht sein! Im Zusammenhang mit der TTIP wird immer wieder vor einer Festung Atlantik gewarnt. Freihandelsabkommen bauen zwar Handelsbarrieren zwischen den Partnern ab und liberalisieren somit den Handel. Dies führt aber auch in vielen Fällen zur Diskriminierung gegenüber Drittstaaten. Bei präferenziellen Handelsabkommen besteht dem Ökonomen Jacob Viner zufolge die Gefahr, dass durch den Wegfall von Handelsbarrieren Waren und Dienstleistungen aus dem Partnerland einen Wettbewerbsvorteil gegenüber solchen aus Drittländern erhalten. In der Folge wird der Handel zu den beteiligten Ländern eines Abkommens umgelenkt. Dies geht zu Lasten von Drittländern, die das Produkt möglicherweise effizienter und billiger herstellen können. Ein besonderes Risiko geht von den so genannten Ursprungsregeln aus. Um in den Genuss eines präferenziellen Marktzugangs zu kommen, muss demnach ein Gut zu einem bestimmten Prozentsatz in einem der FTA-Partnerländer produziert worden sein. Damit soll verhindert werden, dass Nichtmitglieder von den Vergünstigungen profitieren, ohne selbst Zugeständnisse zu machen. Je strenger die Ursprungsregeln sind, desto eingeschränkter ist der Marktzugang und umso größer ist die Gefahr von Handelsumlenkung.

Wie kann eine solche Handelsumlenkung vermieden werden? Damit es nicht zu einer Abschottung gegenüber Drittstaaten kommt, muss die TTIP offen für neue Mitglieder sein. Zunächst wird dieses Abkommen nur zwischen EU und USA verhandelt. Mittelfristig wäre es jedoch sinnvoll, auch die NAFTA-Region in die TTIP einzubeziehen. Dies bietet sich umso mehr an, als die EU bereits ein Freihandelsabkommen mit Mexiko hat und zurzeit mit Kanada verhandelt. In einem nächsten Schritt könnte man sich die offene Ver-

handlungsstrategie der TPP (Trans-Pacific Partnership) zu eigen machen und diejenigen Staaten in das Abkommen integrieren, die bereit sind, sich den hohen transatlantischen Standards zu unterwerfen. Zudem sollten die Ursprungsregeln in der TTIP generös gestaltet werden. Durch diese Offenheit kann eine Festung Atlantik vermieden werden.

Die TTIP-Verhandlungen dürften sich einfacher gestalten als der Abschluss der Doha-Runde

Stimmt, aber einfach wird es trotzdem nicht. Die Doha-Runde wird seit 2001 ohne Ergebnis verhandelt; ob im Dezember 2013 auf Bali ein Minimalkonsens erreicht werden wird, bleibt ungewiss. In der WTO verhandeln insgesamt 159 Mitgliedstaaten, die im Konsensprinzip eine Einigung erreichen müssen. Dies führt zu der Annahme, dass präferenzielle Abkommen zwischen zwei oder mehr Staaten deutlich schneller und einfacher vereinbart werden können.

Grundsätzlich stimmt diese These – aber nicht in jedem Fall, wie die Verhandlungen zwischen EU und Mercosur zeigen. Die EU und die USA wollen die Verhandlungen über die TTIP in den kommenden vier Jahren (bis zum Ende von Obamas Amtszeit) abschließen – ein ambitionierter Zeitplan angesichts der vielen strittigen Themen. Im transatlantischen Handel sind bereits viele Bereiche liberalisiert. Die meisten der „low hanging fruits“ sind geerntet worden, während die Bereiche, die nun liberalisiert werden sollen, hochsensibel sind. Dies betrifft beispielsweise den Agrarhandel. So wurde bereits von einigen europäischen Staaten gefordert, den Agrarsektor aufgrund bestehender Sensibilitäten nicht weiter zu liberalisieren. Der prominenteste Konflikt betrifft den europäischen Zulassungsprozess für gentechnisch veränderte Nahrungsmittel, der für die USA exemplarisch für die protektionistische EU-Agrarpolitik steht. Die EU wendet dabei das so genannte Vorsorgeprinzip an, das auch potenzielle Bedrohungen für Gesundheit und Umwelt mit einbezieht. Ein Kompromiss ist hier schwierig. Daneben wurden weitere Ausnahmen gefordert: So hat Frankreich bereits deutlich gemacht, dass kulturelle und audiovisuelle Dienstleistungen komplett aus den Verhandlungen ausgeklammert werden sollen. Dies wurde auch vom Europäischen Parlament unterstützt.

Ein weiterer schwieriger Punkt wird der Abbau von NTBs und regulatorischen Barrieren wie Zulassungsverfahren und technischen Standards sein. Da die transatlantischen Zölle bereits sehr niedrig sind, verursachen sie einen Großteil der Hemmnisse im transatlantischen Handel. Aus diesem Grund wollen EU und USA im Rahmen der TTIP zu einer gegenseitigen Anpassung oder Anerkennung von Standards und Normen kommen. Aufgrund der Komplexität der Regulierungen wird dieser Bereich jedoch einer der schwierigsten in den Verhandlungen über eine TTIP sein. Gerade auf US-Seite ist eine Vielzahl unterschiedlicher Regulierer involviert.

TTIP ist wichtiger als Doha

Stimmt nicht! Die EU und USA würden erheblich von der Abschaffung von Zöllen und dem Abbau von NTBs im bilateralen Handel profitieren. In ihrem Bericht „Reducing Transatlantic Barriers to Trade and Investment“ (CEPR 2013) errechnen Joseph François et al. die Wohlfahrtseffekte einer TTIP für ver-schiedene Liberalisierungsszenarien. Die Modellierungen zeigen gleichwohl, dass die Einkommenseffekte einer TTIP vom Ambitionsgrad abhängen. Die Studie gibt die Wohlfahrtseffekte als Veränderung des Bruttoinlandsprodukts (BIP) an. Werden nur die Zölle abgebaut (Szenario 1: Abschaffung von 98 Prozent aller Zölle), erwarten die Autoren einen jährlichen Wachstumsimpuls von 0,1 Prozent (23 753 Millionen Euro) für die EU und 0,04 Prozent (9447 Millionen Euro) für die USA. Anders sieht es unter dem „umfassenden Szenario/ambitioniert“ aus, in dem die Autoren den Abbau von 98 Prozent aller Zölle, 25 Prozent aller NTBs im Güter- und Dienstleistungshandel und 50 Prozent aller NTBs im öffentlichen Beschaffungswesen annehmen. Infolgedessen würde das BIP der EU um 0,48 Prozent (119 212 Millionen Euro) und das der USA um 0,39 Prozent (94 904 Millionen Euro) steigen. Die möglichen Wachstumsimpulse der TTIP wären somit größer als die Wachstumseffekte, die ein Abschluss der Doha-Runde der WTO mit den aktuellen Verhandlungsergebnissen verspricht, also einem Minimalpaket, das neben Handelserleichterung einige landwirtschaftliche Aspekte umfasst, die für die Entwicklungsländer und die am wenigsten entwickelten Länder besonders wichtig sind.

Dies ist jedoch kein Plädoyer dafür, sich ausschließlich auf die TTIP zu konzentrieren. Ganz im Gegenteil sollten die EU und die USA gemeinsam darauf hinwirken, dass die Ministerkonferenz in Bali für einen Abschluss der Doha-Runde genutzt wird. Dies wäre nicht nur ein wichtiges Signal, dass die transatlantischen Partner nach wie vor hinter der WTO stehen und die Glaubwürdigkeit der WTO stärken. Auch EU und USA würden von einem solchen Deal profitieren. Denn nur dann wird der Weg frei für neue Handelsthemen, etwa Investitionen, Informationstechnologie und möglicherweise weitergehende Fragen wie Rohstoffe und Energie oder auch die Stärkung von globalen Lieferungsketten – Themen, die in der Doha-Runde nicht verhandelt werden. Wenn es die WTO nicht schafft, ihre Regeln auf diese Gebiete auszudehnen, läuft sie Gefahr, irrelevant zu werden.

Dr. Stormy-Annika Mildner ist Mitglied der Institutsleitung der Stifung Wissenschaft und Politik (SWP) und Adjunct Lecturer an der Hertie School of Governance.

Dr. Claudia Schmucker leitet das Programm Globalisierung und Weltwirtschaft im Forschungsinstitut der DGAP.

„Das wird nicht einfach verschwinden“

Der Politologe Sinan Ülgen über die Proteste in der Türkei

Es begann mit einem Großbauvorhaben und mündete in die heftigsten Proteste seit Jahrzehnten. Die Demonstrationen haben, so Sinan Ülgen im Gespräch mit der *IP*, ein neues Element in die politische Kultur der Türkei gebracht, das bleiben wird. Um künftig eine größere Teilhabe zu garantieren, wäre jetzt ein «Marsch durch die Institutionen» notwendig.

Internationale Politik: *Nach 18 Tagen der Proteste im Istanbuler Gezipark und am Taksimplatz ließ der türkische Premier Recep Tayyib Erdoğan das Demonstrantenlager brutal räumen. Wobei geht es bei den Auseinandersetzungen in der Türkei, ist es eine Art Kulturkampf zwischen Säkularen und Konservativ-Religiösen, Stadt und Land, Erdoğan-Gegnern und Erdoğan-Anhängern?*

Sinan Ülgen: Unter den Demonstranten waren alle möglichen Gruppierungen vertreten, von ganz linken Splittergruppen bis hin zu Bürgern, die Erdoğan gewählt hatten, aber über seinen Regierungsstil empört sind. Sie empfanden die Regierung als übergriffig und sind der Meinung, dass die Politik nicht das Recht hat, sich in das Privatleben der Bürger – einschließlich religiöse Angelegenheiten – einzumischen. Sie bestehen darauf, dass es in einer demokratischen Gesellschaft Raum für Dissens geben muss.

IP: *Es geht also auch um die Freiheit gegenüber dem Staat?*

Ülgen: Ja, es hat sich einige Frustration angestaut über dieses unerwünschte Hineinregieren des Staates und die Einschränkung der individuellen Freiheit. Nehmen wir das Alkoholverbot und die Art, wie es umgesetzt wurde: Ein Alkoholverbot war nicht Teil des Programms von Erdoğans „Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung“ (AKP), aber innerhalb von nur zwei Wochen wurde es durchgepeitscht.

IP: *Zu Tage trat auch, wie machthörig die türkischen Medien sind: Während der ersten Tage des Protests berichteten die Medien – nichts. Als der Platz geräumt wurde, strahlte der als staatsnah geltende Sender Habertürk eine Sendung über mexikanische Küche aus. Besteht hier nicht größter Bedarf für Reformen im demokratischen Gefüge der Türkei?*

Ülgen: Die türkischen Medien haben Angst vor Repressalien durch den

Staatsapparat. Das reicht bis zur Selbstzensur, und dahinter steckt ein strukturelles Problem: Zeitungen und Fernsehsender sind Teil großer Konglomerate, und die möchten natürlich auf gutem Fuß mit einer Regierung stehen, von deren Wohlwollen sie sich abhängig fühlen. Die Medien sind also gar nicht in der Lage, ihre Aufgaben wahrzunehmen und objektiv über die Verhältnisse zu informieren. Es stehen ihnen ganz klare Unternehmensinteressen im Weg. Um das zu beenden, bedarf es einer eindeutigen neuen Gesetzgebung.

IP: *Warum sollte eine Regierung, die große Schwierigkeiten hat, die Anliegen der Demonstranten ernst zu nehmen, selbst für kritischere Medien sorgen?*
Ülgen: Das werden wir sehen – bislang hat der Premier ja versucht, seinen eigenen Willen durchzusetzen. Zwar signalisierte er zwischenzeitlich Bereitschaft für Gespräche – aber dann sprach er ein Ultimatum aus und ließ die Demonstranten in der Nacht zum 16. Juni brutal vertreiben. Er hält Konzessionen für Schwäche und glaubt, er könne „gewinnen“, denn schließlich ist er der durch Wahlen legitimierte Machthaber. Präsident Abdullah Gül oder Vizepremier Bülent Arinc hingegen haben sich einsichtiger gezeigt. Gül sprach davon, dass Demokratie sich eben nicht in Wahlen erschöpfe, und Arinc hat sich für das harte Vorgehen der Polizei entschuldigt. Nicht, dass Erdoğan sich davon beeindrucken ließe. Wer die Mehrheit hat, so glaubt er, hat auch das Recht, den anderen seinen Willen aufzudrängen. Bis zu den nächsten Wahlen will und wird er, so weit er kann, in diesem Stil weiterregieren.

IP: *Kann Erdoğan nach diesen Auseinandersetzungen tatsächlich weitermachen wie bisher?*
Ülgen: Das ist genau der Punkt: Es hat sich etwas Fundamentales geändert. Demonstrationen wurden bislang von Institutionen organisiert, die eine eigene Klientel haben, wie Gewerkschaften oder Parteien. Erdoğan wusste, wie man damit umgeht. Aber jetzt kommt der Protest aus der Zivilgesellschaft, er wurde von niemandem zentral organisiert. Das ist neu in der politischen Kultur der Türkei und ein wichtiges Element, das nicht einfach wieder verschwindet oder zu beseitigen ist.

SINAN ÜLGEN ist Gründungsmitglied von Istanbul Economics, Vorsitzender des Think Tanks „Center for Economics and Foreign Policy Studies“ (EPIN) in Istanbul und derzeit Visiting Scholar bei Carnegie Europe in Brüssel.

IP: *Sind nicht alle Demokratien mit dem Ruf nach „mehr Partizipation“ konfrontiert, der sich durch soziale Medien verstärkt hat?*
Ülgen: In der Tat: Auch in diesen Protesten wurde eine Art „politische Ermächtigung des Individuums“ sichtbar; viele der Demonstranten spra-

chen genau davon. Und dieser Impuls ist so mächtig, dass Regierungen, die in der Politik einfach nur weiter ihren Willen diktieren wollen, ganz sicher mit weiteren Protesten konfrontiert sein werden. Auch in offenen Gesellschaften gilt: Die traditionellen Formen der Beteiligung allein durch Parteien oder ähnliches sind den Menschen nicht mehr genug, um ihre Unzufriedenheit, ihre Ideen oder ihre Interessen auszudrücken.

„Erdoğan versteht nicht, dass Demokratie nicht nur auf Wahlen beruht“

IP: *Es war zuletzt geradezu ein Gemeinplatz, dass die Türkei ein Modell für arabische Transformationsstaaten sei. Aber kann sie das sein, solange sie diese neuen Formen der Teilhabe nicht versteht und zu respektieren versucht?*

Ülgen: Das wäre eine optimistische Interpretation der Ereignisse in der Türkei. Das würde ja voraussetzen, dass Erdoğan, der bisher gefeiert wurde, weil er als Führer einer islamischen Partei die Regeln der Demokratie respektierte, auch wirklich verstünde, dass Demokratie eben nicht nur auf Wahlen beruht. Demokratie bedeutet ein beständiges Austarieren von Interessen, sie bedeutet Respekt für die Freiheit des Individuums. Auch starke Regierungschefs müssen begreifen, dass sie für die gesamte Gesellschaft und nicht nur für die eigene Klientel verantwortlich sind. Verstünde Erdoğan das, dann würde die türkische Demokratie im In- und Ausland wesentlich an Ansehen gewinnen, denn um diese Teilhabe ging es ja auch in den Aufständen in den arabischen Ländern. Dieser Entwicklungssprung muss aber erst noch geleistet werden.

IP: *Wie optimistisch dürfen wir denn sein, dass dieser Sprung gelingt?*

Ülgen: Nun ja, Erdoğan scheint große Schwierigkeiten zu haben, das zu verstehen. Er glaubt, die Proteste seien dem heimtückischen Werk von Provokateuren geschuldet.

IP: *Könnte die – zugegeben leise und schnell verstummte – Kritik von Präsident Gül auf Risse innerhalb der AKP verweisen?*

Ülgen: Vergessen wir nicht: Erdoğan war und ist für viele immer noch ein enorm erfolgreicher Premier. Er hat die Türkei nicht nur dominiert, er hat auch „geliefert“: wirtschaftlichen Erfolg, Friedensgespräche mit den Kurden, einen enormen Ansehensgewinn für das Land. Es dürfte dauern, bis wir einmal Auseinandersetzungen in der AKP selbst über Erdoğan erleben. Wichtig ist aber auch: So sehr diese Proteste gegen Erdoğan gerichtet sind, so haben sie aber auch mit dem kläglichen Versagen der Opposition zu tun. Die parlamentarische Opposition war gänzlich verschwunden; sie hat im Vorfeld nichts geleistet, um diese brodelnde Unzufriedenheit aufzugreifen.

IP: *Es muss also erst noch zu einem Marsch der Demonstranten „durch die Institutionen“ kommen?*

Ülgen: Ja, und das ist das Problem. Es ist weit und breit noch nichts zu sehen, was auf so einen Marsch hinweisen würde. Auch hier muss also noch ein ganz großer Sprung gemacht werden, wenn sich in der demokratischen Kultur der Türkei langfristig wirklich etwas ändern soll. Den Leuten ist das durchaus bewusst. Es war ja nicht das Ziel dieser höchst unterschiedlichen Gruppen von Demonst-

ranten, eine neue Partei zu gründen. Doch wenn diese Spannungen in der Türkei weiter bestehen, ohne dass die etablierte Politik in der Lage wäre, sie zu entschärfen, dann wird man wohl versuchen, die Ansprüche der Demonstranten auch in die institutionalisierte Politik zu tragen. Wobei es eine Menge struktureller Barrieren gibt, nicht zuletzt bei der Finanzierung: Budgets werden nach der Anzahl der Stimmen vergeben, die eine Partei auf sich vereinigen konnte. Erdoğans AKP kann auf Millionen oder Milliarden zurückgreifen, eine neue Partei muss bei Null anfangen.

IP: *Ein Wort zur Außenpolitik: Kann es sein, dass Erdoğan auch auf diesem Feld die eigene Gestaltungskraft überschätzt hat und dass er erkennen muss, wie begrenzt seine Möglichkeiten und Ressourcen sind?*

Ülgen: Das Hauptproblem der türkischen Außenpolitik ist, dass sie sich bei gewissen Problemen geradezu aufgedrängt hat. Traditionell war die Türkei praktisch „außen vor“ in der Region, sie bestand auch auf einer gewissen Distanz. Aber mit ihrer neuen Bestimmtheit, diesem neuen Selbstbewusstsein der AKP-Regierung gerade in jüngster Zeit, wurde sie Teil der zahlreichen Polarisierungen im Nahen und Mittleren Osten. Für eine Weile konnte sie wegen ihrer langen Tradition als säkularer Nationalstaat moderieren und ausgleichen. Sie trat als Vermittler zwischen Syrien und Israel auf, sie konnte mit Schiiten und Sunniten reden. Aber nicht zuletzt weil man glaubte, dass man in der Region mehr als bisher sein könnte – nämlich aktiver Gestalter –, wurde die Türkei selbst zur Partei. Und deshalb ist sie auch anfälliger für die Risiken, die das beinhaltet. Das sehen wir ja gerade im Zusammenhang mit Syrien, wo sich die Türkei recht früh gegen Staatschef Baschar al-Assad wendete, ohne aber wirklich zu einer Lösung des Problems beitragen zu können.

„Es gibt in der Regierung den Glauben an eine historische Mission“

IP: *Inwieweit spielt da der offensichtliche Glaube Erdoğans eine Rolle, er könne wirklich alles in seinem Sinn gestalten?*

Ülgen: Es gibt hier drei Elemente: Erdoğan und sein Außenminister Achmed Davatoglu wollten eine viel aktivere türkische Außenpolitik. Und es lag schon im Interesse der Türkei, gute Beziehungen zu allen Nachbarn zu pflegen; dazu kommt eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik, die der Türkei größere Ressourcen verschafft hat, um sie für Auslandshilfe oder Ähnliches einzusetzen. Und dann gibt es tatsächlich so etwas wie den Glauben an eine „historische Mission“, ähnlich wie das amerikanische „Manifest Destiny“: Man ist der Überzeugung, die Türkei habe diese Rolle geradezu schicksalshaft zu spielen.

Die Fragen stellte Sylke Tempel

Zögerliche Interventionisten

Das Eingreifen der Hisbollah in Syrien erhöht den Handlungsdruck des Westens

Markus Bickel | **Mit der Beteiligung von Hisbollah-Kämpfern an der Wiedereinnahme des Ortes al-Qusair durch syrische Regierungstruppen hat der Konflikt eine neue Stufe erreicht. Im Westen dürfte dies die Debatten über die richtige Syrien-Politik neu entfachen. Die schiitische Miliz beginnt eine „völlig neue Phase", deren Ausgang militärisch entschieden wird.**

Für Hassan Nasrallah hat der Krieg in Syrien gerade erst begonnen. „Wir werden bis zum Ende gehen", sagte der Generalsekretär der libanesischen Hisbollah bei einer Fernsehansprache im Mai. Dem Präsidenten Baschar al-Assad versicherte der Schiitenführer in seiner Brandrede ebenso die Treue wie den eigenen Anhängern, die er auf eine „völlig neue Phase" im Kampf der Parteimiliz einstellte: „Es ist unsere Schlacht und wir sind bereit dafür."

30 Jahre nach ihrer Gründung als antiisraelische Miliz hat die Hisbollah offen militärisch auf Seiten der Regierung in Damaskus in den Krieg eingegriffen. Das Ziel ist klar: Die „Partei Gottes" werde nicht zulassen, dass Syrien als „Rückgrat des Widerstands" in „die Hände von Amerikanern, Israelis und Gruppen von Abtrünnigen" falle, so Nasrallah.

Fast zweieinhalb Jahre nach Beginn des Aufstands gegen Assad sind damit die schlimmsten Befürchtungen wahr geworden. Nicht nur hat der Konflikt längst auf den Libanon übergegriffen. Im Irak liefern sich fünf Jahre nach Ende des Bürgerkriegs sunnitische Milizen und die schiitisch dominierten Regierungstruppen von Ministerpräsident Nuri al-Maliki wieder offene Gefechte, denen allein in den vergangenen Monaten Tausende zum Opfer fielen. Auf mehr als 93 000 beziffern die Vereinten Nationen die Toten in Syrien selbst. Und nur zwei Wochen nach Nasrallahs öffentlicher Ankündigung, schiitische und iranische Interessen auch außerhalb des Libanons zu verteidigen, fiel die Stadt al-Qusair: Sunnitische Extremisten der mit Al-Kaida verbündeten Al-Nusra-Front lieferten sich Gefechte mit Hisbollah-Kämpfern, die kurz zuvor zu Hunderten aus der nahen Bekaa-Ebene kommend die libanesische Grenze überquert hatten.

Der sunnitisch-schiitische Konflikt, der die Politik im Nahen Osten seit dem von den Vereinigten Staaten geführten Einmarsch im Irak 2003

bestimmt, ist nun auch in Syrien zur dominierenden Variable im Machtkampf zwischen Aufständischen und dem Regime geworden. Nach der Einnahme al-Qusairs rief Al-Kaida-Führer Ayman al-Zawahiri zum „Dschihad in der Levante“ auf. In Damaskus sollten die sunnitischen Gotteskrieger ein islamisches Kalifat errichten, forderte der Nachfolger Osama Bin Ladens. Der Generalstabschef der Freien Syrischen Armee (FSA), Salim Idriss, warnte die Hisbollah nach dem Rückzug seiner Einheiten aus al-Qusair vor Vergeltung. Die Oppositionskämpfer seien bereit, „die Schlacht in den Libanon zu tragen“, um die Schiitenmiliz zu bekämpfen.

Der Libanon wird Kampfzone

Wegen des Übergreifens des Konflikts hat das Parlament in Beirut bereits die Wahlen um anderthalb Jahre auf November 2014 verschoben. Das hat es seit Ende des Bürgerkriegs 1990 nicht gegeben. Die syrische Luftwaffe hat zuletzt häufiger Ziele in sunnitischen Gebieten der Bekaa-Ebene angegriffen; Aufständische auf der syrischen Seite der Grenze beschossen die Hisbollah-Hochburg Baalbek. Auch in Tripoli an der Mittelmeerküste hat sich der sunnitisch-schiitische Stellvertreterkrieg seit dem Frühjahr verschärft: Bei Kämpfen zwischen Gegnern und Gefolgsleuten Assads kamen im Mai mehr als 30 Menschen ums Leben.

Der Krieg in Syrien, das hat die Schlacht um al-Qusair deutlich gemacht, wird militärisch entschieden. Länger als ein Jahr hatte die bewaffnete Opposition im strategisch wichtigen Grenzgebiet zum Libanon die Oberhand – zur Beschaffung von Nachschub waren die direkten Rückzugsmöglichkeiten in die Bekaa-Ebene bedeutend. Diese Versorgungswege zu nutzen, dürfte schwieriger werden.

Al-Qusair ist nicht Syriens Stalingrad; eine entscheidende militärische Wende im ganzen Land ist auch westlichen Militärs zufolge noch nicht erkennbar, selbst wenn die Propaganda des Regimes das suggeriert: An der zehn Kilometer nördlich der libanesischen Grenze gelegenen Gemeinde vorbei verläuft die Verbindungsstraße von Damaskus über Homs zum Mittelmeer. Sollte es den Aufständischen eines Tages gelingen, die Hauptstadt einzunehmen, dann könnten sich Assad und seine Gefolgsleute in die alawitischen Orte an der Küste zurückziehen. Zentrale Bedeutung hat diese Verbindungsstraße aber auch für die Versorgung Aleppos. Und deshalb wird die nordsyrische Handelsmetropole wieder zu einem strategischen Ziel.

Syriens Stalingrad ist al-Qusair nicht, ungeachtet Assads Propaganda

Schon vor dem Fastenmonat Ramadan 2012 hatten Regime und Aufständische die Entscheidungsschlacht um die eng mit dem Assad-Gegner Türkei verbundene Stadt ausgerufen. Seitdem ist die Lage dort militärisch festgefahren. Wie in allen anderen großen syrischen Städten, Rastan ausgenommen, ist es der Opposition nicht gelungen, sämtliche Viertel einzunehmen. Berichte, wonach sich Assads Einheiten nach der Rückeroberung al-Qusairs zu Angriffen auf Aleppo rüsteten, riefen jedoch Mitte Juni die französische Regierung auf den Plan. „Wir müssen diese Aggression stoppen“, sagte Frankreichs Außenminister Laurent Fabius. „Es ist

das nächste Ziel der Hisbollah und des Irans."

Nicht nur in Paris ist man besorgt, dass die von Nasrallah in seiner Rede bekräftigte Allianz mit Assad und dem Iran als großer Sieger aus dem Syrien-Krieg hervorgeht. Die Gefahr ist durchaus real, und die Folgen wären weitreichend: Anders als im Kleinkrieg um Beirut 2008, als die von Frankreich, Großbritannien und den Vereinigten Staaten unterstützten Anti-Hisbollah-Kräfte von den schiitischen Kämpfern besiegt wurden, hätte der Machterhalt des Regimes in Damaskus regionale Auswirkungen. Der Nachschub an Waffen aus dem Iran an die Hisbollah wäre weiter gesichert, der von Teheran über Bagdad bis zum Südlibanon reichende „schiitische Halbmond" bliebe bestehen. Das erklärt die Anspannung in der französischen Regierung, die Mitte Juni darauf drängte, die Opposition stärker zu unterstützen. Man stehe, so Fabius, vor einem „Wendepunkt".

Assads Machterhalt mithilfe der Hisbollah hätte regionale Auswirkungen

Entscheidend für den weiteren Verlauf des Krieges wird sein, wie weit der amerikanische Präsident Barack Obama dem Druck der sunnitischen Golf-Staaten nachgeben wird, sich stärker in Syrien zu engagieren. Die Ankündigung von Obamas stellvertretendem Nationalen Sicherheitsberater Benjamin Rhodes Mitte Juni, die Hilfe für die syrische Opposition auszuweiten, deutet darauf hin, dass sich in Washington die Gewichte verschieben. Rhodes erklärte die neue Linie, die auch „militärische Hilfe" einschließe, mit dem nunmehr erwiesenen Einsatz chemischer Waffen auf Seiten der Truppen Assads. Obama habe bereits vor einem Jahr erklärt, dies würde „seine politischen Kalkulation ändern, und das ist der Fall", so Rhodes. Ein Umschwenken mit langem Vorlauf: Israelische, türkische, britische und französische Regierungsvertreter hatten Damaskus mehrfach bezichtigt, in kleinen Dosen chemische Kampfstoffe eingesetzt zu haben. Auch amerikanische Geheimdienste waren bereits im April „mit unterschiedlichen Graden an Gewissheit" zu dem Schluss gekommen, dass das Assad-Regime „in geringem Maße" C-Waffen eingesetzt habe.

Waffen in die richtigen Hände?

Wie weit Washington mit seiner neuen Hilfsbereitschaft gehen wird, ist noch nicht abzusehen. Eine Flugverbotszone schloss Rhodes praktisch aus. Auch Luftabwehrraketen will Washington offenbar nicht liefern, aus Sorge, diese könnten wie in Afghanistan eines Tages gegen eigene Verbündete eingesetzt werden. Medienberichten zufolge sollen aber gemäßigte Aufständische mit panzerbrechenden Waffen ausgestattet werden. „Zu wenig, zu spät", kritisieren bereits manche in der Opposition. Denn Außenminister John Kerry scheint weiter auf eine baldige Verhandlungslösung zu setzen, auch wenn er Katar und Saudi-Arabien schon kurz nach seinem Amtsantritt grünes Licht für eine Bewaffnung der Aufständischen gegeben hatte.

Ein Schlingerkurs, der die amerikanische Syrien-Politik auszeichnet, seitdem Obama im August 2011 erstmals Assads Rücktritt forderte. Bereits seit Herbst 2011 sind Mitarbeiter

Bild nur in Printausgabe verfügbar

des amerikanischen Auslandsgeheimdienstes CIA im Süden der Türkei präsent, um dafür zu sorgen, dass von Saudi-Arabien und Katar finanzierte Waffen in die – aus amerikanischer Sicht – richtigen Hände gelangen. Weil das offenbar zu selten der Fall war, orientierte sich Obamas risikoscheue Regierung im Sommer 2012 um und schickte Spezialkräfte nach Jordanien, um die bislang wenig aktiven bewaffneten Aufständischen in der Geburtsprovinz der Revolution im südsyrischen Daraa zu stärken.

Offenbar ist es seitdem gelungen, gemäßigte Einheiten besser auszustatten. Nach Recherchen des Militärbeobachters Eliot Higgins profitierten Gruppen wie die Al-Furqan- und die Ahfad-al-Rasul-Brigaden von Waffenlieferungen aus kroatischen Beständen. FSA-Einheiten brachten im Januar Grenzübergänge nach Jordanien unter ihre Kontrolle; zwei Jahre nach Beginn des Aufstands in Daraa rückten Oppositionsverbände erstmals von Süden her näher an Damaskus heran. Die Entscheidung Washingtons, dem Begehren des jordanischen Königs Abdullah II. nachzugeben und Patriot-Abwehrraketen sowie F-16-Kampfflieger dauerhaft im Land zu lassen, gibt den Aufständischen Rückenwind.

Möglicherweise will die Regierung in Washington dadurch aber lediglich den Druck auf Assad und seine ausländischen Verbündeten erhöhen, in konstruktive Verhandlungen einzutreten. Die von Kerry und dem russischen Außenminister Sergej Lawrow zunächst für Mai in Genf geplante Friedenskonferenz wurde immer wieder verschoben. Ob Teheran und Riad als wichtigste Unterstützer der verfeindeten Parteien daran teilnehmen, ist nur einer der Streitpunkte. Bedeutender erscheint, dass alle Seiten die Aufrüstung vorantreiben – der Iran und Russland mit Waffenlieferungen an Assads Sicherheitskräfte, die sunnitischen Regionalmächte

Katar und Saudi-Arabien mit entsprechender Unterstützung der Aufständischen. Riad will auch Luftabwehrraketen liefern, mit denen die Übermacht von Assads Luftwaffe gebrochen werden könnte.

Selbst wenn das von Diplomaten als „Genf II“ bezeichnete Treffen zustande kommt, bräuchte es wohl weitere Zusammenkünfte, um die verfeindeten Parteien zu einem dauerhaften Waffenstillstand und einem politischen Ausweg aus dem Krieg zu bewegen. So war der bisherige Höhepunkt diplomatischen Bemühens um eine friedliche Lösung zugleich dessen vorläufiges Ende: Nachdem nicht nur die westlichen Vetomächte im UN-Sicherheitsrat, sondern auch Russland und China im Frühjahr 2012 der Entsendung Kofi Annans zum Syrien-Sondergesandten von UN und Arabischer Liga zugestimmt hatten, eskalierte die Gewalt wie nie zuvor. Die Forderungen der syrischen Opposition nach Einrichtung einer Flugverbotszone blieben ohne Wirkung – bis heute.

Vom internationalisierten Bürgerkrieg zum Stellvertreterkrieg

Unentschlossenheit des Westens

Der Fall al-Qusairs hat die Debatte wieder belebt, die Frankreich und Großbritannien zu Beginn des Jahres innerhalb der Europäischen Union lostraten: Mit ihrer Forderung nach Aufhebung des EU-Waffenembargos gegen Syrien haben sie sich inzwischen zwar durchgesetzt. Doch offen auf die Seite der bewaffneten Opposition gestellt haben sich die beiden einstigen Mandatsmächte in Nahost nicht. Durch die Unentschlossenheit des Westens, gemäßigte Gruppen zu unterstützen, konnten islamistische Milizen wie die Al-Nusra-Front oder die Liwa-al-Tawhid-Brigaden der Muslimbrüder erstarken. Einheiten, die aus der friedlichen Aufstandsbewegung hervorgingen und zunächst nur zum Schutz von Demonstrationen gebildet wurden, sind im vergangenen Jahr von islamistischen Verbänden an den Rand gedrängt worden.

Die Ausbildung gemäßigter Oppositionskämpfer in Jordanien deutet darauf hin, dass aus dem Königreich der Durchbruch zur Hauptstadt beginnen könnte – von Daraa an der jordanischen Grenze bis nach Damaskus sind es nur hundert Kilometer. Bis dahin dürfte es allerdings noch dauern – wenn es überhaupt dazu kommt.

Dass Obama so lange zauderte, hat zum Zögern in Paris und London beigetragen. Das offene Eingreifen der Hisbollah in den Krieg allerdings dürfte die Interventionsdebatte erneut beleben – und den Umgang mit der bewaffneten Opposition ändern. Nach Zentralisierung ihrer Kommandostrukturen im Winter in der Türkei erfährt der Oberste Militärrat der Freien Syrischen Armee um Stabschef Idriss neuerdings stärkere Unterstützung. Wie vor zwei Jahren in Libyen ist Obama spät auf die Linie Großbritanniens und Frankreichs eingeschwenkt. Aus einem internationalisierten Konflikt mit fast 100 000 Toten ist nun vollends ein Stellvertreterkrieg geworden, mit Ankara, Paris, London sowie den autoritären Monarchien in Doha und Riad auf der einen Seite und Moskau mit Teheran auf der anderen. Doch während Russland gemeinsam mit dem Iran alles versucht, einen raschen militärischen

Sieg Assads herbeizuführen, geht der Westen weiter nur zögerlich vor. Anders auch als Israel: Bereits drei Mal hat die israelische Luftwaffe in diesem Jahr Militärlager rund um Damaskus bombardiert, in der aus dem Iran gelieferte, für die Hisbollah bestimmte Raketen gelagert gewesen sein sollen.

Spät haben sich die Vereinigten Staaten Großbritannien und Frankreich an der Spitze der zögerlichen Interventionisten angeschlossen. Die Entscheidung Präsident François Hollandes zur Bewaffnung der Aufständischen Anfang 2013 beendete die Appeasementpolitik, die sein Vorgänger Nicolas Sarkozy gegenüber der Diktatur in Damaskus fuhr. Als erstes EU-Land hat Frankreich einen von der oppositionellen Nationalen Koalition ernannten Botschafter akkreditiert.

Die Revolution geht weiter

Auch wenn sich Vertreter der Nationalen Koalition über mangelnde militärische Unterstützung beklagen, stärkt dieser Kurs die Kräfte innerhalb der Opposition, für die ein Dialog mit dem Regime keine Option mehr ist. Die Verhandlungsposition des Sondergesandten von UN und Arabischer Liga, Lakhdar Brahimi, ist eine andere: Für ihn bildet die Genfer Initiative vom Juni 2012 die Grundlage der Gespräche; auch Kerry und Lawrow setzen weiter auf die Bildung einer Übergangsregierung, der Regimevertreter ebenso wie Oppositionelle angehören sollen.

Durch ihre Anerkennung der Nationalen Koalition als „legitime Vertretung des syrischen Volkes“ im vergangenen Dezember in Marrakesch hat sich die internationale Gemeinschaft selbst unter Zugzwang gesetzt. Die Entscheidung des Ministerpräsidenten der Nationalen Koalition, Ghassan Hitto, und des FSA-Stabschefs Idriss, in den von den Aufständischen kontrollierten Gebieten eigene Verwaltungsstrukturen aufzubauen, zeugt vom Selbstvertrauen der Aufständischen, ihre Geschicke in die eigenen Hände zu nehmen. Die Revolution geht weiter.

In seiner Rede im Mai sprach Nasrallah der syrischen Opposition ab, eine „Volksrevolution gegen ein politisches Regime“ anzuführen. Vielmehr seien die Assad-Gegner wahlweise Handlanger Amerikas und des Westens oder der verlängerte Arm Al-Kaidas; sie hätten überdies nichts Geringeres zum Ziel, als „das israelische Projekt“ in der Region umzusetzen. Deshalb sei die Intervention der Hisbollah richtig. Der einstige Held der arabischen Massen hat sich damit auf gefährliches Terrain begeben. Gefeiert für den von seinen Milizen erzwungenen Abzug der israelischen Armee aus dem Südlibanon im Jahr 2000, facht Nasrallah mit dem Eingreifen in Syrien den sunnitisch-schiitischen Konflikt in der Region weiter an. Wohin diese „völlig neue Phase“ die Organisation führt, wird sich militärisch entscheiden.

Nasrallah hat sich auf gefährliches Terrain begeben

Markus Bickel
ist Kairo-Korrespondent der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* und Autor des Buches „Der vergessene Nahostkonflikt – Syrien, Israel, Libanon, Hisbollah“.

Ein gespaltenes Land

Der Verfassungsprozess in Tunesien zeigt die Probleme des Übergangs

Isabel Schäfer | **Von der Aufbruchstimmung des Arabischen Frühlings ist nicht mehr viel übrig, innen- und sicherheitspolitische Krisen prägen den Übergang zu einer wie auch immer ausgestalteten neuen Ordnung. Die Kluft zwischen islamistischen und säkularen, zwischen progressiven und gegenrevolutionären Kräften wächst.**

Tunesien hat Vorbildcharakter: Trotz aller Unterschiede ist es ein Modell, wie nach dem Sturz eines autoritären Regimes friedlich ein demokratisches System aufgebaut werden könnte. Auch wenn sich nach dem Wahlsieg der moderat-islamistischen Ennahda-Partei im Oktober 2011 eine gewisse Enttäuschung breit gemacht hatte – nicht nur bei den liberalen und progressiven Kräften in Tunesien, sondern auch in Europa –, wurden inzwischen doch Meilensteine auf dem Weg zu einem neuen politischen System zurückgelegt: erste freie Wahlen nach 23 Jahren Diktatur, Einrichtung einer verfassunggebenden Versammlung (Assemblée nationale constituante / ANC), eine ungekannte Presse- und Meinungsfreiheit (mit Ausnahmen) und ein Reformprozess in den Bereichen Justiz, Bildung, Wirtschaft und Steuergesetzgebung.

Zugleich hat sich in der tunesischen Gesellschaft jedoch eine gewisse Revolutionsermüdung breit gemacht. Das Alltagsleben hat sich seit dem Sturz Ben Alis für viele eher verschlechtert, politische Querelen verzögern dringende politische und ökonomische Entscheidungen sowie tiefergehende Reformen. Die Troika-Regierung, bestehend aus der islamistischen Ennahda-Partei, dem mitte-links orientierten Congrès pour la République (CPR) und der sozialdemokratisch orientierten Ettakatol-Partei, hat zwar bereits mehrere politische Krisen (Rücktritt des Ennahda-Premiers Hamadi Jebali, Ermordung des Oppositionspolitikers Chokri Belaid, gewaltsame Konflikte mit radikalen Salafisten) überstanden, aber das politische Geschehen zerfasert, alte und neue Parteien liefern sich Scheingefechte, und die Kluft zwischen islamistischen und säkularen, zwischen progressiven und gegenrevolutionären Kräften wächst. Von der Aufbruchstimmung von 2011 ist nicht mehr viel übrig. Doch trotz aller Schwierigkeiten, trotz der angespannten innen-

politischen und sicherheitspolitischen Lage: Der Transformationsprozess geht weiter.

Kritik am aktuellen Entwurf

Ende April 2013 veröffentlichte die ANC den dritten Verfassungsentwurf, über den im Juli 2013 abgestimmt werden soll. Wenn keine Zweidrittelmehrheit zustande kommt, gibt es eine zweite Lesung, und dann im Falle einer immer noch fehlenden Zweidrittelmehrheit ein Referendum. Kritik an dem Entwurf kommt aus verschiedenen Richtungen, vor allem von tunesischen Juristen, Verfassungsexperten und Intellektuellen wie Yadh Ben Achour oder Abdelwahab Meddeb sowie von Menschenrechtsaktivisten der Ligue Tunisienne des Droits de l'Homme (LTDH) und Human Rights Watch: Der Entwurf beinhalte technische Fehler und sei weit von den ursprünglichen Zielen der Revolution entfernt. Kritisiert wird auch, dass keine Referenz zum Schutz der Menschenrechte, wie sie in von Tunesien unterzeichneten internationalen Abkommen verankert sind, hergestellt wird.[1]

Besonders widersprüchlich bleiben die Aussagen zum religiösen und/oder zivilen Charakter des Staates. Während Artikel 1 den Islam als Staatsreligion definiert, unterstreicht Artikel 2 den zivilen Charakter des Staates.[2] Der tatsächliche Stellenwert der Religion bleibt diffus. Diese Widersprüchlichkeit ermöglicht letztendlich eine spätere Anwendung der Scharia, auch wenn diese im Text nicht explizit genannt wird.[3]

Es wurde ein prinzipieller Konsens über die Verankerung der Glaubensfreiheit in der Verfassung gefunden, aber Artikel 5 definiert den Staat als Beschützer „der Religion" und nicht „der Religionen" und erwähnt nicht die Gewissens- und Gedankenfreiheit. Auch sollen die Abgeordneten ihren Eid auf die Verfassung „beim allmächtigen Gott" (Artikel 56) schwören. Mit Artikel 10 wird die Rolle des Staates als Beschützer der Familie festgelegt, wodurch andere Lebensmodelle ausgeschlossen werden. In der Praxis wird sich das negativ für allein lebende Frauen und auf die Interpretation des Erb-, Ehe- und Adoptionsrechts auswirken. So wird durch die Hintertür das Scheidungsrecht eingeschränkt.

Die Aussagen zur Rolle des Islam sind widersprüchlich

Im Bereich der bürgerlichen Freiheiten und Menschenrechte bieten einige Formulierungen die Möglichkeit einer späteren Einschränkung. Problematisch ist vor allem ein Absatz in der Präambel, der auf die Respektierung der universellen Menschenrechte verweist, aber diese gleichzeitig mit dem Zusatz einschränkt, „soweit

[1] Hier wird der Text „Projet pour la constitution de la Tunisie" zugrundegelegt, der in der Version vom 22.4.2013 vom Programme des Nations Unis pour le développement en Tunisie (PNUD) übersetzt und publiziert wurde.
[2] Artikel 1 wurde aus der tunesischen Verfassung von 1959 übernommen: „La Tunisie est un état libre, indépendant, souverain, l'islam est sa religion, l'arabe sa langue, la république son régime."
[3] Die Scharia sieht im Extremfall für die Apostasie, den Abfall vom Islam, die Todesstrafe vor; in abgeminderter Form kann es vor allem zu zivilrechtlichen und strafrechtlichen Folgen für die angeklagte Person kommen.

sie in Übereinstimmung mit den kulturellen Besonderheiten des tunesischen Volkes sind".[4]

Vergleichbare „bedingte Rechte" finden sich an mehreren Stellen; so legt Artikel 40 das Recht auf Meinungs-, Gewissens-, Ausdrucks-, Informations- und Publikationsfreiheit fest, schränkt diese aber gleichzeitig mit dem Verweis auf die Gefährdung der Rechte Dritter, deren Ansehen, Sicherheit oder Gesundheit ein. Ähnliche Einschränkungen finden sich in Artikel 33 über das Streikrecht.

Religiös oder säkular? Beide Ansätze stehen nebeneinander

Menschenrechtsaktivisten der LTDH kritisieren die schwache Verankerung von Rechten und Freiheiten im Verfassungsentwurf sowie die zeitliche Verschleppung des Redaktionsprozesses. Der Entwurf spiegele die aktuelle Lage im Land wider: die Spaltung in die Anhänger eines religiös geprägten und eines säkular geprägten Gesellschaftsmodells. Beide Ansätze stehen im Text nebeneinander.

Der Vorsitzende der tunesischen Anwaltskammer warnt vor legislativen Fallen im Verfassungstext. In Artikel 136 wird definiert, welche Bereiche von einer Verfassungsreform ausgeschlossen sind: an erster Stelle der Islam als Staatsreligion, dann die arabische Sprache als offizielle Amtssprache, das republikanische Modell, der zivile Charakter des Staates, die Menschenrechte wie in der Verfassung definiert sowie die Anzahl und die Dauer der Mandate des Präsidenten. Soziale und wirtschaftliche Rechte sind im Entwurf verankert, allerdings werden die Sozial- und Wirtschaftsordnung nicht weiter definiert. In der Präambel wird das Prinzip des Rechts auf eine saubere Umwelt genannt, in Artikel 38 das Recht auf eine saubere und intakte Umwelt garantiert, in Artikel 39 das Recht auf Wasser.

Wichtig ist auch das Prinzip der Dezentralisierung, das in Artikel 9 eine prominente Erwähnung findet und den Regionen mehr Autonomie zugesteht; Kompetenzen und Rechte der lokalen Verwaltungen, Stadt- und Regionalräte werden gestärkt. Positiv zu erwähnen ist auch die Hervorhebung der Rolle und Partizipation der Jugend für die Entwicklung des Landes und der Gesellschaft (Artikel 12).

Den Artikeln zu Justiz und Verfassungsrecht wird eher viel Raum eingeräumt und der Religion weniger, wie einige Kritiker behaupten. Gleichzeitig bestehen über die Benennung der Verfassungsrichter oder die Kompetenzen des Verfassungsgerichts noch einige Unklarheiten; auch ist nicht vorgesehen, dass ein Staatsbürger sich direkt an das Verfassungsgericht wenden kann. Für Aufregung in Europa sorgt insbesondere ein Absatz in der Präambel über die Bekämpfung von Diskriminierung und Rassismus, weil eine Gleichsetzung mit „Zionismus" erfolgt. Abgesehen von dieser zweifelhaften Gleichsetzung stellt sich die Frage, was ein solcher Punkt unter den Staatszielen der Verfassung zu suchen hat.

[4] „Sur la base des constantes de l'Islam et de ses finalités characterisées par l'ouverture et la modération, des nobles valeurs humaines et des principes des droits de l'Homme universels, dans la mesure où ils sont en harmonie avec les spécificités culturelles du people tunisien."

Bild nur in Printausgabe verfügbar

Das künftige politische System

Der Verfassungsentwurf sieht eine Mischform aus einem präsidialen und parlamentarischen System vor, eine „präsidiale Republik". Ziel ist eine demokratische und partizipative Republik, ein ziviler Staat, der auf Gewaltenteilung und Volkssouveränität beruht. Staatschef ist der Präsident der Republik; er wird für fünf Jahre gewählt, muss zwischen 40 und 75 Jahre alt und muslimisch sein (Artikel 72 und 73), er darf das Amt maximal zwei Mal innehaben. Der Präsident hat weitreichende Rechte, kann aber auch von einer Zweidrittelmehrheit des Parlaments, mit Zustimmung des Verfassungsgerichts, abgewählt werden. Kritiker des Entwurfs, wie Yadh Ben Achour, hätten ein parlamentarisches System mit eingeschränkten Rechten für den Präsidenten befürwortet, insbesondere aufgrund der schlechten Erfahrungen in der Vergangenheit. Das Amt des Regierungschefs hat nach dem Verfassungsentwurf einen mehr ausführenden Charakter. Das Parlament, die „Assemblée des représentants du peuple", wird für eine Legislaturperiode von fünf Jahren gewählt. Die Kompetenzen der Exekutive und Legislative sind einerseits sehr detailliert formuliert, andererseits etwas kompliziert, was in der Praxis schnell zu einer Einschränkung der politischen Handlungsfähigkeit der Regierung führen könnte.

Als Wahlrecht ist ein allgemeines, freies, direktes und geheimes Wahlrecht (Artikel 54) vorgesehen. Die Vorbereitung der nächsten Wahlen (es ist noch unklar, ob Parlaments- oder Präsidentschaftswahlen), die auf der Grundlage der neuen Verfassung stattfinden sollen, gestaltet sich schwierig. Die unabhängige Wahlkommission (ISIE), die bereits die ersten freien Wahlen der verfassunggebenden Versammlung (ANC) im Oktober 2011 erfolgreich organisiert hatte, soll personell anders aufgestellt werden. Aber das Verwaltungsgericht

suspendierte aufgrund von Unregelmäßigkeiten die Arbeit der ANC-Kommission, die für die Auswahl der Mitglieder der ISIE zuständig war. In die letzte Vorrunde waren Ennahda-Mitglieder und ein Regierungsmitglied gekommen, was den unabhängigen Charakter der ISIE in Frage stellte.

Das Verwaltungsgericht übernimmt in der aktuellen Übergangsphase de facto die Rolle eines Verfassungsgerichts. Der Übergang gestaltet sich auch insofern schwierig, als in vielen Bereichen eine Art Rechtsvakuum herrscht, das sich manche Akteure zunutze machen, und eine tatsächliche Unabhängigkeit der Justiz nicht immer gegeben ist. Viele wünschen sich einen baldigen Abschluss des Verfassungsprozesses.

Schwieriger Übergang: In vielen Bereichen gibt es rechtsfreie Räume

Sechs verschiedene Kommissionen der ANC haben den Verfassungsentwurf erarbeitet, der 139 Artikel enthält. Die Kommissionen spiegeln die Mehrheitsverhältnisse der ANC wider. In der Präambel- und Grundwertekommission wurde laut der Ettakatol-Abgeordneten Lobna Jribi insbesondere das Thema Identität diskutiert. Umso enttäuschender ist, dass der Entwurf nur die arabisch-muslimische Identität nennt, aber andere kulturelle Identitäten und Referenzen (punisch, afrikanisch, amazigh, mediterran) und ethnische oder religiöse Minderheiten (Juden, Christen) außen vor lässt – anders als zum Beispiel die neue Verfassung Marokkos von 2011.

Zivilgesellschaftliche Akteure wurden nur wenig und punktuell in den Prozess eingebunden. Im Rahmen eines „nationalen Dialogs", der in den vergangenen Monaten zweimal rund 500 Vertreter der politischen Parteien, Gewerkschaften, Verbände und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens zusammenbrachte, wurde einigermaßen erfolgreich versucht, einen möglichst breiten Konsens für die neue Verfassung zu schaffen. Doch viele beklagen, dass die endgültige Ausrichtung des politischen Systems – präsidial oder parlamentarisch – zu sehr von den potenziellen Mehrheitsverhältnissen der nächsten Wahlen und der politischen Konjunktur abhängig gemacht werde.

Ennahda und die Salafisten

Der politische Kontext, in dem sich der verfassunggebende Prozess abspielt, ist nicht einfach. Die ANC, die ursprünglich nur für ein Jahr gewählt wurde, muss nicht nur als verfassunggebende Versammlung fungieren, sondern gleichzeitig auch als ein legislatives Übergangsparlament und Kontrollorgan der Exekutive. Neben politischen Krisen und sozioökonomischen Schwierigkeiten ist die Sicherheitslage angespannt.

Seit dem Rücktritt der Regierung Hamadi Jebalis (Ennahda) im Februar 2013 ist es Premierminister Ali Larayedh (Ennahda) nur zum Teil gelungen, die Zuspitzung der gewaltsamen Konflikte mit der verbotenen radikalsalafistischen Bewegung Ansar al-Sharia in den Griff zu bekommen. Nachdem der Ennahda-Partei und der Vorgängerregierung immer wieder eine zu laxe Haltung gegenüber den Extremisten vorgeworfen wurde, hat sich die amtierende Regierung im Mai 2013 erstmals klar und deutlich von

den religiösen Extremisten distanziert. Das Innenministerium hat das dritte, für Mai 2013 in Kairouan geplante Jahrestreffen der Ansar-al-Sharia-Bewegung verboten, woraufhin es zu gewaltsamen Auseinandersetzungen, einem Toten und zahlreichen Festnahmen kam. Der Ansar-al-Sharia-Anführer Abu Iyadh droht Tunesien mit Krieg; seine Anhänger verbreiten im Internet neben hetzerischer Propaganda auch Anleitungen zum Bau von Sprengsätzen.

Angesichts der Zuspitzung in den vergangenen Monaten hat sich Ennahda für die Anwendung des Antiterrorgesetzes von 2003 ausgesprochen, das in einer abgeänderten Fassung reaktiviert werden soll. Das ist insofern bemerkenswert, als Ennahda-Mitglieder unter dem Ben-Ali-Regime mit Hilfe dieses Gesetzes verfolgt, eingekerkert und gefoltert wurden. Auch das Notstandsgesetz, das Militär und Sicherheitskräften besondere Befugnisse verleiht, wurde seit der Revolution nicht aufgehoben. Die Aktivitäten der Ansar-al-Sharia-Salafisten beschränken sich nicht auf gewaltsame Aktionen, sie missionieren auch vor Schulen, Universitäten und Cafés. Sie wollen Schülerinnen und Studentinnen überzeugen, den schwarzen Gesichtsschleier (Niqab) zu tragen, fordern mehr Korankindergärten und organisieren karitative Hilfskonvois in arme Regionen.

Die Grenzen zwischen moderat- und radikalislamischer Ideologie, der Positionierung zum Einsatz von Gewalt und zur Eingliederung in ein parlamentarisches System bleiben bei vielen politisch Aktiven fließend. So wurde Religionsminister Nourredine El Khademi (unabhängig) in der ANC dafür kritisiert, dass er in seinen Ansprachen die tunesische Jugend zum Dschihad in Syrien aufgerufen habe, den Abbruch der Beziehungen zu Israel gefordert habe, Auftritte radikaler ausländischer Prediger in Tunesien fördere und die Moscheen keineswegs unter Kontrolle habe. Die Mehrheit der Bevölkerung hält diese (sehr medienwirksame) Form des radikalen Islam für vollkommen überflüssig und unislamisch, lehnt gewaltsame Aktionen entschieden ab und besonders jüngere Frauen beschweren sich über Einschüchterungsversuche der Salafisten im öffentlichen Raum.

Die große Mehrheit lehnt gewaltsame Aktionen entschieden ab

Eine neue politische Kultur

Doch abgesehen von der politischen Abgrenzung zwischen moderatislamistischen und radikalsalafistischen Kräften und sicherheitspolitischen Fragen hat sich die politische Kultur in Tunesien verändert. Es geht nicht nur um den Wettbewerb unterschiedlicher Weltanschauungen und Gesellschaftsmodelle, sondern auch um die Auseinandersetzung zwischen den Befürwortern eines tiefgreifenden Regimewandels (in welche Richtung auch immer), im Sinne einer neuen Ordnung, und den Gegenrevolutionären, die der alten Ordnung nachtrauern und sie wiederherstellen möchten. Eine neue politische Debatten- und Kompromisskultur ist entstanden, eine dynamische Parteienlandschaft, eine Heterogenisierung und Pluralisierung, bei gleichzeitiger Polarisierung zwischen der islamistischen Ennahda-Partei und der konservativen Nida Tounès-

Partei (um Beji Caid Essebsi), unter deren Mitgliedern und Anhängern sich auch Vertreter des alten Regimes wiederfinden.

Der schwindende Zuspruch für die Ennahda-Partei wird unter anderem auf ihre zu konziliante Haltung gegenüber dem gewaltsamen Dschihadismus interpretiert. Gleichzeitig äußert sich die interne Spaltung der Ennahda-Partei in einen moderaten und einen radikaleren Flügel insofern, als die Parteiführung eher kompromissbereit ist, während die Mehrheit der Mitglieder politische Kompromisse ablehnt und sich eine stärker islamisch-konservative Politik wünscht. Die Oppositions- und Mitte-Links-Parteien wiederum verlieren sich oft in der Kritik an der Ennahda als einzig gemeinsamem Nenner und formulieren kaum alternative Ansätze, Lösungsmöglichkeiten oder Arbeitsprogramme für Gegenwart und Zukunft.

Freiheit und Gleichheit sind im Entwurf nicht genügend berücksichtigt

Dass Ennahda mithilfe demokratischer Taktik versucht, einen theokratischen Staat zu errichten, wie dies islamkritische Stimmen suggerieren, mag übertrieben sein. Aber berechtigt ist die Kritik an den Zweideutigkeiten des Verfassungsentwurfs und an der Tatsache, dass zwei Hauptanliegen der Revolution – Freiheit und Gleichheit – zu wenig Berücksichtigung finden. So fehlt tatsächlich ein Artikel über den Staat als Garant der Freiheit und Gleichheit jeden Bürgers, ohne Diskriminierung des Geschlechts, der Ethnie, der Sprache, des Glaubens.

Auch die Gleichberechtigung von Mann und Frau, die alle Parteien in ihr Wahlprogramm geschrieben hatten, wird von der Ennahda-Partei so nicht mehr vertreten. Der Verfassungsentwurf schließt durch seine Formulierungen zur Religion all jene aus, die eine andere oder keine Religion haben.

Eine Verfassung gibt nicht nur den rechtlichen Rahmen, sondern auch die politische Identität eines Gesellschaftssystems vor. Doch noch mehr wird letztendlich davon abhängen, wie die verschiedenen politischen und gesellschaftlichen Akteure die Umsetzung der Verfassung ausfüllen werden, wie groß die Unabhängigkeit der Verfassungsrichter und der Justiz sein wird und in welchem Maße die tatsächliche Trennung der Staatsgewalten im politischen Alltag eingehalten werden wird.

Dr. Isabel Schäfer
ist Senior Research Fellow und Dozentin am Institut für Sozialwissenschaften der Humboldt-Universität zu Berlin und leitet dort das Projekt „Mittelmeer Institut Berlin (MIB)“ .

Das letzte Kapitel des alten Regimes

Die ägyptische Muslimbruderschaft hat keine wirtschaftspolitischen Rezepte

Amr Adly | **Ägyptens Wirtschaft leidet an einem gigantischen Haushaltsdefizit, einem Leistungsbilanzdefizit und einem massiven Rückgang der Währungsreserven. IWF-Kredite allein böten keine Lösung. Und was wäre die Strategie der Muslimbrüder? Die Macht sichern, jegliche harten Einschnitte vermeiden und ansonsten: weiter wie schon unter Hosni Mubarak.**

Kaum hatte Präsident Mohammed Mursi im Dezember 2012 die neue Verfassung Ägyptens ratifiziert, erklärte er die Übergangsphase offiziell für beendet. In der Tat verfügte das Land zur Jahreswende formal über einen neu gewählten Präsidenten, ein Parlament und eine Verfassung. Die Unruhen legten sich trotzdem nicht, die Proteste wurden gar stärker. Auch deshalb konnte sich die ägyptische Wirtschaft bislang nicht erholen, die Wachstumsraten blieben niedrig, es steht ein drittes Jahr (2013/14) des wirtschaftlichen Niedergangs in Folge bevor. Die Währungsreserven erreichten im Dezember 2012 mit der 15-Milliarden-Dollar-Marke einen alarmierenden Tiefstand. Seither ist Ägypten völlig von ausländischen Krediten abhängig, um die laufenden Kosten zu decken. Das Land steckt in einer scheinbar endlosen Übergangsphase. Die Negativnachrichten aus der Wirtschaft häufen sich seit der Revolution 2011.

Ägypten leidet an drei Problemen: einem riesigen Haushaltsdefizit, das auf 11 bis 12 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) geschätzt wird; einem Leistungsbilanzdefizit, das der Abschwächung des Tourismus und riesiger Kapitalabflüsse geschuldet ist; und schließlich einem massiven Rückgang der Währungsreserven. Keines der Probleme ist neu. Es handelt sich um strukturelle und chronische Probleme, die aufgrund der politischen Unruhen nach dem Sturz Hosni Mubaraks und der mangelhaften Gestaltung der Übergangsphase jedoch noch dringlicher geworden sind. Zudem betrifft die derzeitige Krise, so gravierend sie auch sein mag, nicht die reale Wirtschaft. Es handelt sich primär um eine Krise der Finanzwirtschaft, hauptsächlich im Bereich Staatsfinanzen und Währungsreserven.

Ägyptens Währungsreserven sind von 35 Milliarden Dollar im Januar 2011 auf rund 13 Milliarden Dollar im April 2013 geschwunden. Das Geld

wurde von der Zentralbank ausgegeben, um Importe zu finanzieren, Auslandsschulden zu bedienen, das ägyptische Pfund zu stützen und das System des „managed floating" aufrechtzuerhalten – und weil man fürchtete, dass eine Inflationswelle die breite Masse der urbanen und ländlichen Unter- und Mittelschicht träfe, deren Versorung von Nahrungs- und Brennstoffimporten abhängig ist. Währungsreserven sind die Achillesferse vieler Entwicklungsländer, die unter einem Leistungsbilanzdefizit leiden (Ägypten importiert doppelt so viel wie es exportiert) und deshalb auf die Ausfuhr von Dienstleistungen (Tourismus, Rücküberweisungen, der Suez-Kanal) angewiesen sind, und darauf, ausländische Direktinvestitionen anzulocken. Im Fall Ägypten reichte das bis 2009, um einen leichten Leistungsbilanzüberschuss zu erzielen; seitdem hat sich das Defizit aufgrund der globalen Finanzkrise ausgeweitet.

Die rasch sinkenden Währungsreserven sind die Achillesferse

Mubaraks Erbe

Der andere Aspekt der Krise ist das Haushaltsdefizit. Nachdem es in den frühen neunziger Jahren dank eines von dem Internationalen Währungsfonds (IWF) finanzierten Stabilisierungsprogramms wesentlich reduziert wurde, begann es Ende der neunziger Jahre wieder zu steigen. Da die Steuereinnahmen langsamer wuchsen als die Ausgaben, gerieten Mubaraks Wirtschaftsberater in immer größere Schwierigkeiten, ein sich konstant ausweitendes Haushaltsdefizit zu finanzieren, das bis 2011 bei rund 9 Prozent des BIP angelangt war. Mubarak setzte fast ausschließlich auf günstige Kredite aus dem staatlichen Monopol der Rentenfonds, die bei der Nationalen Investitionsbank hinterlegt sind. Die Kredite der Bank, die etwa 40 Prozent der internen Staatsschuld besitzt, finanzierten zum großen Teil das Staatsdefizit, während die Regierung die Auslandsverschuldung bewusst zurückfuhr. Die Inlandsverschuldung nahm allerdings beispiellose Ausmaße an: Nach einigen Schätzungen erreichte sie etwas über 100 Prozent des BIP.

Dann begann die Revolution. Die fortgesetzte politische Instabilität und der holprige Übergang verschärften die ökonomischen Unsicherheiten. In dieser verworrenen Situation brachten viele ihr Geld ins Ausland. Die ägyptische Zentralbank bezifferte die Kapitalflucht im Januar 2013 auf etwas über 13 Milliarden Dollar. Diese Abflüsse gingen mit langsamem Wachstum und niedrigen in- wie ausländischen Investitionsraten einher. Seit 2011 verzeichnet Ägypten Wachstumsraten zwischen 1 und 2 Prozent, verglichen mit durchschnittlich 6 Prozent jährlich zwischen 2005 und 2009. Für ein Land mit einem Bevölkerungswachstum von 1,9 Prozent bedeutet ein solch niedriges Wirtschaftswachstum, dass das BIP pro Kopf konstant zurück geht und der Lebensstandard jäh sinkt. Wie erwartet schnellte die Arbeitslosigkeit empor, was die sozialen und politischen Spannungen des Landes noch anheizte.

Die Regierungen, die Mubarak folgten, sahen angesichts schwindender Währungsreserven und eines grassierenden Haushaltsdefizits den einzigen Ausweg in Auslandskrediten.

Bild nur in Printausgabe verfügbar

Unter dem Obersten Militärrat begannen im März 2011 Verhandlungen mit dem IWF, doch haben eine Reihe von Verhandlungsrunden bislang keine Ergebnisse gebracht. Der glaubhafteste und vernünftigste Grund, der den endlosen Prozess aus Verhandlungen und Neuverhandlungen der Kredite erklärt, ist der potenziell hohe politische Preis, den jede regierende Partei durch Sparmaßnahmen zahlen müsste. Dies galt für den Obersten Militärrat der Streitkräfte und gilt mit Sicherheit heute für die Muslimbruderschaft.

Mit Auslandskrediten aus der Krise?

Im Juli 2012 wurde in Ägypten der erste demokratisch gewählte Präsident vereidigt. Die Diskussion über die Wirtschaftspolitik aber blieb trotz einer sich stetig verschlechternden ökonomischen Lage die völlig gleiche. Als einzige Lösung für Ägyptens Finanz- und Steuerprobleme gelten weiterhin Anleihen ausländischen Geldes, um die beinahe aufgebrauchten Währungsreserven und den Haushalt zu stützen. Jede Vergrößerung der inländischen Staatsschulden wäre eine zu gewaltige Last für die Wirtschaft insgesamt, war von mehreren Regierungsvertretern zu hören. Denn die Zinssätze für kurzfristige Staatsanleihen, die in der Landeswährung gezeichnet sind, sind weitaus höher als jeder Zinssatz, der von internationalen Finanzinstituten gesetzt würde; außerdem würde eine größere staatliche Kreditaufnahme während einer Rezession die Geldzufuhr für den Privatsektor noch weiter drosseln und so die Investitionskosten einer ohnehin schon angeschlagenen Volkswirtschaft erhöhen. Nicht nur erachtet die Regierung offiziell den IWF als Schlüssel, um mehr ausländische Kredite zu erhalten. Der IWF würde auch für eine wirtschaftliche Stabilität zeugen, was die Regierung nutzen will, um ausländische Investitionen anzulocken und die lang erhoffte wirtschaftliche Erholung zu bewerkstelligen.

Die Debatte über Auslandskredite

Die vergangenen zwei Jahre waren geprägt von einer intensiven Debatte über die Vor- und Nachteile von IWF-Krediten und ausländischen Darlehen im Allgemeinen. Die Gegner von Auslandsanleihen sind überzeugt, dass die Sparmaßnahmen, die der IWF vorgeben würde, sich katastrophal auswirken und den Lebensstandard der großen Mehrheit der Ägypter weiter verschlechtern würden. Den in Aussicht gestellten 4,8-Milliarden-Dollar-Kredit hat der IWF mit der Bedingung verknüpft, das Wirtschaftsprogramm der Regierung in den kommenden vier Jahren zu genehmigen. Details aus dem Entwurf dieses Programms, die bereits durchgesickert sind, deuten auf eine Kombination aus niedrigeren öffentlichen Ausgaben durch eine Kürzung der Nahrungs- und Energiezuschüsse, erhöhte indirekte Steuern und eine Abwertung des ägyptischen Pfundes hin. Linke und nasseristische Kritiker sind der Meinung, dass Sparmaßnahmen dieser Art die Rezession nur verschärfen und die breite Masse der Mittelklasse und der ärmeren Schichten der Stadt- und Landbevölkerung hart treffen würden. Außerdem würden die Konditionen des IWF-Kredits dazu führen, dass Entscheidungsgewalten vom ägyptischen Staat auf ausländische Kreditgeber übertragen werden.

Der IWF verlangt ein Veto bei Ägyptens Wirtschaftsprogramm

Würde eine Kapitalspritze von außen die ägyptische Wirtschaft tatsächlich retten? Vermutlich nicht. Denn erstens ist ein Volumen von 4,8 Milliarden Dollar fast schon verschwindend gering angesichts eines Haushaltsdefizits, das im laufenden Finanzjahr auf 30 Milliarden Dollar geschätzt wird. Außerdem dürfte der IWF-Kredit die Währungsreserven kaum in bedeutendem Ausmaß abpolstern; dessen Wert entspricht ja kaum den Kosten für die Importe von zwei Monaten. Deshalb hat die Regierung den IWF-Kredit, so gering er auch sein mag, als nur ersten Schritt eines langen Weges bezeichnet, um, so der ehemalige Minister für internationale Zusammenarbeit, binnen 18 Monaten 14 Milliarden Dollar an Krediten zu sichern.

Derlei ausländische Kreditaufnahmen wären aber nicht durchzuhalten, denn die Summen würden die durchschnittliche Auslandskreditaufnahme unter Mubarak um das 14-Fache übersteigen. Mit anderen Worten: Ägyptens Auslandsschuldenstand würde in weniger als zwei Jahren um fast 40 Prozent steigen, obwohl sich die inals auch ausländische Staatsverschuldung bereits der 100-Prozent-Marke nähert. Damit gehörte Ägypten zu den meistverschuldeten Ländern der Welt. Solche Zahlen allein sollten die Strategie, das Land mittels neuer Kreditaufnahmen aus seiner Finanz- und Wirtschaftskrise zu befreien, eigentlich ausschließen. Denn sie würde nur zu einer Verschuldungsspirale führen: Eine Kreditaufnahme würde die nächste nach sich ziehen, die Ägyptens Möglichkeiten, die Schulden zu begleichen, überschreiten und das Land an den Rand des Staatsbankrotts bringen.

Von der Hand in den Mund

Was die Strategie der Regierung noch problematischer macht, ist die Tatsache, dass die massiven Auslandskre-

dite zur Deckung der laufenden Ausgaben gedacht sind, nicht etwa für Investitionen. Das bedeutet: Sind die Kredite aufgebraucht, dürfte es nicht genügend finanzielle Ressourcen geben, um sie mittel- oder langfristig zurückzuzahlen. Die ägyptische Regierung hat bereits etwa zehn Milliarden Dollar in dem laufenden Haushaltsjahr (seit Juli 2012) aus dem Ausland gesichert, um das immer größer werdende Haushaltsdefizit und die Grundnahrungs- und Energieimporte zu finanzieren – Kredite in Form von türkischen und katarischen Einlagen bei der ägyptischen Zentralbank (etwa vier Milliarden Dollar) sowie in Form von Anleiheaufkäufen durch Katar (etwa drei Milliarden Dollar) und durch Libyen und die Türkei (in ungefähr gleicher Höhe). Dieser Kapitalzufluss hat den Auslandsschuldenstand binnen sieben Monaten bereits von 38 auf 43 Milliarden Dollar getrieben, das ist ein Zuwachs von bemerkenswerten 13 Prozent.

Die massive ausländische Kreditaufnahme wurde benutzt, um Importe zu finanzieren, den Schuldendienst zu leisten, damit Ägypten nicht den Staatsbankrott erklären muss, und um das ägyptische Pfund zu stützen. Das legt den „Von-der-Hand-in-den-Mund"-Charakter des Ansatzes bloß: Das ist kurzfristig schon nicht durchzuhalten; langfristig sind höhere Auslandskredite einfach schädlich. Das Geld, das die ägyptische Regierung sichern konnte, erwies sich als kurzfristige Alternative zu dem bislang nicht abgeschlossenen IWF-Kredit. Allerdings ist selbst die Regierung der Meinung, dass eine Vereinbarung mit dem IWF am Ende unvermeidlich ist. Seinerseits weiß der IWF sehr genau, dass Ägyptens Strategie der Auslandskredite nicht lange tragbar ist, sollte das Land nicht seine öffentlichen Finanzen umstrukturieren. Deshalb will der IWF sicherstellen, dass sein 4,8-Milliarden-Dollar-Kredit nicht dazu verwandt wird, das sich stetig vergrößernde Haushaltsloch zu stopfen oder die schwindenden Währungsreserven zu stützen; vielmehr soll eine Umstrukturierung der Haushalts- und Geldpolitik finanziert werden.

Und die Politik?

Dies führt zur entscheidenden politischen Frage: Ist die ägyptische Regierung – angeführt von der Muslimbruderschaft – fähig und in der Lage, eine fiskalische Restrukturierung in Angriff zu nehmen und den politischen Preis eines solchen Weges zu zahlen? Kann das Regime angesichts politischer Instabilität und sich verstetigenden sozioökonomischen Protesten die harschen Sparmaßnahmen, die der IWF als notwendig erachtet, durchsetzen, um das Land aus seiner wirtschaftlichen Misere herauszuführen?

Der Spielraum Präsident Mursis ist äußerst begrenzt, die politische Landschaft zutiefst zerklüftet und die Opposition – seien es nun die Salafisten auf der Rechten oder Linke, Liberale und nasseristische Parteien und Gruppen – werde dem Präsidenten eher Probleme bereiten wollen, als ihm Handlungsräume für harte Einschnitte zu gewähren. Hinzu kommen die sozialen und ökonomischen Proteste, in Form von Streiks, Demonstrationen und Sit-ins, die seit dem Sturz Mubaraks eher häufiger als seltener stattfinden. Die strukturellen Ursachen, die diese Proteste

auslösen, bestehen weiter fort, ohne dass die neuen Machthaber Anstalten machen oder auch nur das planmäßige Vorhaben andeuten, diese Missstände zu beheben. Darüber hinaus hat der Zusammenbruch des Polizeistaats immer mehr Gruppen unter den Arbeitern, den Bauern und der städtischen und ländlichen Unterschicht dazu ermutigt, auf die Straße zu gehen. Jeder harte Einschnitt, der zu einer Erhöhung der Nahrungs- oder Treibstoffpreise führen würde, könnte in einem Volksaufstand oder zumindest in Plünderungen und Ausschreitungen enden. Das würde einen Bogen von den „Brotaufständen" gegen Machthaber Anwar al-Sadat vom Januar 1977 zu den Aufständen vom Januar 2011 schlagen. Sollte das eintreten, könnte das neue Regime schnell so unter Druck geraten, dass ein Coup des Militärs fast schon zwingend notwendig wäre, um die öffentliche Ordnung zu erhalten oder wiederherzustellen.

Die drastischen Folgen einer Sparpolitik sorgen die Muslimbrüder zutiefst

Dass die Folgen einer Sparpolitik derart drastisch sein könnten, sorgt die Muslimbruderschaft zutiefst – wie zuvor schon den Militärrat und Ex-Präsident Mubarak. Und dies ist ganz gewiss der falsche Zeitpunkt, um sich mit einem städtischen Prekariat oder der Mittelklasse anzulegen. Nicht einmal in den Zeiten, als Mubarak höchste Popularität genoss und die volle Kontrolle über Militär und Polizei innehatte, hat er es gewagt, den offenkundig problematischen Anstieg der Nahrungs- und Treibstoffzuschüsse zu stoppen. Würde das heute eine in die Defensive geratene Muslimbruderschaft wagen? Wohl kaum. Hauptsächlich deshalb haben sie sich noch nicht entschließen können, einen IWF-Kredit anzunehmen.

Der politische Ausweg

Um es klar und deutlich zu sagen: Der IWF-Kredit und all jene Auslandsdarlehen, die die Regierung anschließend zu sichern hofft, können eine wirtschaftliche Erholung Ägyptens keineswegs garantieren. Die aber ist dringend notwendig, um größeres Wachstum zu erzeugen, Arbeitsplätze zu schaffen, die Währungsreserven wieder aufzufüllen und die Importbedürfnisse des Landes zu finanzieren. Der Schlüssel dazu liegt aber außerhalb der Sphäre der Ökonomie mit ihren finanziellen Detailfragen. Um die wirtschaftlichen Probleme Ägyptens zu lösen, bedarf es politischer Maßnahmen. Das kann nur gelingen, wenn ein stabiles und legitimiertes politisches System etabliert wird, das die Probleme der Bürger kanalisieren und ihre Interessen austarieren kann.

Für Ägyptens tiefliegenden und komplexen sozioökonomischen Probleme und Missstände gibt es keine schnellen Rezepte, nur Maßnahmen, die auf Langfristigkeit angelegt sind. Unmittelbar möglich wäre nur, institutionelle und politische Lösungen zu finden, die vertrauenswürdig und effizient sind, um das Gerüst für die langfristigen Reformen und Veränderungen zu entwerfen und diese dann über einen größeren Zeitraum umzusetzen.

Dass die Muslimbruderschaft nicht über ein politisches oder entwicklungsorientiertes Programm verfügt, das diese Bezeichnung verdiente, verkompliziert es aber weiter, eine solche Lösung zu erarbeiten. Mursi wurde

gewählt, weil er angeblich ein umfassendes Langzeit-Reformprogramm unter der Bezeichnung „Renaissance-Projekt“ ausgearbeitet hatte. Allerdings erwies sich das Projekt nach Mursis Machtübernahme als Schimäre. Man kann heute mit Sicherheit sagen, dass die Muslimbrüder keine klare Vorstellung haben, wie die ägyptische Wirtschaft aussehen soll oder wie sich der Staat in einer politischen Ordnung nach Mubarak zu Marktmechanismen verhalten sollte. Stattdessen haben sich die Muslimbrüder in unfruchtbaren, nur auf Kurzfristigkeit angelegten Überlegungen verloren, die ihr eigenes politisches Überleben sichern sollen. Zweieinhalb Jahre nach Mubaraks Sturz reichen die wirtschaftspolitischen Ambitionen nur noch so weit, wieder auf den Stand von Dezember 2010 zu kommen. Die neue Regierung scheint weder über die Mittel noch den Vorsatz zu verfügen, die gewaltigen sozialen und politische Probleme in Angriff zu nehmen, die in erster Linie zum Sturz Mubaraks geführt haben.

Kurzum: Die Muslimbruderschaft hat die Chance vertan, ein tatsächlich repräsentatives politisches System zu etablieren, das die sozialen und politischen Proteste abfangen und kanalisieren und das breite soziale Koalitionen bilden könnte, die sich Reformen wünschen. Im Gegenteil haben sie auf Kompromisse und Absprachen mit denjenigen Kräften gesetzt, die für die alte Ordnung und Partikularinteressen stehen, sei es das Militär, die Geheimdienste, die Polizei oder sogar Mubaraks „alte Kumpels“. Die Strategie der Muslimbruderschaft läuft darauf hinaus, sich die Macht in Allianz mit alten Kräften des Staates zu sichern – und zwar so, dass es unmöglich ist, die Reformen umzusetzen, die man vor allem den Millionen Ägyptern versprochen hat, die sich aktiv in sozialen und politischen Protesten engagieren. Die Verfassung, die die Muslimbruderschaft durchgesetzt hat, schränkt grundlegende Bürger- und Freiheitsrechte ein und beschneidet fundamentale Wirtschafts- und Sozialrechte. Zudem erwägt die Regierung restriktive Gesetze für zivilgesellschaftliche Gruppen, Gewerkschaften und Genossenschaften. Das politische System, das daraus erwächst, ist vollständig gelähmt; die wirtschaftlichen Probleme des Landes sind damit nicht zu managen, geschweige denn zu bekämpfen. Jetzt ist die neue Regierung mit den gleichen Protestbewegungen konfrontiert, die schon Mubarak während seiner letzten Amtsjahre herausgefordert hatten. Im Grunde schreibt die Muslimbruderschaft kein neues Kapitel. Sondern das letzte Kapitel des alten Regimes.

Das politische System ist mit der neuen Verfassung völlig gelähmt

Dr. Amr Ismail Ahmed Adly ist Post-Doctoral Fellow beim Arab Reform and Democracy Program des Center for Democracy, Development and the Rule of Law an der Stanford University.

Kollektive Obsession

Frankreichs Deutschland-Komplex und die Zukunft der Achse Paris – Berlin

Claire Demesmay | **Selten waren die Blicke der Franzosen so stark auf Deutschland gerichtet wie heute. Seit Nicolas Sarkozy im Präsidentschaftswahlkampf 2012 das „deutsche Modell" überschwänglich lobte, steht Deutschland im Fokus der öffentlichen Diskussion. Doch der Tenor ist derzeit alles andere als positiv. Wie ernst ist die deutsch-französische Beziehungskrise?**

Eine der Folgen der Wirtschafts- und Sozialkrise ist die Fokussierung der Politik auf Wirtschaftsthemen. Das wirft ein grelles Licht auf Frankreichs ökonomische Lage – und auf das Auseinanderdriften des einstigen europäischen Tandems. Gerade da, wo Frankreich schlecht abschneidet, ist Deutschland ein zentraler Vergleichspunkt geworden. Etwa beim Kampf gegen die Arbeitslosigkeit, beim Mittelstand, bei der Handelsbilanz oder der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen. Die Deutschland-Berichterstattung zeugt von einer kollektiven Obsession. Neben Neid ist es auch Kritik, die dabei zum Ausdruck kommt – etwa wenn der Zusammenhang zwischen Agenda 2010 und sozialen Ungleichheiten hergestellt wird.[1]

Wie in den anderen europäischen Hauptstädten ist man sich in Paris der Machtverschiebungen sehr bewusst, die die Schuldenkrise in der EU bewirkt hat. Doch nirgendwo anders nährt diese Feststellung so große Verunsicherungen über die eigene Führungsrolle auf der europäischen Ebene. Während an Berlin kein Weg mehr vorbeizuführen scheint, befürchtet man an der Seine, sich kein Gehör mehr verschaffen zu können.

Angst, den Anschluss zu verlieren

Hinter den Kommentaren über die wachsende Asymmetrie zwischen den Nachbarn steht die von Entscheidungsträgern und Meinungsbildern jeglicher Couleur geteilte Befürchtung, den Anschluss zu verlieren.

Als Reaktion auf diese Entwicklung hatte sich Präsident Sarkozy am Ende seiner Amtszeit den Forderungen Berlins angeschlossen und die üblichen Wünsche Frankreichs, etwa in Sachen Euro-Bonds, ausgeklammert. Ganz anders sein Nachfolger: Um seinem Land mehr Gewicht zu

[1] Vgl. Guillaume Duval: Made in Germany. Le modèle allemand au-delà des mythes, Paris 2013.

verleihen, holte sich François Hollande gleich nach seiner Wahl Unterstützung aus Rom und Madrid. Dabei ging es nicht einmal darum, gegen Deutschland Stimmung zu machen, sondern eher, von Berlin überhaupt ernst genommen zu werden. Immerhin ist der Präsident inzwischen zu einer klassischeren Vorstellung der deutsch-französischen Zusammenarbeit zurückgekehrt, wie der gemeinsame Vorschlag zum Ausbau der Wirtschafts- und Währungsunion für den EU-Gipfel im Juni zeigt.

Bedingt kompromissbereit

Und doch: Der Frust ist groß in Paris, und er ist umso größer, als der Eindruck herrscht, die deutsche Seite lasse sich nur höchst ungern zu Zugeständnissen bewegen. Besonders die Verhandlungen über den EU-Haushalt 2014–2020 haben bleibende Erinnerungen hinterlassen. Während sich Paris für mehr europäische Investitionen einsetzte, machte sich Berlin mit Rücksicht auf seinen Konsolidierungskurs für eine Begrenzung der Ausgaben stark – und befand sich in diesem Punkt auf einer Linie mit London. Unter französischen Entscheidungsträgern wird die deutsche Haltung bei diesen Verhandlungen rückblickend als „sehr hart" beurteilt.[2]

Als Gegenleistung für die Ratifizierung des Fiskalvertrags, die trotz scharfer Kritik aus den Regierungsparteien zügig über die Bühne ging, hatte man auf ein Entgegenkommen Deutschlands gehofft.

Auch bei anderen Themen wie der Klima- und Energiepolitik vermissen französische Diplomaten eine ausreichende Kompromissbereitschaft von Berlin. Oft haben sie das Gefühl, vor nicht verhandelbaren Positionen zu stehen, während ihre eigenen Vorschläge regelmäßig auf Ablehnung stoßen. Wohlmeinende Beobachter führen das Verhalten der deutschen Seite auf die kommende Bundestagswahl zurück. Andere zweifeln ganz grundsätzlich daran, ob die deutsche Politik „noch Lust auf die deutsch-französische Beziehung hat und Frankreich immer noch braucht". Auch hinter dem deutschen Interesse an einer verstärkten Kooperation mit Polen sieht man nicht selten die Suche nach Alternativen zur deutsch-französischen Zusammenarbeit.

„Braucht die deutsche Politik Frankreich überhaupt noch?"

Was die französischen Entscheidungsträger so ungeduldig macht, ist die Sorge um die soziale und politische Lage des eigenen Landes wie auch der südlichen Nachbarstaaten. Tatsächlich wird die Brisanz der Situation auf beiden Seiten des Rheins unterschiedlich eingestuft. In Paris sieht man in der Mischung aus hoher Jugendarbeitslosigkeit, fortschreitender Verarmung der Bevölkerung und aufkommenden Protestparteien einen potenziellen Brandherd. Von einem Süden als „Pulverfass" und einem „Spiel mit dem Feuer" ist die Rede. Vor diesem Hintergrund verlangt Paris, dass Deutschland die Rolle einer europäischen Konjunkturlokomotive übernimmt, vor allem aber seine Forderung nach einer strikten

[2] Dieses und die folgenden Zitate stammen aus Gesprächen der Autorin im französischen Außenministerium und Elysée-Palast am 15. und 16. Mai 2013.

Bild nur in Printausgabe verfügbar

Sparpolitik aufgibt und sich EU-Wachstumsprogrammen nicht weiter verweigert.

„Egoistische Unnachgiebigkeit“

Diese Nervosität erklärt die verbalen Ausfälle eines Teiles des Parti Socialiste (PS) gegenüber Deutschland – ohne sie zu entschuldigen. So wurde in einem Parteiantrag des PS Ende April „die egoistische Unnachgiebigkeit von Bundeskanzlerin Merkel“ angeprangert.

Nachdem mehrere hochrangige Sozialisten wie Premier Ayrault, Innenminister Valls und die Abgeordnete Guigou sich schockiert über diese Passage geäußert hatten, wurde sie zwar gestrichen. In der endgültigen Fassung des Antrags, die Anfang Juni angenommen wurde, wird dennoch eine „Konfrontation mit den europäischen Konservativen“ gefordert, die durch ihre Austeritätspolitik „Europa beschädigt und die Europäer in soziale Not getrieben haben“.

Das Gefühl, sich bei dringendem Handlungsbedarf in einer Blockadesituation zu befinden, hat in französischen Regierungskreisen manche irrationale Reaktion hervorgerufen. So auch die Hoffnung auf einen Wahlsieg Peer Steinbrücks, die Hollande und sein Team eine Zeit lang zu hegen schienen. Dass die Chancen für einen Kanzlerwechsel eher gering sind, muss ihnen jedoch im Grunde klar gewesen sein. Und dass sich auch in diesem Fall der Kurs der deutschen Europa-Politik nicht fundamental ändern würde, hätten sie aus ihren Gesprächen mit den Sozialdemokraten entnehmen können.

Genauso wie die Suche nach „einem geeigneten Sündenbock, um sich schwierigen Reformen zu entziehen“ (so der stellvertretende Direktor des Deutsch-Französischen Instituts, Henrik Uterwedde), mag die Zuflucht in solche Wunschbilder dazu gedient haben, bei der Umsetzung schmerzhafter Maßnahmen Zeit zu gewinnen.

Vor allem aber galt dieser kollektive Glaube als Lichtblick in einer Zeit der Perspektivlosigkeit. Zumindest ließ er den Handlungsspielraum der französischen Politik größer erscheinen, als er in Wirklichkeit ist. Dadurch half er, den Frust, der sich aus der Schwächung Frankreichs ergibt, zu lindern – zumindest vorläufig.

Mehr als höfliche Gesten

Mittlerweile scheint die Regierung wieder zu einer realistischeren Einstellung gefunden zu haben. Statt auf einen günstigeren Zeitpunkt zu warten, die bilaterale Zusammenarbeit wiederzubeleben, ist François Hollande in die Offensive gegangen. Davon zeugen seine Vorschläge für eine Wirtschaftsregierung der Euro-Zone, die er Mitte Mai auf einer Pressekonferenz vorstellte. Zu dieser Wende hat die Fristverlängerung beigetragen, die die EU-Kommission Frankreich beim Defizitabbau gewährt hat.

Hollandes Lob des „Realismus" der deutschen Sozialdemokraten auf der SPD-Jubiläumsfeier Ende Mai war mehr als nur eine höfliche Geste gegenüber seinen Gastgebern. Er wollte damit Reformbereitschaft signalisieren – ausgerechnet in Deutschland. Die Zugeständnisse der Bundesregierung in Bezug auf die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit und die Investitionsprogramme im Energiebereich kommen Paris sehr entgegen. Der Schein eines deutsch-französischen Kompromisses ist somit gewahrt, das bilaterale Verhältnis einstweilen entlastet.

Dennoch sind damit längst nicht alle Meinungsverschiedenheiten aus dem Weg geräumt. Vor allem bleibt in den Regierungskreisen beiderseits des Rheins das Misstrauen gegenüber dem Partner bestehen – was allerdings in deutlichem Gegensatz zur Wahrnehmung der Bevölkerung steht. So beurteilen einer BBC-Umfrage von Ende Mai zufolge 81 Prozent der französischen Befragten den Einfluss Deutschlands in der EU als positiv.

Während französische Intellektuelle und Politiker das europapolitische Engagement Deutschlands in Frage stellen, bezweifeln deutsche Entscheidungsträger die Reformbereitschaft der französischen Regierung. Um sich von solchen Zerrbildern zu verabschieden, müssen Berlin und Paris ihren bilateralen Dialog wieder intensivieren und dabei auf die Sorgen des Partners hören.

81 Prozent der Franzosen bewerten Deutschlands Einfluss in der EU positiv

Nach dem Streit über die Reform der EU-Institutionen im Jahre 2000 hatten Deutschland und Frankreich die so genannten Blaesheim-Gespräche eingeführt. Mit diesem informellen Diskussionsformat konnten sie damals eine schwere bilaterale Krise überwinden und der europäischen Integration neue Dynamik verleihen. An diese Tradition sollten beide Länder wieder anknüpfen. Je eher, desto besser.

Dr. Claire Demesmay leitet das Programm Frankreich / Deutsch-französische Beziehungen im Forschungsinstitut der DGAP.

Europa sucht sein Energie-Silicon Valley

Was die deutsch-französische Zusammenarbeit bewirken könnte

Susanne Nies | **Berlin setzt auf Erneuerbare, Energieeffizienz und den Abschied von der Atomkraft. Paris dagegen bleibt den Meilern ebenso treu wie skeptisch gegenüber den Erneuerbaren – und damit auch gegenüber Energiepolitik à l'allemande. Dabei gäbe es nichts Dringlicheres als eine grenzüberschreitende Energiekooperation. Wie könnte die gelingen?**

„Machen wir aus der Energiewende den Motor der deutsch-französischen Zusammenarbeit" – so lautete in *Le Monde* der Titel des gemeinsamen Namensbeitrags von Bundesumweltminister Peter Altmaier und seiner französischen Kollegin Delphine Batho, der am 14. Mai 2013 zeitgleich auch im Berliner *Tagesspiegel* erschienen ist. Deutsch-französische Energiezusammenarbeit? Zugegeben, das ist auf den ersten Blick eine einigermaßen überraschende Vorstellung. Denn niemals, so scheint es, haben sich Energiepolitiken in zwei Nachbarländern so radikal voneinander unterschieden wie heute jene Deutschlands und Frankreichs.

Auseinandergedriftet

Nun zeigt ein Blick in die Geschichte, dass Paris und Berlin nicht immer so unterschiedlich in Sachen Strom tickten wie heute: Gegen Ende des 19. Jahrhunderts, aber auch in den siebziger Jahren war man sich im Grunde einig: Man glaubte an Kohle, später dann an Atomkraft.

Energiepolitik bezeichnet seit den weltverändernden Erfindungen der Tesla, Edison und Westinghouse eigentlich Strompolitik. Die Anfänge der Strompolitik basierten auf der Wasserkraft: Davon hatte und hat Frankreich viel, Deutschland wenig. Deutschland hatte Kohle, und Frankreich folgte mit der Eröffnung der Lothringer Zechen – auch wenn diese qualitativ hinter denen des Ruhrgebiets zurückstanden. Es folgte das zunächst spottbillige Öl. Man betrieb dies- und jenseits des Rheins so lange bedenkenlos Ölverstromung, bis die Ölschocks Einhalt geboten und schließlich Umweltbedenken diese Methode nur noch für außerordentliche Notsituationen vertretbar erscheinen ließen.

„Wir haben kein Öl, aber wir haben Ideen!", tönte es da Anfang der siebziger Jahre aus Paris. Atomkraft wurde zum neuen Credo des Post-Öl-

schock-Europas und der USA. Doch wurde der Traum vom grenzenlosen Wachstum durch kostenlosen Strom – „zu billig, als dass es sich lohnen würde, den Verbrauch zu messen" – immer wieder von gravierenden Sicherheitsbedenken gestört, von Harrisburg über Tschernobyl bis hin zu Fukushima.

Das zentralistische Frankreich, kartesianisch und fortschrittsgläubig, hielt allen Bedenken zum Trotz an der Vorstellung einer beherrschbaren Atomenergie fest. Dabei wurde, anders als in Deutschland, die Kohleverstromung so gut wie eingestellt, nicht zuletzt aufgrund einiger schwerwiegender und ins kollektive Gedächtnis eingegangener Grubenunglücke.

Auch Gas wurde in Frankreich, anders als in der Bundesrepublik, weder für Heizung noch für Strom in größerem Umfang eingeführt. Der Anteil der Atomkraft stieg seit den siebziger Jahren kontinuierlich auf die heutigen 78 Prozent des Stromerzeugungsmixes an – damit lag er vor der bis dato führenden Wasserkraft.

Deutschland entschied sich für einen Mix aus Kohle, Gas und Atomkraft. Erst die grüne Bewegung in Deutschland legte die ideologischen Grundlagen für die spätere Energiewende. Eine grüne Bewegung von einer vergleichbaren politischen Bedeutung gab es in Frankreich nie, auch wenn die Sensibilität für Gesundheits- und Umweltthemen in den vergangenen Jahren stark gewachsen ist. Der Beschluss, alle deutschen Atomkraftwerke bis zum Jahr 2022 abzuschalten, besiegelte 2011 ein grundsätzliches Auseinanderdriften, auf das man auf französischer Seite bislang keine Antwort gefunden hat.

Hat Frankreich überhaupt ein Konzept? Nein. Den im Lande mitunter erheblich auseinandergehenden Auffassungen trägt man in Paris Rechnung, indem man auf alles verzichtet, was auf eine Gestaltung der Zukunft jenseits des derzeitigen Status quo hinausliefe. Deutschland dagegen ist das einzige Land in Europa, das einen energiepolitischen Langzeitfahrplan verfolgt. Der gesellschaftliche Konsens ist groß. Die Energiedebatte trägt teilweise religiöse Züge, mitunter nimmt sie Kreuzzugscharakter an. Natürlich ist das zum Teil eine Antwort auf die Arroganz der Vergangenheit, als Stromunternehmen ihren Kunden auf die Frage nach Atomstrom sarkastisch die Antwort zuriefen: „Atomkraft? Ihr Strom kommt doch aus der Steckdose!" Nichtsdestotrotz täte ein bisschen weniger romantische Verklärung der deutschen Diskussion gut.

Deutschlands energiepolitischer Eifer trägt teilweise religiöse Züge

Unterwegs ins Abseits

Ganz anders stellt sich die Situation in Frankreich dar. Keine breite Debatte, keine grundsätzliche Neuorientierung. Eine neue energiepolitische Leitlinie ist nicht erkennbar; fast scheint es, als setze man für die kommenden Jahrzehnte auf Zentralismus, passiv bleibende Verbraucher und Staatskapitalismus Colbertscher Prägung. Und das, obgleich mittlerweile bekannt sein dürfte, dass die hohe Abhängigkeit von nur einer – und aufgrund der steigenden Sicherheitskosten immer teurer werdenden – Technologie wie der Atomkraft gewaltige Risiken birgt. Wenn Frankreich weiter auf das Altbewährte setzt, könnte es sich gemein-

sam mit einigen Ländern Osteuropas von der Energiewende in Europa abkoppeln und damit ins Abseits begeben. Und wie sollte ein Land mit einem solchen Strom-Mix im Falle eines schwerwiegenderen Unfalls auf eine andere Energie umsatteln können?

Zum Vergleich: In Japan betrug der Anteil der Atomkraft im Jahre 2011, zur Zeit der Katastrophe von Fukushima, nur um die 30 Prozent. Nach Fukushima setzte in Frankreich eine Debatte um die Reduzierung ein, die den damaligen Präsidentschaftskandidaten François Hollande zu einem Wahlkampfversprechen „von 78 auf 50 Prozent im Jahr 2025“ veranlasste. Doch bleibt unklar, wie das funktionieren soll, vor allem im Zeichen von Wirtschaftskrise und Rezession. Immerhin scheint beschlossene Sache, dass man Fessenheim, den kleinen alten Reaktor am Rhein, bis 2017 abschalten will; bis dahin wird der Reaktor 40 Jahre alt sein. Darüber hinaus aber besteht wenig Klarheit.

Der Atomkraft-Anteil am Energiemix soll bis 2025 auf 50 Prozent sinken

Zwar hat im vergangenen Jahr eine Energiewende-Kommission unter Federführung der Sozialistin und früheren Chefin des Atomkonzerns Areva, Anne Lauvergeon, ihre Arbeit aufgenommen. Sie soll bis zum Sommer einen Plan vorlegen. Doch das dürfte nicht unbedingt der große strategische Wurf werden, sondern eher eine Ansammlung überschaubarer Maßnahmen etwa zur Steigerung der Energieeffizienz. Viele Interessengruppen an einer Debatte zu beteiligen, hinter der keine klaren Richtungsvorgaben stehen, ist ein eher bürokratischer als wirklich demokratischer Ansatz.

Immerhin: ein Anfang

Und wie steht es mit der erwähnten deutsch-französischen Erklärung zur energiepolitischen Zusammenarbeit? Da findet man einiges zur Schaffung eines Deutsch-französischen Büros für erneuerbare Energien, aber auch ein Plädoyer für mehr europäische Stromverbindungen, für die Reduzierung von CO_2-Emissionen, für Arbeitsplätze, die durch Erneuerbare geschaffen werden sollen, und vieles mehr. Das könnte ein – wenn auch bescheidener – Anfang sein.

Leider bleiben andere vielversprechende Optionen außen vor: Warum beruft man sich nicht auf bestehende Kooperationsparagrafen, die etwa in der Erneuerbare-Energien-Richtlinie der EU ausdrücklich vorgesehen sind, warum beschließt man nicht, die nationalen Fördersysteme zu öffnen und nach schwedisch-norwegischem Muster gemeinsame „grüne“ Stromzertifikate zu drucken? Mehr Stromverbindungen in Europa senken Kosten und fördern den bislang nur ansatzweise vorhandenen Energiebinnenmarkt. Auch ein gemeinsames Bekenntnis zum Emissionshandel wäre wichtig, denn dessen Weiterbestand ist derzeit stark gefährdet; seine nachhaltige Schwächung würde Europas Klimapolitik aushebeln.

Eine deutsche Energiewende gegen Europa ist ebenso unmöglich wie es die deutsche Vereinigung ohne eine europäische war. Eine offene deutsch-französische Diskussion über unterschiedliche Konzepte könnte Antworten auf die Frage liefern, wo die europäische Reise künftig hingehen soll. Das ist umso nötiger, als sich Deutschland und Frankreich heute recht fremd geworden sind. Die zentral-

staatliche Denkweise hier, die auch die Energiepolitik dominiert, kennt nichts Vergleichbares in Deutschland. Und umgekehrt wird es Paris nie gelingen, das „Deutsche Modell“ und auch die Energiewende zu verstehen, wenn es nicht das für Deutschland typische kreative Chaos der dezentralen Beiträge aus Kommunen und Bundesländern zu begreifen lernt.

In Sachen Strommarkt-Liberalisierung, Klimaziele, Entwicklung der Erneuerbaren und Innovationen in der Energietechnik hat sich das vielgescholtene Europa heute eine Spitzenposition in der Welt erobert.[1] Damit die europäische Energiepolitik weiter vorankommt, werden Deutschland und Frankreich eine gemeinsame Vorstellung von Energiepolitik entwickeln müssen. Sie müssen von ihren nationalen Egoismen ablassen, ihre Politiken stärker koordinieren und sich eine integrierte Energie-EU auf die Fahnen schreiben. Das wäre dann die deutsch-französische Energiepolitik 2.0, deren Fehlen die EU heute viel Zeit kostet – und Geld.

Denn der Ausbau der erneuerbaren Energien in Europa, um ein Beispiel zu nennen, ist notwendig, aber teuer. Derzeit explodieren die Kosten förmlich – allein 38 Milliarden Euro betrugen die Subventionen im Jahr 2012. Durch eine Zusammenarbeit ließen sich die finanziellen Aufwendungen deutlich reduzieren. François Hollande hat Recht, wenn er dafür plädiert, die Entwicklung der Erneuerbaren in Europa zu harmonisieren.

Ein erster Vorstoß der Europäischen Kommission in diese Richtung ist 2009 vor allem am deutschen Widerstand gescheitert; wir sollten unbedingt einen zweiten Anlauf versuchen. Das könnte die EU auch als Erneuerbare-Energien-Investitionsstandort für Dritte attraktiv machen. Deutsch-französische Projekte könnten hier Schule machen: So ist etwa der deutsche Stromerzeuger Steag schon seit einiger Zeit im Grenzgebiet zwischen Deutschland und Frankreich tätig.

Überhaupt wäre es an der Zeit, energiepolitisch in Regionen zu denken statt in Staaten: Warum nicht das Potenzial etwa der Großregion Elsass-Lothringen-Saarland-Baden-Württemberg-Nordwestschweiz für eine europäische Energie-Standortpolitik nutzen? Mehr als 14 Millionen Einwohner verzeichnet dieses Gebiet. Baden-Württemberg ist auch in Sachen Innovation die führende Wirtschaftsregion Europas. Auf der französischen Seite finden wir Unternehmen wie General Electrics und Alstom, auch wenn das Elsass und Lothringen Opfer des französischen Zentralismus sind und strukturell weit hinter ihren Möglichkeiten bleiben. In diesem Gebiet hat das europäische Stromnetz seine Geburtsstunde erlebt. Könnte es Europas Energie-Silicon Valley werden?

Wir müssen energiepolitisch in Regionen denken statt in Staaten

Dr. Susanne Nies
ist Leiterin der Energiepolitik-Abteilung beim Branchenverband EURELECTRIC. Der Artikel spiegelt die persönliche Meinung der Autorin wider.

[1] Siehe hierzu auf www.eurelectric.org den Innovation Action Plan.

Giraffen vor Bürotürmen

Nairobi entwickelt sich zum regionalen Wirtschafts- und Finanzzentrum

Anja Bengelstorff | **Kenias Hauptstadt ist ein Moloch. Ihr Bevölkerungswachstum ist das rasanteste in ganz Afrika. Die Hälfte der Bewohner lebt in Slums. Und doch ist Nairobi zugleich das IT-Zentrum der Region, zahlreiche multinationale Konzerne, Banken und NGOs siedeln sich hier an. Sie eröffnen jungen, gut ausgebildeten Arbeitskräften neue Zukunftschancen.**

Wenn Onesmus Mwendwas Handy ihn aus dem Schlaf reißt, muss er blinzeln, um auf dem zerkratzten Display die Zeit zu erkennen, obwohl er es weiß: 5.15 Uhr in Nairobi. Zu dieser Zeit sind bereits zahlreiche Nachbarn an seinem fensterlosen Zimmer vorbei zu den fünf Duschen und zehn Latrinen gegangen, die den etwa 200 Bewohnern der 150 Räume zur Verfügung stehen, Wasserkanister in der Hand, denn den Luxus von fließendem Wasser bietet die Anlage nicht. Onesmus Mwendwa wirft sich im Dunkeln hastig seine Kleidung über, denn das Kerosin ist ihm in der Nacht ausgegangen; auch eine Stromversorgung ist nicht installiert in seinem Verschlag für 18 Euro Miete im Monat.

Der 33-Jährige ist spät dran: Um 6 Uhr muss er seinen Dienst als Wachmann in einer privaten Wohnanlage antreten. Er ringt mit sich, ob er wertvolle 40 Cent seiner 80 Euro Gehalt für den Kleinbus ausgeben soll, um pünktlich zu sein, oder ob er, wie fast jeden Tag, 45 bis 60 Minuten vom Slum Kawangware bis zur Mittelklassegegend Kileleshwa zu Fuß geht, so wie etwa die Hälfte der Wege in Nairobi zurückgelegt werden. Nur ein Drittel der Wege erledigen Matatus, notorisch unzuverlässige Nissan-Kleinbusse, die mit ihren phantasiereichen Designs über Kenias Grenzen hinaus Berühmtheit erlangt hatten, bis die Kreativität ihrer Künstler vor Jahren von offizieller Seite auf einen gelben Streifen in der Mitte des Kleinbusses reduziert wurde. Gut 15 Prozent aller Wege schließlich bewältigen Autos und bringen das enge Straßennetz der Stadt regelmäßig zum Erliegen. Der Zustrom an Autos in die Stadt scheint dem Ausbau der Infrastruktur immer ein paar Schritte voraus zu sein.

Nairobi, die Staustadt. Nairobi, der Moloch. Nairobi, die grüne Stadt in der Sonne. Die Baustelle. Die 24-Stunden-Wirtschaft. Die wahrscheinlich einzige Stadt der Welt, in der sich

Giraffen vor der Kulisse von Bürotürmen beobachten lassen. Vor einem Jahr erklärte die Economist Intelligence Unit (EIU) Nairobi zur zweitschlimmsten Metropole, in der man weltweit leben könnte: Kriterien wie Bevölkerungsdichte, Luftverschmutzung, Grünflächen und Zugang zum Nahverkehr waren die Grundlage für das vernichtende Urteil.

Monate später entspann sich auf Twitter eine muntere Diskussion über die wenig charmante Beschreibung der Stadt – Kenia ist nach Südafrika das zweitaktivste afrikanische Land auf Twitter –, mit der Selbstironie und amüsierten Distanz, wie sie Nairobiern eigen ist: „Weil wir mehr falsche als echte Polizisten haben", argumentierte einer – ein Verweis auf die als höchst korrupt empfundenen und erlebten Beamten in Blau. „Jedem wird hier mindestens einmal das Handy gestohlen. So heißen wir Besucher willkommen", twitterte ein anderer. Ein bekannter Kolumnist teilte die folgende Erfahrung: „Ich mache unglaubliche Schnäppchen, wenn ich mit meinem Auto im Stau stehe. Meine Taschenlampe ‚made in China' funktioniert immer noch."

Doch auch an Kritik an der EIU-Studie mangelte es nicht: „Ich liebe Nairobi. Warum werden keine Städte in den USA bewertet, wo Kinder mit Waffen in die Schule kommen und jeden umbringen?" Eine Ausländerin findet, „würde Nairobi nach dem Humor seiner Einwohner bewertet, wäre es eine der besten Städte der Welt".

In diesem Jahr feiert Kenia den 50. Jahrestag seiner Unabhängigkeit, und genauso lange wurde das ostafrikanische Land zentralistisch von der Hauptstadt Nairobi aus regiert. Auch wenn die 2010 verabschiedete neue Verfassung ein dezentralisiertes Regierungssystem mit Bezirksregierungen (Counties) vorsieht, die seit den Wahlen im März 2013 etabliert werden sollen, wird Nairobi weiter das unumstrittene wirtschaftliche Zentrum des Landes bleiben. Die Stadt steht für 60 Prozent der 41,3 Milliarden-Ökonomie (nominales BIP 2012). Für 2013 wird, je nach Quelle, ein Wirtschaftswachstum zwischen 4,1 und 4,7 Prozent für Kenia erwartet.

Nairobis Einwohnerzahl ist seit der Unabhängigkeit um das Zehnfache gestiegen, und seine Bevölkerung gilt als die am schnellsten wachsende in Afrika. Drei Viertel dieses Wachstums werden von Slums aufgefangen. Heute leben in der Stadt, deren Name in der Sprache der Massai „Ort des kühlen Wassers" bedeutet, Regierungsangaben zufolge 3,1 Millionen Einwohner. Nach Schätzungen leben zwischen 50 und 70 Prozent dieser Bewohner in Slums, die jedoch nur 6 Prozent der Wohnfläche der Stadt ausmachen. Sie entstehen an den Rändern wohlhabender Stadtteile und versorgen diese mit billigen Arbeitskräften.

Nairobi wurde zur zweitschlimmsten Metropole der Welt erklärt

Zwei Drittel der Einwohner von Nairobi arbeiten ohne rechtliche Absicherung, so wie Onesmus Mwendwa, der seine fünf Kinder und die entfernte Verwandtschaft zu versorgen versucht. Und doch sind nach einer Studie der Immobilienfirma Knight Frank die Mieten in Nairobi im Jahr 2012 um 17,9 Prozent im Vergleich zum Vorjahr gestiegen – die

höchste Steigerungsrate der weltweit 16 untersuchten Metropolen. An jeder Ecke wird gebaut: Straßen, Apartmentblocks, Banken, Hotels, Bürotürme. Hohe Mieten, häufige Stromausfälle aufgrund veralteter Transformatoren und des schier unstillbaren Energiebedarfs sowie Wasserknappheit sind nur einige der vielen Hürden, die den Alltag in der Hauptstadt der größten Wirtschaftsmacht Ostafrikas ausmachen, die bis 2030 den Status eines Landes mittleren Einkommens erreichen will.

Man spürt das Ächzen einer Stadt, deren veraltete Strukturen ihrer rasanten Entwicklung nicht gewachsen sind. Aber die ist nicht aufzuhalten. Nairobis Jomo-Kenyatta-Flughafen, von dem aus 44 afrikanische Hauptstädte innerhalb von vier bis fünf Stunden zu erreichen sind, bekommt endlich eine zweite Landebahn und will seine Terminalfläche bis 2017 verdreifachen. Die großen Golf-Fluglinien Emirates, Qatar und Etihad fliegen Nairobi genauso an wie die führenden europäischen Fluglinien, und so entsteht hier ein internationaler Verkehrsknotenpunkt.

Vision 2030: Nairobi soll ein internationales Finanzzentrum werden

Das in Nairobi ansässige Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP) ist im Februar zur UN-Umweltversammlung aufgewertet worden: Während es bisher als Rat mit ständig wechselnden Staaten fungierte, sind nun alle UN-Staaten automatisch Mitglied und stärken damit ihr Mandat, Prioritäten für die globale Umweltpolitik festzulegen. Nairobi erwartet mehr diplomatischen Verkehr und internationale Konferenzen, wovon wiederum Hotels und Kongresszentren profitieren werden.

Ebenfalls im Februar erhielt die ruandische Bank of Kigali als erste Bank der Ostafrikanischen Gemeinschaft (EAC) den Zuschlag, eine Niederlassung in Nairobi zu eröffnen. Sie ist das siebte internationale Finanzinstitut, das nun in Kenia aktiv ist. Auch wenn ihr bisher nur gestattet wird, Finanzgeschäfte abzuschließen, aber keine Einlagen zu verwahren, ist dies ein Schritt dahin, Nairobi zu einem internationalen Finanzzentrum zu machen, wie es die ambitionierte „Vision 2030“ der Regierung des früheren Präsidenten Mwai Kibaki vorgesehen hatte. Doch auch kenianische Banken expandieren rasant und eröffnen Filialen in ländlichen Gebieten, die zuvor ignoriert wurden, bis mobile Zahlungssysteme wie M-PESA, die das Versenden und Empfangen von Geld über Handynetze ermöglichen, zu einer ernsthaften Konkurrenz geworden sind.

Enormes Potenzial

„Ein sicherer Indikator für den Erfolg eines Standorts ist die Zahl multinationaler Konzerne, die nach mehr als zwei oder drei Jahren mittelfristig noch immer dort operieren“, erklärt Kwame Owino, Direktor des Institute of Economic Affairs, eines unabhängigen Think-Tanks in Nairobi. So haben in wenigen Jahren unter anderem Google, IBM, Visa, General Electric, Pepsi oder Nestlé ihre Büros in Nairobi eröffnet; die International Finance Corporation, eine Tochter der Weltbank-Gruppe, betreibt jetzt hier ihr Regionalbüro. „Nairobi hat enormes Potenzial“, sagt Owino. „Die Stadt verfügt über Kenias innovativste

Bild nur in Printausgabe verfügbar

und am besten ausgebildete Arbeitskräfte. Die größten und wichtigsten privaten Firmen finden sich hier, die besten Verdiener, die wiederum teure Güter und Wohnungen nachfragen. Zahlreiche internationale und lokale NGOs sind lukrative Arbeitgeber. Von Nairobi aus ist man in zwei Stunden in der Wildnis. Handwerker, Wachleute, Kinderfrauen und Fahrer, die im wachsenden informellen Sektor arbeiten, sprechen Englisch und sind wegen ihrer großen Zahl relativ preiswert anzustellen. Nairobi wird so als Vorbild für andere Städte fungieren und sich gut entwickeln."

Gut entwickelt, so sieht es jedenfalls sein Manager Jimmy Gitonga, hat sich auch das iHub, eines von sechs Technologie-Inkubationszentren in Nairobi (und Kenia) und von insgesamt 16 in Subsahara-Afrika. Vor drei Jahren als Treffpunkt für Programmierer, Webdesigner, Investoren und junge Unternehmer unter anderem mit Hilfe der Weltbank und Hivos gegründet, hat das iHub laut Gitonga heute 250 Mitglieder (90 Prozent jünger als 30 Jahre und ein Fünftel Frauen), die sich um nachhaltige IT-Lösungen bemühen. Junge Entwickler können sich hier austauschen und werden kostenlos bei ihrer Unternehmensgründung beraten beziehungsweise an Investoren vermittelt, die konkrete IT-Applikationen suchen. So wird Nairobi zum IT-Zentrum der Region.

„Technologie sollte Probleme lösen und nicht um ihrer selbst willen existieren", sagt Gitonga und beschreibt damit die Anfänge vieler Entwickler, die im iHub Unterstützung dabei suchen, ihre Ideen in ein nachhaltiges Geschäft zu verwandeln. Gitonga weiß von 48 Projekten, „die auf einem guten Weg sind", darunter m-Farm, eine mobile Applikation für Bauern, die darüber die gängigen Preise für landwirtschaftliche Güter abrufen können. Kwame Owino ist eher skeptisch: „IT schafft nur wenige Arbeits-

plätze, doch die sind es, die Kenia dringend braucht, um das Problem der Massenarmut zu lösen. Nairobi ist eine gute Basis für Informationstechnologie, aber ich denke nicht, dass es die führende Branche des Landes werden wird. Da kann sie einfach nicht mit arbeitskräfteintensiven Sparten wie dem Tourismus konkurrieren. Das iHub muss sich in eine internationale Wertschöpfungskette einbringen, um langfristig erfolgreiche junge Unternehmer hervorzubringen." Auch immer mehr Universitäten in Nairobi haben erkannt, dass ihre Absolventen unternehmerische Fähigkeiten benötigen, um sich selbständig zu machen und damit weniger auf formale Jobs angewiesen zu sein, und eröffnen universitätseigene iHubs.

Für die deutsche Wirtschaft ist Nairobi ein Sprungbrett nach Afrika

„Für die deutsche Wirtschaft ist Nairobi das Sprungbrett in die ostafrikanische Region, aber auch nach ganz Afrika", sagt Ingo Badoreck, Delegierter der deutschen Wirtschaft in Kenia. Sein Büro gehört zum Auslandshandelskammernetz und nahm hier vor einem Jahr die Arbeit auf. Von den etwa 100 Firmen mit zumindest deutschen Verbindungen sind 85 in Nairobi ansässig, darunter die Bayer-Gruppe, Siemens, BASF und Beiersdorf. DHL hat angekündigt, Nairobi zum Zentrum seiner regionalen Expansion auszubauen. Deutsche Unternehmen führen vor allem Maschinen etwa für die Nahrungsmittel- oder Verpackungsindustrie, den Straßenbau, aber auch Krankenhaustechnik ein. „Deutsche Güter sind ja nur interessant, wenn ein gewisser Entwicklungsstand der Wirtschaft da ist", so Badoreck. Dies sei in Kenia gegeben. „In Zukunft wird meiner Einschätzung nach das produzierende Gewerbe extrem zunehmen", prognostiziert er. „Nairobi erlebt eine starke Urbanisierung und hat eine junge, gut ausgebildete Bevölkerung, die bereit ist zu konsumieren."

Wachsende Mittelschicht

Zu der jungen, gut ausgebildeten Bevölkerung und damit zu der stetig wachsenden kenianischen Mittelschicht gehört auch die Malerin Emily Odongo, die im Hauptberuf als Grafikdesignerin bei der größten Innenarchitekturfirma Nairobis arbeitet. Sie lebt in dem Mittelklasseviertel Kileleshwa und entwirft seit Jahren Beschilderungen für Banken, die sich eine neue Zentrale in Nairobis Upper Hill sowie Dutzende neuer Filialen bauen, für Restaurants, die ihre Ableger auch in der nächsten neuen Einkaufsmeile haben müssen.

Die Wohnungen, in denen sie in den vergangenen acht Jahren lebte, sind teurer, aber nicht größer geworden. Ihr Gehalt hat sich vervielfacht, aber nicht unbedingt ihre Kaufkraft: „Manchmal habe ich das Gefühl, dass ich mit meinem relativ geringen Gehalt vor acht Jahren mehr anfangen konnte als mit den 1000 Euro, die ich heute verdiene", sagt die 39-Jährige, deren jüngere Schwester bei ihr lebt und für die sie die Ausbildung bezahlt. Die täglichen Transportkosten zur Arbeit haben sich für die Designerin verdreifacht, bei Nahrungsmitteln, Versicherungen ist es ähnlich. „Doch, ich liebe Nairobi, ich würde nirgendwo anders leben wollen: Die Auswahl an Restaurants und Klubs, die Ein-

kaufsmöglichkeiten, die Menschen aus aller Welt, die ich hier treffe, das ist genau die richtige Mischung. Aber wenn ich meine Bilder nicht verkaufen könnte, wüsste ich nicht, wie ich über die Runden kommen sollte."

Von der neuen Dezentralisierung, die Nairobi in einen Bezirk verwandelt, wird Emily Odongo nicht viel bemerken. „Die neue Regierungsstruktur wird lediglich Richtlinien beeinflussen", erwartet Elic Aligula vom Kenya Institute for Public Policy Research and Analysis (KIPPRA), das die Regierung bei der Umsetzung von Richtlinien berät. „Nairobi kann von der Zentralregierung ein Budget von 101 Millionen Euro erwarten. Darüber hinaus verfügt der neue Bezirk über eine gesunde Steuergrundlage in Höhe von 64 bis 92 Millionen Euro. Wie diese Gelder verwendet werden, ist die Schlüsselfrage" – aber auch, wie die 366 Millionen Euro Schulden getilgt werden können. Aligula kann sich Nairobi künftig als Transport- und Kommunikationszentrum der Region vorstellen, auch Medizintourismus, der viele Kenianer bisher aufgrund der geringeren Behandlungskosten nach Indien führte, hält er für möglich. „Schon heute kommen Patienten aus der Demokratischen Republik Kongo, um sich in Nairobi behandeln zu lassen."

In der verarbeitenden Industrie sieht er die Zukunft Nairobis. „Wir können landwirtschaftliche Produkte vor Ort für große Supermarktketten im Ausland verarbeiten. Hier sind internationale Investitionen willkommen: Wer ein hochwertiges Produkt zu einem vernünftigen Preis herstellen kann, darf eine hohe Rentabilität erwarten." Die Bezirksregierung müsse jedoch dringend Probleme wie Wasser- und Stromversorgung sowie Kriminalität angehen.

18 Uhr, Feierabend für Onesmus Mwendwa. Er reiht sich ein in den Strom der Gelegenheitsarbeiter, die von Kileleshwa nach Hause in die Slums laufen. Da der Monat fortgeschritten ist, wird der Verkehr allmählich weniger, da den ersten Nairobiern jetzt schon das Geld fürs Benzin ausgeht. Fast wäre auch Mwendwa Teil der Mittelklasse geworden; er war ein guter Schüler am Gymnasium, doch dann verletzte sich sein Vater bei einem Sturz vom Baum; die sechs Geschwister mussten versorgt werden und so war der Traum vom Universitätsstudium ausgeträumt. Von seinem Vorschuss hat Mwendwa 20 Euro per M-PESA an seine Frau im Dorf gesandt. Den ganzen Tag hat er nichts gegessen, ihm bleiben noch fünf Euro, von denen er für den Rest des Monats einkauft: Bohnen, Reis, Maismehl, etwas Gemüse. Heute ist auch einer der beiden Tage im Monat, an denen er sich Fleisch zum Abendessen leistet.

In der Verarbeitung von Agrarprodukten vor Ort liegt die Zukunft

Anja Bengelstorff
arbeitet als freie Journalistin in Nairobi.

Macht, Moral und Menschenrechte

Über Werte und Interessen in der deutschen Außenpolitik

Heinrich August Winkler | **Der Einsatz für Menschenrechte in autoritär regierten Staaten ist zweifelsohne ein diplomatischer Balanceakt: der Versuch, den besonderen Umständen vor Ort umfassend und taktvoll Rechnung zu tragen und gleichzeitig das höchste allgemeine Anliegen der Völkergemeinschaft, den Schutz der Menschenrechte, zur Geltung zu bringen.**

Die *ZEIT* hat einen Streit vom Zaun gebrochen: einen Streit um Werte und Interessen in der deutschen Außenpolitik, und, noch allgemeiner, um Macht, Moral und Menschenrechte. Diese Debatte ist überfällig. Sie zielt auf ein grundlegendes Dilemma aller westlichen Demokratien: das Spannungsverhältnis zwischen ihrem normativen Projekt – den Ideen der beiden atlantischen Revolutionen des späten 18. Jahrhunderts, der Amerikanischen Revolution von 1776 und der Französischen Revolution von 1789 – und der politischen Praxis dieser Staaten auf dem Gebiet der internationalen Beziehungen. Deutschland ist eine westliche Demokratie, aber es hatte einen langen Weg zurückzulegen, bis es zu einer solchen wurde. Eine Auseinandersetzung über Werte und Interessen in der deutschen Außenpolitik betrifft also nichts Geringeres als das politische Selbstverständnis einer, historisch gesehen, immer noch jungen westlichen Demokratie.

Im Kern geht es bei der aktuellen Debatte um die Frage, ob eine „zu starke Orientierung an historischer Kontinuität und einem überfrachteten Wertediskurs“ die deutsche Außenpolitik daran hindert, „schnell und effizient auf neue Herausforderungen zu reagieren“ (dies die These des Direktors des Forschungsinstituts der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik, Eberhard Sandschneider) oder ob die Absage an ein vermeintliches Übermaß an Moral in der Außenpolitik auf eine unwürdige und zudem zwecklose „Diktatorenknutscherei“, sei es gegenüber Russland, den zentralasiatischen Republiken oder China, hinausläuft (so der *ZEIT*-Redakteur Jörg Lau).[1]

[1] Eberhard Sandschneider: Deutsche Außenpolitik. Eine Gestaltungsmacht in der Kontinuitätsfalle, Aus Politik und Zeitgeschichte, 6.3.2012, S. 3–9; Jörg Lau: Das bisschen Unterdrückung, DIE ZEIT, 2.2.2013.

Sandschneider ist ein eher moderater Vertreter des außenpolitischen Neorealismus: Wenn es um das Russland Wladimir Putins geht, wird aus dem Umfeld des Ost-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft sehr viel schärfere Kritik an westlichen und vor allem deutschen Mahnungen in Sachen Menschenrechte geübt. Alexander Rahr, der Forschungsdirektor des Deutsch-Russischen Forums, warf kürzlich in einem Gespräch mit der *Komsomolskaja Prawda* Deutschland vor, es führe sich Russland gegenüber auf wie eine „Siegermacht im Kalten Krieg" und versuche mit „aggressiven Methoden, liberale Werte und westliche Demokratie nach Russland zu exportieren".[2]

Im Hinblick auf China ist der entschiedenste Wortführer jener Richtung, die westliche Nichteinmischung in Wertefragen für ein Gebot politischer Klugheit hält, der Mitherausgeber der *ZEIT*, Helmut Schmidt. „Die Menschenrechte sind ein Erzeugnis der westlichen Kultur", so erklärte der Altbundeskanzler am 2. Mai in der Sendung „Beckmann" im Ersten Programm des Deutschen Fernsehens. Das Beharren auf der universellen Geltung der Menschenrechte sei eine amerikanische, nicht seine Meinung. „Ich finde, dieser Drang nach Bekehrung und nach Mission ist eine sehr westliche Eigenart … Ich bin dagegen, sich einzumischen in die Angelegenheiten Chinas oder Indiens oder des Irans. Ich bin dagegen, dass die westliche Kultur sich zum Fürsprecher macht … für die ganze Menschheit und in Wirklichkeit noch nicht einmal im Auftrag von einem Bruchteil der Menschheit redet."[3]

Das normative Projekt des Westens

Die unveräußerlichen Menschenrechte sind eine Errungenschaft des transatlantischen Westens, und es ist eine Eigenart des Westens, auf der weltweiten Geltung der Menschenrechte zu bestehen: Insoweit hat Helmut Schmidt völlig Recht. Die ersten Menschenrechtserklärungen, von der Virgina Declaration of Rights vom 12. Juni 1776 bis zur Déclaration des droits de l'homme et du citoyen vom 26. August 1789, haben eine lange Vorgeschichte. Zu ihren Voraussetzungen gehört die Unterscheidung zwischen göttlichen und weltlichen Gesetzen: ein Spezifikum des Christentums, auf das Montesquieu, der Vater der modernen Gewaltenteilungslehre, eindringlich hingewiesen hat.[4] Seiner, am Beispiel Englands ausgerichteten Unterscheidung von vollziehender, gesetzgebender und rechtsprechender Gewalt gingen zwei vormoderne, mittelalterliche Gewaltenteilungen voraus: die Trennung von geistlicher und weltlicher sowie die von fürstlicher und ständischer Gewalt. Diese Gewaltenteilungen hat nur der europäische Okzident erlebt, nur das lateinische, nicht das orthodoxe Europa. Und nur im alten, europäischen und im neuen, nordamerikanischen Westen setzten sich, auf diesen historischen

Der Westen besteht auf der weltweiten Geltung der Menschenrechte

[2] Interview mit Alexander Rahr: Deutschlands Ostpolitik hat die Balance verloren, Spiegel Online, 18.3.2013; Jörg Lau: „Siedlungsraum" im Osten, DIE ZEIT, 14.3.2013.
[3] Helmut Schmidt bei „Beckmann", ARD, 2.5.2013; ähnlich ders.: Besuch bei einer Weltmacht, DIE ZEIT, 25.4.2013.
[4] Montesquieu: De l'esprit des lois, Œuvres complètes, Bd. II, Paris 1951, S. 716–718, 750 f.

Grundlagen aufbauend, im Zeichen der Aufklärung die Ideen der Herrschaft des Rechts, des „representative government“ und der unveräußerlichen Menschenrechte durch – die Ideen, die in ihrer Summe das normative Projekt des Westens ausmachen.[5]

Das normative Projekt stand von Anfang an in einer scharfen Spannung zur politischen Praxis des Westens. Unter den Gründervätern der Vereinigten Staaten waren Sklavenbesitzer wie George Washington und Thomas Jefferson, die nicht daran dachten, den Grundsatz, dass alle Menschen von Natur aus gleichermaßen frei und unabhängig seien und gewisse angeborene Rechte besäßen, auch auf die aus Afrika stammenden Sklaven anzuwenden. Aber die ersten Menschrechtserklärungen waren so formuliert, dass sich auch diejenigen auf sie berufen konnten, die zu den ganz oder teilweise Ausgesperrten gehörten: die Sklaven, die amerikanischen Ureinwohner und, was bestimmte Bürgerrechte wie etwa das Wahlrecht betraf, die Frauen. Das normative Projekt des Westens war also klüger als seine Urheber. Es diente als ständiges Korrektiv der politischen Praxis des Westens und entfaltete so eine konfliktreiche Dynamik, die die Geschichte der westlichen Demokratien bis heute prägt.

Das normative Projekt des Westens war kein „Selbstläufer“. Viele Länder des alten Westens wehrten sich lange gegen die Übernahme vieler der neuen revolutionären Ideen. Eines dieser Länder war Deutschland. Im Ersten Weltkrieg machten führende deutsche Intellektuelle Front gegen den Universalismus der westlichen Werte. Sie stellten den Ideen von 1789, also Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit, die „Ideen von 1914“ entgegen: die Ideen von Pflicht, Ordnung und Gerechtigkeit, die nur ein starker Staat gewährleisten könne. Ihren Gipfel erreichte die deutsche Auflehnung gegen die normativen Ideen des Westens, gegen Individualismus, Liberalismus und Demokratie, in der Zeit des Nationalsozialismus. Es bedurfte der Erfahrung der bedingungslosen Kapitulation, der Konsequenz der deutschen Katastrophe, um eine Umkehr zu bewirken. Doch nur im freien, dem westlichen Teil Deutschlands konnte sich jener Prozess vollziehen, den Jürgen Habermas 1986 als die „vorbehaltlose Öffnung der Bundesrepublik gegenüber der politischen Kultur des Westens“ beschrieb und als die intellektuelle Leistung der westdeutschen Nachkriegszeit würdigte, auf die gerade seine Generation stolz sein könne.[6]

Viele wehrten sich lange gegen die Übernahme der revolutionären Ideen

Der Untergang der kommunistischen Herrschaft in Europa in den Jahren 1989 bis 1991 bedeutete nicht, wie Francis Fukuyama meinte, das Ende der Geschichte.[7] Wohl aber stehen diese Epochenjahre für das Ende eines Kapitels

[5] Heinrich August Winkler: Geschichte des Westens. Von den Anfängen in der Antike bis zum 20. Jahrhundert, München 2012³, bes. S. 52ff.; ders.: Was heißt westliche Wertegemeinschaft?, IP, April 2007, S. 66–85.

[6] Jürgen Habermas: Eine Art Schadensabwicklung, in: „Historikerstreit“. Die Dokumentation der Kontroverse um die Einzigartigkeit der nationalsozialistischen Judenvernichtung, München 1987, S. 62–76 (75).

[7] Francis Fukuyama: Das Ende der Geschichte. Wo stehen wir?, München 1992.

Bild nur in Printausgabe verfügbar

in der Geschichte des transatlantischen Westens, das mit den atlantischen Revolutionen von 1776 und 1789 begonnen hatte. In diesen rund 200 Jahren war die Geschichte des Westens zu wesentlichen Teilen eine Geschichte von Normenkämpfen: von Kämpfen um die Aneignung oder Verwerfung des normativen Projekts des Westens. Es blieben die Kämpfe um die Auslegung des Projekts im Westen, darunter transatlantische Kontroversen um die Todesstrafe, um die Rolle der Religion in der Gesellschaft und um die soziale Verantwortung des Staates. Und es blieb der Streit um die universelle Geltung der Menschenrechte.

Zu der weltweiten Geltung dieser Rechte bekannte sich seit ihrer Gründung die Weltorganisation schlechthin. Die Charta der Vereinten Nationen vom 26. Juni 1945, sieben Wochen nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs in Europa in San Francisco verabschiedet, verpflichtete die Unterzeichnerstaaten in Artikel 1 dazu, „die Achtung vor den Menschenrechten und Grundfreiheiten für alle ohne Unterschied der Rasse, des Geschlechts, der Sprache oder der Religion zu fördern und zu festigen“.[8] Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, von der Vollversammlung der Vereinten Nationen am 10. Dezember 1948 mit 48 Stimmen ohne Gegenstimmen bei acht Enthaltungen angenommen, brachte dieses Postulat in die Form eines ausgefeilten Katalogs.[9] Nach dem Ende des Ost-West-Konflikts verabschiedete die von den UN einberufene, von 171 Staaten beschickte Weltkonferenz über Menschenrechte in Wien im Juni 1993 eine Erklärung und ein Aktionsprogramm zur Durchsetzung der Menschenrechte, des Selbstbestimmungsrechts der Völker und der Demokra-

[8] Peter Opitz (Hrsg.): Forum der Welt: 40 Jahre Vereinte Nationen, Bonn 1986, S. 318–334.
[9] Ebd., S. 335–338.

tie.[10] Die Charta von Paris, die am 21. November 1990 unterzeichnet wurde, erhob zwar keinen weltweiten Anspruch, verpflichtete aber alle Mitgliedstaaten der damaligen Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, der jetzigen OSZE, die „Demokratie als einzige Regierungsform unserer Nationen aufzubauen, zu festigen und zu stärken" sowie die unveräußerlichen Menschenrechte und Grundfreiheiten zu gewährleisten.[11]

Der universelle Geltungsanspruch

Manche neueren Einlassungen zum Thema Menschenrechte in nichtwestlichen Staaten, namentlich in Russland und China, lesen sich so, als ob die Erklärungen von 1945, 1948, 1990 oder 1993 nicht das Papier wert seien, auf dem sie gedruckt wurden. Richtig ist, dass es um die Chancen der UN und der OSZE, die Einhaltung der damals eingegangenen Verpflichtungen zu erzwingen, schlecht bestellt ist. Aber daraus folgt noch nicht, dass die westlichen Demokratien sie als nicht verbindlich betrachten dürften. Es war ein säkularer Fortschritt, als die Vereinten Nationen den normativen Ertrag der atlantischen Revolutionen von 1776 und 1789 in den Rang von Menschheitsnormen erhoben. Auf diesen nachgerade revolutionären Akt können sich seitdem Menschenrechtsaktivisten in aller Welt berufen, und sie haben dies immer wieder getan: von den Verfassern der „Charta 77", dem Manifest der tschechoslowakischen Dissidenten um Václav Havel, bis zu den Autoren der „Charta 08", die von über 5000 chinesischen Intellektuellen und Bürgerrechtsaktivisten unterzeichnet wurde, obenan dem Hauptautor und Friedensnobelpreisträger des Jahres 2010, Liu Xiaobo, dem das Engagement für Menschenrechte, Rechtsstaat und Demokratie eine elfjährige Haftstrafe einbrachte.[12]

Würde der Westen darauf verzichten, gäbe er sich selbst auf

Vor diesem Hintergrund verbietet es sich, die universelle Geltung der Menschenrechte mit dem kulturrelativistischen, besonders engagiert von Helmut Schmidt vertretenen Argument zu bestreiten, weil die Menschenrechte ein Produkt des Westens seien, hätten nur diejenigen Menschen Anspruch auf ihre Einhaltung, die in westlichen Demokratien lebten, während andere Kulturkreise, darunter der chinesische, gewissermaßen strukturell nicht auf die Menschenrechte hin angelegt seien. Der Westen hat in seiner Praxis über die Jahrhunderte hinweg immer wieder gegen die von ihm propagierten Ideen der einen Menschheit und der Gleichheit alles dessen, was Menschenantlitz trägt, verstoßen, aber er hat sie nicht zu zerstören vermocht. Sie sind das Beste, was er je hervorgebracht hat. Der Westen verlöre seine Glaubwürdigkeit, ja er gäbe sich selbst auf, wenn er sich von dieser Selbstverpflichtung lossagen und auf den universellen Geltungsanspruch der Menschenrechte verzichten würde.

---

[10] Europa-Archiv, Dokumente 48 (1993), S. D 498–D 520.
[11] Europa-Archiv, Dokumente 45 (1990), S. D 656–D 664.
[12] Die Charta 77 u.a. in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 7.1.1977, die Charta 08 ebd., 8.10.2010.

Die Frage ist also nicht, ob der Westen eine Verantwortung für die Achtung der Menschenrechte in aller Welt trägt. Die Frage ist, wie er dieser Verantwortung gerecht werden kann. Der Weltgipfel der Vereinten Nationen hat sich im September 2005 in New York zu einer Schutzverantwortung der Völkergemeinschaft, ihrer „responsibility to protect", in Fällen von Massenverbrechen wie vor allem Völkermord bekannt.[13] Daraus folgt als Ultima Ratio die Möglichkeit einer humanitären Intervention zum Schutz der elementarsten Menschenrechte. Es versteht sich von selbst, dass jede Art von Sanktionen und erst recht ihre massivste, die bewaffnete Form, einer rigorosen Einzelfallprüfung und Folgenabwägung bedarf. Das Ergebnis wird häufig sein, dass ein Eingriff unterbleiben muss, weil er mit unkalkulierbaren Risiken verbunden wäre. Ein solcher Verzicht ist immer ein moralisches Dilemma, kann aber gleichwohl ein moralisches Gebot im Sinne der Verantwortungsethik sein.

Wie kann der Westen dieser Verantwortung gerecht werden?

Im Alltag der Menschenrechtspolitik spielen Sanktionen freilich nur eine geringe Rolle. Im Mittelpunkt der aktuellen Debatte über Werte und Interessen in der deutschen Außenpolitik steht die Frage, welche praktischen Folgerungen sich daraus ergeben, dass Staaten, mit denen die Bundesrepublik gute Beziehungen unterhält oder unterhalten möchte, auf dem Gebiet der Menschenrechte mehr oder minder weit hinter den Vorgaben der Völkergemeinschaft zurückbleiben.

In der so genannten „realistischen" Schule empfinden es manche bereits als störend, dass das Thema Menschenrechte überhaupt öffentlich thematisiert wird, und das vor allem dann, wenn es um Russland unter Wladimir Putin geht. Die gemäßigten Vertreter dieser Schule empfehlen eine Arbeitsteilung: Die Zivilgesellschaft könne sich durchaus kritisch zur Lage der Menschenrechte in Russland, China oder, beispielsweise, in den zentralasiatischen Republiken äußern, die Bundesregierung sei aber gut beraten, sich mit öffentlichen Bewertungen zurückzuhalten, weil ansonsten übergeordnete wirtschaftliche oder strategische Interessen Deutschlands Schaden nehmen könnten.

Intellektuelle, Publizisten und Nichtregierungsorganisationen wie Amnesty International können und müssen in der Tat bei der Kritik an Menschenrechtsdefiziten weiter gehen als die amtlichen Vertreter westlicher Staaten. Aber in demokratisch verfassten Gesellschaften können sich Regierungen nicht sehr weit von der Zivilgesellschaft entfernen, ohne ihre Legitimität zu beschädigen. Demokratische Regierungen müssen versuchen, den allgemeinen Willen zu artikulieren, der sich durchaus nicht immer mit dem besonderen Interesse dieses oder jenes großen Industriekonzerns decken muss. Und sie tun gut daran, die Warnung Eberhard Sandschneiders vor einer doppelbödigen Politik zu beherzigen: „Wer den Eindruck vermittelt, Werte zwar zu propagieren, sie aber

[13] Alex, J. Bellamy: Responsibility to Protect. The Global Effort to End Mass Atrocities, Cambridge 2009; Matthias Wenzel: Schutzverantwortung und Völkerrecht. Zu Möglichkeiten und Grenzen der „Responsibility to Protect"-Konzeption, Hamburg 2010.

Bild nur in Printausgabe verfügbar

bei Bedarf gegen ‚wichtigere' Interessen zurückzustellen, schadet eben diesen Werten – und der eigenen Glaubwürdigkeit – mehr, als er nützt."[14]

Doch den mühsamen Ausgleich zwischen den materiellen und den immateriellen Interessen ihres Landes nimmt demokratischen Regierungen niemand ab. Der Einsatz für Menschenrechte in autoritär regierten Staaten dürfte stets ein diplomatischer Balanceakt sein: der Versuch, den besonderen Umständen vor Ort umfassend und taktvoll Rechnung zu tragen und gleichzeitig das höchste allgemeine Anliegen der Völkergemeinschaft, den Schutz der Menschenrechte, zur Geltung zu bringen. Käme das letztere zu kurz, hieße das, das normative Licht der Ideen von 1776 und 1789 und der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte von 1948 unter den Scheffel zu stellen.

Die deutsche Kritik am amerikanischen Missionsdrang auf dem Feld der westlichen Werte im Allgemeinen und der Menschenrechte im Besonderen entbehrt nicht einer gewissen Berechtigung. Unter der Präsidentschaft Jimmy Carters trug eine Menschenrechtsoffensive der USA dazu bei, die Spannungen zwischen West und Ost wieder zu verschärfen: eine Entwicklung, die im geteilten Deutschland besondere Besorgnisse auslöste. Unter George W. Bush überhöhten die USA ihre stark von strategischen Interessen bestimmte Politik des „regime change" im Irak mit einer Strategie der Demokratisierung, die, nahezu im Wortsinn, auf Sand gebaut war: Es fehlten die zivilgesellschaftlichen Traditionen, die notwendig gewesen wären, um aus freien Wahlen und Mehrheitsherrschaft mehr hervorgehen zu lassen als nur eine Karikatur von formaler Demokratie. Wenn die Erfahrungen mit dem Irak nach dem Sturz Saddam Husseins etwas Positives bewirkt haben, dann ist es die anhaltende amerikani-

[14] Sandschneider, a.a.O. (Anm. 1), S. 8.

sche Skepsis gegenüber dem Versuch, ein nichtwestliches Land mit militärischen Mitteln in eine Demokratie zu verwandeln.

Deutsche Realpolitik

Die deutschen Vorbehalte gegenüber dem normativen Universalismus amerikanischer Prägung haben jedoch noch andere Ursachen. Bis heute wirkt nach, dass Deutschland nie eine erfolgreiche bürgerliche Revolution erlebt hat. Das Scheitern der Revolution von 1848/49 fand einige Jahre später, 1853, seinen theoretischen Niederschlag in einer Schrift mit dem programmatischen Titel „Grundsätze der Realpolitik“: einer Selbstkritik des liberalen Idealismus aus der Feder eines ehemaligen radikalen Burschenschafters, August Ludwig von Rochau. Der Kernsatz lautete: „Herrschen heißt Macht üben, und Macht üben kann nur der, welcher Macht besitzt. Dieser unmittelbare Zusammenhang von Macht und Herrschaft bildet die Grundwahrheit aller Politik und den Schlüssel der ganzen Geschichte.“[15]

Bekanntlich hat der Begriff „Realpolitik“ international Karriere gemacht. Er wurde zu einem deutschen Exportartikel, ähnlich wie „Kindergarten“, „Rucksack“, „Weltanschauung“ und „Götterdämmerung“. Benutzt wurde der Begriff gemeinhin im Sinne einer Abgrenzung von idealistischem Wunschdenken, und insofern hat er eine kritische Dimension. Doch Rochaus Reduktion von Politik auf Macht war nicht dagegen gefeit, als Rechtfertigung einer Machtpolitik ohne Wenn und Aber verstanden zu werden, wie sie in der nächsten Generation der Historiker Heinrich von Treitschke vertrat.[16] In diesem Sinn hat das Buch von 1853 das deutsche politische Denken im 19. und im frühen 20. Jahrhundert nachhaltig beeinflusst. Heute ist das Werk weithin vergessen. Dennoch stellt sich die Frage, ob manche neueren deutschen Aufrufe zum „realpolitischen“ Denken völlig frei sind von der Gefahr, der der deutsche Liberale Rochau vor 160 Jahren erlegen ist: der Unterschätzung der Wirksamkeit von Ideen und der einseitigen Fixierung auf den Faktor Macht.

Es ist gefährlich, die Wirksamkeit von Ideen zu unterschätzen

Der „Realpolitik“ immanent ist die Versuchung, längerfristige Interessen hinter kurzfristigen zurückzustellen oder aus dem Blickfeld zu verbannen. Ein klassisches Beispiel hierfür ist eine folgenschwere Entscheidung der deutschen Reichsleitung im Ersten Weltkrieg: der Beschluss vom Frühjahr 1917, Lenin aus dem Schweizer Exil im legendären, angeblich „plombierten“ Wagen über Deutschland, Schweden und Finnland nach Russland reisen zu lassen. Der erhoffte Erfolg stellte sich rasch ein: Die Bolschewiki ergriffen die Macht, beendeten den Krieg im Osten und befreiten Deutschland aus der Not des Zweifrontenkriegs. Die Langzeitfolgen des Coups hatte Berlin nicht einkalkuliert:

---

[15] Ludwig August (richtig: August Ludwig) von Rochau: Grundsätze der Realpolitik. Angewendet auf die staatlichen Zustände Deutschlands [1853[1]], hrsg. u. eingel. von Hans-Ulrich Wehler, Frankfurt 1972, S. 25 f.

[16] Heinrich von Treitschke: Politik. Vorlesungen gehalten an der Universität zu Berlin, 2 Bde., Leipzig 1899/1900.

Die deutsche und die Weltgeschichte wären, um das Mindeste zu sagen, anders verlaufen, wenn die Reichsleitung nicht ein nur vermeintlich „realistisches" Vabanque-Spiel mit der roten Revolution betrieben hätte.[17]

Ein zweites, jüngeres Beispiel einer verkürzten Perspektive von „Realpolitik" stammt aus den achtziger Jahren. Als im Sommer 1980 mit der Gründung der unabhängigen Gewerkschaft „Solidarność" in Polen die Entwicklung begann, die schließlich in die friedlichen Revolutionen von 1989 mündete, sahen führende deutsche Sozialdemokraten Gefahren für den Frieden in Europa aufziehen. In der so genannten „zweiten Phase der Ostpolitik" drängte das Interesse an der dauerhaften Sicherung der innerdeutschen Entspannung den Wunsch nach evolutionärer Veränderung im Ostblock völlig in den Hintergrund, sodass aus der berühmten, für die erste Phase der Ostpolitik grundlegenden Formel Egon Bahrs von 1963 „Wandel durch Annäherung" das Ziel des Wandels weithin entschwand. Im Zeichen der neu propagierten „Sicherheitspartnerschaft" wurde Stabilität in Mitteleuropa zum alles beherrschenden Imperativ. Das Nachsehen hatten die Bürgerrechtler, die sich als Störfaktoren ausgegrenzt fühlten.

Die Ironie dieser Entwicklung lag darin, dass die Dissidenten Ostmitteleuropas durch den krönenden Abschluss der ersten Phase der Ostpolitik, die Helsinki-Schlussakte der KSZE von 1975, dank der darin enthaltenen Aussagen zu den Menschenrechten starken Auftrieb erhalten hatten. Auf diese Passagen konnte sich berufen, wer von den kommunistischen Regimen mehr Freiheit forderte. So gesehen, war es ein Erfolg der Ostpolitik, der zur etatistischen Verkürzung des ursprünglichen Konzepts führte. Die Stabilität, auf die Brandt, Bahr und andere setzten, erwies sich jedoch als brüchig. Die Bürgerrechtsbewegungen des östlichen Mitteleuropa, die Nutznießer der ersten Phase der Ostpolitik, brachten am Ende einen viel gründlicheren Wandel hervor, als die Erfinder dieser Politik in den achtziger Jahren erwartet oder für wünschbar gehalten hatten. Die westlichen Freiheitsideen entwickelten eine Dynamik, die der sozialdemokratischen Variante von „Realpolitik" den Boden entzog. Am Ende hatten sich, um Timothy Garton Ash zu zitieren, „die selbsterklärten Realisten als unrealistisch erwiesen, und die Idealisten standen als die besseren Realisten da".[18]

Am Ende standen die Idealisten als die besseren Realisten da

Stabilität hat im Denken der Realpolitiker, der Theoretiker ebenso wie der Praktiker, immer einen hohen Stellenwert: Das ist in Deutschland nicht anders als in den Vereinigten Staaten, wo die „realpolitische" Denkrichtung freilich sehr stark von deutschen Emigranten, von Hans Morgenthau bis Henry Kissinger, geprägt ist.[19] Mehr noch: Stabilität tendiert, aus „realpolitischem" Blickwin-

---

[17] Heinrich August Winkler: Der lange Weg nach Westen. Bd. 2: Vom „Dritten Reich" bis zur Wiedervereinigung, München 2010[5], S. 360 ff., 379 ff.

[18] Timothy Garton Ash: Lässt sich europäische Macht moralisch begründen? (2004), in: ders.: Jahrhundertwende. Weltpolitische Betrachtungen 2000–2010, München 2010, S. 119–136 (135).

[19] Hans Morgenthau: Macht und Frieden. Grundlegung einer Theorie der internationalen Politik, Gütersloh 1963; Henry A. Kissinger: Großmacht Diplomatie. Von der Staatskunst Castlereaghs und Metternichs, Düsseldorf 1962.

Bild nur in Printausgabe verfügbar

kel betrachtet, leicht dahin, den Rang des höchsten Gutes einzunehmen. Die Frage, wie die Ordnung beschaffen ist, die da stabil gehalten werden soll, tritt demgegenüber zurück. Die einseitige, um nicht zu sagen: monomane, Ausrichtung auf Stabilität, ist immer in der Gefahr, in Zynismus umzuschlagen. Die Folge ist dann die Missachtung von Kräften, die die bestehenden Machtverhältnisse in autoritären Regimen im Zeichen westlicher Werte in Frage stellen und darum westliche Sympathie und Solidarität verdient hätten.

Zum normativen Defizit der „Realpolitik" tritt ein empirisches hinzu: Die Stärke der Kräfte, die auf Veränderung drängen, wird regelmäßig unterschätzt, die Stabilität autoritärer Regime überschätzt. Das war in den achtziger Jahren so, als in Polen „Solidarność" das Kriegsrecht überlebte und schließlich aus dem Machtkampf mit dem kommunistischen Regime als Sieger hervorging. Und es spricht manches dafür, dass auch in Russland und China die Machtverhältnisse weniger festgefügt sind, als viele „Realpolitiker" meinen. Wenn das zutrifft, gibt es einen weiteren Grund, am Realismus der „Realpolitiker" zu zweifeln. Der Wirklichkeitssinn hat, wie Robert Musil bemerkt, sein notwendiges Gegenstück im Möglichkeitssinn.[20] Wo dieser Sinn fehlt, kann die vermeintliche „Realpolitik" in eine Utopie umschlagen: den Traum von einer regimeneutralen, immerwährenden Stabilität, deren Stützen zu einem guten Teil Diktaturen oder Halbdiktaturen sind.

Ein unverkürzter Realismus schließt einen normativen Ansatz nicht nur nicht aus, er erfordert ihn. Es ist ein geradezu sittliches Gebot aller Politik,

[20] Robert Musil: Der Mann ohne Eigenschaften. Roman, Hamburg 1952, S. 16. Das Zitat lautet: „Wenn es aber Wirklichkeitssinn gibt, und niemand bezweifelt, daß er seine Daseinsberechtigung hat, dann muß es auch etwas geben, das man Möglichkeitssinn nennen kann."

der Wirklichkeit, so gut es geht, ins Auge zu sehen und sich sowohl von voluntaristischem Wunschdenken als auch von resignativem Fatalismus freizuhalten. Ein normativ aufgeklärter Realismus fragt nach Handlungsspielräumen und Alternativen der Politik. Er ist auf eine unvoreingenommene Analyse der Motive anderer Akteure und der jeweiligen Kräfteverhältnisse ebenso angewiesen wie auf Offenheit gegenüber dem, was der Historiker Johann Gustav Droysen in den 1850er Jahren den „ethischen Horizont" genannt hat: eine „Interpretation nach den sittlichen Mächten und Ideen", deren Werden und Wachsen für diesen Hegelianer die Bewegung und das Leben der Geschichte ausmachten.[21]

Normativ aufgeklärter Realismus fragt nach Handlungsspielräumen

Theorie und Praxis

Das Ergebnis solcher Abwägungen kann keine „moralische Politik" sein, denn die gibt es nicht, wohl aber eine Politik, die danach strebt, bei allem notwendigen Pragmatismus möglichst nahe an den normativen Vorgaben zu bleiben, auf die sich die Völkergemeinschaft festgelegt hat. Für das Verhältnis von Theorie und Praxis folgt daraus, was Kant im Anhang I zu seiner Schrift „Zum ewigen Frieden" aus dem Jahr 1795 feststellt: „Ich kann mir nun zwar einen moralischen Politiker, d.i. einen, der die Prinzipien der Staatsklugheit so nimmt, dass sie mit der Moral zusammen bestehen können, aber nicht einen politischen Moralisten denken, der sich seine Moral so schmiedet, wie es der Vorteil des Staatsmannes sich zuträglich findet."[22]

Deutsche Kritik an Verletzungen von Menschenrechten in anderen Ländern stößt in Deutschland selbst immer wieder auf den Einwand, angesichts der Verbrechen des Nationalsozialismus müssten sich gerade die Deutschen in dieser Hinsicht besondere Zurückhaltung auferlegen. Im Hinblick auf Russland hat Erhard Eppler so argumentiert. In einem Beitrag für die *Süddeutsche Zeitung* sprach er im November 2012 Wladimir Putin seinen Dank dafür aus, dass dieser es sich verkniffen habe, deutsche Kritik an Maßnahmen russischer Behörden mit der Frage zu kontern: „Seid ausgerechnet ihr Deutschen dazu berufen, uns Demokratie und Menschenrechte beizubringen?"[23]

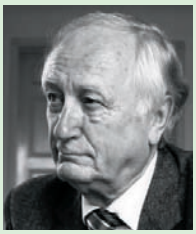
Die Mahnung zu deutscher Bescheidenheit ist nur allzu oft gerechtfertigt. Aber das Argument, die Jahrhundertverbrechen des Nationalsozialismus verpflichteten die Deutschen, im Hinblick auf Menschenrechtsverletzungen anderer Nationen lieber zu schweigen, ist höchst anfechtbar. Zu Ende gedacht, läuft es darauf hinaus, Deutschland ein Recht auf Wegsehen zu bescheinigen, das andere westliche Demokratien nicht für sich in Anspruch nehmen können. Der Holocaust würde dann die widerspruchslose Hinnahme von ethnischen Säuberungen und Völkermorden zur Folge haben, was genauso abwegig

[21] Johann Gustav Droysen: Historik. Vorlesungen über Enzyklopädie und Methodologie der Geschichte. Hg. v. Rudolf Hübner, Darmstadt 1960[4], S. 184.
[22] Immanuel Kant: Zum ewigen Frieden. Ein philosophischer Entwurf (1795), in: ders., Kleinere Schriften zur Geschichtsphilosophie, Ethik und Politik, Hamburg 1959, S. 115–169 (153).
[23] Erhard Eppler: Bescheidenheit könnte uns nicht schaden, Süddeutsche Zeitung, 26.11.2012.

wäre wie der seinerzeitige Versuch deutscher Politiker, Parallelen zu ziehen zwischen der Ermordung der europäischen Juden im Zweiten Weltkrieg und serbischen Massakern im Kosovo.[24]

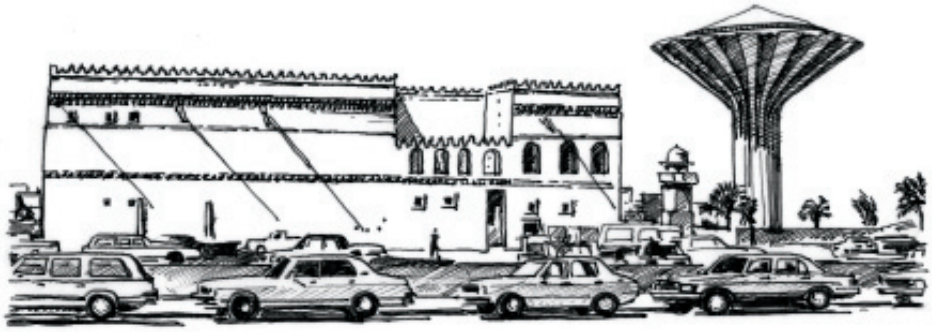
Würde die nationalsozialistische Vergangenheit die Deutschen veranlassen, gegenüber Menschenrechtsverletzungen in der Gegenwart besonders großzügig zu sein, wäre dies das Resultat eines pathologischen Lernprozesses. Deutschland würde mit Recht Zweifel an seinem Selbstverständnis als westliche Demokratie hervorrufen, wenn es auf dem Gebiet der Menschenrechte und des Menschenrechtsschutzes eine grundsätzlich andere Politik betriebe als seine westlichen Verbündeten, also einen neuen Sonderweg einschlüge.

Tagespolitisch motivierte Bezugnahmen auf die Vernichtung der europäischen Juden sind heute nicht mehr so häufig wie in den neunziger Jahren, und das ist ein Fortschritt. Denn jede Instrumentalisierung des Holocaust bedeutet seine Banalisierung. Ein verantwortlicher Umgang mit der Geschichte zielt darauf ab, verantwortliches Handeln in der Gegenwart möglich zu machen. Daraus folgt zum einen, dass sich die Deutschen durch die Betrachtung ihrer Geschichte nicht lähmen lassen dürfen. Zum anderen sollten politische Entscheidungen nicht dadurch überhöht werden, dass man sie als die jeweils einzig richtige Lehre aus der deutschen Vergangenheit ausgibt. Das gilt auch dann, wenn es um das Thema Deutschland und den Schutz der Menschenrechte geht.



Prof. Dr. Heinrich August Winkler
lehrte bis 2007 Neueste Geschichte an der Humboldt-Universität zu Berlin. Derzeit arbeitet er am dritten Band seiner „Geschichte des Westens“.

[24] Edgar Wolfrum: Rot-Grün an der Macht. Deutschland 1998–2005, München 2013, S. 76 ff.



Brief aus … Riad

Ungeregelte Rechtsräume

Saudi-Arabien: Vom Leben der Frauen im Land der Männer

Susanne Koelbl | Wie separiert man eigentlich Männer und Frauen, wenn es in der Gesellschaft, in jeder Familie doch beide Geschlechter gibt? Wenn alle, die eine Straße benutzen, im gleichen Geschäft einkaufen oder auf dieselbe Party eingeladen sind? Ich lerne von Sophia.

Sophia ist 36, Mutter, Ehefrau, Akademikerin. Jetzt steht sie vor mir, verhüllt in schwarzer Abaya und Niqab, ein schmaler Schlitz zwischen Brauen und Nasenbein ermöglicht den Augenkontakt. Sie lächelt, immerhin so viel ist zu sehen.

Wir sind im Neubau des so genannten Girls-Campus der King Saud University in Riad, und Sophia erklärt, wie die Trennung der Geschlechterwelten hier gerade perfektioniert wird.

Oben sind die Wohnheime für Studentinnen: elegante Apartments, zwei Zimmer, Küche, Bad, keine kleinen Boxen wie in Europa oder den USA, wir sind in Saudi-Arabien. Gegenüber das Health-Center, mit Spa, Whirlpools und so weiter. Eingangshallen aus Marmor, die Medizinische Fakultät ist ausgestattet wie eine Schweizer Privatklinik, das Auditorium sieht aus wie die Festhalle für die Oscar-Verleihung. Wenn in diesen Tagen der Minister für Höhere Bildung, Prinz Faisal, zur Eröffnung das rote Band durchschneidet, werden kurz darauf die schwarzen Hüllen fallen.

Wie Raupen, die sich zu Schmetterlingen wandeln, schlüpfen die Mädchen dann aus den Abayas und schütteln ihr Haar zurecht, mit kunstvoll lackierten Fingernägeln. Unter dem Krähenkostüm tragen sie hautenge Jeans, Absätze und, natürlich, jede Menge Make-up. Heißt: Die Luft ist rein, kein Mann in der Nähe.

„Die Männer befinden sich in der Unterwelt“, sagt Sophia. Wie eine Lehrerin zeigt sie an der Schautafel das ausgeklügelte System, das Moderne mit Fundamentalismus vereint. Das Areal der Frauen-Uni ist so großzügig angelegt, als sollte sich hier die gesamte saudi-arabische Regierung niederlassen können.

Und darunter befindet sich ebenso weitläufig ein Tunnelsystem mit Versorgungsschächten, Liefereingängen und Fahrbahnen für Golfcarts: das Männerreich.

Kochen, waschen, Bücher holen und bringen, die Klimaanlage bedienen, die Technologie des Hochschulkomplexes warten, das alles machen

© Henning Kettel

die Männer. Die meisten von ihnen sind gar keine Saudis, sondern kommen aus Bangladesch, Pakistan, den Philippinen und Indien; es sind Arbeiter aus aller Welt, die normalerweise gewöhnt sind, mit Frauen zu leben und zu arbeiten. Aber hier werden sie von ihnen abgeschottet.

Ich gebe den Damen rund um den Tisch die Hand, auch Sophia. Sie kichert, ich habe sie ohne Abaya nicht erkannt. Das schwarze Ganzkörperkleid macht die Frauen zu Neutren, verwechselbar.

Sophia ist eine herzliche Frau mit dunklen Locken und rot geschminktem Mund. Sie trägt eine gepunktete Bluse zum knielangen Rock. Wir wollen über das Leben der Frauen im Land der Männer sprechen.

Der alles verhüllende Gesichtsschleier gilt im Ausland als ultimatives Symbol für die Ungerechtigkeit der Weltenteilung: die Männer oben, die Frauen unten. Das ist richtig, oft. Aber nicht immer.

Manche Frauen sagen, die Abaya schütze sie sogar, etwa wenn sie sich inkognito als Oppositionelle in Gerichtsverhandlungen gegen Menschenrechtler schmuggeln.

Die Trennlinie der Ungerechtigkeit verläuft in Wahrheit unsichtbar, wie fast überall. Es sind nicht immer die Verbote, sondern ungeregelte Rechtsräume, die von Vätern (und Müttern), von religiösen Führern und Regenten willkürlich interpretiert werden, die eine freie Entfaltung hemmen.

„Wir wollen endlich Gesetze, die auch Frauen und Kinder besser schützen“, sagt eine stellvertretende Fakultätsleiterin. „Wir möchten das Recht auf eine gute Erziehung, auch für Mädchen.“ Eine promovierte Soziologin hebt die Hand und sagt: „Wir kämpfen um unseren Teil an der Macht!“

Schweigen. Andere sehen sie an. Nicht freundlich. Auch Frauen sind sich nicht immer einig, wie die Gesellschaft in Saudi-Arabien künftig aussehen, wer über welche Räume herrschen soll. „Wir lassen unsere Männer glauben, dass sie die Chefs sind, dann können wir tun und lassen, was wir wollen“, kichert Sophia und durchbricht damit das Schweigen.

Unter dem schwarzen Schleier verbergen sich Make-up und Moderne

Es gibt Tausende alter Traditionen in Saudi-Arabien, Einschränkungen, Ungerechtigkeiten, aber fast ebenso viele Hintertüren: Eine promovierte Juristin beispielsweise, deren Anwaltslizenz im Königreich nicht anerkannt ist, beschäftigt in Riad inzwischen ein paar Dutzend Anwälte, erfolgreich operiert sie weltweit, trotz allem.

Unglückliche Frauen lassen sich scheiden, heiraten erneut, fast so häufig wie im Westen; Männer halten sich Mätressen. Man hört auch von Tanzpartys im konservativen Riad, von ausschweifenden Vergnügungen, bei denen jede Menge Alkohol fließt. Natürlich hinter Mauern.

Susanne Koelbl ist Auslandskorrespondentin des *Spiegel*. Mit Olaf Ihlau schrieb sie das Buch „Krieg am Hindukusch – Menschen und Mächte in Afghanistan“.

Bild nur in Printausgabe verfügbar

Internationale Presse

Eine neue Kultur des Kompromisses

Ein „Pakt für Mexiko“ bringt Reformen für das Schwellenland auf den Weg

Ulrich Wacker | Das Image des Schwellenlands Mexiko, das unverdient im Schatten Brasiliens stand, verändert sich: Ausländische Medien feiern es als „aztekischen Tiger“, Beobachter würdigen die gegenüber China wiedergewonnene Wettbewerbsfähigkeit, die Nähe zu den USA als strukturellen Standortvorteil und die Potenziale der schnell wachsenden Mittelschicht. Die Gräueltaten der Drogenkartelle kommen in den Zeitungen kaum mehr vor. Im ersten halben Jahr seiner Amtszeit glänzt der neue Staatspräsident Enrique Peña Nieto damit, die beschädigte „Marke“ Mexiko mit einer Überfülle neuer politischer Pläne und Reformversprechen wiederherzustellen. Lieblingsformeln sind „Für ein inklusives Land“, „Mexiko bewegen“, „Das Land tiefgreifend verändern“. Eine „diskursive Wolke“ nennt das Sara Sefchovich von der Nationalen Autonomen Universität Mexikos in der liberal-konservativen Tageszeitung *El Universal*.

Die Mexikaner, zwischen hochfliegendem Patriotismus und fundamentalem Zweifel an der Stärke ihres Landes schwankend, reagieren skeptisch: Zu oft haben Politik und Interessengruppen das enorme Potenzial des Landes blockiert. Sie erinnern sich an manch vorschnelles Urteil, das verkannte, dass beschlossene Gesetze auch eingehalten und Reformen umgesetzt werden müssen. Und sie wissen, wie profund die Last von Korruption, Ungleichheit, Machtkonzentration, Unbehagen am politischen Konflikt und fehlender demokratischer Tradition die Fähigkeit der Mexikaner einschränkt, sich der Moderne und deren Anforderungen zu öffnen.

In ersten Bewertungen erkennen Ricardo Alemán in *El Universal* und José Buendía in der liberalen Tageszeitung *Excelsior* aber das Bemühen Peña Nietos an, das Image Mexikos zu verbessern. Die Kommentatoren loben Peña Nieto für den „Pakt für Mexiko“, den der Präsident mit seinen politischen Rivalen einging. Damit habe er die Furcht vieler Bürger vor einer Restauration des Autoritarismus der PRI (Partei der institutionellen Revolution) entschärft, einer Partei, die 71 Jahre lang an der Macht war, bevor sie 2000 für zwölf Jahre in die Opposition geschickt wurde. Nach Jahren eines gerade von der PRI in ihrer bisherigen Oppositionszeit verantworteten politischen und wirtschaftlichen Stillstands wagt die politische Elite einen beherzten Versuch, blockierte

strukturelle Reformen im Konsens voranzubringen. Am Tag nach dem Amtsantritt Nietos hatten die großen Parteien eine Agenda von 95 politischen Verpflichtungen für Reformen unterzeichnet, die sie auf den Weg bringen wollen. Auch wenn der Pakt Gegenstand innerparteilicher Machtkämpfe vor allem in der konservativen Regierungspartei der vergangenen zwölf Jahre, der Partei der Nationalen Aktion (PAN), geworden ist, führt er das in der politischen Kultur Mexikos bislang unbekannte Element der Übereinkommen und des Kompromisses ein. José F. Santillán von der Universität Tecnológico de Monterrey konstatiert in *El Universal* einen beginnenden Übergang vom Oktroy der bisherigen Präsidenten zur Verhandlung von Interessen.

Ein solcher Pakt ist natürlich eine Herausforderung für jede Partei, die Opposition ist und sein will, aber auch mit dem politischen Gegner zum Wohle des Landes verhandeln muss. Entlang dieser Linie zieht sich ein Bruch durch die PAN, die sich nach dem Verlust der Präsidentschaft in einer veritablen Krise befindet. Einige fürchten, die Partei könnte vor den im Juli dieses Jahres in 14 der 32 Bundesstaaten anstehenden Wahlen als Komparse der Regierung wahrgenommen werden, welche die Früchte des Paktes alleine erntet; andere sehen die Chance, als politische Kraft zu gelten, die für das langfristige Wohl des Landes verantwortlich handelt. Ein breites Unbehagen besteht an der Art, wie derzeit allein die Führungen der großen Parteien den „Pakt für Mexiko" und damit die aktuellen politischen Fragen des Landes in Händen halten und der parlamentarischen Debatte entziehen. Enrique Campos aber zeigt in der Wirtschaftszeitung *El Economista* kein Verständnis für eine Blockade der Regierung. Mexiko brauche Maßnahmen von der Größe und Effizienz des Paktes, zu dem niemand eine Alternative habe. Er sei wie eine chinesische Vase, so der Herausgeber von *Excelsior*, Pascal Beltrán del Rio: „Zerbricht sie, ist sie nicht mehr zu reparieren."

Ein Kernelement des Paktes ist die Reform des politischen Systems, die Einführung der Wiederwahl von Mandatsträgern, eine Neudefinition des Verhältnisses zwischen Exekutive und Legislative. Mexikos politisches System kombiniert demokratische Strukturen und Verfahren mit autoritärem Erbe. Der Pakt bietet die Möglichkeit, die Rechte des Parlaments zu stärken und gar den Übergang zu einem semipräsidentiellen oder parlamentarischen Regierungssystem zu entwerfen. Dafür sei aber eine breite Diskussion in den Parteien notwendig, so Sergio Gutiérrez in der liberalen Tageszeitung *Reforma*. Denn ein seit 200 Jahren bestehendes politisches System zu ändern sei doch etwas anderes als eine Energie- oder Fiskalreform.

Dass Rechtsbrecher straflos bleiben, ist eines der Grundübel Mexikos

Reformen des Rechtsstaats …

„Impunidad", also Straflosigkeit von Rechtsbrechern, ist eines der Grundübel Mexikos. Ricardo Alemán kritisiert in *El Universal* die neue Regierung dafür, dass auch sie Delinquenten unangetastet lässt. Eher setzten Mexikos Verantwortliche auf Verhandlungen und stellen damit eine Situation her, in der niemand Recht und staatliche Autorität achtet. Aller-

dings enthält der „Pakt für Mexiko“ auch überfällige Reformvorhaben im Bereich Sicherheit und Justiz. Zentral hierbei: Mit der Einführung der mündlichen Hauptverhandlung im bislang klandestin nach Aktenlage geführten Strafverfahren samt der Schaffung eines einheitlichen nationalen Straf- und Strafprozessrechts soll die Justiz transparenter werden.

Diese Justizreform wird, typisch für Mexiko, nur schleppend umgesetzt, weil sie von einer Gruppe feudal regierender Gouverneure in ihren Bundesstaaten blockiert wird. Bis Mai 2016 muss sie aber landesweit implementiert sein. Dann werden Umschulungen von Richtern und Anwälten notwendig, so Francisco Valdés Ugalde in *El Universal*: „Unser Rückstand gegenüber der entwickelten Welt liegt an unserer Verwurzelung in einer feudalen Mentalität, in der Autoritarismus, Intoleranz und fehlende Rechtstreue fortbestehen. Gleichheit vor dem Gesetz und Chancengerechtigkeit beim Zugang zu öffentlichen Gütern sind nicht Teil unserer Tradition. Die Umgestaltung von Gerichtsverfahren und damit der Rechtsordnung gibt uns die Gelegenheit zu einem geradezu historischen Schritt.“

Deutsche Autobauer gehören zu den Großinvestoren

… und in der Wirtschaft

Auch auf wirtschaftlichem Gebiet ist Reformwille zu spüren: Abgearbeitet sind die Reform des Arbeitsmarkts, seit Peña Nietos Amtsantritt die Reform des Erziehungswesens und der Telekommunikation; für das zweite Halbjahr 2013 sind eine Energiereform, die hauptsächlich die marode staatliche Erdölgesellschaft PEMEX betrifft, eine Reform des Finanzsektors, die den Wettbewerb um Finanzprodukte und eine bessere Kapitalausstattung der Institute sichern soll, dazu eine Fiskalreform vorgesehen, welche zentrale Voraussetzung für weitere Reformen des Paktes ist.

Nachgebende Wirtschaftsdaten bestärken Nieto in seinem Ruf nach strukturellen Reformen. Mexikos Wachstumsprognose für 2013 wurde auf 3,1 Prozent seines BIP gesenkt. Ökonomen der Interamerikanischen Entwicklungsbank und der UN-Wirtschaftskommission CEPAL erwarten, dass Mexiko 2014, wie schon in den beiden Vorjahren 2011 und 2012, schneller wachse als Brasilien, weil das Land bereits in die Reformphase eingetreten ist. Mexikos Stärke sei sein ausgeglichenes Wachstum, das auf Konsum, Investitionen und Exporten gleichermaßen beruhe (*El Economista)*. Den vom *Wall Street Journal* berichteten Anstieg der Direktinvestitionen multinationaler Unternehmen in Mexiko verantworten die USA und dahinter Deutschland als zweitgrößter Investor, vor allem die deutschen Autobauer.

Neue regionale Ordnung

Nachdem alle bisherigen Versuche regionaler Integration Lateinamerikas gescheitert sind, führt Mexiko endlich eine vielversprechende, pragmatische, auf den Prinzipien Demokratie und Freihandel basierende Initiative der wachstumsstärksten Marktwirtschaften des Kontinents an, die „Pazifik-Allianz“ der Länder Mexiko, Kolumbien, Peru und Chile. Mit ihr zeige Lateinamerika der Welt ein neues Gesicht, so Mexikos Außenminister José

Meade in *Reforma*. Die Pazifik-Allianz ist derzeit der nach Exporten und Außenhandel führende Handelsblock Lateinamerikas, seine Mitglieder erzielen 35 Prozent des gesamten BIP Lateinamerikas. In den vier Mitgliedsländern leben 210 Millionen Menschen, das ist die Größe Brasiliens, das sich durch die Allianz durchaus herausgefordert fühlen darf.

Mit der Allianz, innerhalb derer 90 Prozent der bisherigen Zolltarife dieser Wochen aufgehoben werden, entwickelt sich ein Wirtschaftsraum der Freizügigkeit von Gütern, Kapital, Dienstleistungen und Personen, der beispiellos in der Geschichte Lateinamerikas ist und zum Motor einer hohen wirtschaftlichen Dynamik werden kann. Damit wollen die Mitgliedstaaten vor allem auf den Märkten Asiens bestehen. Mexikos Orientierung nach Asien kommt auch in seiner Teilnahme an den 2014 abzuschließenden Verhandlungen über das Transpazifische Freihandelsabkommen (TPP) zum Ausdruck. Die dann zwölf Mitgliedsländer generieren 40 Prozent des weltweiten BIP und 30 Prozent des Welthandels und bilden ein Gegengewicht zu China, das derzeit Mexiko umgarnt.

Die Beziehungen mit den USA sollen, so Außenminister Meade, um die Themen Waffenkauf und Migration erweitert werden. US-Präsident Obama wird hingegen im *Wall Street Journal* mit der Aussage zitiert, gerade die Themen Sicherheit und Migration verdrängten in den Beziehungen zwischen Mexiko „zu häufig" das Thema wirtschaftliche Kooperation. Die sei deshalb so wichtig, weil, wie der mexikanische Ökonom Macario Schettino in *Reforma* schreibt, die Wirtschaften Mexikos und der USA „eine einzige, in zwei Hälften geteilte Ökonomie bilden und sich in einer Art Ehe auf das engste verbunden sind".

Die Entwicklung guter bilateraler Beziehungen hängt von den jüngeren Generationen ab, doch da zeigt sich ein besorgniserregendes Bild. Weniger als 2 Prozent der ausländischen Studenten in den USA sind Mexikaner, und Mexiko ist nach Costa Rica und Argentinien nur noch dritte Wahl für amerikanische Studenten. Kein Wunder: Viel zu wenige der bald 118 Millionen Mexikaner sprechen Englisch, die Sprachausbildung in staatlichen Schulen ist katastrophal und mexikanische Universitäten unterrichten nicht auf Englisch.

Die Wirtschaften der USA und Mexikos sind auf das Engste verbunden

Mexikos Aufstieg und weitere Demokratisierung werden beständig sein, und die jungen Menschen werden diese Entwicklung tragen. Eine Rückkehr autoritärer Herrschaft der PRI sollte ausbleiben, denn die jungen Mexikaner reagieren in den sozialen Medien immer wachsamer auf Fälle von Machtmissbrauch. Hier entstehen eine gesellschaftliche Gegenmacht, ein neuer politischer Dialog, politisches Urteilsvermögen. Hier bauen die Jungen selbst an ihrem „besseren Mexiko".

Ulrich Wacker
ist Regionalbüroleiter Lateinamerika der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit mit Sitz in Mexiko-Stadt.

Erklärt Merkel

Zwei Versuche, die Außenpolitik der Bundeskanzlerin auf den Punkt zu bringen

Ulrich Speck | **Auch nach zwei Amtszeiten bleibt Angela Merkel ein Mysterium. Ihre Äußerungen werfen oft mehr Fragen auf, als sie Antworten geben. Das gilt auch für die Außenpolitik. Obwohl Merkel als eine der mächtigsten Frauen der Welt bezeichnet wird, bleibt oft undeutlich, wie sie diese Macht einsetzen will. Zwei Neuerscheinungen wollen hier Klarheit schaffen.**

Dass Angela Merkel ihre Politik nicht erklärt, ist mittlerweile ein Gemeinplatz. Wer sich ihrer Außenpolitik annähern will, dem bleibt damit nur der Weg über die Deutung ihres konkreten Handelns. Doch auch dieses Handeln bleibt ominös, oft widersprüchlich. Es ergibt sich keine klare Linie; das Gegenteil ist auch immer möglich.

Was Merkels Außenpolitik angeht, so sind nach acht Jahren noch fast alle wichtigen Fragen offen: Wie weit ist die Kanzlerin bereit zu gehen, um den Euro zu retten? Wird sie, wenn es hart auf hart kommen sollte, einer Vergemeinschaftung von Schulden zustimmen oder dann doch lieber eine Spaltung der Euro-Zone in Kauf nehmen? Welche Angebote ist Merkel bereit, den Briten zu machen, um sie in der EU zu halten? Wird sie dem Druck europäischer Partner standhalten, Israel weniger freundlich zu behandeln? Wird die sichtbare Abkühlung des Verhältnisses zu Putin auch zu einer neuen, von der „Modernisierungspartnerschaft" unterscheidbaren Russland-Politik führen? Und in wie weit ist Merkel bereit, etwa in Bezug auf China deutsche Außenpolitik in den Rahmen einer gemeinsamen EU-Außenpolitik zu integrieren und die EU dadurch zu einem veritablen Machtfaktor auf der Weltbühne zu machen?

Faible für Amerika, Fixpunkt Israel

Zwei Bücher sind jetzt erschienen, die versuchen, Angela Merkel als Europa- und Außenpolitikerin besser als bisher zu erklären. Das eine stammt von Stefan Kornelius, dem Leiter des außenpolitischen Ressorts der *Süddeutschen Zeitung*, das andere von Judy Dempsey, langjährige Deutschland-Korrespondentin der *International Herald Tribune*, für die sie heute als Kolumnistin schreibt.

Das Buch von Kornelius gründet auf intensiver Langzeitbeobachtung aus der Nähe. Kornelius ist seit Jahren dabei, wenn Merkel durch Europa und die Welt jettet, auf Staatsbesu-

chen und Gipfeln. Er schreibt aus der Perspektive großer Nähe und auch großer Sympathie. Immer wieder erklärt er Merkels Gedanken und Gefühle: was und wen sie mag und warum. Ganz falsch wird er damit nicht liegen, sonst hätte die Kanzlerin das Buch nicht höchstpersönlich in Berlin präsentiert. Auch wenn es formal keine autorisierte Biografie ist, ist das Buch doch offenkundig geprägt durch die Sichtweise des Kanzleramts.

Aus acht Jahren Merkel-Beobachtung destilliert Kornelius die Hauptthemen der Merkelschen Außenpolitik: USA, Krieg, Israel, Russland, China und Europa. Um es vorweg zu sagen: Überraschungen gibt es nicht, das Buch bestätigt im Wesentlichen das Bekannte. So hat Angela Merkel, wie man weiß, ein Faible für Amerika und legt grundsätzlich Wert auf gute transatlantische Beziehungen. Das bedeutet aber nicht, dass Washington damit rechnen kann, Deutschland stets auf seiner Seite zu wissen; immer wieder ist die Kanzlerin bereit, auf Konfrontationskurs zu Washington zu gehen.

So weigerte sich Merkel im Jahr 2008, der Ukraine und Georgien eine konkrete NATO-Beitrittsperspektive zu geben, trotz massiven Drängens von George W. Bush, mit dem sie sich persönlich gut verstand. Damals bescheinigte Wladimir Putin der Kanzlerin, schreibt Kornelius, „in seltener Dankbarkeit, dass er ihr diese Tat niemals vergessen werde". Mit Barack Obama hat Merkel den guten Draht, den sie zu Bush hatte, nicht gefunden. In der Finanz- und Euro-Krise gab es wenig Übereinstimmung zwischen Washington und Berlin. Das Verhältnis ist kühl.

Israel ist ein Fixpunkt in Merkels außenpolitischem Universum, es ist, schreibt Kornelius, für die sonst so kontrolliert auftretende Kanzlerin eine höchst emotionale Angelegenheit. Übersetzt ins Politische heißt das dann: Israels Existenz ist Teil der deutschen „Staatsräson", wie Merkel mehrfach erklärt hat. Doch trotzdem kam es im Herbst 2011 mit Benjamin Netanjahu zu einem heftigen Disput. Als der israelische Premier dem Bau neuer Siedlungen im Ostteil Jerusalems zustimmte, sei Merkel „fuchsteufelswild" geworden; die Beziehungen zu ihm sind seitdem abgekühlt.

Frustriert ist Merkel, schreibt Kornelius, auch über Moskau. Mit Dmitri Medwedew, von Putin für eine Amtszeit ins Präsidentenamt gehoben, habe sie große Hoffnungen verbunden. Als Putin schließlich enthüllte, dass der Rollentausch nur eine von Anfang an geplante Inszenierung gewesen sei, fühlte sich Merkel „schwer getäuscht". Heute sei Merkel „ernüchtert bis ratlos", was Russland angeht.

Europäerin aus Vernunft

Im Europa-Kapitel seines Buches zeichnet Kornelius eine Vernunfteuropäerin, die zu dem Schluss gekommen ist, dass die Euro-Rettung essenziell für Deutschland ist. Eine Rettung jedoch, die nicht durch die Stärkung der Brüsseler Institutionen bewerkstelligt werden soll – wie es die Föderalisten anstreben –, sondern durch ein besser koordiniertes Vorgehen der Nationalstaaten, die sich wechselseitig auf Reform und bessere Haushaltsführung verpflichten sollen. Merkels Europa, auch das zeigt Kornelius, ist ein Europa der Nationalstaaten. Brüssels Eigengewicht ist in der Krise gesunken.

Insgesamt hat Kornelius einen umfassenden und sehr gut lesbaren

Stefan Kornelius: **Angela Merkel. Die Kanzlerin und ihre Welt.** Hamburg: Hoffmann und Campe 2013, 288 Seiten, 19,99 €

Überblick vorgelegt. Und dennoch ist man nach der Lektüre nicht viel klüger als zuvor. Was Merkel als Außenpolitikerin antreibt, bleibt bei allen Deutungsbemühungen doch offen. Aus der Übersicht über acht Jahre Merkel-Außenpolitik ergeben sich wenig Anhaltspunkte für kommende Entscheidungen. Aus ihrer emotionalen Neigung zum Westen, zu den USA und auch zu Israel, ergeben sich keine klaren, systematisch entwickelten außenpolitischen Präferenzen und Strategien.

Begrenzt zuverlässig

Genau das ist es, was Judy Dempsey nicht behagt. Als Journalistin, die Merkel ebenfalls auf Reisen begleitet hat, teilt sie mit Kornelius eine gewisse Insider-Perspektive. Anders als Kornelius aber, der sich mit Kritik eher zurückhält, lässt Dempsey ihrer Enttäuschung über Merkels konturenarme Außenpolitik freien Lauf. Dempsey trauert der Merkel von 2005 hinterher, die Menschenrechte in den Vordergrund stellte und Deutschland nach den geopolitischen Abenteuern ihres Vorgängers Gerhard Schröder wieder entschieden auf Westkurs brachte, entschlossen und orientiert an übergreifenden Prinzipien.

Judy Dempsey: **Das Phänomen Merkel. Deutschlands Macht und Möglichkeiten.** Hamburg: Edition Körber-Stiftung 2013, 208 Seiten, 16 €

Dempseys Buch setzt in etwa die gleichen Akzente wie Kornelius: die EU und das Management der Euro-Krise, das Verhältnis zu den USA, zu Russland und Israel, das Militärische, die Menschenrechte. In der Europa-Politik beklagt sie den Mangel an deutscher Führung in Richtung „mehr Europa“. Im Verhältnis zu den USA diagnostiziert Dempsey wie Kornelius eine Abkühlung. Die Schuld dafür sieht sie bei Merkel, die das Werben Obamas ignoriert habe. Die deutsche Enthaltung bei der Libyen-Abstimmung im UN-Sicherheitsrat sei ein großer Fehler gewesen, seither gelte Deutschland international „nur noch begrenzt als zuverlässig“; es stehe in steigendem Maße „im Abseits“.

Überhaupt denkt Deutschland „seit dem Amtsantritt von Angela Merkel in der Außenpolitik so gut wie überhaupt nicht strategisch“. Von der Absicht, Menschenrechte ins Zentrum der Außenpolitik zu stellen, sei kaum etwas geblieben; Merkel erteile „den Wirtschaftsinteressen Deutschlands in der Regel den Vorrang vor den Werten.“

Lob dagegen gibt es für die Entwicklung der Beziehungen zu Deutschlands östlichem Nachbarn: „Gegenüber Polen hat sie mit beharrlicher Freundlichkeit für einen historischen Neuanfang gesorgt.“ Im Verhältnis zu Moskau dagegen bleibe sie blass: „Merkel muss endlich damit beginnen, gegenüber Moskau die Möglichkeiten ihrer Macht zu nutzen.“

Dempseys Erwartung an Merkel ist groß – und ebenso groß ist die Enttäuschung. Die Latte, an der sie Merkel misst, liegt hoch: „Die Aufgabe eines Bundeskanzlers ist es, die Richtung vorzugeben, Ideen einzubringen, Visionen zu entwerfen und strategisch zu denken, um das Land voranzubringen. Das sind sicherlich nicht Merkels Stärken. Manchmal habe ich den Eindruck, dass es Merkel schon reicht, Kanzlerin zu bleiben.“

Nicht wenige Beobachter teilen diese Kritik. Und doch muss man zur Kenntnis nehmen, dass die Deutschen mit Merkels Amtsführung insgesamt zufrieden sind, auch außenpolitisch. Eine Kanzlerin, die bis zum Alter von 35 Jahren die Bundesrepu-

blik von außen betrachtete, hat sich in den von Westdeutschland geprägten Mainstream hineingearbeitet.

Der kollektive Auftrag lautet, ganz grob gesagt: Bewahrung der Kontinuität und des Status quo. Die Dinge laufen recht gut für Deutschland, trotz der Euro-Krise, und so soll es auch bleiben. Merkels Botschaft lautet dementsprechend: Keine Sorge, ich kümmere mich darum. Wie sie dabei vorgehen will, erklärt sie allerdings nicht. Nicht nur die Deutschen, auch unsere Nachbarn und Partner rätseln permanent, was Merkel wirklich will. Solange das aber für die Deutschen funktioniert, hat Merkel das Vertrauen der deutschen Wähler.

Die Methode Merkel

Konkret heißt die Methode Merkel: durchwurschteln, auf Sicht fahren. In einer komplexen Welt kommt man mit großen Plänen nicht weit, also schaut man nicht allzu weit nach vorne und arbeitet lieber die tägliche Agenda ab, wie sie sich aus dem Fortgang der Ereignisse ergibt. Und in der Tat sieht das aus wie eine Erfolgsstrategie. In der Euro-Krise erscheint Deutschland wie eine Insel der Glückseligen.

Die große Frage aber ist, ob das ausreicht: ob sich Deutschland nicht auch verändern muss, um das einmal Erreichte in einer sich rapide verändernden Welt zu bewahren. Doch anstatt an der Suche nach Lösungen für europapolitische und internationale Probleme teilzunehmen, statt außenpolitisch Zukunft zu gestalten, wendet sich Deutschland unter Merkel noch stärker als zuvor ab von der Außenwelt und erscheint den Partnern immer mehr als negative Macht, als bloße Veto- und Blockademacht. Ob es um Syrien geht oder um die Bankenunion – ohne ein intensives, am Fortschritt in der Sache interessiertes Engagement Deutschlands kommt Europa nicht voran.

Das wiederum ist nicht primär Merkel anzulasten, es ist Ausdruck einer politischen Kultur, die geprägt ist von der alten Bundesrepublik: Man ist gewohnt, die wesentlichen Richtungsentscheidungen anderen zu überlassen und sich ganz aufs Wirtschaftliche und Soziale zu konzentrieren. Heute aber muss sich Deutschland ändern, es muss Mitverantwortung übernehmen für die Zukunft der größeren Ordnung, in die das eigene Staatswesen eingebettet ist. Für ein derart auf Austausch und Vernetzung angewiesenes Land wie Deutschland ist Außenpolitik von vitaler Bedeutung.

Eine verantwortungsvolle, auf längerfristige Interessen orientierte Außenpolitik kann aber nicht von der Kanzlerin alleine entwickelt werden. Sie muss in außenpolitischen Milieus entwickelt und von gesellschaftlichen Kräften getragen werden. Insofern ist für Judy Dempseys Kritik, wonach es der deutschen Außenpolitik an Visionen, Ideen und strategischem Denken mangele, nicht nur die Kanzlerin der Adressat. Gefordert sind alle diejenigen, die sich mehr oder weniger professionell am außenpolitischen Diskurs beteiligen.

Dr. Ulrich Speck arbeitet als außenpolitischer Analyst in Heidelberg. Er ist u.a. Herausgeber des Global Europe Morning Brief.

Vorsicht, Bärenfallen!

Warum Russlands Wirtschaft nicht auf die Beine kommt

Wladislaw Inosemzew | **Fragt man Ökonomen nach den Gründen für Russlands wirtschaftliche Probleme, so verweisen sie gern auf die kleptokratische Natur der Regierung Putin. Ganz so einfach ist es nicht, meinen Clifford Gaddy und Barry Ickes. Doch dürften ihre Vorschläge, wie die russische Wirtschaft auf Kurs zu bringen wäre, in Moskau kaum Gehör finden.**

Investitionen in Sektoren und Regionen, die niemals wettbewerbsfähig sein werden, dazu eine sichtbare Überstrapazierung der Versorgungswege: Es wimmelt in Russlands Bilanzen geradezu von vermeintlichen Aktivposten, die in Wirklichkeit eher Abschreibeobjekte sind.

Hinter derlei Irrwegen, die Clifford Gaddy und Barry Ickes als die Hauptursachen für die Wirtschaftsprobleme des Landes ausmachen, steht aus Sicht der US-Ökonomen das russische Faible für wirtschaftliche Dogmen sowjetischer Herkunft. Es scheint, schreiben sie in ihrem Meisterwerk „Bear Traps", als habe Russland „vor langer Zeit die ‚falsche' strukturelle Entscheidung getroffen und seither alle Zeichen ignoriert, die auf diesen Irrtum hinwiesen". Bei dieser falschen Entscheidung handelte es sich um die Idee, abgeschiedene Gegenden in Sibirien und im Fernen Norden und Osten des Landes zu „erobern" – immer in der Hoffnung, neue Ressourcen zu finden, jedoch ohne den Kosten-Nutzen-Aufwand in Rechnung zu stellen.

Mit der Folge, dass wir alles, was Russland an Produktivkräften aufzubieten hat, in einer Weise über das Riesenreich verteilt finden, die weltweit an Ineffektivität ihresgleichen sucht. Ein großer Teil konzentriert sich auf die klimatisch besonders unwirtlichen Regionen, wo normales Leben nahezu unmöglich ist.

In die Falle getappt

So betrüge etwa die derzeitige Bevölkerungszahl in Ostsibirien und den äußersten östlichen Teilen des Landes – wenn man von einer Besiedlungsdichte ausgeht, die jener von beispielsweise Alaska entspricht – nur rund eine Million Menschen. Tatsächlich aber übersteigt die Bevölkerungszahl dort heute 15 Millionen. Wäre Alaska umgekehrt so dicht besiedelt wie Sibirien, würde es einen Lebensraum für 13 Millionen Amerikaner bilden und

den 5. statt wie derzeit den 47. Rang auf der entsprechenden Liste der US-Bundesstaaten einnehmen.

Und es mag damit zu tun haben, so die Autoren, dass Russland im Verlaufe des vergangenen Jahrhunderts im wahrsten Sinne des Wortes noch kälter geworden ist als es ursprünglich schon war: Die so genannte bevölkerungsgewichtete Durchschnittstemperatur sank um 1 °C. Zum Vergleich: In Kanada stieg diese Temperatur im gleichen Zeitraum – auch dank der Umsiedlung wirtschaftlich relevanter Betriebe in den Süden – um 1,2 °C. Aufgrund des Wachstums unproduktiver Vermögenswerte tappte Russland damit in die „Bärenfalle", die Gaddy und Ickes in der Überschrift ihrer Analyse skizzieren.

Noch eine Zahl: Während in Singapur nach Berechnung von Ökonomen rund 77 Prozent aller Investitionen für den Erwerb von Gerätschaften, Technologie oder Patenten genutzt werden und dieser Anteil in den USA bei etwa 50 Prozent liegt, entfallen in Russland hierauf gerade einmal 22 Prozent. Der Rest wird für den Bau von Gebäuden und ihre Anknüpfung an das Verkehrs- und Transportnetz genutzt.

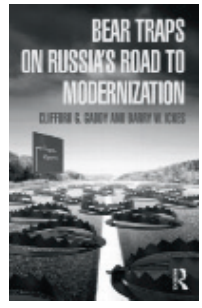
Dieses für Russland typische Muster bezeichnen die Autoren als systematische Fehlnutzung des Investitionsvermögens. In diesem Fall müsse Russland, so die Ökonomen, nicht weniger als 56 Prozent seines jährlichen Bruttoinlandsprodukts investieren, um sein Sozialprodukt über einen Zeitraum von zehn Jahren zu verdoppeln – was einigermaßen unrealistisch sein dürfte. Also ist laut Gaddy und Ickes zu erwarten, dass die Produktivität Russlands aufgrund seines vor Jahrzehnten durch die Sowjetunion gestarteten „Drangs nach Norden" sinken wird.

Viele Nieten, wenig Hauptgewinner

Ein weiterer zentraler Punkt hat mit den Grundbedingungen für jegliche Modernisierung zu tun. Hier heben die Autoren zweierlei hervor. Zum einen hätten während der Privatisierungswelle der frühen neunziger Jahre ein paar wenige Glückliche Hauptgewinne im Wert von einigen Milliarden Dollar gezogen, während der Rest der Bevölkerung hauptsächlich Nieten erwischt habe. Deswegen seien Russlands Führungskräfte gezwungen gewesen, „die Illusion zu schaffen, dass diese Nieten einen gewissen Wert hätten". Sie begannen daher damit, kränkelnde Unternehmen zu unterstützen, statt ihren Bankrott und die damit einhergehenden Schließungen zuzulassen.

Auf diese Weise, betonen Gaddy und Ickes, sichere man das Überleben von Dinosauriern – „auf Kosten vielversprechender Branchen". Zudem halten die Autoren die „klassische" Methode der Modernisierung weder für praktikabel noch überhaupt für sinnvoll, sofern sie nicht geeignet sei, Ressourcenfluch und Renditeabhängigkeit zu überwinden.

Jeder Versuch, Russland zu reindustrialisieren, werde auf eine fortgesetzte Unterstützung eines Sektors hinauslaufen, der nicht dazu beitragen könne, Vermögenswerte zu schaffen. Angesichts der vergleichsweise hohen Investitionskosten im Lande „würde eine Diversifikation hin zur Fertigungsindustrie wahrscheinlich ein weit geringeres Wachstum zur Folge haben".



Clifford Gaddy und Barry Ickes: **Bear Traps on Russia's Road to Modernization.** London, New York: Routledge 2013, 144 Seiten, 59,95 $

Die Autoren ziehen den Schluss, dass die Diversifikation der russischen Wirtschaft nicht auf Kosten des Ölsektors gehen sollte. Stattdessen „könnte Russland von der Rohstoffabhängigkeit der Welt profitieren, indem es ein Paket realisierbarer politischer Maßnahmen verabschiedet, durch die Russland sich seinen relativen Vorteil auf diesem Feld zunutze machen könnte". Mit anderen Worten: Von den asiatischen oder lateinamerikanischen Ökonomien, die erfolgreiche Modernisierungsprozesse durchlaufen haben, weicht Russland strukturell zu stark ab, um moderne Produktionsanlagen in den Fokus einer Neuaufstellung seiner Wirtschaft rücken zu können.

Gaddy und Ickes empfehlen der russischen Regierung, ihre staatlichen Mittel überlegter einzusetzen und sich endlich von den sowjetischen Illusionen zu verabschieden. Die entscheidenden Probleme des Landes seien weder sozialer noch demografischer Natur. Es handele sich dabei um genuin wirtschaftliche Herausforderungen. Politiker und Wirtschaftsführer, die sich weigerten, das einzusehen, dürften künftig wenig dazu beitragen, Russlands Wirtschaft auf Kurs zu bringen – im Gegenteil.

Kritische Masse von Sergey Brins

Die Empfehlung der Autoren lautet jedoch nicht, Russland solle auf Wachstum und Entwicklung verzichten. Sie bieten stattdessen einen Entwicklungsweg an, der der meistversprechende zu sein scheint – schon aus dem Grund, dass alle anderen entweder weniger effektiv oder weniger gangbar erscheinen. Hohe Investitionen in das öffentliche Gesundheitswesen oder in demografische Programme, argumentieren Gaddy und Ickes, werden das Wirtschaftswachstum nicht beschleunigen.

Will die russische Regierung im öffentlichen Sektor investieren, so sollte sie nach Ansicht der Autoren vielmehr zusätzliches Geld in das Bildungssystem des Landes stecken. Denn derzeit würden Millionen von Menschen mit solch theoretischem und abstraktem Wissen gefüttert, dass sie unfähig seien, im Wirtschaftsleben und auf dem Arbeitsmarkt zu konkurrieren.

Russland habe Angst davor, sich die entscheidende Frage zu stellen: „Was ist besser für Wachstum: das durchschnittliche Bildungsniveau anzuheben oder eine kritische Masse von Sergey Brins" (dem in Moskau geborenen Google-Gründer) „hervorzubringen?" Nun, die amerikanische Erfahrung legt nahe, wie wichtig es für wirtschaftlichen Erfolg sein kann, eine kritische Masse an hochqualifizierten und kreativen Menschen herauszubilden.

Brücken ins Nichts

Als russischer Ökonom muss ich prognostizieren, dass – vor allem aus politischen Gründen – keiner der Ratschläge von Gaddy und Ickes in Moskau Gehör finden dürfte. Nachdem Wladimir Putin sich zum dritten Mal als Präsident des Landes installiert hat, scheint ein allgemeiner Konsens zu bestehen, dass alles, was an die sowjetische Tradition anknüpft, vorteilhaft für das Land sein wird.

Die neuen „Entwicklungsstrategien" für Sibirien und für die östlichen Regionen etwa, die 2009 und 2011 von der Regierung lanciert wurden, konzentrieren sich auf die „Er-

oberung des Fernen Nordens“, die zu Sowjetzeiten nicht zu Ende gebracht wurde. Hier heißt es unter anderem, es sei eine „strategische Priorität“ der russischen Politik, die Ressourcen der arktischen Meere sowie der polaren Regionen Sibiriens der Wirtschaft nutzbar zu machen.

Gleichzeitig liebäugelt die Regierung mit dem Bau einer nordsibirischen Eisenbahnstrecke entlang der arktischen Küstenlinie und mit der Schaffung neuer Bahnlinien von Berkakit nach Jakutsk und weiter nach Magadan. Letztere Verbindung soll in ferner Zukunft dann nach Tschukotka ausgeweitet und mit einer Verbindung zum nordamerikanischen Schienennetzwerk abgeschlossen werden.

Bei diesen Plänen geht es, einfach gesprochen, um die Konstruktion von den typisch sowjetischen „Brücken ins Nichts“, wie Gaddy und Ickes es nennen – doch sie könnten deutlich kostspieliger werden: Ein angedachter Tunnel unter der Beringstraße könnte mindestens 60 Milliarden Dollar kosten, während der jährliche Handelsumsatz zwischen Alaska und Russland die Zehn-Millionen-Dollar-Marke nicht übersteigt.

Kalter Krieg gegen die Kälte

Gleichzeitig bekommt es Putin so langsam mit der Angst vor den neuen urbanen Mittelschichten und der so genannten „kreativen Klasse“ des Landes zu tun. Also präsentiert er sich dieser Tage als Förderer einer Reindustrialisierung des Landes. Einer Reindustrialisierung, die es ermöglichen würde, die Anzahl an niedrigqualifizierten Arbeitern zu erhöhen, die zu den loyalsten Unterstützern der Putin-Regierung gehören.

Derzeit besteht die politische Logik Russlands darin, einerseits riesige Infrastrukturprojekte zu starten, die es Putins Freunden erlauben, sich Milliarden aus den Projektbudgets in die Taschen zu stopfen, und andererseits Ignoranz und Dummheit zu ermutigen.

Daher steht zu erwarten, dass Russland weder seine ökonomische Effektivität erhöhen noch die enorme Fläche, die es einnimmt, komprimieren wird. Stattdessen wird es in einen neuen Kalten Krieg eintreten – einen Kalten Krieg gegen die ewige Kälte seiner nördlichen Regionen. Und diesen Krieg wird es mit viel größerer Sicherheit verlieren als den vorherigen. Der bevorstehende Investitionswettlauf in diesem Teil des Landes in den kommenden Jahren wird die Staatsfinanzen viel schneller ruinieren als es der Rüstungswettlauf der siebziger und achtziger Jahre tat.

Und vielleicht wird, nachdem das Land diesen Weg hin zu einem neuen Staatsbankrott gegangen ist, die neue Führungsriege bereit dafür sein, Ratschläge wie solche von Gaddy und Ickes anzunehmen. Es ist bedauerlich, dass Russland erst die falschen Wege erkunden muss, um auf den richtigen Pfad zu finden – aber es scheint so, als ob das derzeitige Post-Sowjet- (oder sollen wir sagen: Quasi-Sowjet-) System nur so funktioniert.

Prof. Wladislaw Inosemzew ist Ökonom und Direktor des Center for Post-Industrial Studies in Moskau.

INTERNATIONALE POLITIK ist die Zeitschrift der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP).

Die DGAP versteht sich als nationales Netzwerk für deutsche Außenpolitik an den Schnittstellen zwischen Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Wissenschaft und Medien. Sie begleitet als unabhängiger, überparteilicher, gemeinnütziger und privater Verein mit mehr als 2500 Mitgliedern aktiv die politische Meinungsbildung zu allen relevanten außenpolitischen Themen. Ihre international besetzten Vortragsveranstaltungen, Konferenzen und Studiengruppen sind ein wichtiges Berliner Debattenforum. Im Forschungsinstitut der DGAP arbeitet ein Team von Wissenschaftlern an praxisbezogenen Analysen; mit ihrer außenpolitischen Spezialbibliothek, ihren Internetseiten www.dgap.org, www.internationalepolitik.de und www.ip-journal.org bietet die DGAP umfassende und aktuelle Informationen zu allen Fragen der Außenpolitik.

Die Zeitschrift INTERNATIONALE POLITIK, 1945 von Wilhelm Cornides unter dem Namen „Europa-Archiv" gegründet, erscheint alle zwei Monate. Die IP verfolgt das Ziel, außenpolitische Debatten auf hohem internationalen Niveau zu führen, aktuelle Entwicklungen durch sorgfältige Analysen einzuordnen und so zur Kursbestimmung der deutschen Außenpolitik beizutragen. Die in der Zeitschrift geäußerten Meinungen sind die der Autoren.

Vorstand der DGAP

Dr. Arend Oetker, Präsident; *Paul Freiherr von Maltzahn,* Generalsekretär; *Dr. Tessen von Heydebreck,* Schatzmeister; *Jutta Freifrau von Falkenhausen,* Syndika; *Dr. Michael J. Inacker, Hagen Graf Lambsdorff, Prof. Dr. Eberhard Sandschneider*, Otto Wolff-Direktor des Forschungsinstituts; *Dr. Sylke Tempel,* Chefredakteurin INTERNATIONALE POLITIK; *Dr. Elke Dittrich,* Leiterin der Bibliothek und Dokumentationsstelle und Verwaltung

Präsidium

Prof. Dr. Roland Berger, Elmar Brok, Dr. Thomas Enders, Prof. Dr. Lars P. Feld, Dr. Stephan Goetz, Prof. Dr. Armin Grunwald, Dr. Werner Hoyer, Wolfgang Ischinger, Dr. Christian Jacobs, Bertram Kawlath, Prof. Dr. Joachim Krause, Prof. Dr. Klaus Mangold, Prof. Dr. Günther Nonnenmacher, Christopher von Oppenheim, Dr. Bernhard Reutersberg, Prof. Dr. Thomas Risse, Herbert J. Scheidt, Karsten D. Voigt, Dr. Ludolf G. von Wartenberg, Dr. Heinrich Weiss, Prof. Dr. Michael Zürn

Impressum

Herausgeber
Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik:
Dr. h.c. Hans-Dietrich Genscher
Prof. Dr. Joachim Krause
Paul Freiherr von Maltzahn
Dr. Arend Oetker
Prof. Dr. Eberhard Sandschneider

Chefredakteurin
Dr. Sylke Tempel (V.i.S.d.P.)

Redaktion
Dr. Henning Hoff, Uta Kuhlmann-Awad,
Dr. Joachim Staron, Rachel Tausendfreund
Redaktionelle Mitarbeit: Lisa Hänel,
Carla Noever Castelos
Projektmanagerin: Severine Naeve

Beirat
Prof. Timothy Garton Ash, Oxford University
Dr. Guido Goldman, Harvard University
Dr. Michael J. Inacker, METRO Group
Dr. Josef Joffe, DIE ZEIT, Stanford University
Prof. Dr. Dr. h.c. Karl Kaiser, Harvard University
Stefan Kornelius, Süddeutsche Zeitung
Prof. Dr. Paul Nolte, Freie Universität Berlin
Dr. Günther Nonnenmacher,
Frankfurter Allgemeine Zeitung
Prof. Dr. Volker Perthes,
Stiftung Wissenschaft und Politik
Prof. Dr. Helmut Reisen,
OECD Development Centre
Dr. Gary Smith, American Academy
Markus Spillmann, Neue Zürcher Zeitung
Prof. Angela Stent, Georgetown University
Daniel Vernet, Le Monde
Dr. Bernhard von Mutius, Potsdam

www.internationalepolitik.de
ISSN 1430-175X

Redaktionsanschrift
Rauchstraße 17/18 | 10787 Berlin
Tel.: +49 (0)30 25 42 31-46
Fax: +49 (0)30 25 42 31-67
ip@dgap.org

Marketing und Anzeigen
DGAP Consulting GmbH
Rauchstraße 17/18 | 10787 Berlin
Stefan Dauwe
dauwe@dgap-consulting.com
Tel.: +49 (0)30 26 30 20 65

Layout
Thorsten Kirchhoff

Verlag/Abonnenten-Service
BVA Bielefelder Verlag/ Standort Köln
Friesenplatz 16 | 50672 Köln
Tel.: +49 (0)221 2587 248
Fax: +49 (0)221 2587 249
ip@internationalepolitik.de

Druckerei
Sachsendruck Plauen GmbH
Paul-Schneider-Straße12 | 08525 Plauen

Pressevertrieb
SI special-interest MD & M Pressevertrieb
Nordendstraße 2 | 64546 Mörfelden-Walldorf

Erscheinungsweise
zweimonatlich

Bezugspreise

Einzelpreis IP	14,90 €
Jahresabonnement Inland	118,00 €
Jahresabonnement Ausland	128,00 €
Luftpost	155,00 €
Studentenabonnement	73,00 €
Studentenabonnement Ausland (Nachweis erforderlich)	83,00 €
Probeabonnement (2 Ausg.)	19,50 €

Alle Abonnentenpreise inkl. Versandkosten und MwSt. Weitere Preise auf Anfrage. Kündigungen bis vier Wochen vor Ablauf des Bezugszeitraums. Für Mitglieder der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik gelten besondere Bezugspreise.

IP im Internet

Weitere aktuelle Beiträge und Hintergrundanalysen finden Sie unter
www.internationalepolitik.de

Beachten Sie auch unser englisches Online-Journal
www.ip-journal.org

Nachvollziehbarer Verschleierungsbedarf

Eine Klärung des Drohnenbegriffs fördert Erschütterndes zutage

„Wir sprechen hier nicht von Drohnen“, ermahnen immer wieder freundlich Bundeswehrangehörige, wenn das Gespräch auf unbemannte Fluggeräte kommt – was derzeit ja bisweilen geschieht.

Ich habe mich immer gefragt, was die Bundeswehrleute so stört an dem schönen Wort Drohne. Nach einem Blick in die Fachliteratur verstehe ich: Hier besteht nachvollziehbarer Verschleierungsbedarf.

Bild nur in Printausgabe verfügbar

Erste zoologische Nachforschungen fördern Erschütterndes zutage. Drohnen sind in ihrer Ursprungsansiedlung, dem Bienenvolk, so etwas wie schwachsinnige, hilflose männliche Sexsklaven. Gäbe es nicht nur empfindsame weibliche Gemüter, sondern auch eine Männerbewegung, der Sexismus in der Fluggeräteindustrie wäre schon drei Mal Thema bei Günther Jauch gewesen. Sowas fehlte der Bundeswehr gerade noch.

Drohnen können im Grunde gar nichts, außer den fliegenden Geschlechtsapparat zu geben. Sie sind zu bräsig, sich selbst aus Blütenpollen zu ernähren und müssen von Arbeitsbienen gefüttert und gehätschelt werden. Sie heben nur ab, um die Königin zu begatten. Danach sterben sie und werden entsorgt.

Dumm wie ein Drohn, das wäre, sachlich betrachtet, schon eine korrekte Beleidigung.

Legt man freilich die Opferbereitschaft, die fehlende Autonomie und die Fremdbestimmtheit der Drohne zugrunde, erscheint die Namensanleihe für unbemannte Flugkörper nicht ganz unschlüssig.

Doch so tiefsinnig lief die Wortschöpfung wohl nicht ab, wie uns eine amerikanische Militär-Website aufklärt. Dort erfahren wir, dass die ersten pilotenlosen Flugkörper eingesetzt wurden, um als Zielscheiben für Luftabwehrschützen herzuhalten. Zur besseren Erkennbarkeit waren diese Dummies schwarz-gelb lackiert, sahen also aus wie die bekannten „drones“ aus der Insektenwelt.

Geschlechtspolitisch ist damit alles wieder gut.

Aber nicht ganz.

Falsch gebraucht wird das Wörtchen spätestens, seitdem Predator-Modelle mit Hellfire-Raketen Terrorverdächtige abschießen. Drohnen haben nämlich keinen Stachel.

Jochen Bittner ist Redakteur der *ZEIT*.